

Beiträge Region und Nachhaltigkeit

Zu Forschung und Entwicklung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön

*Herausgeber: Prof. Dr. Erich Ott, Redaktion: Dr. Dieter Wittmann
Hochschule Fulda – University of Applied Sciences,
Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften*

Themen:

**Zur Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat
Rhön (WSR)**

**Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen,
regionale Entwicklungen**

**Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von
Bildungs- und Kultureinrichtungen**

Regionale verkehrspolitische Betrachtungen

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

3/2006

Impressum

Die *Beiträge Region und Nachhaltigkeit* sind ein Periodikum für Veröffentlichungen zur „Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“, zur „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“ und zum Programm „Mensch und Biosphäre (MAB)“ der UNESCO.

Herausgeber: Prof. Dr. Erich Ott,
Redaktion: Dr. Dieter Wittmann,
Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften
Hochschule Fulda – University of Applied
Sciences

Redaktionsadresse:
Marquardstraße 35
36039 Fulda

Tel.: +49/661/9640-525
Fax: +49/661/9640-568
mailto: dieter.wittmann@sk.fh-fulda.de

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda

Verlag: Michael Imhof Verlag GmbH & Co. KG

ISSN-Nr.: 1860-8914

Erscheinungsweise: jährlich, ggf. Sonderausgaben

Die inhaltliche Verantwortung für die einzelnen Beiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung: Nachhaltige Entwicklung – anspruchsvolle Vision und notwendige Perspektive	5
Zur Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (WSR)	8
Entwicklung der Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und Stand des Archivkonzepts (Anne Sabine SCHÄFER).....	9
Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen	17
Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetzen in der bayerischen Rhön (Sandra WEBER)	18
Die Transformationsprozesse der Region Starkenburg und die Grenzen der Regional Governance (Hans Rainer BÖHM / Birte FROMMER)	38
Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen (Brigitte ERB / Günter GROSS)	54
Vom personalen zum institutionellen Netzwerk: Strategiebildung und erfolgskritische Faktoren für SeniorInnen-Netzwerke (Susanne Maria WEBER)	68
Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen	77
Regionale Identität – Fragen und Thesen zum Begriff, zur Abgrenzung vom Begriff Heimatgefühl und zur Bedeutung für die regionspezifische Bildung (Dieter WITTMANN).....	78
Gibt es eine Rhöner Identität? Empirische Untersuchung des Regionalbewusstseins (Tobias KÜHNE / Tobias BEHNEN)	82
Heimatbindung und -verständnis von Repräsentanten des öffentlichen Lebens – eine Untersuchung am Geographischen Institut der Universität Würzburg in Zusammenarbeit mit dem Fränkischen Freilandmuseum Fladungen (Konrad SCHLIEPHAKE / Susanne ORF)	89
„Heimatregion im Koffer“ – Raumnarrationen in den Ergebnissen eines SchülerInnenwettbewerbs (Jochen RAMMING)	102
Das Projekt „Keltenwelt Rhön“: Besiedlung in der Eisenzeit und keltische Kultur – Bedeutung für Touristen und einheimische Bevölkerung (Manfred HEIDRICH / Regina FILLER)	115
Regionale verkehrspolitische Betrachtungen	120
Neue Bundesstraße B 87 n soll das Biosphärenreservat Rhön durchqueren – 15 Jahre Kontroversen um die Trasse Fulda-Meiningen (Erich OTT)	121
Stellungnahme zur Straßenverbindung Rhein-Main–Erfurt, Abschnitt Fulda–Meiningen (ARBEITSGEMEINSCHAFT DER NATURSCHUTZVERBÄNDE (AGN) IM LANDKREIS FULDA)	132

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen	138
Die Gefahren der Gentechnik und der Nutzen Gentechnikfreier Regionen (Christian SCHÜLER / Rüdiger GRASS)	139
Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön? (Harald PLACHTER)	151
Naturwaldreservateforschung in der Rhön – unerwarteter Artenreichtum (Wolfgang H. O. DOROW / Günter FLECHTNER / Jens-Peter KOPELKE)	171
Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen	183
Aktivitäten v. a. osteuropäischer Biosphärenreservate und UNESCO-Schulen zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“ (Yuliya SHCHERBA / Katarina SCHÄDEL-KMENTOVA)	184
Qualitätsmanagement und Evaluierung von Biosphärenreservaten als wissenschaftliche und politische Herausforderung (Jochen HANISCH)	193
Wie weiter nach LEADER+? – Ansätze und Anforderungen im Biosphärenreservat Rhön (Josef BÜHLER)	209
Autorenverzeichnis	216
Projektskizze und Inhaltsverzeichnis Beiträge RN 1/2004 und 2/2005	218

Vorbemerkung: Nachhaltige Entwicklung – anspruchsvolle Vision und notwendige Perspektive

Trotz oft oberflächlicher und einseitig interessengeleiteter Verwendung hat der Begriff der Nachhaltigen Entwicklung in den letzten Jahren auch unendlich viele positive Anregungen und inhaltliche Orientierungen in die Zukunftsdiskussionen eingebracht. Unbeirrt engagieren sich wichtige Gruppen in der UN und die UNESCO mit weltstrategischen Initiativen. Von der globalen über die nationale bis hin zur regionalen und lokalen Ebene ist die aktuelle Initiative „*UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005–2014)*“ Anregung und Aufforderung zu ganzheitlichem und zukunftsfähigem Denken und Handeln.

Die UN-Bildungsdekade ist die Fortsetzung von bedeutenden UN-Initiativen der letzten Jahrzehnte und bezieht sich konkret auf die Umsetzung der *Rio-Erklärung von 1992 (Agenda 21)* und deren Vorläuferinitiativen. Sie steht auch in direktem Zusammenhang mit dem *MAB-Programm der UNESCO (Mensch und Biosphäre)* und der *Sevilla-Strategie*, den programmatischen Grundlagen für die Entwicklung der weltweit 459 Biosphärenreservate (14 davon in Deutschland). In der Entwicklung der UNESCO-Biosphärenreservate als Modellregionen spielen Umweltbildung und in neuerer Zeit auch Nachhaltigkeitsbildung und deren Umsetzung eine herausragende Rolle.

Nachhaltige Entwicklung zielt darauf, die Lebens- und Überlebensbedingungen der Menschen nicht nur für die heute Lebenden zu gewährleisten, sondern auch angemessen und vergleichbar für die zukünftigen Generationen zu sichern. Dem liegt ein globales Verständnis von Gesellschaft zugrunde, dass die Menschen heute v.a. in ihrem Umgang mit den natürlichen Ressourcen, mit den Dingen, die sie entwickeln und schaffen, verbrauchen oder zerstören, ihren Lebensweisen und Lebensstilen immer auch die langfristigen Wirkungen als Handlungsmaxime berücksichtigen sollten. Dies gilt im Weltmaßstab, für die Wechselwirkungen der globalen Ebene mit den Verhältnissen und Beziehungen, die auf der regionalen und der lokalen Ebene bestehen als auch für immanente nationale und kleinräumige Betrachtungen. Für die konkrete gesellschaftsbezogene Gestaltung bedeutet dies, dass bestehende Widersprüche und Unvereinbarkeiten in den ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Dimensionen unserer Lebensverhältnisse einer ernsthaften Harmonisierung im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips bedürfen. Eine friedliche und gerechtere Welt kann so geschaffen werden. Damit erhalten künftige Generationen auf der Erde angemessene Existenzbedingungen und lebenswerte Verhältnisse.

Ziel der UN-Bildungsdekade ist es, die Grundlagen für die Umsetzung von Nachhaltigkeit durch die Vermittlung von Wissen, Kenntnissen, Einsichten, Bewusstsein und entsprechenden Denk- und Handlungsweisen zu stärken. Eine wichtige Basis für ein solches vernünftiges Handeln ist die Einsicht in die Sinnhaftigkeit und Vernünftigkeit sowie die Kenntnis von Alternativen und ihren Konsequenzen. Bildung und Wissen sind dabei von herausragender Bedeutung und müssen als jeweils vorrangige nationale Aufgaben von den Staaten dieser Welt trotz unterschiedlichster Bedingungen als Herausforderung aufgenommen und konzeptionell umgesetzt werden.

Das Thema „*UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung*“ hat für die Forschungsstelle vorrangige Bedeutung und soll im nächsten Heft einen Schwerpunkt bilden. Beiträge dazu werden hiermit

angeregt. In der *Forschungsstelle* messen wir ihm eine zentrale Rolle bei, insbesondere im Zusammenhang mit denkbaren oder auch bereits realen Konzepten und Aktivitäten der Biosphärenreservate und dem, was diese typischerweise und spezifisch in ihrer Funktion und Zielsetzung dazu beitragen können. Bildung für Nachhaltige Entwicklung, die sowohl inhaltlich als auch in den Zielen und Perspektiven weit über die bereits traditionelle Umweltbildung hinausgeht und diese ggf. weiterentwickeln sollte, sehen wir als eine der zentralen künftigen Aufgaben der UNESCO-Biosphärenreservate, eingebunden in das weltweite und nationale Netz der UNESCO-Strategien zur Realisierung der Agenda 21. Innovativen Ideen, die vor allem das Spezifische der Biosphärenreservate mit diesem Bildungsansatz verbinden, möchten wir Raum zur Darstellung geben. Dies gilt sowohl für theoretische Überlegungen und Bildungskonzepte als auch für beispielhafte Aktivitäten, Erfahrungen, Vorhaben und Modellprojekte.

Unser Periodikum *Beiträge Region und Nachhaltigkeit* hat bei fachlich einschlägigen Institutionen und in diesem Themenbereich arbeitenden Personen eine gute Resonanz erfahren, die uns ermutigt. Das vorliegende Heft 3 informiert einerseits über den Stand der Arbeiten an der Einrichtung der *Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (WSR)* mit seinen Teilbereichen *Bibliothek* und *Archiv* und gibt Einblicke in die Themen und Aktivitäten der *Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit*.

Die Wissenschaftliche Sammlung weist mittlerweile ca. 1050 Titel im Online-Katalog der Hochschul- und Landesbibliothek nach. Damit sind alle Titel des Bibliotheksbestands der Wissenschaftlichen Sammlung über das Internet recherchierbar. Im vergangenen Jahr wurden die Literaturbestände der Verwaltungsstellen des Biosphärenreservats Rhön detailliert gesichtet und – soweit noch nicht vorhanden – als Dubletten in die WSR eingearbeitet. Das öffentliche und wissenschaftliche Interesse an der Sammlung ist bereits jetzt beachtlich und in der Tendenz deutlich zunehmend.

Der Teilbereich Archiv befindet sich im Aufbau und ist in Teilen ebenfalls für Nutzer zugänglich. Der Umfang der angebotenen Materialien überschreitet bereits heute die Dimensionen, die bei der Planung des Vorhabens erwartet wurden. Die systematischen Grundlagen des Archiv-Aufbaus sowie die Online-Recherchierbarkeit der Bestände werden von Anne Sabine Schäfer in diesem Heft erläutert.

Zu den Nachhaltigkeits- und Regionalthemen dieses Heftes gehört die Schilderung der Verläufe und Entwicklungen in der Region Starkenburg, einst in Hessen ein leuchtendes Vorbild nachhaltig orientierter Regionalentwicklung. Sie geben aktuell Aufschluss über die Möglichkeiten und Grenzen von Regional Governance. Ebenso die weiteren in diesem Zusammenhang beschriebenen regionalen Erfahrungen, Reflexionen, Initiativen und deren analytische Betrachtung und Bewertung. Im Kontext regionaler Kooperations- und Partizipationsprozesse stehen die Überlegungen und Planungen einer Initiative zu einem Rhöner Senioren-Netzwerk – mit der Akzentuierung regionaler Nachhaltigkeitsaktivitäten in der sozialen Lebenswelt. Diese Themen, ggf. erweitert um Fragen der regionalen Siedlungsentwicklung, des regionalen Bauens und Wohnens sowie der Flächeninanspruchnahme, und maßgeblich betrachtet unter den Vorzeichen der Nachhaltigkeit und der demographischen Entwicklung, sollen auch künftig einen festen Platz in den *Beiträgen RN* haben.

Die Texte zu „Heimat und regionale Identität“ befassen sich mit einem Thema, das viele Facetten hat und mehr Fragen aufwirft („Heimatbegriff“, aber auch Fragen der Forschungsmethoden etc.), als heute gesicherte Antworten möglich sind. Die interessanten Ansätze und Darstellungen in diesem Heft werden ihre Fortsetzung finden. Wobei die Thematik im Zusammenhang mit Prozessen der

regionalen Entwicklung steht, insbesondere in kultureller Hinsicht und in Verbindung mit „Regional Governance“-Ansätzen sowie deren Bedeutung und Grenzen. Sie könnte gerade in diesen Zusammenhängen eine interessante weiterführende Debatte anregen.

Eines der großen strittigen Themen der regionalen Diskussion in der Rhön und den angrenzenden Gebieten ist in dem gesamten Zeitraum des inzwischen 15jährigen Bestehens des Biosphärenreservats Rhön das Verkehrskonzept. Die Verkehrsdiskussion in der Rhön ist verknüpft mit dem Wegfall der Ost-West-Grenze zu Thüringen und der Einrichtung des länderübergreifenden Biosphärenreservats im Jahre 1991. Kontrovers ist bis heute die aus dem politischen und wirtschaftlichen Raum seitdem geforderte Rhönquerung zwischen Fulda und Meiningen als Bundesstraße, die einen folgenreichen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, große Belastungen für die Menschen in den angrenzenden Gemeinden bringen wird und im Widerspruch zum Rahmenkonzept für die Entwicklung des Biosphärenreservats Rhön steht. Die regionale Debatte dazu geht in die Endphase, die Planungen sind bereits bis zur anstehenden Entscheidungsfindung gediehen.

In diesem Heft nehmen auch naturschutzfachliche Berichte und die Ergebnisse naturwissenschaftlicher Forschung einen wichtigen Platz ein. Dies entspricht unserem Anspruch der thematischen und fachlichen Vielfalt in der Perspektive interdisziplinärer Forschung und ganzheitlicher Betrachtung der Nachhaltigkeit. Zukunftsweisende Beweidungskonzepte für die Erhaltung, den Schutz und die Nutzung der spezifischen Rhöner Kulturlandschaft stehen neben forschungsstrategischen Überlegungen und neuen Erkenntnissen zur Artenvielfalt im Biosphärenreservat Rhön, bis hin zur Erörterung der Bedeutung gentechnikfreier Regionen.

Eine große Themenpalette ermöglicht ein Stück Umsetzung des Ansatzes einer breiten fachlichen Interdisziplinarität, eines wissenschaftlichen Diskurses und der Berichterstattung über neuere Forschungsergebnisse zu *Region und Nachhaltigkeit*. Die Anzahl der eingegangenen Artikel ermöglichte uns aber auch eine klarere thematische Gliederung des somit recht umfangreich ausgefallenen und gelungenen Heftes, das zu einer lebendigen Debatte anregen soll.

Den Autorinnen und Autoren dieses Heftes möchte ich an dieser Stelle für ihre Mitwirkung danken.

Prof. Dr. Erich Ott

Fulda, im Juni 2006

Zur Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO- Biosphärenreservat Rhön (WSR)

Anne Sabine Schäfer, Entwicklung der Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und Stand des Archivkonzepts

Entwicklung der Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und Stand des Archivkonzepts

Anne Sabine Schäfer

Die Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön zielt darauf ab, eine möglichst umfassende und vollständige Sammlung der verfügbaren Publikationen und Materialien zum Themenkomplex nachhaltiger Regionalentwicklung im Biosphärenreservat Rhön aufzubauen und v.a. der interessierten Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Wissenschaftliche Sammlung ist thematisch breit gefächert und umfasst unterschiedliche Material- und Dokumenttypen. Zu Projektbeginn vorgenommene Recherchen und Bestandssichtungen ergaben, dass sich eine innere Differenzierung in einen Bibliotheks- und einen Archivbestand anböte und sinnvoll wäre. Diese Schlussfolgerung resultiert aus den unterschiedlichen Methoden, mittels derer Bibliotheksgut und Archivalien geordnet, beschrieben, erschlossen und nutzbar gemacht werden.

Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht die strukturelle Differenzierung der Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (WSR) einerseits in einen Bibliotheksteil und andererseits in einen Archivteil, wobei sich aufgrund der räumlichen Rahmenbedingungen der WSR die Grobeinteilung in einen Präsenz- und einen Ausleihbestand als übergeordnetes notwendiges Formalkriterium erwiesen hat. Innerhalb des Präsenzbestands lässt sich dann klar zwischen Bibliotheksbestand und Archivbestand differenzieren. Ebenfalls zum Präsenzbestand gehört eine Zeitungsausschnittsammlung.

WSR-Präsenzbestand	WSR-Ausleihbestand
umfasst	umfasst
Bibliotheksbestand zur Präsenznutzung (v. a. Hochschulschriften)	Bibliotheksbestand zur freien Ausleihe
Archivbestand	
Zeitungsausschnittsammlung	
Bestandspräsentation und Benutzung:	Bestandspräsentation und Benutzung:
Hochschule Fulda, Raum LS 205 Leipziger Str. 98–102, Fulda	Hochschul- und Landesbibliothek Fulda, Standort: Heinrich-von-Bibra-Platz

Abb. 1: Strukturierung der Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön

Zur Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (WSR)

Im Nachfolgenden wird zunächst der bislang erreichte Fortschritt beim Aufbau des WSR-Bibliotheksbestands bilanziert, bevor die systematischen Grundlagen des Archivbestands erläutert werden.

WSR-Bibliotheksbestand

Der WSR-Bibliotheksbestand umfasst im Wesentlichen wissenschaftliche Publikationen und unveröffentlichte Arbeiten zum UNESCO-Biosphärenreservat Rhön sowie Publikationen zur Rhön als Landschaft, Region, Kultur-, Natur- und Lebensraum und als Arbeits-, Freizeit- und Verkehrsregion, ergänzt durch Zeitschriften, Schriftenreihen, Jahrbücher, Jahresberichte und andere Periodika. Hervorzuheben ist die nahezu vollständige Sammlung an Hochschulschriften zum Biosphärenreservat Rhön und zur Rhön seit 1990 (v.a. Diplomarbeiten, Dissertationen und Habilitationsschriften).

Der Bibliotheksbestand wird komplett und umfassend im Online-Katalog der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda (HLB Fulda) nachgewiesen. Die formale Verzeichnung und inhaltliche Erschließung erfolgt nach standardisierten bibliothekarischen Regelwerken (SCHÄFER 2005), unabhängig davon, ob es sich bei einem Katalogisat um eine selbstständige oder unselbstständige Publikation (z.B. Aufsatz aus einer Zeitschrift oder Beitrag in einem Sammelband) handelt.

Zur Zeit (5. Mai 2006) verzeichnet der WSR-Bibliotheksbestand 1045 Titel.

- **Ausleihbestand**

Der überwiegende Teil des WSR-Bibliotheksbestands steht am Standort „Heinrich-von-Bibra-Platz“ der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda zur freien Ausleihe zur Verfügung. Im Freihandbereich systematisch nach der Regensburger Verbundklassifikation (RVK) aufgestellt, bietet sich den Nutzern die Möglichkeit des „Browsens“ durch den Bestand, d.h. der freie Zutritt zum Bestand ermöglicht das Verschaffen eines Überblicks über die zu einem Sachgebiet vorhandene Literatur sowie eine unkomplizierte Einblicknahme in den Nutzer interessierende Werke.

Seit Beginn der Medieneinarbeitung bis zum Jahresende 2005 wurden insgesamt 163 Medien aus dem WSR-Ausleihbestand ausgeliehen. Dem gegenüber steht eine deutlich gesteigerte Zahl an Ausleihen in den ersten vier Monaten des Jahres 2006; seit Jahresbeginn wurden 174 WSR-Medien ausgeliehen (Stand: 27. Apr. 2006). Nicht erfasst werden kann die Nutzung des WSR-Ausleihbestands vor Ort, wie z.B. das Blättern oder Lesen direkt am Regal oder an einem Bibliotheksarbeitsplatz.

- **Präsenzbestand**

Ein kleinerer Teil des Bibliotheksbestands befindet sich als Präsenzbestand in den Projekträumen im Gebäude LS der Hochschule Fulda (Hausanschrift: Leipziger Str. 98-102, Fulda). Einsehbar sind hier vor allem wertvolle, nicht mehr beschaffbare oder für die freie Ausleihe nicht vorgesehene bzw. geeignete Materialien (z.B. Diplomarbeiten oder ungebundene Zeitschriftenartikel). Auch der Präsenzbestand wird systematisch nach der Regensburger Verbundklassifikation aufgestellt.

Die die Titelaufnahme im Online-Katalog vervollständigenden Lokaldaten informieren darüber, ob sich der betreffende Titel im Ausleih- oder Präsenzbestand der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön befindet. Der Ausleihbestand steht zu den regulären Öffnungszeiten der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda zur Verfügung; der Präsenzbestand kann donnerstags von 9.00-12.00 und von 13.30-

Anne Sabine Schäfer, Entwicklung der Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und Stand des Archivkonzepts

17.00 Uhr und freitags von 9.00-12.00 Uhr sowie nach telefonischer Absprache genutzt werden. Ein Computer-Arbeitsplatz sowie Kopiermöglichkeiten sind für Nutzer des Präsenzbestands vorhanden.

Die gemeinsam mit der Leitung der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda entwickelten Geschäftsgänge zur Auswahl und Bearbeitung der relevanten Literatur haben sich in der Praxis als tauglich erwiesen und sind nach der mittlerweile zweijährigen Projektdauer im Tagesgeschäft konsolidiert (zur detaillierten Beschreibung der Geschäftsgänge siehe SCHÄFER 2005).

WSR-Archivbestand

Im Unterschied zu Bibliotheksgut sind Archivalien im Normalfall keine literarischen Erzeugnisse, die bei ihrer Entstehung bereits auf den Zweck der Publikation oder der Überlieferung ausgerichtet gewesen wären (REIMANN, S. 21). Vielmehr sind Archivalien Schriftstücke, die in der Regel aus aktuellen geschäftlichen oder auch privaten Anliegen entstanden, bei denen der Gedanke an eine spätere historische Bedeutung größtenteils keine Rolle gespielt haben dürfte. Archivalien wie z.B. Akten, Korrespondenzen oder Urkunden weisen eine konkrete Zweckbezogenheit auf, wie z.B. die Entscheidung über ein bestimmtes Problem oder den Vollzug einer geschäftlichen Angelegenheit. Dem Entstehen jeder Archivalie liegt also ein aktueller Anlass zugrunde. Wird zum Beispiel ein Grundstück verkauft oder getauscht, so stellt man über diesen Vorgang eine Urkunde aus. Diese bestätigt die Rechtmäßigkeit des Geschäfts und dient dem neuen Besitzer als Beleg für den Erwerb. Oder: bei Sitzungen, z.B. auf Ebene einer Verwaltung oder innerhalb eines Vereins, werden Protokolle geführt, die z.B. als Nachweis über gefasste Beschlüsse verwendet werden können. Auch nach Erfüllung ihres Entstehungszwecks (vollzogene Grundstücksübergabe oder Ausführung eines Beschlusses) werden die entsprechenden Unterlagen nicht vernichtet, sondern dauerhaft aufbewahrt. Damit stehen die Unterlagen für eine spätere Einsichtnahme zur Verfügung und lassen sich z.B. als Quellen für die Forschung heranziehen, die wichtige Informationen über bestimmte Entwicklungen und Vorgänge in der Vergangenheit überliefern können.

Leider ist immer wieder festzustellen, dass den Bestandsbildnern häufig das Bewusstsein für den potenziellen historischen Wert der von ihnen erstellten Akten fehlt und dass die fachgerechte Archivierung dieser Unterlagen nicht als selbstverständliches Endglied des Verwaltungshandelns wahrgenommen wird. Neben einer ungeordneten Altablage kann diese Nichtbeachtung sogar bis zur Vernichtung von Unterlagen führen, was den unwiederbringlichen Verlust von möglicherweise für die Forschung relevanten Quellen bedeutet.

Anders als der Hauptteil der Archive in Deutschland ist die Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön nicht einer bestimmten Institution zugeordnet, von der sie regelmäßig die nicht mehr für das Tagesgeschäft relevanten Akten zur dauerhaften Aufbewahrung und Überlieferung erhielt.

Vielmehr strebt es die WSR an, sich als freies Archiv neben den jeweils zuständigen Landesarchiven zu positionieren und bestimmte thematische Zusammenhänge v.a. für Forschungszwecke dauerhaft zu dokumentieren. Dieses Ziel kann nur durch eine dauerhaft enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Institutionen und Gremien im Biosphärenreservat Rhön erreicht werden und auf einem gegenseitigen Geben und Nehmen basieren. Denn neben der bereits erwähnten historischen Bedeutung von Archivalien für die Forschung sollte die Möglichkeit des Rückgriffs auf die archivisch erschlossenen Akten auch für den Bestandsbildner nicht unterschätzt werden. Die Verwaltungsstellen des Biosphärenreservats Rhön und die Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön stehen in regelmäßigem Austausch über Weiterentwicklung und Ausbau der Sammlung

Zur Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (WSR)

und haben in einer Kooperationsvereinbarung u.a. die gegenseitige Bereitstellung von Dokumenten und Materialien vereinbart.

- **Archivalien**

Die in der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön aufbewahrten Archivalien stammen aus verschiedenen Provenienzen und bestehen überwiegend aus Akten (Projektdokumentationen, Gründungsakten, Protokolle, Tätigkeitsberichte, Beschlüsse, Konzeptentwürfe, ausgewählte Korrespondenz etc. sowie Fotos, Filme, Videos, Dias u.ä.). Maßgeblich für Ordnung und Verzeichnung der Archivalien der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön ist die Beibehaltung der logischen Ordnung, in der sie beim Bestandsbildner entstanden sind (Provenienzprinzip). Damit bleibt der Entstehungszusammenhang des Archivguts gewahrt und die einzelnen Bestände werden gegeneinander abgegrenzt. Dies vereinfacht die spätere Bearbeitung historischer Fragestellungen, z.B. im Hinblick eines Zugangs zum Material nach Zuständigkeiten oder nach zeitlichen Gesichtspunkten (Wer / welche Abteilung hat sich wann womit beschäftigt?).

Die Ebene der Projektdokumentation bezieht sich insbesondere auf Projekte im Biosphärenreservat Rhön, die im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative LEADER gefördert wurden bzw. werden. Möglichst umfassend sollen alle wichtigen Unterlagen dokumentiert werden, die dabei helfen, den Verlauf einzelner Projekte nachzuvollziehen (Projektantrag und –auftrag, Projektorganisation, Projektpläne, Änderungsanträge, Statusberichte, Abschlussbericht etc.). Von Bedeutung ist weiterhin die Dokumentation naturschutzfachlicher Projekte, wie z.B. des länderübergreifenden LIFE-Projekts der Europäischen Union im Biosphärenreservat Rhön.

- **Archivische Erschließung**

Entsprechend der formalen und inhaltlichen Erschließung des WSR-Bibliotheksbestands ist auch die Erschließung der WSR-Archivalien als Grundlage für die Benutzung durch die Fachöffentlichkeit von zentraler Bedeutung. Die Ordnung, Verzeichnung und Erschließung der Archivalien erfolgt in Anlehnung an archivwissenschaftliche Standards und Methoden; jedoch kann die Erschließungsintensität entsprechend des informatorischen Werts der Archivalie und ihrer zu erwartenden Nutzungsintensität schwanken (sofern dieses überhaupt absehbar ist). Auch bilden die personellen und technischen Kapazitäten der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön einen Rahmen in Bezug auf die Erschließungstiefe einzelner Archivalien.

Die innere Ordnung der Bestände ist zunächst gekennzeichnet durch die Entscheidung für ein Ordnungsprinzip, z.B. die innere Ordnung der Bestände mit Hilfe einer Klassifikation. Weiterhin empfiehlt sich nach NIMZ (2004) das Prinzip der inneren Ordnung als „regulierendes Registraturprinzip“, d.h. die ursprüngliche Ordnung des Bestandsbildners wird zwar beachtet, jedoch behält sich die WSR kleine Eingriffe in die vorgefundene Ordnung vor. Die Klassifikation wird von der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön aus dem jeweiligen Bestand selbst entwickelt. Sofern ein Aktenplan für den betreffenden Bestand existiert, kann dieser als Grundlage für die Entwicklung der Klassifikation herangezogen werden, dies ist jedoch nicht zwingend notwendig.

Nach der Ordnung der WSR-Archivbestände folgt die Verzeichnung des Archivguts, wobei von Akte zu Akte über die Verzeichnungsintensität zu entscheiden ist. Grundlage jeder Verzeichnung ist die archivarische Titelaufnahme, die mindestens die folgenden Verzeichnungsangaben

Anne Sabine Schäfer, Entwicklung der Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und Stand des Archivkonzepts

umfasst: Provenienz, Bestandsbezeichnung, Signatur, Klassifikationsgruppe, Laufzeit, Aktentitel, Enthält-Vermerke sowie Verweise oder Bemerkungen.

Als Hilfsmittel zur Recherche fertigt die Wissenschaftliche Sammlung Rhön für ihre Archiv-Bestände Findbücher an. Nach konzeptionellen Überlegungen und der Definition von Anforderungskriterien an eine Archivsoftware als Hilfsmittel zur Verzeichnung und Erschließung hat sich das WSR-Projektteam für die Software „MidosaxML“¹ entschieden.

- **WSR-Kriterienkatalog und Archivsoftware**

Bedienungskomfort: Grundsätzlich soll sich eine moderne Archivsoftware durch einen hohen Bedienungskomfort auszeichnen, der z.B. die Möglichkeit der Dateneingabe über Masken beinhaltet. Von Bedeutung ist weiterhin – nicht zuletzt im Hinblick auf die anvisierte Übergabe der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön an die Hochschul- und Landesbibliothek Fulda und die dort erfolgende Weiterpflege der Sammlung – die leichte und schnelle Einarbeitung in die Software.

Erstellung von Online-Findbüchern und komfortable Recherche: Erschließungsdaten sollen in verschiedenen Findbuch-Varianten „per Mausclick“ ausgegeben werden. Von Bedeutung für das WSR-Archiv ist insbesondere die automatische Generierung von sog. Online-Findbüchern, die im Internet für Recherchezwecke zur Verfügung gestellt werden können und die durch eine Suchmaschine – möglichst findbuchübergreifend – unterstützt werden.

Automatisierte Unterstützung der Erstellung von Indices: Die Archivsoftware soll mindestens die intellektuelle Erstellung eines geographischen, Personen- und Sachindex unterstützen, z.B. durch einfache Übernahme von Begriffen in Indices bzw. in einen Mischindex. Wünschenswert ist zudem die Möglichkeit der Erstellung von Korporations- und Materialindices. Verfahren automatischer Indexierung von Inhalten kommen für die Wissenschaftliche Sammlung Rhön aufgrund des damit verbundenen Aufwands an Systemimplementierung und -pflege sowie bislang noch nicht allgemein zufriedenstellender Indexierungsqualitäten nicht in Betracht.

Langfristige Weiterentwicklung und Software-Wartung: Soweit absehbar, soll die Weiterentwicklung und Wartung der in Betracht kommenden Software dauerhaft gesichert sein, z.B. durch eine institutionelle Verankerung oder gefestigte Marktstellung des Herstellers. Aus diesem Grund wurde bei der Archivsoftware-Auswahl der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön darauf geachtet, keine Einzel- oder Insellösungen zu übernehmen. Statt dessen wurde eine verbreitete und praxiserprobte Software angeschafft, für die regelmäßige Updates und Support-Dienstleistungen verfügbar sind und die einem vertretbaren Preis-Leistungsverhältnis v.a. für kleine Archive entspricht.

Kompatibilität mit anderen Systemen: Nicht ausschließen sollte man mittel- und langfristig den Austausch von Erschließungsdaten mit anderen Archiven bzw. die Überführung der WSR-Erschließungsdaten in eine andere Archivsoftware. Hierfür muss auf eine Mindestkompatibilität mit anderen Systemen geachtet werden.

Neben MidosaxML wird auf dem Markt eine Fülle an Archivsoftware angeboten, die sich in Bezug auf Komplexität, Architektur, Anwendungskomfort, Einsatzmöglichkeiten sowie auf den

¹ <http://www.midosax.de>

Zur Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (WSR)

Preis teilweise stark unterscheiden. MidosaXML überzeugte v.a. durch die Konzentration auf die Kernfunktion Verzeichnung und auf die Flexibilität bei der Dateneingabe, die unterschiedliche Erschließungstiefen ermöglicht und diverse Materialtypen abbilden lässt. Intensiver geprüft für den Einsatz im WSR-Archiv wurde u.a. die Software „Faust EntryArchiv“, deren Anschaffung hauptsächlich aufgrund des hohen Einarbeitungsbedarfs sowie des Preises nicht in Betracht kam.

- **MidosaXML**

MidosaXML ist eine XML-basierte Software zur Erfassung und redaktionellen Bearbeitung von Findbüchern. Neben der Erstellung konventioneller Findbücher als Druckmanuskript bietet MidosaXML komfortable Möglichkeiten zur Generierung von Online-Findbüchern. MidosaXML wurde als Nachfolgeversion der Archivsoftware MidosaOnline von der gemeinsamen Arbeitsgruppe PARSIFAL, bestehend aus Bundesarchiv, Archivschule Marburg sowie der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, entwickelt. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist die Entwicklung „non-proprietärer, nachnutzbarer und zukunftsöffener Erschließungssoftware“ für Archive (MENNE-HARITZ 2004, S. 4).

MidosaXML hat sich als eine einfach zu bedienende und zugleich preiswerte Standardsoftware bewährt, die sich auch in kleinen und mittelgroßen Archiven gut einsetzen lässt. Wartung und Weiterentwicklung der Software sollen durch die PARSIFAL-Arbeitsgruppe kontinuierlich gewährleistet werden.

Die Wissenschaftliche Sammlung Rhön setzt MidosaXML als Einzelplatzanwendung an drei Arbeitsplätzen ein, wobei die Erschließungsdaten auf einem gemeinsamen Laufwerk gespeichert werden. Die Daten eines jeden Findbuchs werden je in einer eigenen MS-Access-Datenbank gespeichert, so dass Nutzungskonflikte zwischen den jeweils verantwortlichen BearbeiterInnen vermieden werden. Unterstützt durch eine im Hintergrund laufende Open Office-Anwendung sowie durch ein XML-Tool lassen sich „per Knopfdruck“ zur Präsentation im Internet geeignete Online-Findbücher generieren.

- **Bestandserhaltung**

Geschützt vor Diebstahl, Wasser und direkter Sonnenbestrahlung, bewahrt die Wissenschaftliche Sammlung Rhön ihre Archivalien in geeigneten metallfreien und alterungsbeständigen Archivkartons auf, die das Schriftgut gegen Verstaubung (Nährboden für Schimmelpilze) und andere Fremdeinwirkungen schützen. Vor der Ablage wird das Archivgut von Eisen- (Heft-/ Büroklammern) und Plastikteilen entfernt. Ebenso werden weichmacherhaltige Folienhüllen entfernt.

- **Zeitungsausschnittsammlung „Biosphärenreservat Rhön“**

Die Wissenschaftliche Sammlung Rhön verfügt über eine seit 1990 durchgängig geführte Zeitungsausschnittsammlung. Diese umfasst zur Zeit (24. Apr. 2006) ca. 130 cm Zeitungsausschnitte zum Biosphärenreservat Rhön aus der FULDAER ZEITUNG, der RHÖN-SAALE-POST und der SÜDTHÜRINGER ZEITUNG, ergänzt durch Beiträge aus der FRANKFURTER RUNDSCHAU und anderen Informationsmedien.

- Fuldaer Zeitung: komplett seit 1990

Anne Sabine Schäfer, Entwicklung der Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und Stand des Archivkonzepts

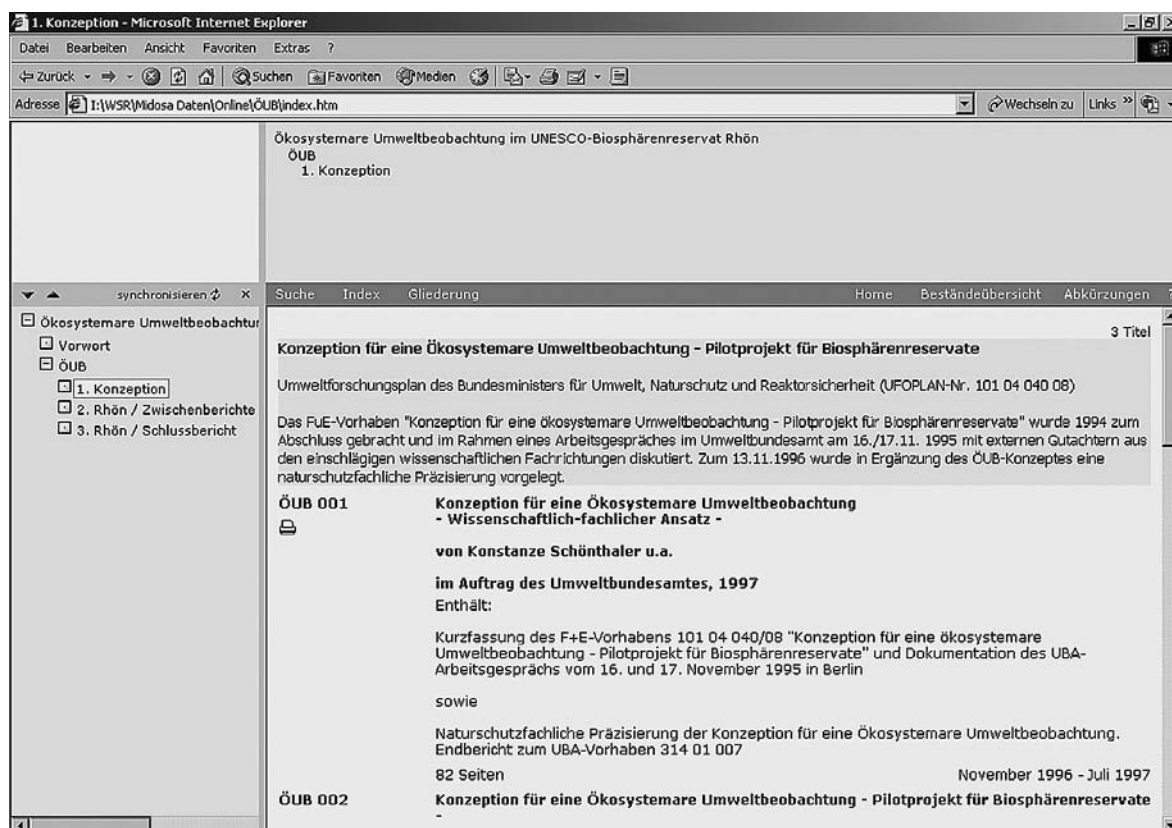


Abb. 2: Screenshot: Online-Findbuch, generiert aus MidosoXML

- Frankfurter Rundschau: partiell seit 1990
- Rhön-Saale-Post, Südthüringer Zeitung: komplett seit September 2004

Der Grundbestand der Zeitungsausschnittsammlung wurde der WSR aus privaten Beständen in chronologischer Ordnung übergeben, die zunächst beibehalten werden muss. Ein Desiderat bleibt die Umarbeitung der Zeitungsausschnitte in eine noch zu entwickelnde sachliche Gliederung.

Die Zeitungsausschnittsammlung kann als Präsenzbestand in den WSR-Öffnungszeiten benutzt werden. Die Nutzung des Archivbestands ist vorbehaltlich etwaiger Schutzfristen ebenfalls in den Öffnungszeiten der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön nach vorheriger schriftlicher oder telefonischer Anmeldung möglich.

Nächste Schritte

Nachdem der retrospektive Bestandsaufbau (SCHÄFER 2005) des bibliothekarischen Anteils der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön weitgehend abgeschlossen ist, konzentrieren sich die Arbeiten neben dem laufenden Bestandsaufbau derzeit auf die Einarbeitung der bereits vorliegenden Archivalien. Neben Akten aus Privatbeständen liegt derzeit eine umfangreiche Schenkung der Stiftung RWZ (Regionales Zentrum für Wissenschaft, Technik und Kultur, Fulda) vor, deren Einarbeitung binnen Jahresfrist abgeschlossen sein soll.

Zur Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (WSR)

Die Kontakte zu den zuständigen Lokalen Aktionsgruppen (LAG) in der Rhön werden insbesondere im Hinblick auf die umfassende Dokumentation von LEADER-Projekten vertieft. Erste Sondierungen ergaben eine große Bereitschaft, relevante Unterlagen zur Verfügung zu stellen, so dass sich hier ein möglicher künftiger Schwerpunkt des Archivbestands abzeichnet.

Im Hinblick auf den geplanten Projektabschluss im Mai 2007 ist die angestrebte Übergabe der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön in den Regelbetrieb der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda vorzubereiten und zugleich die auch danach erforderliche fachlich-qualifizierte Weiterbetreuung der Sammlung zu gewährleisten.

Zur verbreiterten regionalen und auch überregionalen Bekanntmachung der Sammlung ist die Einbindung der WSR in bibliothekarische und fachwissenschaftliche Portale und Informationsmedien von Bedeutung, um neue Nutzerkreise zu erschließen und die Nutzung des Bestands weiterhin zu erhöhen.

Literatur

NIMZ, Brigitta, 2004: Archivische Erschliessung, in: Praktische Archivkunde: Ein Leitfaden für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste Fachrichtung Archiv, Münster

MENNE-HARITZ, Angelika, 2004: MidosaXML: Handbuch Version 1.03, Marburg

REIMANN, Norbert, 2004: Grundfragen und Organisation des Archivwesens, in: Praktische Archivkunde: Ein Leitfaden für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste Fachrichtung Archiv, Münster

SCHÄFER, Anne Sabine, 2005: Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön – Modellhafte Konzeption und bisheriger Projektverlauf, in: Beiträge Region und Nachhaltigkeit. Zu Forschung und Entwicklung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, Jg. 2, Heft 2, Petersberg

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetzen in der bayerischen Rhön

Sandra Weber

1. Einleitung

Die traditionellen Planungs-, Problemlösungs- und Entwicklungsmechanismen in der staatlichen Aufgabenerfüllung, in der kommunalen und regionalen Planung sowie in der Wirtschafts- und Strukturpolitik konnten auf die gravierenden weltwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 30 Jahre nicht mehr adäquat reagieren. Als neuer Steuerungsmechanismus haben sich vielmehr informelle Netzwerke sowie stärker handlungs- und umsetzungsorientierte Formen der Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene herausgebildet und damit zu einem Bedeutungsgewinn der Region als Handlungsebene beigetragen. Den aktuellen theoretischen Bezugsrahmen für die Veränderungen genannter staatlicher und kommunaler Steuerungsmuster bildet das Konzept der Regional Governance. Unter Regional Governance werden hier alle Formen gesellschaftlicher Steuerung (auf regionaler Ebene) verstanden, die die institutionalisierten Formen der Steuerung in Form formaler Organisations- und Verfahrensregeln sowie der politischen Führung im Kern durch Kooperation öffentlicher und privater Akteure ergänzen (BENZ 2003, S. 505; EINIG/FÜRST/KNIELING 2003, S. I; FÜRST 2003). Mit dem Ansatz verbindet sich also eine vergleichsweise „weiche“ regionale „Steuerung“ und Entwicklung, die auf einer mehr oder weniger institutionalisierten Zusammenarbeit basiert (FÜRST 2003, S. 442).

Inzwischen existieren eine Vielzahl unterschiedlicher Kooperationsansätze verschiedenster räumlicher Abgrenzung und inhaltlicher Ausrichtung innerhalb einer (abgegrenzten) Region, die sich zusätzlich zu den traditionellen Institutionen mit Fragen der Regionalentwicklung auseinandersetzen. Keine „neue Region“ kann aber für sich in Anspruch nehmen, ihre Region alleine zu vertreten. Die neuen regionalen Kooperationen spezialisieren sich vielmehr in ihren Themenstellungen: Dabei geht es Regionalmarketing-Initiativen in erster Linie um die Vermarktung als Wirtschaftsstandort innerhalb und außerhalb der Region, thematisch selektiv arbeitenden Ansätzen beispielsweise im Tourismus stehen ganzheitliche Ansätze wie die Erarbeitung integrierter Entwicklungskonzepte oder Teilraumgutachten gegenüber. Weiterhin gibt es Initiativen, die sich besonders einer nachhaltigen Regionalentwicklung verpflichtet fühlen, wie die im Bundeswettbewerb gekürten „Regionen der Zukunft“ sowie kleinräumige kommunale Allianzen und lokale Aktionsgruppen im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative Leader+, die sich speziell der Förderung und Entwicklung ländlicher Räume in Europa annehmen (DILLER 2003, S. 79). Die Folge dieser „Flut an Kooperationen“ ist ein unübersichtliches Geflecht an Institutionen, Initiativen, Kooperationen und Entwicklungskonzepten innerhalb eines abgegrenzten Raumes. In Regionen, in denen sich solche Kooperationen überlagern, wird bereits über ein „Netzwerk-Rauschen“ oder ein „Konferitis-Syndrom“ geklagt (DILLER 2002, S. 334; FÜRST/SCHUBERT 1998, S. 354).

Die Beobachtung einer zunehmenden Zahl an Initiativen in der Region Main-Rhön (einer von drei Planungsregionen im Regierungsbezirk Unterfranken, Bayern) war auch Anlass für eine Diplomar-

Sandra Weber, Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetze in der bayerischen Rhön

beit zum Thema „Regionale Kooperationen in der Region Main-Rhön – Probleme und Chancen der Vielfalt und Koordination durch Metanetze“. Ziel der Untersuchung war es im Wesentlichen, Informationen über räumliche, institutionelle und thematische Überschneidungen und die Koordination und Vernetzung dieser zahlreichen Initiativen in der Untersuchungsregion sowie über die Chancen und Probleme, die sich mit dieser Vielzahl an Zusammenschlüssen in einer Region ergeben können, zu gewinnen. Demzufolge boten sich für die Untersuchung die Methoden der qualitativen Sozialforschung an. Neben einer umfassenden Literatur- und Dokumentenanalyse wurden 14 offene, leitfadengestützte Expertengespräche geführt. Die Experten waren in der Regel sowohl Repräsentanten von Behörden, Kammern, Verbänden oder Gebietskörperschaften als auch in irgendeiner Funktion an den in dieser Arbeit untersuchten freiwilligen Kooperationen beteiligt.

Dieser Beitrag stellt eine Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse aus dieser Forschungsarbeit dar. Insbesondere werden zunächst die Hintergründe und Merkmale der Regional Governance sowie die Chancen und Probleme einer wachsenden regionalen Fragmentierung erläutert. Anschließend wird die Idee der Metanetze als Ausweg aus der kooperativen Unübersichtlichkeit vorgestellt. Um ausgewählte Ergebnisse der Forschungsarbeit schlaglichtartig darlegen zu können – insbesondere auch die existierenden Vernetzungen zwischen den Kooperationen-, werden zuvor noch die untersuchten Fallbeispiele und ihr jeweiliger Förderhintergrund kurz beschrieben. Hierbei kann es sich natürlich nur um eine Momentaufnahme handeln, denn die Dynamik der geschilderten Entwicklungen ist sehr groß.

2. Hintergrund und Merkmale der Regional Governance

Ursprünglich stammt das Konzept der Regional Governance aus Großbritannien und trägt deshalb der im Englischen Sprachraum gängigen Unterscheidung zwischen ‚government‘ im Sinne der politischen und staatlichen Institutionen mit ihren formalen Regeln und Verfahren und ‚governance‘ im Sinne von kooperativen Steuerungsmechanismen Rechnung (EINIG/FÜRST/KNIELING 2003, S. II; FREY 2003, S. 451). Obwohl diese sprachliche Unterscheidung im deutschen Sprachraum nicht üblich ist, ist sie sinngemäß auf die deutschen Verhältnisse und Entwicklungen übertragbar. Dennoch gibt es einen gravierenden Unterschied: In Deutschland wird die regionale Ebene eher aufgrund einer „Flucht aus den Institutionen“ aufgewertet, in England hingegen ist es die schwache Institutionalisierung der Region, die den Bedarf an Regionalisierung schafft (FÜRST 2001, S. 372).

Hintergrund dieser Entwicklungen sind gravierende Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die auf der einen Seite zu einem verschärften „Wettbewerb der Regionen“, auf der anderen Seite zu einem deutlich gestiegenen regionalen Vernetzungsbedarf sowie zur Aufwertung der Region als Handlungsebene führten. Dazu zählen in aller Kürze:

- die wachsenden weltwirtschaftlichen Verflechtungen, u.a. Globalisierung und Europäische Integration (ADAM 2001, S. 314 ff.; KNIELING/FÜRST/DANIELZYK 2001, S. 185),
- der rasant voranschreitende wirtschaftliche Strukturwandel (DANIELZYK 1999, S. 577 f.),
- Verteilungskonflikte zwischen den Gebietskörperschaften angesichts knapper finanzieller Mittel (DANIELZYK 1999, S. 578),
- neue und immer komplexere Aufgabenstellungen für die Gemeinden, die zudem kaum an kommunalen Grenzen Halt machen, z.B. Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung, Verkehrsfragen,

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Entwicklungen in Einzelhandel, Tourismus oder Kulturförderung (ADAM 2001, S. 314 ff.; DANIELZYK 1999, S. 579; BADE 1998, S. 4; FÜRST 1998, S. 245),

- die Regionalisierung der Lebensstile: Aktivitäten wie Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit usw. verteilen sich heute dispers in einer Region (KÖTTER 2004; FÜRST 2003, S. 441; DANIELZYK 1999, S. 578; BADE 1998, S. 4) und
- der demographische Wandel (Alterung, Schrumpfung und Internationalisierung der Bevölkerung), (KÖTTER 2004; ARL 2006, S. X).

Viele deutsche Arbeiten zur Regional Governance betonen als Ursache weiterhin den eng mit oben genannten Punkten verbundenen Übergang vom hoheitlichen und einseitig-intervenierenden zum kooperativen und aktivierenden Staat („enabling state“) (EINIG/FÜRST/KNIELING 2003, S. II). Dieser Rückzug des Staates auf sogenannte Kernfunktionen (FÜRST 2003, S. 441) vollzog sich in den letzten Jahren aus der Erkenntnis heraus, dass weder ein einseitiges Handeln des Staates noch eine Vollprivatisierung öffentlicher Aufgaben zufriedenstellende Alternativen sind. Viele Aufgaben werden deshalb heute durch das koordinierte Zusammenwirken öffentlicher und/oder privater Akteure erfüllt (EINIG 2003, S. 479). Vor allem regionale Entwicklungsaufgaben wie die Wirtschaftsförderung, der Tourismus, die integrierte ländliche Entwicklung oder die Realisierung einer nachhaltigen Regionalentwicklung werden zunehmend über freiwillige regionale Kooperationen erfüllt (FÜRST et al. 1999, S. 53; ARL 1998, S. 1).

Das Konzept der Regional Governance integriert sowohl die Vorstellung einer Mobilisierung regionaler Selbsthilfekräfte und regionaler Stärken durch konsensorientierte Partizipation und Kooperation regionaler Akteure, wie sie auch aus den Diskussionen um die endogene Regionalentwicklung bekannt sind, als auch wesentliche Prinzipien des Netzwerkansatzes. Dazu zählen vor allem Fairness, gegenseitiges Vertrauen, welches nur in einem längeren Prozess der Zusammenarbeit erworben werden kann, die freiwillige Selbstbindung der Beteiligten sowie gleichzeitig die „exit option“ als Möglichkeit der Mitglieder, die Kooperation jederzeit zu verlassen (KNIELING 2004, S. 2; EINIG 2003, S. 479; FÜRST 2003, S. 442 f.). Das im Vergleich zu eher losen Netzwerken etwas komplexere Regelwerk basiert aber zusätzlich auf ausgehandelten Regelungen bezüglich der Festlegung von Funktionen innerhalb der Kooperation, auf Regeln zur Entscheidungsfindung oder zur Konfliktbeilegung (DANIELZYK 2003, S. 513 f.; FÜRST 2003, S. 443). Im Gegensatz zu den traditionellen Theorien zur regionalen Selbststeuerung betont und fordert das Konzept der Regional Governance noch stärker die Einbeziehung der Privatwirtschaft und sonstiger nicht-öffentlicher Akteure in eine gemeinsame und konstruktive Regionalentwicklung (KNIELING 2004, S. 2; FÜRST 2003, S. 442). Charakteristisch für die Regional Governance in Deutschland ist außerdem der stark identitätsstiftende regionale Bezug. Denn hier bestimmen nach wie vor politisch-administrative Akteure die regionalen Kooperationen, deren Wirkungskreis räumlich bestimmt ist. Zudem benötigt man zur Festlegung von Verantwortlichkeiten eine gewisse Institutionalisierung, die wiederum räumlich gebunden ist (DANIELZYK 2003, S. 513 f.; FÜRST 2003, S. 443). In jüngerer Zeit wird der Ansatz der Regional Governance deshalb auch verstärkt aus der Perspektive der Raumordnung diskutiert, deren junges informelles Instrumentarium (u.a. Regionalkonferenzen, regionale Entwicklungskonzepte, Teilraumgutachten, Regionalmanagement oder Regionale Agenda-21-Prozesse) diesen Ansatz repräsentiert (FÜRST 2003, S. 442; KNIELING 2003, S. 471).

Die Folge der vermehrten kooperativen Steuerung regionaler Entwicklungen ist ein jeweils regionspezifischer Mix aus hierarchischen, kooperativen und marktlichen Beziehungen zwischen den Institutionen und regionalen Akteuren (EINIG/FÜRST/ DANIELZYK 2003, S. I).

Sandra Weber, Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetzen in der bayerischen Rhön

3. Probleme und Chancen regionaler Fragmentierungen

Die Frage, wie die damit verbundene Unübersichtlichkeit gemindert werden kann, wird heute zunehmend diskutiert. Die Meinungen tendieren von einer stärkeren Vernetzung der Kooperation auf übergeordneter Ebene bis hin zu einer „Marktberreinigung“ (DILLER 2002, S. 252). Bevor beide Diskussionslinien vorgestellt werden, wird zunächst aufgezeigt, welche Konsequenzen positiver und negativer Art mit der zunehmenden „kooperativen Unübersichtlichkeit“ (DILLER 2002, S. 357) verbunden sind.

Positiv wird neben den allgemeinen Vorteilen und Chancen regionaler Kooperationen (u.a. finanzielle Ersparnisse, Abbau von Konkurrenzdenken, verbesserter Informations- und Kommunikationsfluss, Entwicklung von gegenseitigem Vertrauen und einer regionalen Identität, Umsetzung konkreter Projekte, Verbesserung der Standortfaktoren) hervorgehoben, dass durch immer wieder neue Kooperationen ständig neue Impulse in die Regionalentwicklung kommen. Deshalb sollten Formen regionaler Zusammenarbeit flexibel und durchaus zeitlich befristet sein und sich immer wieder neu formieren (INSTITUT FÜR STÄDTEBAU 2004).

Häufig kommt es jedoch mit steigender Zahl regionaler Kooperationen zu einer Mehrfachbelastung regionaler Schlüsselakteure. Diese sind oftmals in ihren Kapazitäten, Beziehungen und Interaktionen zu organisieren, überfordert. Damit wird möglicherweise ein „Netzwerkrauschen“ erzeugt, das innovative Verbindungen hemmt, anstatt sie zu fördern“ (FÜRST/SCHUBERT 1998, S. 354; DANIELZYK/PRIEBS 1999, S. I; BBR 1998, S. 30). Die Gefahr ist außerdem groß, dass sich die Schlüsselakteure nur noch von nachgeordneten Mitarbeitern mit geringerer Entscheidungskompetenz vertreten lassen, „was die Effektivität der Kooperationen beeinträchtigen kann (Mehrebenen-Problematik)“ (FÜRST 2003, S. 446; FÜRST/SCHUBERT 1998, S. 355). Weiterhin entsteht durch eine wachsende Anzahl an regionalen Kooperationsformen, an denen überwiegend Verwaltungsspitzen und einige wenige Funktionsträger und Politiker mitwirken, ein schwer überschaubares Beziehungsgeflecht, in dem die Entscheidungswege und Verantwortlichkeiten kaum mehr transparent sind (DANIELZYK 1999, S. 579). Der Versuch, die Durchsichtigkeit herzustellen, führt wiederum zu einem sehr hohen Abstimmungsbedarf, der letztlich die Kompetenz auf der regionalen Ebene schwächen kann (GORSLER 2002, S. 80; DANIELZYK 1995, S. 11). Schlimmstenfalls setzen sich die informellen Entwicklungen durch blockierende Entscheidungen, konfligierende Prioritäten und durch Doppelarbeit bei fehlender Abstimmung selbst außer Kraft (GORSLER 2002, S. 80; zit. nach ARL 1995, S. 9). Auch die Akteure selbst können von den immer wieder neu ins Leben gerufenen Förderprogrammen, Instrumenten und Wettbewerben mit ihren jeweils spezifischen Fördergrundsätzen überfordert sein und den Überblick verlieren (INSTITUT FÜR STÄDTEBAU 2004).

Neben dem Wettbewerb um Mitglieder und Schlüsselakteure verschärft sich möglicherweise auch der Wettbewerb um finanzielle Ressourcen; innerregionale Konkurrenzen können verstärkt statt abgebaut werden und durch die räumliche Überschneidung kann es leicht zu inhaltlichen Zielkonflikten kommen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die einheitliche Darstellung nach außen erschwert wird, wenn ohne Abstimmung eigene Auftritte entwickelt werden, und dass notwendige Ressourcen für übergreifende oder außenorientierte Maßnahmen fehlen, weil sie auf verschiedene kleinräumige regionale Initiativen verteilt werden. Insgesamt können eine starke Zersplitterung an Initiativen in der Region in Verbindung mit einer unabgestimmten Vorgehensweise die regionale Wettbewerbssituation sogar verschlechtern (EBERLE/ILLIGMANN/SIMON 2000, S. 21).

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

4. Metanetze als Ausweg?

Um die negativen Seiten des „Netzwerkrauschens“ und der zunehmenden kooperativen Unübersichtlichkeit in der Regionalentwicklung zu reduzieren, kann sich DILLER die Schaffung von Metanetzen vorstellen, das heißt von Netzwerken zwischen den Kooperationen, eventuell unter Einschluss etablierter Institutionen (DILLER 2002, S. 357 f.). Diese „kooperativen Netzwerke 2. Ordnung“ könnten den Wettbewerbsdruck um Schlüsselakteure senken und eine Schnittstellenfunktion zwischen den Initiativen übernehmen. Darüber hinaus könnte ein solches Metanetz die thematische Spezialisierung vieler Kooperationen miteinander in Verbindung bringen und die nötigen Synergieeffekte herstellen. Auch GRABSKI-KIERON (INSTITUT FÜR STÄDTEBAU 2004) hält die Schaffung oder Ausgestaltung von Schnittstellen zwischen den Kooperationen für notwendig.

Drei Grundformen derartiger Netzwerke konnte DILLER (2002, S. 258 f.) in seinen Untersuchungen bereits beobachten:

- In der Region Südostniedersachsen sind etablierte regionale Institutionen wie der Zweckverband Großraum Braunschweig und die Bezirksregierung mit der regionalen Entwicklungsagentur RESON durch ein regionales kooperatives Metanetzwerk miteinander verbunden.
- In der Region Oberfranken sind mehrere regionale Kooperationen (Regionalmarketing, Euregio Egrensis, Oberfranken Offensiv e.V.) und etablierte Institutionen (Kammern, Verbände, Landratsämter) im Dachverein „Forum Zukunft Oberfranken e.V.“ miteinander verbunden, so dass diesem die Funktion eines regionalen kooperativen Metanetzwerks zugeschrieben werden kann.
- Im Städtedreieck Saalebogen fungiert die Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen als festes Verbindungselement zwischen verschiedenen regionalen Kooperationen.

Während die Idee der Metanetze demnach eine größere Bandbreite an Koordinierungsmöglichkeiten zwischen den zahlreichen regionalen Kooperationen und den traditionellen Institutionen abdeckt – von informellen Bündelungen durch wichtige Schlüsselakteure bis hin zu fester verankerten Foren oder Runden Tischen – gehen andere Vorschläge noch stärker in Richtung einer „Marktbereinigung“ durch die Schaffung von institutionalisierten regionalen Einrichtungen; sei es in Form eines Regionalmanagement, das u.a. beim regionalen Planungsverband angesiedelt sein könnte (EBERLE/ILLIGMANN/SIMON 2000, S. 21; TROEGER-WEISS 1998, S. 210 ff.), als privatrechtliche regionale Entwicklungsagentur (DILLER 2002, S. 268) oder in Form eines Regionalrats bzw. einer regionalen Gebietskörperschaft, die sowohl über eigene finanzielle Ressourcen als auch über politische Legitimation und Entscheidungskompetenz verfügen sollte (DANIELZYK 1999, S. 585; WOLTER 1999, S. 52). Hintergrund dieser Vorstellung ist demnach, dass sich einzelne Einrichtungen durchsetzen würden, die die Aufgabe eines ganzheitlichen regionalen Management übernehmen würden (DILLER 2002, S. 253). Diesbezüglich gibt es jedoch auch kritische Stimmen, die ein solches räumlich fixiertes Gremium nicht mit der Auffassung einer Region als „osszilierendes, lebendes Gebilde mit funktionaler Definition von Raumzuschnitten“ in Einklang bringen können (WOLTER 1999, S. 52). Ebenso halten FÜRST/SCHUBERT den Anspruch einer ganzheitlichen Vernetzung der fragmentierten regionalen Strukturen „in der naiven Form zentralistisch geschaffener Foren“ nicht für realisierbar (FÜRST/SCHUBERT 1998, S. 354). Sie kommen zu der Erkenntnis, dass die regionalen Teilnetzwerke zwar zweifelsohne miteinander kommunizieren, aber auf subtilere Weise, „als es etwa das einfache Modell des ‚Runden Tisches‘ suggeriert“ (FÜRST/SCHUBERT 1998, S. 354).

Sandra Weber, Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetzen in der bayerischen Rhön

5. Der Einfluss verschiedener Förderprogramme auf die Herausbildung einer Regional Governance

Wie sich dies in der Untersuchungsregion Main-Rhön gestaltet, wird im Folgenden erläutert. Dazu werden zunächst die regionalen Fallbeispiele und ihr jeweiliger Förderhintergrund dargelegt. Es handelt sich dabei überwiegend um staatlich oder durch die EU geförderte Formen der Zusammenarbeit. Vor allem im Freistaat Bayern werden viele der informellen Kooperationen von der Landes- und Regionalplanung initiiert, gefördert und mitbetreut (KISTENMACHER/MANGELS 2000, S. 92), im Gegensatz etwa zu Nordrhein-Westfalen, wo die Netzwerke, Regionalkonferenzen und Entwicklungsagenturen im Rahmen der Regionalisierten Strukturpolitik durch das Wirtschaftsministerium gefördert und initiiert werden (ARL 1998, S. 15 f.). Darüber hinaus gibt es aber durchaus kooperative Ansätze, die nicht durch einen externen Förderanreiz entstanden sind, die aber den obigen Kooperationen sehr ähnlich sind, beispielsweise das Bäderland Bayerische Rhön, ein freiwilliger Zusammenschluss der fünf Kurstädte aus den beiden Rhön-Landkreisen Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld (DILLER 2002, S. 81).

5.1. Modellvorhaben der Raumordnung – Der Wettbewerb „Regionen der Zukunft“

Das Bundesministerium für Bauwesen und Raumordnung (BBR) hat mit den Modellvorhaben der Raumordnung ein umsetzungsorientiertes Instrumentarium zur Gewinnung neuer Impulse für eine nachhaltige, handlungs- und projektorientierte Regionalentwicklung ins Leben gerufen. Basis ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Bund, Ländern und den betroffenen Gemeinden (BBR 1999). Hier interessiert vor allem der Wettbewerb „Regionen der Zukunft – regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung“, der 1997 öffentlich ausgelobt und im Juli 2000 beendet wurde (ADAM 1998, S. 444; BBR 2001). Dieser Wettbewerb wurde wissenschaftlich begleitet, jedoch nicht finanziell gefördert. Einer der Teilnehmer war die „ARGE Rhön“, ein länderübergreifender Zusammenschluss (Bayern, Hessen und Thüringen) von fünf der sechs Landkreise des Biosphärenreservats Rhön. Der größte Erfolg des Wettbewerbs für die Region war nach Aussage eines befragten Experten die Überwindung der Ländergrenzen durch die Entwicklung einer einheitlichen übergreifenden Regionalentwicklungskonzeption und durch die organisatorisch und finanziell langfristig abgesicherte Zusammenarbeit. Und sicherlich hat die mit einem ersten Platz erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb neben einem Motivationsschub bei den Beteiligten auch die Akzeptanz in den Medien und in der Bevölkerung weiter verbessert. Auf jeden Fall besteht die Zusammenarbeit auch sechs Jahre nach dem Ende des Wettbewerbs noch immer und widerlegt damit die oft angebrachte Kritik, dass ein solcher Wettbewerb lediglich temporäre Anreize zur Zusammenarbeit bietet und viele Kooperationen danach einschlafen (DILLER 2002, S. 356). Ein bedeutendes Projekt ist zum Beispiel die Einführung eines Qualitäts- und Herkunftszeichens im Rahmen der Dachmarke Rhön. Mit diesem sollen in enger Zusammenarbeit mit den Produzenten nachhaltig erzeugte Produkte aus den Wirtschaftszweigen Landwirtschaft, Gastronomie, Dienstleistungen und Verarbeitungshandwerk gekennzeichnet und vermarktet werden.

5.2 Informelle Instrumente der bayerischen Landes- und Regionalplanung

Auch der Freistaat Bayern begegnete schon früh den oben genannten Herausforderungen und der zunehmenden Kritik an der traditionellen Regionalplanung, indem dort bereits Ende der 1980er Jahre das Instrument des Teilraumgutachtens eingeführt wurde, das an konkreten teilräumlichen Entwicklungsproblemen ansetzt und unter Mitwirkung regionaler Akteure realisierbare Lösungen und

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Entwicklungsstrategien erarbeitet. Damit nahm Bayern eine gewisse Vorreiterfunktion in der Umorientierung der Raumordnungspolitik ein (DILLER 2002, S. 72). Zur Umsetzung der Leitlinien und konkreten Projekte der Teilraumgutachten und zur Verbesserung der regionalen Standort- und Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Regionen entstanden mit dem Regionalmanagement und dem Regionalmarketing in den 1990er Jahren weitere informelle Instrumente in der bayerischen Landesplanung, die stark auf kooperative und partizipative Prozesse in der regionalen Entwicklung setzen und sowohl ideell als auch finanziell von der Staatsregierung unterstützt werden.

Jüngst wurde in der Untersuchungsregion beispielsweise ein Teilraumgutachten erarbeitet. Dieses sollte eine fundierte Beurteilungsgrundlage für die mit dem Bau der neuen Bundesautobahn A 71 verbundenen Veränderungsprozesse in struktureller und räumlicher Hinsicht liefern, um auf dieser Grundlage frühzeitig auf regionaler, kommunaler und fachlicher Ebene die notwendigen Weichenstellungen vornehmen zu können. Entsprechend dem inhaltlichen Leitsatz des Teilraumgutachtens – der „regionalen Kooperation“ – sollen zukünftig alle Maßnahmen der Städtebauförderung, der Flurneuordnung und Dorferneuerung, der kommunalen Bauleitplanungen (v.a. interkommunale Gewerbegebiete) sowie notwendige Handlungsschritte im Bereich der Infrastruktur oder Wirtschaftsförderung aufeinander abgestimmt werden. Nachdem man sich im Laufe der Erarbeitung des Gutachtens – bedingt durch die große Teilnehmerzahl – der Fülle an Initiativen und Institutionen in der Region zunehmend bewusst wurde, einigte man sich darauf, keine neue Organisationsstruktur zu schaffen. Vielmehr sollte zur Projektumsetzung auf bestehende Organisationen und Institutionen zurückgegriffen werden, um unnötige Parallelstrukturen zu vermeiden. Ergänzt werden sollten diese nur dort, wo es erforderlich und zweckmäßig ist. Darüber hinaus bestimmte man eine aus drei Personen bestehende informelle Organisations- und Koordinierungsstelle, die sich als Ansprechpartner verstand und dafür sorgte, dass die Aufgaben und Projekte aus dem Teilraumgutachten an die richtigen Stellen verteilt werden. Es handelte sich dabei um den Wirtschaftsförderer des Landkreises Rhön-Grabfeld, den Regionsbeauftragten der Region Main-Rhön (angesiedelt bei der Regierung von Unterfranken) sowie den Leiter der Landesplanung bei der Regierung von Unterfranken. Nachdem wesentliche Projekte umgesetzt wurden, hat sich dieses Gremium aufgelöst.

Weiterhin existiert seit Mitte der 1990er Jahre mit der Chancen-Region Mainfranken eine Regionalmarketinginitiative, der sieben Landkreise und zwei kreisfreie Städte angehören (das Gebiet der beiden Planungsregionen Main-Rhön und Würzburg). Deren Ziel ist die Vermarktung der Region Mainfranken als attraktiven Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensraum inner- und außerhalb der Region (CRM 2002, S. 10). Die Aufgabenschwerpunkte ergeben sich damit vorwiegend im Standortmarketing (z.B. gemeinsame Messeauftritte), in der Existenzgründung und Unternehmensentwicklung, in der Förderung von Forschung und Innovation sowie in der Unterstützung der regionalen Kultur und Identität (CRM 1998, S. 5). Als Kooperations- und Kommunikationsplattform für Verwaltung und Wirtschaft wird die Chancen-Region durch in der Region ansässige Unternehmen unterstützt. Diese waren zunächst in Form einer losen, jeweils projektbezogenen Zusammenarbeit mit der Initiative verbunden, institutionalisierten sich jedoch im Jahr 2001 als Unternehmerkreis Mainfranken, dem mittlerweile über 40 Unternehmen angehören.

5.3 Integrierte ländliche Entwicklung

Nach der Raumordnung durchlaufen in jüngster Zeit auch die Verwaltungen für ländliche Entwicklung einen Wandel in ihrem Aufgabenverständnis. Denn dort wird einer, über die bloße Verbesserung

Sandra Weber, Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetze in der bayerischen Rhön

landwirtschaftlicher Produktionsbedingungen hinausgehenden, integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) ebenfalls eine zunehmende Bedeutung beigemessen (KNICKEL/DOSCH 2004, S. 22 ff.).

In der Untersuchungsregion bildeten sich entlang der neuen Autobahn neben dem großräumigen Teilraumgutachten drei kleinräumige kommunale Allianzen, die sich über die mit dem Autobahnbau nötige Flurneuordnung hinaus einer integrierten ländlichen Entwicklung widmeten. Unter dem Dach des Teilraumgutachtens erarbeiteten sie für ihren Kooperationsraum jeweils eigene integrierte Entwicklungskonzepte. Zur Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmenvorschläge etablierte sich in der kommunalen Allianz „Oberes Werntal“ ebenso wie in der kommunalen Allianz „Henneberger Frankenland“ ein Regionalmanagement. Diese Regionalmanagement-Strukturen werden im Moment noch von der Landes- und Regionalplanung finanziell gefördert. In Zukunft werden die Ämter für ländliche Entwicklung eigene Mittel zur Förderung derartiger Strukturen zur Verfügung haben.

5.4 Leader+

Die EU-Regionalpolitik forciert im Rahmen ihrer Struktur- und Regionalpolitik ebenfalls die inter- und innerregionale Kooperation und die Einbeziehung regionaler Akteure in Projekte zur Regionalentwicklung. Vor allem die Gemeinschaftsinitiative Leader+ zur innovativen Entwicklung der ländlichen Räume in Europa hat die regionale Vernetzung und Kooperation in der Region zum Ziel. Das momentane Leader+-Programm (2000-2006) ist das Nachfolgeprogramm von Leader I (1991-1994) und Leader II (1994-1999), die bereits als Experimentierfelder für die Entwicklung und Erprobung innovativer, sowohl gebietsbezogener als auch integrierter und partizipativer Entwicklungskonzepte dienten (StMLF, <http://www.stmlf.bayern.de>, Zugriff am 21.02.2004). Um in den Genuss der Fördergelder von Leader+ zu kommen, müssen aber einige grundlegende Prinzipien und organisatorische Voraussetzungen erfüllt werden.

Diese grundlegenden Prinzipien von Leader+ sind:

- die Nutzung regionaler Besonderheiten zur Stärkung der regionalen Identität,
- die gemeinsame Erstellung eines regionalen Entwicklungskonzeptes (REK),
- der möglichst breit in der Bevölkerung und allen regionalen Interessengruppen verankerte Entwicklungsprozess (Bottom-up-Ansatz),
- der integrierte, sektorübergreifende Ansatz, der zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum sowie zu einem intensiven Austausch zwischen Wirtschaft und Gesellschaft beitragen soll, sowie
- die inner- und interregionale Vernetzung der Akteure zu einem intensiven Erfahrungsaustausch (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Broschüre Leader+).

Die Organisation und Begleitung der querschnittsorientierten Regionalentwicklung im Zuge von Leader+ soll von lokalen Aktionsgruppen (LAG) wahrgenommen werden. Diese sollen sich repräsentativ aus öffentlichen und privaten Akteuren der Region zusammensetzen; Wirtschafts- und Sozialpartner müssen auf der Entscheidungsebene zu 50 Prozent vertreten sein. Zu den Aufgaben der LAG zählen die Unterstützung und Steuerung des regionalen Entwicklungsprozesses und die Initiierung eigener Projektideen. Sie sollen aber auch Anlaufstelle und Koordinator für Projektideen und

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Projektanträge von anderen Personen und Institutionen sein, die Akteure in der Region in Form von Untergruppen zusammenführen und als Schnittstellen zwischen den Projektträgern vor Ort und den Verwaltungsebenen der Mitgliedsländer und der EU fungieren (EUROPÄISCHE KOMMISSION, <http://www.europa.eu.int/comm/archives/>; Zugriff am 23.02.2004; Europäische Kommission, Broschüre Leader+).

Förderfähig sind alle ländlichen Gebiete in der EU. Die Leader-Regionen werden als eine naturräumlich, kulturgeschichtlich, wirtschaftlich oder auch verwaltungstechnisch räumliche Einheit

Tabelle 1: Übersicht über die regionalen Kooperationen in der Region Main-Rhön

	Kooperationstyp	Räuml. Ebene	Initiator	Förderung	Finanzierung
Chancen-Region Mainfranken	Regional-Marketing	2 Planungsregionen	bottom-up + Landesplanung	finanzielle Förderung (am Anfang)	Umlagen der Mitglieder
ARGE Rhön	„Wettbewerb Regionen der Zukunft“	5 Landkreise	externe Aufforderung + bottom-up	Wettbewerb als Anreiz; Beratung	Umlagen, Leader+-Mittel
LAG Rhön-Grabfeld	LAG Leader+	jeweils deckungsgleich mit dem Landkreis	externer, finanzieller Anreiz + bottom-up	finanzielle Förderung ca. bis Ende 2006	Leader+-Mittel; Kofinanzierung durch private oder öffentliche Projektträger
LAG Bad Kissingen					
LAG Haßberge					
Teilraumgutachten zur A 71	Teilraumgutachten	46 Gemeinden	Regionaler Planungsverband	finanzielle Förderung	Kofinanzierung
Kommunale Allianzen	Regionale Landentwicklung	einige Gemeinden	Amt für Ländliche Entwicklung	finanzielle Förderung (Konzept u. Regionalmanager)	Umlagen der Mitglieder
Bäderland Bay. Rhön	Touristische Initiative	5 Kurstädte	bottom-up	keine	Umlagen; Leader-Mittel

Quelle: eigene Darstellung

Sandra Weber, Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetze in der bayerischen Rhön

abgegrenzt. Die Bevölkerungsobergrenze liegt bei 100.000 Einwohnern (maximal 120 E/km²), die Untergrenze bei 10.000 Einwohnern.

In der Region Main-Rhön haben sich zunächst jeweils auf Landkreisebene drei lokale Aktionsgruppen Leader+ (LAG) etabliert: die LAG Leader+ im Landkreis Bad Kissingen, die LAG Leader+ im Landkreis Rhön-Grabfeld sowie die LAG Hassberge. Etwas später (Ende 2003) entstand noch die lokale Aktionsgruppe Main-Steigerwald e.V., die während der Untersuchung noch in den Anfängen ihrer Entwicklung stand.

Haupt-Akteure	Rechts-Form	Prozess-promotor	Arbeits-kreise	Themen	Projekte
Landkreise, IHK, Unis, Unternehmen	komm. Arbeitsgemein-schaft	Geschäftsfüh-rung	nein	„harte“ Wirt-schaftsförderung, Vermarktung	Auftritt auf Messen, Exi-stenzgründung
Landkreise, Trä-gervereine Bio-sphärenres.	komm. Arbeits-gemeinschaft	keinen	ja (erst 8, jetzt noch 3)	Nachhaltige und integrierte Ent-wicklung	Dachmarke Rhön; Rhön-schafprojekt
Kommunen, Landkreise, Fachbehörden, Bürger, Soziale Einrichtungen, Bildung, ...	komm. Arbeitsgemein-schaft	Geschäftsfüh-rung und Regio-nalmanagement	ja (diverse)	integrierte länd-liche Entwick-lung; kleinräumige innovative Pro-jekte durch versch. Projekt-träger	Rhöner Wurst-markt
	komm. Arbeitsgemein-schaft				Generationen-haus
	komm. Arbeitsgemein-schaft	Geschäftsfüh-rung			Synagoge, „Weidenhaus Sand“
sehr breite Beteiligung	keine	Moderator	ja (viele)	Integriert (sehr breit angelegt)	Gewerbegebiete, Raststätte
Kommunen, DLE, Regions-beauftragter	komm. Arbeitsgemein-schaft	Regionalmana-gement	ja	Integriert (Gewerbegebiete, Radwege, Naherho-lung, Siedlung)	Gewerbegebiete, Tagungszentrum, Radwege
Kurdirektoren	komm. Arbeitsgemein-schaft	keinen	nein	Tourismus, Gesundheit, Kur	Werbung, Pauschalangebote

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

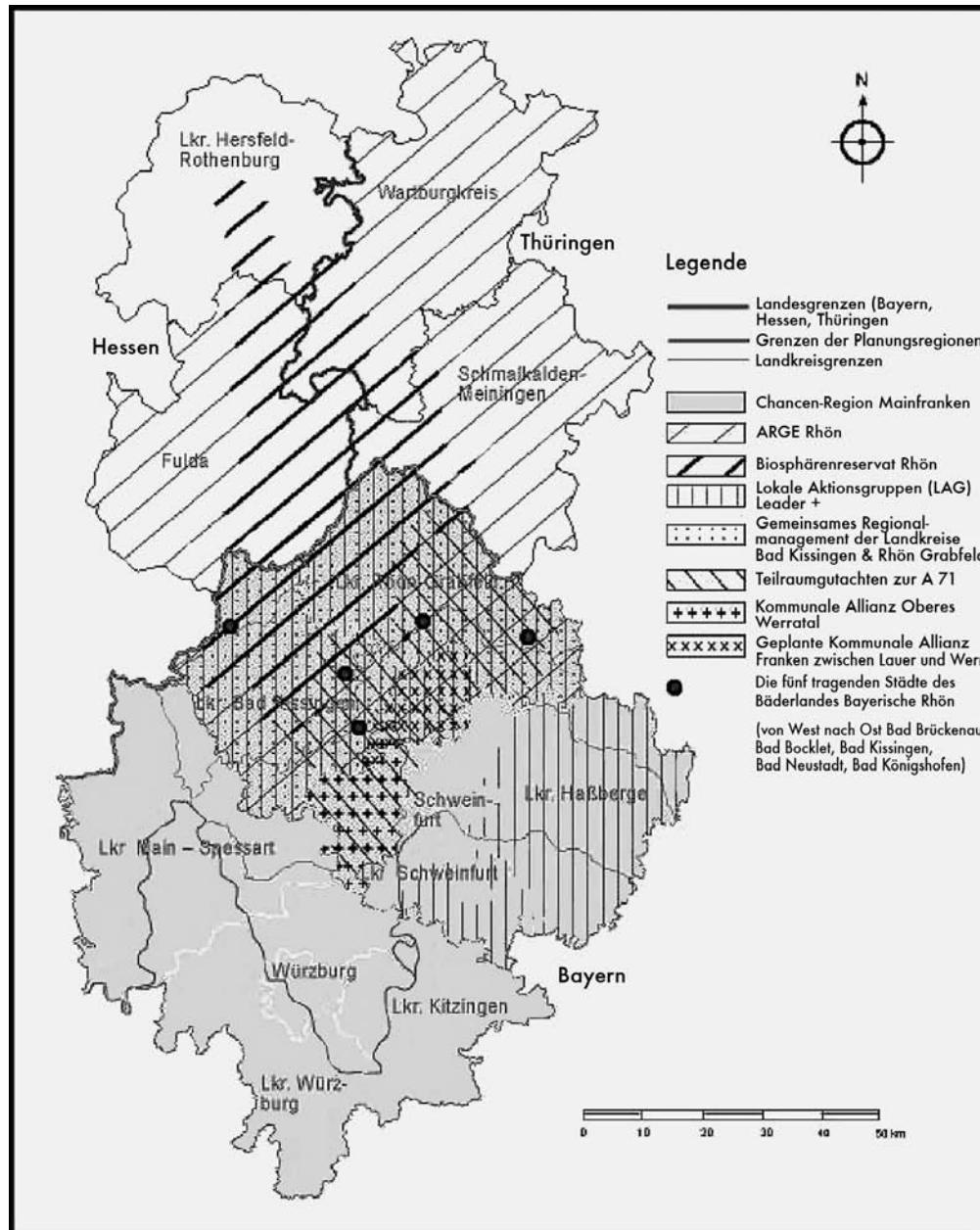
Da gerade die beiden Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld mit der Zugehörigkeit zum Biosphärenreservat Rhön und mit den fünf Kurstädten (die sich wiederum über das Bäderland Bayerische Rhön vernetzen) wesentliche Gemeinsamkeiten aufweisen, wird einer intensiven Zusammenarbeit der beiden LAG Leader+ eine große Bedeutung beigemessen. Man erhofft sich damit größtmögliche Synergieeffekte. Die Geschäftsführung wird gemeinsam bestritten. Man übertrug sie dem Management des Rhön-Saale Gründer- und Innovationszentrums (RSG) in Bad Kissingen, das gleichzeitig auch die Geschäftsführung für das Bäderland Bayerische Rhön innehat. Mit Gründung des gemeinsamen Regionalmanagements im Februar 2003, das auch im RSG angesiedelt ist, hat man eine weitere Unterstützung in der Umsetzung der regionalen Entwicklungskonzepte geschaffen. Das Regionalmanagement (angestellt sind jeweils in Teilzeit zwei Regionalmanagerinnen) wird nicht über Leader+, sondern durch die bayerische Landesplanung finanziell gefördert. Die eigentliche Projekträgerchaft bei Leader-Projekten sollte aber in den Händen von Unternehmen, Privatpersonen oder sonstigen öffentlichen oder privaten Akteuren liegen. Eine zusätzliche Plattform für den Austausch und die Abstimmung der Leader-Projekte zwischen den Landkreisen Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld bildet der „Rhön-Jour-Fix“. An diesem nehmen die beiden Regionalmanagerinnen, die beiden Geschäftsführerinnen des RSG, Vertreter der Landkreise, der Leader-Manager der ländlichen Entwicklungsgruppe (LEG) Unterfranken sowie die Regierung von Unterfranken (Förderung des Regionalmanagement) teil. Darüber hinaus verpflichtete man sich gemeinsam mit den lokalen Aktionsgruppen der hessischen und thüringischen Rhön, die länderübergreifend bedeutsamen Ziele und Projekte der ARGE Rhön auch in die eigenen Regionalen Entwicklungskonzepte Leader+ (REK) aufzunehmen und diese aufeinander abzustimmen.

5.5 Zusammenfassung

In der Region Main-Rhön existieren also eine Vielzahl unterschiedlicher Kooperationsansätze verschiedener räumlicher Abgrenzung und inhaltlicher Ausrichtung. Der großräumigen Chancen-Region Mainfranken geht es in erster Linie um Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und um die Vermarktung des Wirtschaftsstandortes, dem überwiegend auf die fünf Kurstädte bezogenen Bäderland Bayerische Rhön hingegen um die Vermarktung als Gesundheits- und Tourismusstandort. Dem steht beispielsweise die ländergrenzenübergreifende ARGE Rhön (Bayern, Hessen und Thüringen) gegenüber, die ihren Schwerpunkt auf die nachhaltige Regionalentwicklung legt. Weiterhin gibt es noch die lokalen Aktionsgruppen Leader+, die innovative Projekte für den ländlichen Raum in Gang bringen wollen sowie die drei kleinräumigen kommunalen Allianzen, die eine eigenständige integrierte Entwicklung verfolgen, aber zusammen mit dem großräumigen Teilraumgutachten in sehr engem Zusammenhang mit dem Bau der neuen Bundesautobahn A 71 stehen. Und damit nicht genug, gibt es noch weitere kleinräumige Interessengemeinschaften (z.B. Interessengemeinschaft Fränkisches Weinland im Landkreis Hassberge, die „5-Sterne-Gemeinden“ im nördlichen Steigerwald), informelle Initiativen (z.B. der Runde Tisch Tourismus einiger Gemeinden aus dem Landkreis Schweinfurt), landkreisweite Arbeitskreise sowie Gremien, die einen Austausch und eine Abstimmung zwischen den Akteuren herbeiführen. Der Frage, ob auch in der Region Main-Rhön schon von einem „Netzwerk-Rauschen“ gesprochen wird, wird deshalb im Folgenden nachgegangen.

Sandra Weber, Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetzen in der bayerischen Rhön

Räumliche Überlagerungen der regionalen Kooperationen in der Region Main-Rhön



Quelle: eigene Darstellung.

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

6. Vernetzungen regionaler Kooperationen in der Region Main-Rhön

6.1 Räumliche Überlagerungen

Eine räumliche Überlagerung derart zahlreicher Initiativen ist unausweichlich. In der Region Main-Rhön ist insbesondere in den beiden Rhön-Landkreisen Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld eine deutliche Konzentration an regionalen Kooperationen festzustellen (Abb. 1). Die beiden Landkreise haben räumlichen Anteil an bzw. sind Mitglieder im Biosphärenreservat Rhön, der ARGE Rhön, den LAG Leader+ Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen mit gemeinsamem Regionalmanagement, der Chancen-Region Mainfranken, dem Teilraumgutachten zur A 71¹, der kommunalen Allianz „Henneberger Frankenland“ sowie dem Bäderland Bayerische Rhön².

6.2 Überschneidung der Ziele und Handlungsfelder

Was die thematischen Überschneidungen anbelangt, so verfolgen alle regionalen Kooperationen mit der nachhaltigen wirtschaftlichen Stärkung ihrer Region und der Erhöhung der regionalen Wertschöpfung zunächst dasselbe übergeordnete Ziel (EBERLE/ILLIGMANN/SIMON 2000, S. 3). Einen integrierten Ansatz verfolgen dabei die ARGE Rhön, die drei lokalen Aktionsgruppen Leader+, die kommunalen Allianzen sowie das Teilraumgutachten. Thematisch eng gefasst sind hingegen die Chancen-Region mit dem Fokus auf der Vermarktung des Wirtschaftsstandorts sowie das Bäderland Bayerische Rhön mit dem Schwerpunkt in der touristischen Entwicklung. Alle Kooperationen nehmen insgesamt Nischenaktivitäten und -aufgaben wahr, die in dieser Form zuvor noch nicht bearbeitet wurden. Und auch wenn starke räumliche Konzentrationen in den beiden nördlichen Landkreisen festgestellt werden konnten, ergeben sich bei einer näheren Analyse jedoch, abgesehen von den Handlungsfeldern Tourismus und Vermarktung, wenige thematische Überschneidungen. Denn obwohl viele der Gruppen eine integrierte Regionalentwicklung praktizieren und sehr ähnliche Ziele verfolgen, gibt es im Detail klare inhaltliche Differenzierungen und Abgrenzungen, unterschiedliche Zielgruppen oder Gebietskulissen. Des Weiteren entstand jede Kooperation unter anderen Voraussetzungen und arbeitet mit anderen Förderinstrumenten, so dass jeder Zusammenschluss für sich zweckmäßig und notwendig ist. Demgemäß kann die räumlich konzentrierte „bunte Mischung“ an Initiativen im Ganzen als positiv, sinnvoll und unerlässlich erachtet werden. Kompetenzstreitigkeiten, Ineffizienzen und Doppelarbeiten, die man als Außenstehender zunächst vermuten könnte, konnten kaum festgestellt werden. Einige Bündelungen sind sicherlich in der einen oder anderen Aufgabe denkbar, aber nur unter dem Konsens aller Beteiligten vor Ort realisierbar.

6.3 Beteiligungsstrukturen

Hauptakteure in den untersuchten Fallbeispielen sind die Landkreise (ARGE Rhön, Chancen-Region Mainfranken) und Kommunen (Teilraumgutachten, kommunale Allianzen, Bäderland Bayerische

¹ Diese Kooperation ist inzwischen beendet.

² Hinzu kommt noch die Mitgliedschaft aller Landkreise sowie einiger Kommunen im Tourismusverband Franken und in dessen kleinräumigen Gebietsausschüssen sowie die gesetzlich verpflichtende Mitgliedschaft aller Landkreise und Kommunen im Regionalen Planungsverband Main-Rhön.

Sandra Weber, Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetze in der bayerischen Rhön

Rhön). Die Gebietskörperschaften sind in den regionalen Kooperationen oft in doppelter Funktion tätig. Der Bürgermeister oder Landrat sitzt als politischer Entscheidungsträger im Lenkungsgremium, ein Mitarbeiter des Landkreises (Wirtschaftsförderer, Touristiker) übernimmt in den Arbeitsgremien die fachliche Arbeit. In Arbeitskreisen sind je nach thematischem Schwerpunkt weitere Abteilungen involviert. Neben den Kommunen und Landkreisen sind in der Regel die Vertreter der Behörden oder Ministerien beteiligt, über die eine Förderung stattgefunden hat. Es handelt sich dabei um den Leader-Manager der Ländlichen Entwicklungsgruppe Unterfranken (LEG), die Regional- und Landesplanung oder das Amt für Ländliche Entwicklung. Je nach inhaltlichem Schwerpunkt der Kooperation sind weitere Fachkräfte aus Behörden, Verbänden und Kammern (u.a. IHK) in den Kooperationen aktiv.

Durch eine sehr umfassende Akteursbeteiligung zeichneten sich das thematisch sehr breit angelegte Teilraumgutachten zur A 71 sowie die drei LAG Leader+ aus. Neben den Kommunen haben im Teilraumgutachten Fachleute für Verkehr, Landwirtschaft, Wirtschaft, Wasser oder Umwelt, Kammern, Verbände, Kurdirektoren, Direktoren von Musikakademien, Bildungsträger (VHS, Schulen) und viele mehr mitgewirkt. Für die LAG Leader+ ist von der EU eine Mindestbeteiligung von 50 Prozent von Interessenvertretern aus dem Bereich Wirtschaft und Soziales vorgeschrieben. Die ARGE Rhön wiederum muss als ländergrenzenübergreifender Zusammenschluss eine große Akteurszahl integrieren (u.a. Vertreter von fünf Landkreisen und drei staatlichen Verwaltungsstellen, drei Vereine des Biosphärenreservats Rhön oder diverse Landwirtschaftsämter).

Die kleinräumigeren kommunalen Allianzen weisen ebenso wie die thematisch eng gefassten Ansätze, beispielsweise das Bäderland Bayerische Rhön, naturgemäß eine geringere Beteiligtenzahl auf. Im Bäderland Bayerische Rhön sind die Akteure im Wesentlichen die Kurdirektoren. Als politische Entscheidungsträger wirken die (Ober-)Bürgermeister sowie die beiden Landräte mit. Letztere schaffen die Verbindung zur ARGE Rhön, zu den lokalen Aktionsgruppen Leader+ und generell zur Leader-Förderung. In beratender Funktion ist zudem die IHK involviert. In der kommunalen Allianz Oberes Werntal sind neben den Bürgermeistern das Amt für ländliche Entwicklung als Initiator und Förderbehörde für das Entwicklungskonzept, der Regionsbeauftragte der Regierung als Förderbehörde für das Regionalmanagement sowie der Regionalmanager beteiligt. Wenn fachlicher Rat vonnöten ist, werden informell die Wirtschaftsförderer oder sonstige Fachbehörden hinzugezogen.

Abgesehen von den Initiativen, die sehr eng mit kooperationswilligen Gastronomen, Hoteliers und Landwirten zusammenarbeiten (v.a. die ARGE Rhön), stellt die Chancen-Region Mainfranken die „einzige Plattform“ in Mainfranken dar, die private Unternehmen und die öffentliche Hand zusammenbringt. Damit bestätigt sich die Beobachtung von BÜHLER (2002, S. 188 f.), dass insbesondere Regionalmarketing-Initiativen direkt die Wirtschaft einbinden. Das Engagement der privaten Wirtschaft wiederum gilt bekanntlich als ein wesentliches Kriterium einer Regional Governance. Eher unzureichend ist die Bürgerbeteiligung in der Region Main-Rhön. Dies bestätigt allerdings die Untersuchungsergebnisse aus anderen Regionen (DILLER 2003, S. 81; DILLER 2002, S. 170; BENZ et al. 1999, S. 131).

Alles in allem zeigt die Analyse der beteiligten Institutionen und Akteure sehr deutlich, dass immer wieder dieselben Institutionen und Schlüsselpersonen in den Kooperationen aktiv sind. Aber genau diese institutionellen und personellen Überschneidungen sorgen jedoch nach einhelliger Auffassung der befragten Experten für die nötige Abstimmung der Aktionen, Projekte und Ziele der Initiativen und verhindern Doppelarbeiten. Denn ein institutionalisiertes Treffen oder Gremium zur Koordination und zum Austausch zwischen allen regionalen Kooperationen existiert in der Region nicht.

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Insbesondere die Wirtschaftsförderer der Landkreise, zum Teil aber auch einige andere Abteilungen, die Regionalplanung und die IHK und in der Rhön weiterhin die beiden gemeinsamen Regionalmanagerinnen, sind auffallend häufig in den Initiativen aktiv und bewirken somit die notwendige horizontale Vernetzung. Das vielfältige Engagement der Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld spiegelt im Übrigen die räumliche Konzentration an freiwilligen Zusammenschlüssen in dieser Region wieder. Ein bedeutendes Gremium zur Abstimmung vieler Projekte ist dort der Rhön-Jour-Fix. Insbesondere werden hier Leader+- und ARGE-Rhön-Projekte miteinander vernetzt sowie das Teilraumgutachten mit den Leader-Strukturen und zum Teil auch mit der ARGE Rhön abgestimmt. Darüber hinaus stellen die drei informellen Ansprechpartner zur Förderung der Umsetzung des Teilraumgutachtens eine wichtige Koordinierungsstelle dar. Auch das Rhön-Saale Gründer- und Innovationszentrum (RSG) in Bad Kissingen, dessen Träger die Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld sowie die Stadt Bad Kissingen, die IHK und die Handwerkskammer Unterfranken sind, ist in die verschiedensten Netzwerke integriert: Neben der Geschäftsführung für die beiden LAG Leader+ und das Bäderland Bayerische Rhön ist es u.a. Mitglied in der Initiative „Medizin, Technik und Pharma“ von Bayern Innovativ sowie im Cluster BioMed Unterfranken. Die beiden Geschäftsführerinnen nehmen außerdem am Rhön-Jour-Fix teil und es bestehen Kontakte zu den Gründerzentren in Südhüringen. Durch die Bündelung dieser vielfältigen Strukturen hat das RSG nach Auffassung zweier befragter Experten durchaus den Ansatz für eine Plattform zur Struktur- und teilweise auch zur Regionalentwicklung. Auch der großräumigen Chancen-Region Mainfranken könnte nach Ansicht eines Experten eine solche Funktion zugesprochen werden.

7. Die Flut an Kooperationen – Chance oder unentwirrbares Chaos?

Der Frage, ob die Schaffung einer übergeordneten Koordinierungsebene oder gar eine „Marktbereinigung“ für nötig empfunden wird, wurde in den Expertengesprächen nachgegangen. Von großem Interesse war weiterhin das Urteil der befragten Experten hinsichtlich der Chancen und Probleme dieser wachsenden kooperativen Unübersichtlichkeit.

Als wesentliche Probleme wurden angesprochen:

- fehlende Transparenz in den regionalen Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen sowie undurchsichtige Interaktionbeziehungen zwischen den handelnden Akteuren;
- zu viele Arbeitskreise, die viel Zeit und Personal kosten und oft ergebnislos enden;
- die Mehrfachbelastung einiger regionaler Schlüsselakteure; dennoch kann in der Region Main-Rhön nicht von einem „Netzwerkrauschen“ im Sinne einer erheblichen Arbeitsüberlastung der regionalen Akteure gesprochen werden;
- inhaltliche Doppelarbeiten und Aufgabenüberschneidungen in den zahlreichen regionalen Vermarktungsaktivitäten und im Handlungsfeld Tourismus;
- Ähnlichkeiten und Doppelarbeiten in den Gutachten, Entwicklungskonzepten und Untersuchungen, die den Kooperationen zugrunde liegen;
- eine unübersichtliche Förderlandschaft sowie
- das standardisierte Vorgehen in den regionalen Kooperationen, das durch die verschiedenen Förderprogramme herangetragen wurde und letztendlich stark zu der Institutionalisierung zahlreicher Initiativen beigetragen hat.

Sandra Weber, Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetze in der bayerischen Rhön

Trotz der genannten Probleme sind die regionalen Kooperationen grundsätzlich zu begrüßen und auch in Zukunft kaum mehr aus der Regionalentwicklung wegzudenken. Die meisten Akteure sehen diese Schwierigkeiten deshalb eher als sekundär an und betonen vielmehr die Chancen und Vorteile regionaler Kooperationen. Lediglich eine Minderheit sprach sich für eine stärkere Straffung der Strukturen und eine Bündelung der Aufgaben aus.

Hinsichtlich der Frage nach einem ausreichenden Austausch zwischen den Kooperationen sind sich die befragten Experten einig, dass eine professionelle Abstimmung von Zielen und Vorgehensweisen in der Region und ein regelmäßiger Interessenaustausch mit den anderen in der Region vorhandenen Regional- und Kommunalinitiativen auf jeden Fall notwendig ist, um die oben genannten negativen Auswirkungen zu vermeiden. Einen Idealweg zur Koordination kann es dabei zwar nicht geben. Dass dies, zumindest in der Region Main-Rhön, aber nur informell und bedarfsorientiert ablaufen sollte, kam sehr deutlich zum Vorschein. In der Region, die über eine erfolgsversprechende Kombination aus stabilisierenden Institutionen sowie flexiblen und dynamischen Kooperationen verfügt (DILLER 2002, S. 253 f.), erfolgt die Abstimmung demnach über mehrere Koordinierungs- und Bündelungsstellen: sei es über Schlüsselpersonen in den Landratsämtern (Landräte, Wirtschaftsförderer), die großräumige Chancen-Region Mainfranken für den Bereich der Wirtschaft, das Rhön-Saale Gründer-Zentrum, das ebenfalls als Plattform für wirtschaftliche Angelegenheiten dient, das zeitlich begrenzte Teilraumgutachten, die drei Ansprechpartner zur Umsetzung des Teilraumgutachtens, der Rhön-Jour-Fix oder die beiden Regionalmanagement-Einrichtungen, um nur einige der Schnittstellen zu nennen. Bedarfsorientiert ergänzt man diese durch weitere informelle Treffen oder Projektgruppen, in denen aber nur diejenigen Akteure beteiligt werden, die ein konkretes Interesse und das entsprechende fachliche Know-how mitbringen. Allgemeine Arbeitskreise zur Entwicklung neuer Projektideen sind in der Region im Moment nicht erwünscht, da diesbezüglich im Moment ausreichend Material vorhanden ist.

Die genannten Koordinierungsstellen hält die deutliche Mehrheit der befragten Akteure für absolut ausreichend. Jede dieser Koordinationsstellen entspricht im Grunde für sich der Vorstellung eines Metanetzes, jedoch meist auf kleinräumigerer, als der von DILLER (2002, S. 257 ff.) angedachten Koordinierungsebene. Somit ergibt sich für die größere Region Main-Rhön ein polyzentrales Netzwerk aus verschiedenen Schnittstellen. Ein übergeordneter Austausch in Form eines zentralen Forums, das alle Initiativen auf der Ebene der Region Main-Rhön untereinander verbindet, ist hingegen nicht erwünscht und auch nicht notwendig. Ein solcher müsste einfach zu abstrakt, unverbindlich, wenig zielführend und damit ineffizient bleiben. Zudem sind die Interessen der einzelnen Teilräume zu heterogen, als dass man sie überzeugend verbinden könnte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Ausgestaltung der Koordination auf jeden Fall von Region zu Region individuell erfolgen muss. Denn sie hängt, abgesehen von den verschiedenen räumlichen und thematischen Zuschnitten der regionalen Kooperationen, sehr stark von den jeweiligen Persönlichkeiten und deren Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit ab. Sicher ist aber auf jeden Fall, dass erst die jüngeren Entwicklungen hin zu mehr freiwilligen Kooperationen überhaupt dazu beigetragen haben, dass die Akteure stärker über den eigenen Tellerrand hinausschauen, Entwicklungen aufeinander abstimmen und neue Herausforderungen, auch ohne externe Anreize, gemeinsam angehen.

Interessanterweise zeigt die Analyse der Region Main-Rhön und insbesondere der beiden nördlichen Landkreise außerdem, dass es tatsächlich eine Grenze in der räumlichen Konzentration an Initiati-

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

ven zu geben scheint. Sehr deutlich wurde dies am Beispiel des Teilraumgutachtens. Hier haben sich die Beteiligten bewusst gegen die Schaffung einer weiteren Institution für die Umsetzung ausgesprochen. Stattdessen möchte man dazu auf die zahlreichen bestehenden Einrichtungen und Kooperationen zurückgreifen. Auch für die Zukunft wollen sich die befragten Experten an die Faustregel halten, „nicht immer gleich nach neuen Institutionen zu schreien, sondern erst einmal zu schauen, welche bestehenden Einrichtungen gewisse Themen und Aufgaben mit anpacken können.“ (INTERVIEW A 79)

8. Perspektiven

Obwohl immer wieder Überlegungen hinsichtlich einer Straffung und Bündelung der fragmentierten Strukturen angestellt werden, etwa durch ein zentrales Regionalforum oder durch einen mit mehr Kompetenzen ausgestatteten Regionalrat, kann für die Zukunft eher davon ausgegangen werden, dass es zu weiteren Differenzierungen kommt. Zum einen differenzieren einzelne regionale Kooperationen ihre Steuerungselemente weiter aus. Zum anderen wird sich die Zahl sich überlagernder regionaler Kooperationen erhöhen, weil immer wieder neue Themenfelder auftauchen, die eine gesonderte Bearbeitung erfordern (DILLER 2002, S. 253). Wenn sich zudem der gegenwärtige Trend in den Förderstrukturen fortsetzt, wird es weiterhin einen Pluralismus unterschiedlicher Steuerungsformen in der Regionalentwicklung geben.

Zukünftige Handlungsfelder liegen dabei sicherlich:

- in der nachhaltigen Regionalentwicklung,
- in der integrierten ländlichen Regionalentwicklung (ILE),
- in regionalen Sanierungsthemen,
- in der regionalen Umwelt- und Lebensqualität,
- in sozialen Themenfeldern sowie
- im demographischen Wandel (KNIELING 2003, S. 476).

Der Trend zu flexiblen, aufgabenbezogenen Regionsabgrenzungen wird sich damit fortsetzen und stellt somit auch künftig hohe Anforderungen an die Abstimmung zwischen den teilräumlichen Strukturen (KÖTTER 2004; DILLER 2002, S. 354).

Als Gegengewicht zu dieser Ausdifferenzierung bilden sich wahrscheinlich zumindest weitere horizontale Verflechtungen zwischen den regionalen Kooperationen und den etablierten Institutionen heraus, die DILLER (2002, S. 254) prägnant als regionale Metanetzwerke bezeichnet. Dennoch scheint, wie in der Region Main-Rhön gezeigt werden konnte, die räumliche Konzentration an Initiativen irgendwann eine Grenze zu erreichen (DILLER 2002, S. 357). In der Folge wird es zu einem verstärkten Selektionsprozess zwischen den freiwilligen Zusammenschlüssen kommen. „Viele werden sich – häufig durch Institutionalisierung – verstetigen, einige werden inaktiv, aber potenziell aktivierbar bleiben, manche ihre Arbeit vollständig einstellen“ (DILLER 2002, S. 357). Zudem wird der Wettbewerb um regionale Schlüsselakteure zwischen den Kooperationen zunehmen, was jedoch gleichzeitig der Gefahr einer Ineffizienz und Verkrustung der Zusammenschlüsse entgegenwirkt (DILLER 2002, S. 357).

Alles in allem besteht Konsens darüber, dass erfolgreiche Regionen heute über folgende Eigenschaften - die gleichzeitig die Merkmale einer Regional Governance verkörpern – verfügen müssen:

Sandra Weber, Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetze in der bayerischen Rhön

- „Die Fähigkeit zur Selbststeuerung,
- die akteursübergreifende Bearbeitung von Problemen außerhalb traditioneller Institutionen in netzwerkartigen Kooperationen,
- eine produktive Konfliktregelung,
- die Mobilisierung von Selbsthilfekräften bzw. ‚endogenen Potenzialen‘, (KNIELING 2003, S. 476) sowie
- das Vorhandensein einer eng verflochtenen, sich ergänzenden Kombination aus stabilisierenden Institutionen und flexiblen Kooperationen (DILLER 2002, S. 253 f.).

Die Region Main-Rhön scheint diesbezüglich auf einem sehr guten Weg zu sein. Die befragten Experten schätzen die Vorteile einer Kooperation und sind auf der Suche nach „Win-Win-Lösungen“. Dadurch hat sich zwischen den Akteuren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt, die außerdem ein hohes Maß an Kompromissfähigkeit erreicht zu haben scheint. Beides wiederum ist für FÜRST (2003, S. 447) ein Gütekriterium der Regional Governance.

Literatur

ADAM, Brigitte, 2001: Raumplanung heute – Merkmale und Wirkungen. In: Raumforschung und Raumordnung, 59. Jg., Heft 4, Köln, S. 312-318

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ARL) (Hg.), 2006: Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 226, Hannover

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ARL) (Hg.), 1998: Interkommunale und regionale Kooperation. Variablen ihrer Funktionsfähigkeit, Hannover

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ARL) (Hg.), 1995: Zukunftsaufgabe Regionalplanung. Anforderungen – Analysen – Empfehlungen, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 200, Hannover

BADE, Franz-Josef, 1998: Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der regionalen Strukturpolitik. In: Raumforschung und Raumordnung, 56. Jg., Heft 1, Köln, S. 3-8

BENZ, Arthur, 2003: Regional Governance mit organisatorischem Kern. Das Beispiel der Region Stuttgart. In: Informationen zur Raumentwicklung, o. Jg., Heft 8/9, S. 505-512

BENZ, Arthur et al., 1999: Regionalisierung: Theorie – Praxis – Perspektiven, Opladen

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR) (Hg.), 2001: Regionen der Zukunft – Aufgaben der Zukunft. Wettbewerbszeitung Nr. 3, Werkstatt: Praxis, Nr. 3/2001, Bonn

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR) (Hg.), 1999: Modellvorhaben „Städtenetze“. Neue Konzeptionen der interkommunalen Kooperation, Werkstatt: Praxis, Nr. 3/1999, Bonn

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR) (Hg.), 1998: Regionalkonferenzen als neues Instrument der Raumordnung. Eine Dokumentation der bisherigen Erfahrungen, Werkstatt: Praxis, Nr. 5/1998, Bonn

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

BÜHLER, Gunter, 2002: Regionalmarketing als neues Instrument der Landes- und Regionalplanung, Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Bd. 11, Augsburg/Kaiserslautern

DANIELZYK, Rainer, 2003: Regionalplanung als Motor regionaler Kooperation. Das Beispiel Oderland-Spree. In: Informationen zur Raumentwicklung, o. Jg., Heft 8/9, S. 513-521

DANIELZYK, Rainer, 1999: Regionale Kooperationsformen. In: Informationen zur Raumentwicklung, o. Jg., Heft 9/10, S. 577-586

DANIELZYK, Rainer; PRIEBES, Axel, 1999: Perspektiven für die Region als Planungs- und Handlungsebene. In: Informationen zur Raumentwicklung, o. Jg., Heft 9/10, S. I-II

DILLER, Christian, 2003: Regionalentwicklung durch neue Kooperationen – von wem und für wen? In: Standort. Zeitschrift für Angewandte Geographie, 27. Jg., Heft 2, Berlin/Heidelberg, S. 79-84

DILLER, Christian, 2002: Zwischen Netzwerk und Institution. Eine Bilanz regionaler Kooperationen in Deutschland, Opladen

DIREKTION FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG et al. (DLE) (Hg.), 2003: Interkommunales Entwicklungskonzept „Oberes Werntal“, Bayreuth

EBERLE, Heidrun; ILLIGMANN, Klaus; SIMON, Michaela, 2000: Regionalmarketing in Deutschland. Eine aktuelle Bilanz. Berlin (DSSW-Schriften, Bd. 35)

EINIG, Klaus, 2003: Positive Koordination in der Regionalplanung: Transaktionskosten des Planentwurfs in Verhandlungssystemen. In: Informationen zur Raumentwicklung, o. Jg., Heft 8/9, S. 479-503

EINIG, Klaus; FÜRST, Dietrich; KNIELING, Jörg, 2003: Aktionsraum Region – Regional Governance. Einführung. In: Informationen zur Raumentwicklung, o. Ort u. Jg., Heft 8/9, S. I-XIII

EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hg.): LEADER+. Die europäische Initiative für den ländlichen Raum, Broschüre, o. Ort u. J.

FREY, René L., 2003: Regional Governance zur Selbststeuerung territorialer Subsysteme. In: Informationen zur Raumentwicklung, o. Jg., Heft 8/9, S. 451-462

FÜRST, Dietrich, 2003: Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung, o. Jg., Heft 8/9, S. 441-450

FÜRST, Dietrich et al., 1999: Auswertung von Erfahrungen zur Kooperation in Regionen. In: Raumforschung und Raumordnung, 57. Jg., Heft 1, Köln, S. 53-57

FÜRST, Dietrich, 1998: Regionalmanagement als neues Instrument regionalisierter Strukturpolitik. In: KUJATH, Hans-Joachim (Hg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes, Berlin, S. 233-249

FÜRST, Dietrich; SCHUBERT, Herbert, 1998: Regionale Akteursnetzwerke. Zur Rolle von Netzwerken in regionalen Umstrukturierungsprozessen. In: Raumforschung und Raumordnung, 56. Jg., Heft 5/6, Köln, S. 352-362

GORSLER, Daniela, 2002: Informelle räumliche Planung. Stand der aktuellen Forschung und Forschungsbedarf, Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Nr. 286, Hannover

Sandra Weber, Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetze in der bayerischen Rhön

GRABSKI-KIERON, Ulrike, 2004: Interkommunale Kooperationen im ländlichen Raum – Synergieeffekte und Hemmnisse. Vortrag im 461. Kurs des Instituts für Städtebau Berlin „Forum ländlicher Raum“, 14.-16. Januar 2004, Berlin

INSTITUT FÜR STÄDTEBAU DER DEUTSCHEN AKADEMIE FÜR STÄDTEBAU UND LANDESPLANUNG (Hg.): 461. Kurs des Forum Ländlicher Raum: Interkommunale Zusammenarbeit – mehr Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit durch Kooperation, 14.-16. Januar 2004, Berlin

KISTENMACHER, Hans; MANGELS, Kirsten, 2000: Regionalmanagement als Motor für eine nachhaltige Raumentwicklung. In: Raumforschung und Raumordnung, 58. Jg., H. 2-2, Köln, S. 89-102

KNICKEL, Karlheinz; DOSCH, Axel, 2004: GAK eröffnet neue Möglichkeiten. In: Leader forum. Magazin der deutschen Vernetzungsstelle, o. Jg., Heft 1, S. 22-25

KNIELING, Jörg, 2004: Regionalmanagement zur Steuerung der Stadt-Umland-Entwicklung – dargestellt an Beispielen aus der Metropolregion Hamburg. Vortrag im 461. Kurs des Instituts für Städtebau Berlin „Forum ländlicher Raum“, 14.-16. Januar 2004, Berlin

KNIELING, Jörg, 2003: Kooperative Regionalplanung und Regional Governance: Praxisbeispiele, Theoriebezüge und Perspektiven. In: Informationen zur Raumentwicklung. o. Jg., Heft 8/9, S. 463-478

KNIELING, Jörg; FÜRST, Dietrich; DANIELZYK, Rainer, 2001: Kann Regionalplanung durch kooperative Ansätze eine Aufwertung erlangen? In: Raumforschung und Raumordnung, 59. Jg., Heft 2/3, Köln, S. 184-191

KÖTTER, Theo, 2004: Einführung und Abschlussworte der Tagung zum Thema „Interkommunale Zusammenarbeit – mehr Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit durch Kooperation.“ Unveröffentlichter Vortrag im 461. Kurs des Instituts für Städtebau Berlin „Forum ländlicher Raum“, 14.-16. Januar 2004 (Mitschrift), Berlin

LOKALE AKTIONSGRUPPE LEADER+ IM LANDKREIS BAD KISSINGEN (LAG Bad Kissingen) (Hg.), 2002: Regionales Entwicklungskonzept. Lebensraum für gesundes Wachsen., Bad Kissingen

LOKALE AKTIONSGRUPPE LEADER+ IM LANDKREIS HAßBERGE (LAG HAßBERGE) (Hg.), 2002: Regionales Entwicklungskonzept, Haßberge

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN (StmLU) et al. (Hg.), 2003: Teilraumgutachten „A 71 – Impuls für Main-Rhön, Entwicklungsachse als Kooperationsraum“, Würzburg

TROEGER-WEIB, Gabi, 1998: Regionalmanagement. Ein neues Instrument der Landes- und Regionalplanung, Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Bd. 2, Augsburg

WOLTER, Katrin, 2000: Diskussionsbericht. In: ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Kooperation im Prozess des räumlichen Strukturwandels. Wissenschaftliche Plenarsitzung 1999, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 210, Hannover, S. 50-55

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Die Transformationsprozesse der Region Starkenburg und die Grenzen der Regional Governance

Hans Reiner Böhm / Birte Frommer

1. Einleitung

Auf eine weiter zurückreichende Tradition verschiedener interkommunaler und regionaler Kooperationen beruhend, ist seit nunmehr acht Jahren in der südhessischen Region Starkenburg ein gezielter regionaler Entwicklungsprozess im Gange, dessen verschiedene Stadien Gegenstand dieses Artikels sind. Analog zur theoretischen Diskussion des Begriffs der Regional Governance (BENZ 2005, EINIG et al. 2003, FÜRST 2003, FÜRST 2001) als Terminus für eine neue Form regionaler Steuerung durch kooperative und partizipative Ansätze wird in Starkenburg in der Praxis versucht, mit Hilfe verschiedener formeller und informeller Elemente die Region zusammenzuführen und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung voranzubringen. Der Prozess der regionalen Kooperation ist dabei zwar nicht in allen Aspekten als ein Regional Governance-Prozess zu deuten, die wesentlichen Merkmale erfüllt er jedoch (BENZ 2005, S. 406 f.). Interessant ist vor allem im Kontext der Governance-Diskussion die Frage nach den Erfolgsfaktoren und den Schwierigkeiten einer regionalen Kooperation. Die geschilderten Transformationsprozesse der Region Starkenburg dienen hier als ein Beispiel für eben diese Schwierigkeiten und – darüber hinaus – für die Grenzen von Regional Governance und freiwilliger regionaler Kooperation.

Das Fachgebiet Umwelt- und Raumplanung der Technischen Universität Darmstadt, war von Dezember 1997 bis Dezember 2005 mit der Moderation und fachlichen Beratung der Region Starkenburg beauftragt. Im Rahmen der Begleitforschung zum Projekt Region Starkenburg entstanden zahlreiche Forschungsvorhaben, die sich mit Fragen zu den Themen nachhaltige Regionalentwicklung, (freiwillige) regionale Kooperation und Evaluierung von regionaler Kooperation beschäftigen (Vgl. z.B. BÖHM et al. 2005, FROMMER et al. 2003, BÖHM 2002, HILLIGARDT 2002) und damit die Basis für diesen Artikel bilden.

2. Die Entwicklung der Region Starkenburg

2.1 Der Regionale Agenda 21-Prozess in der Region Starkenburg

Angeregt durch den vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im Herbst 1997 ausgeschriebenem Bundeswettbewerb „Regionen der Zukunft“ haben sich die Landkreise Bergstraße, Groß-Gerau, Darmstadt-Dieburg, der Odenwaldkreis und die Wissenschaftsstadt Darmstadt Anfang 1998 in freiwilliger Kooperation zur Region Starkenburg zusammengeschlossen. Als Ziel der Zusammenarbeit wurde im Wettbewerbsbeitrag die Weiterentwicklung der Region im Sinne der „Agenda 21“ formuliert und somit am Leitbild der Nachhaltigkeit ausgerichtet. Unter dem Motto „Region Starkenburg – Die kooperative Region der weichen Grenzen zwischen Rhein-Main und Rhein-Neckar“ wurde ein regionaler Agenda 21-Prozess gestartet. In Rahmen dieses Prozesses wurden regionsspezifische Ziele definiert, die durch konkrete Projekte in verschiedenen Handlungsfeldern (vgl. auch Abschnitt 2.3) erreicht werden sollten. Ergänzend zu diesen inhaltlichen Aspekten der Zusammen-

Hans Reiner Böhm / Birte Frommer, Die Transformationsprozesse der Region Starkenburg und die Grenzen der Regional Governance

arbeit wurde den Dialog- und Kommunikationsprozessen eine besondere Rolle zugewiesen. Auf die Erarbeitung eines detaillierten Leitbildes im Rahmen eines umfassenden Diskussionsprozesses wurde ausdrücklich verzichtet. Intention der Kooperationspartner in der Region war es, in Ergänzung zu ihren Pflichtaufgaben einen regionalen Kooperationsprozess zu initiieren und hierfür sukzessive tragfähige Strukturen zu entwickeln.

Dabei wurde die Regionale Agenda 21 durch die Prinzipien „Nachhaltigkeit“, „Freiwilligkeit“ und „weiche Grenzen“ geleitet (vgl. Abb. 1).

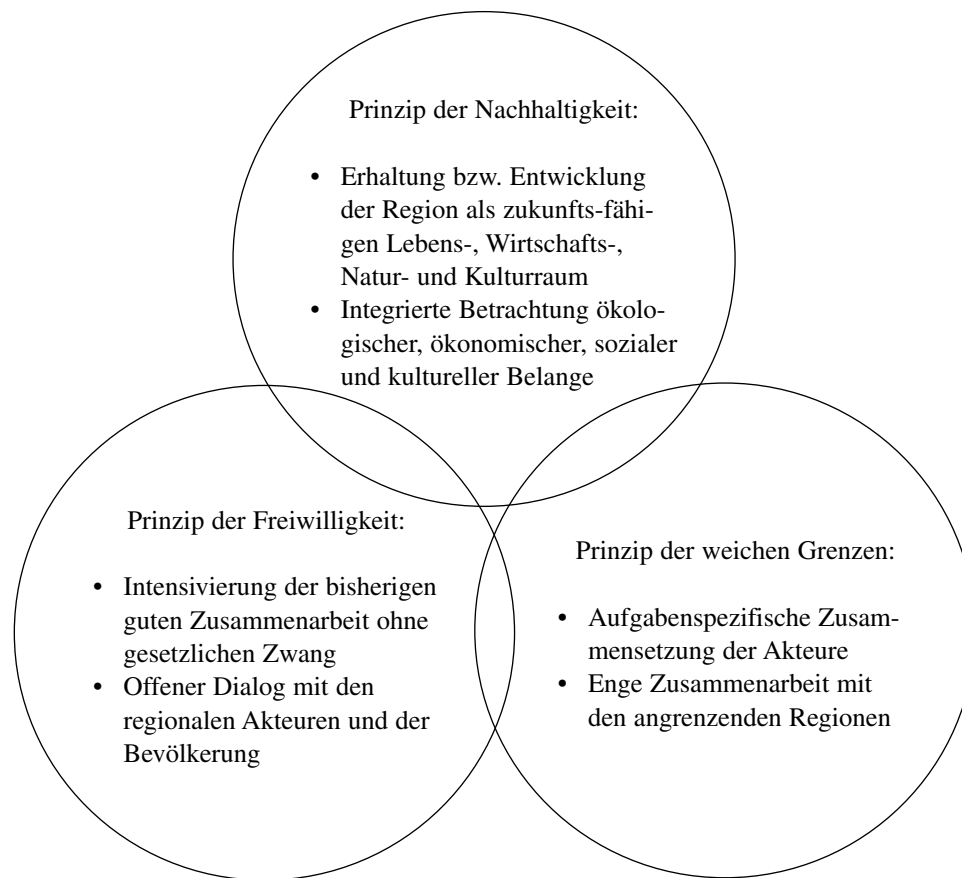


Abb. 1: Prinzipien der Zusammenarbeit im Regionalen Agenda 21-Prozess Starkenburg¹

Durch die in den ersten Jahren der Kooperation erzielten Erfolge gelang es, die Region Starkenburg binnen kurzer Zeit als Musterbeispiel in der Diskussion über nachhaltige Regionalentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihrer freiwilligen Kooperation als Vorbild in der kontrovers geführten Regionalentwicklungsdebatte in Hessen zu etablieren. Bestätigt wurde dies durch die Anerkennung als Modellregion durch die Hessische Landesregierung, durch die Auszeichnung als

¹ Eigene Darstellung.

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

europäische Modellregion im Jahre 1999 sowie die Prämierung mit einem 2. Preis im Bundeswettbewerb „Regionen der Zukunft“ und die damit verbundene Präsentation als internationale Modellregion auf der Weltkonferenz „Urban 21“ im Juli 2000 in Berlin.

2.2 Von der freiwilligen Zusammenarbeit zum Zweckverband

Seit Mitte 1998 wurden Grundsatzbeschlüsse zum Kooperationsprozess in den so genannten Sitzungen der „politischen Spitzen“ (= Landräte und Oberbürgermeister, seit September 2000 dann auch unter Teilnahme der Beigeordneten und Magistratsmitglieder, die einen eigenen Zuständigkeitsbereich haben) in Interaktion mit den Gremien der einzelnen Gebietskörperschaften getroffen. Nach einer parteiübergreifenden Veranstaltung mit den Ältestenräten, Präsidien und Ausschussvorsitzenden der fünf Gebietskörperschaften wurde im Herbst 2000 über die Form der Weiterführung des Prozesses beraten. Zur erweiterten Einbindung der politischen Gremien wurde vereinbart, als neues regionales Gremium die „Starkenburger Regionale“ zu etablieren. Diese hatte am 24. Oktober 2000 ihre konstituierende Sitzung und besteht seitdem aus Vertreterinnen und Vertretern der Parlamentarier der Kooperationspartner und berät über regional relevante Entscheidungen.

Parallel zu diesem Prozess der Einbindung weiterer Akteure wurde ebenfalls im Jahr 2000 damit begonnen, über die Einführung einer geeigneten Rechtsform für die künftige Organisation der regionalen Zusammenarbeit zu diskutieren. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit der regionalen Kooperation, aber auch um Rechtssicherheit für die gefassten Beschlüsse zu gewährleisten und für mehr Transparenz und Kontrolle der Abläufe zu sorgen bestand der übereinstimmende Wunsch nach einer verfassten Struktur der Zusammenarbeit.

Folgende Alternativen wurden damals eingehend geprüft:

- Kommunale Arbeitsgemeinschaft (KAG) nach § 3 KGG
- Zweckverband nach §§ 5-32 KGG
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach §§ 24-29 KGG
- Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) nach GmbHG
- Rechtsfähiger Verein nach §§ 21-79 BGB
- Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) nach §§ 705 ff. BGB.

Nach Stellungnahmen durch die Rechtsabteilungen der Kooperationspartner und des Regierungspräsidiums Darmstadt wurde Anfang 2001 zunächst die Gründung einer KAG bevorzugt. Im Zuge des weiteren Abstimmungsprozesses mit den Vertretern der Interfraktionellen Arbeitsgruppe der neu konstituierten Starkenburger Regionale und den Kommunen in der Region zeigte sich jedoch, dass die KAG für das Vorhaben aus zweierlei Gründen nicht geeignet war. Erstens wurde explizit eine demokratische Legitimierung durch die Einbeziehung der Kreistage und der Kommunen in die zu gründenden Gremien der neuen Kooperationsform gefordert. Die neue Organisationsform sollte eine eigene Rechtsfähigkeit haben und verbindliche Beschlüsse fassen können. Zweitens wurde eine tragfähige Basis für künftige Entwicklungen, wie z.B. eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung, angestrebt. Im Ergebnis der Rechtsprüfungen und Abstimmungsgespräche wurde festgestellt, dass nur die Gründung eines Zweckverbands die von der Starkenburger Regionale gewünschte parlamentarische Entscheidungsebene und die rechtliche Absicherung sowohl in kommunalverfassungsrechtlicher als auch in privatrechtlicher Hinsicht gewährleistet.

Hans Reiner Böhm / Birte Frommer, Die Transformationsprozesse der Region Starkenburg und die Grenzen der Regional Governance

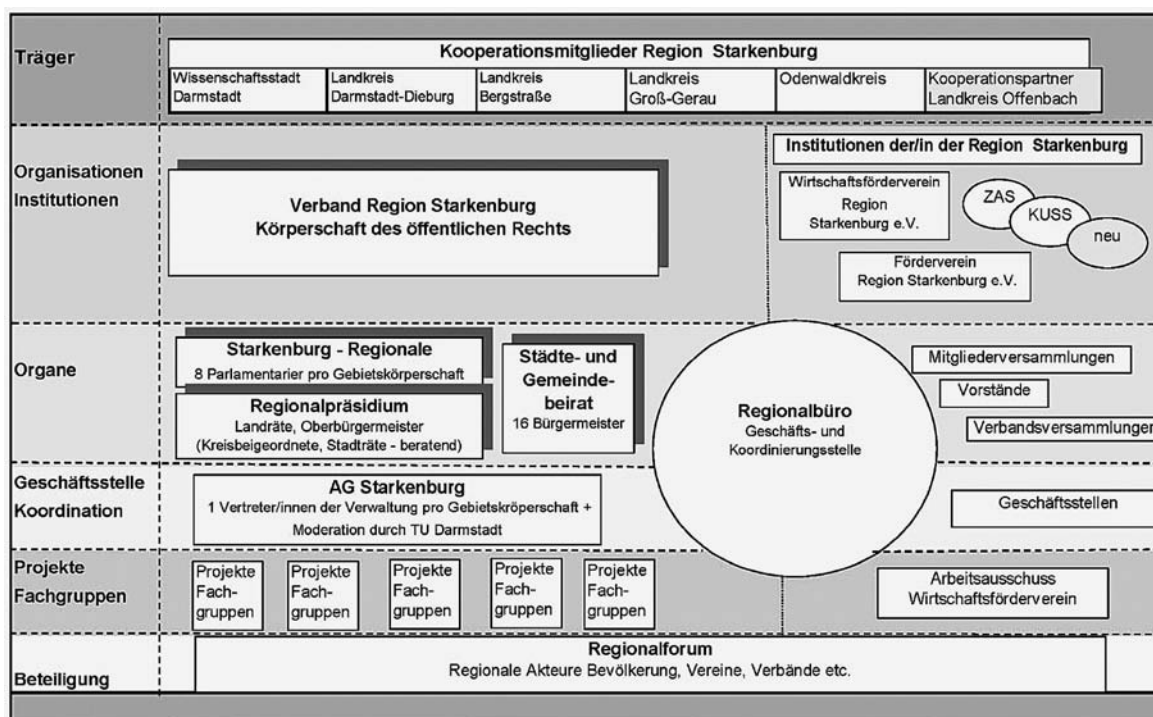


Abb. 2: Organigramm der Region Starkenburg²

Die Präambel der Satzung des zum 1. November 2001 gegründeten Zweckverbands Region Starkenburg nimmt Bezug auf das Nachhaltigkeitsprinzip, das im Rahmen des bisherigen Kooperationsprozesses bereits oberste Leitlinie war. In § 2 der Satzung, der die Aufgaben des Zweckverbands beschreibt, wird demnach als Aufgabe die nachhaltige Regionalentwicklung im Sinne der Agenda 21 unter Wahrnehmung der Brückenfunktion der Region Starkenburg und dem Prinzip der weichen Grenzen aufgeführt. Des Weiteren wird als Aufgabe beschrieben, dass die Region Starkenburg für ihre Mitglieder ein Regionalmanagement betreiben und hierzu „die für erfolgreiche interkommunale Projektarbeit erforderlichen Strukturen schaffen und weiterentwickeln sowie Projekte unter Beteiligung weiterer Akteure anstoßen, sie begleiten und die Umsetzung der Ergebnisse unterstützen“³ soll.

Mit der Gründung des Zweckverbands wurden folgende Gremien bzw. Arbeitseinheiten eingeführt:

Oberstes Organ ist die *Verbandsversammlung*, die Starkenburg Regionale. Sie entscheidet über alle wichtigen Angelegenheiten der Region. Dazu zählen der Erlass der Haushaltssatzung, die Festlegung der Umlagen, die Aufnahme von Mitgliedern und sonstige für das Regionalmanagement wichtigen Belange. Sie setzt sich aus 40 parlamentarischen Mitgliedern (je acht aus jedem Kreis bzw. der Stadt Darmstadt) zusammen.

² Quelle: www.starkenburger.de, Zugriff am 22.03.2006.

³ Vgl. Satzung für die Region Starkenburg in der aktuellen Fassung vom 31.12.2005.

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Das *Regionalpräsidium*, das aus den Landräten der vier Landkreise und dem Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt als stimmberechtigte Mitglieder sowie den Kreisbeigeordneten, den Stadträten und dem Bürgermeister der Stadt Darmstadt sowie dem Landrat des Kooperationspartners Kreis Offenbach als beratende Mitglieder besteht, ist als „Exekutive“ des Verbands für die Umsetzung der Beschlüsse der Starkenburg Regionale zuständig. Der Vorsitz des Regionalpräsidiums rotiert jährlich, was zu einer gleichmäßigen Arbeitsverteilung zwischen den Gebietskörperschaften führt.

Des Weiteren wurde auf Wunsch zahlreicher Bürgermeister der Region ein eigenes Gremium für die Kommunen geschaffen. Dies war der *Städte- und Gemeindebeirat*, der aus 16 Bürgermeistern (4 aus jedem Landkreis) bestand, künftig aber in die Starkenburg Regionale integriert werden soll. Der Städte- und Gemeindebeirat fungierte zuletzt als Beirat des Regionalpräsidiums und befasste sich mit regionalen Fragen, die von besonderer Bedeutung für die Städte und Gemeinden sind.

Als „Motor“ oder „Steuerungsgruppe“ der regionalen Kooperation ist die *AG (Arbeitsgemeinschaft) Starkenburg* zu betrachten, die aus je einem Vertreter der Verwaltung der beteiligten Gebietskörperschaften besteht. Sie trifft sich im zweiwöchigen Turnus, bereitet die Sitzungen der Gremien vor und ist für das Projektmanagement zuständig.

Dem *Regionalbüro* als Geschäftsstelle der Kooperation obliegt die Koordination und Unterstützung der Arbeit der Organe der Region Starkenburg und der AG Starkenburg. In Abstimmung mit der AG Starkenburg übernimmt das Regionalbüro die Betreuung der initiierten Projekte. Das Regionalbüro der Region Starkenburg ist ausgestattet mit einer Büroleitungsstelle (Vollzeitstelle) und einer Halbtagsstelle zur Sachbearbeitung (Halbtagsstelle). Im Rahmen der Beauftragung des Fachgebiets Umwelt- und Raumplanung der TU Darmstadt mit der fachlichen Unterstützung und Moderation des Prozesses stand dem Regionalbüro bis Ende 2005 zusätzlich in vollem Umfang eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle unterstützend zur Verfügung.

Der Prozess der regionalen Kooperation ist somit vor allem seit der Einführung des Zweckverbands Region Starkenburg stark auf die Verwaltungsebene fokussiert. Weitere Akteure aus den Bereichen Wirtschaft und Zivilgesellschaft werden im Rahmen der Aktivitäten des Zweckverbands zwar auf Projektebene, jedoch nicht auf Entscheidungsebene mit einbezogen (vgl. Abb. 3).

Wie das Organigramm in Abbildung 2 aber auch zeigt, sind enge Abstimmungen des Zweckverbands Region Starkenburg mit weiteren regionalen Vereinen, Verbänden und Projektinitiativen Teil des regionalen Entwicklungsprozesses in Starkenburg. Besonders hervorzuheben sind hierbei der Förderverein Region Starkenburg e.V. und die Wirtschaftsförderung Region Starkenburg e.V.

Der Förderverein Region Starkenburg e.V. wurde im Jahr 1999 als erste Institution der Region Starkenburg gegründet, um durch finanzielle Unterstützung von Projekten die nachhaltige Entwicklung der Region Starkenburg im Sinne der Starkenburg-Erklärung vom 2. Oktober 1998 voranzutreiben. Als gemeinnütziger Verein anerkannt, bot er nach Einführung des Zweckverbandsergänzend zu den politischen Gremien des Verbands auch weiterhin für Privatpersonen, Verbände, Vereine, Kirchen, wissenschaftliche Einrichtungen, Kommunen und Landkreise die Möglichkeit, sich durch Mitgliedschaft an der Arbeit der Region Starkenburg zu beteiligen.

Die Wirtschaftsförderung Region Starkenburg e.V. wurde parallel zur Gründung des Zweckverbands im Herbst 2001 ins Leben gerufen. Der Verein wurde anfänglich von den vier Landkreisen Bergstra-

Hans Reiner Böhm / Birte Frommer, Die Transformationsprozesse der Region Starkenburg und die Grenzen der Regional Governance

kommunale Verwaltung (Träger der Kooperation)	Politik (prozessbegleitend und projektbezogen)
<ul style="list-style-type: none"> • Zweckverband Region Starkenburg: <ul style="list-style-type: none"> - Kreis Bergstraße - Landkreis Darmstadt-Dieburg - Kreis Groß-Gerau - Odenwaldkreis - Wissenschaftsstadt Darmstadt • Kooperationspartner Kreis Offenbach 	<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Vertreter der kommunalen und regionalen Gremien
	Wissenschaft (prozessbegleitend und projektbezogen): <ul style="list-style-type: none"> • Fachgebiet Umwelt- und Raumplanung an der TU Darmstadt (Moderation 1997-2005) • Weitere Institute und Fachgebiete der TU Darmstadt • AG DARWIN Arbeitsgemeinschaft Darmstädter Wissenschaftsinstitutionen
Wirtschaft (projektbezogen)	weitere Akteure (projektbezogen)
<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsförderung Region Starkenburg e.V. • Regional ansässige Großunternehmen z.B. Merck, Schenk, Röhm, T-Systems, Eumet-sat • Regionale KMU • Energieversorgungsunternehmen • IHK Darmstadt 	<ul style="list-style-type: none"> • Fach- und Genehmigungsbehörden • Volkshochschulen • Verbände und Vereine • Privatpersonen

Abb. 3: An der Arbeit des Zweckverbands Region Starkenburg beteiligten Akteure⁴

ße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Odenwaldkreis und der Stadt Darmstadt sowie weiteren Städten und Gemeinden, den Kammern, Kreditinstituten und einzelnen Unternehmen getragen. Er ist unter anderem zuständig für

- das Standortmarketing für die Region,
- die Umsetzung des Leitbildes „Starkenburg: Technologieregion Rhein-Main-Neckar“,
- den Auf- und Ausbau von verschiedenen Netzwerken zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie- und Gründerzentren etc. und
- die Erhebung und Erstellung von Informationsmaterialien zum Wirtschaftsstandort Region Starkenburg.

Neben diesen beiden originär mit dem Zweckverband Region Starkenburg verbundenen Institutionen erfolgt auf der Arbeitsebene auch eine – unterschiedlich intensive – Zusammenarbeit mit anderen regionalen Institutionen und Organisationen wie z.B. dem Kultursommer Südhessen (KUSS), dem Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS), den Nahverkehrsorganisationen u.v.a.m.

⁴ Eigene Darstellung.

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

2.3 Inhalte und Ergebnisse der regionalen Kooperation in der Region Starkenburg

Aus der Initiierungsphase der regionalen Zusammenarbeit im Regionalen Agenda 21-Prozess stammt die Systematisierung laufender Projekte und Arbeitsgruppen in die folgenden Handlungsfelder:

- Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung
- Kultur und kulturelles Erbe
- Stoff- und Energieflüsse
- Verkehrsbeziehungen
- Erhalt und Entwicklung der Kulturlandschaft
- Bildung und Gemeinwesen

Projekte und Kooperationen, die sich fachlich nicht einem der genannten Handlungsfelder zuordnen lassen, wurden entweder in der Rubrik „Verwaltungsinterne Zusammenarbeit“ subsumiert (Bsp. AK GIS, AK Pflichtaufgaben, AK Raum u.v.m.) oder, wenn sie dem Management des regionalen Kooperationsprozesses dienen (z.B. Nachhaltigkeitsindikatoren, Moderatorenschulungen, Überarbeitung Corporate Design), unter der Rubrik „Prozessmanagement“ erfasst. Eine nach Handlungsfeldern gegliederte Übersicht über die Anzahl der Projekte und regionalen Arbeitsbeziehungen ist in Abb. 4 zu finden.

Projekte je Handlungsfeld	Jahr			
	2002	2003	2004	2005
Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung	10	7	8	11
Kultur und kulturelles Erbe	3	2	3	3
Stoff- und Energieflüsse	4	5	4	3
Verkehrsbeziehungen	6	4	2	2
Erhalt und Entwicklung der Kulturlandschaft	7	5	6	4
Bildung und Gemeinwesen	10	5	5	3
Verwaltungsinterne Zusammenarbeit	4	1	2	1
Prozessmanagement	3	5	2	0
Summe Projekte	47	34	32	27

Hans Reiner Böhm / Birte Frommer, Die Transformationsprozesse der Region Starkenburg und die Grenzen der Regional Governance

Arbeits-/Fach-/Themen-/Projektgruppen je Handlungsfeld	Jahr			
	2002	2003	2004	2005
Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung	10	8	8	6
Kultur und kulturelles Erbe	2	2	2	1
Stoff- und Energieflüsse	3	7	7	5
Verkehrsbeziehungen	3	3	3	3
Erhalt und Entwicklung der Kulturlandschaft	3	3	3	3
Bildung und Gemeinwesen	3	4	4	4
Verwaltungsinterne Zusammenarbeit	4	6	8	5
Prozessmanagement	1	1	1	1
Summe Arbeits-/Fach-/Themen-/Projektgruppen	29	34	36	29

Abb. 4: Anzahl der Projekte und regionalen Arbeitsbeziehungen⁵

Wie Abb. 4 verdeutlicht, wurden – begründet durch eine Schwerpunktsetzung – mit abnehmender Tendenz seit Bestehen des Zweckverbands Region Starkenburg pro Jahr ca. 30 bis 50 Projekte durch die regionale Kooperation Starkenburg durchgeführt. Da die meisten Projekte eine mehrjährige Laufzeit haben, liegt die Initiierungsrate für neue Projekte allerdings deutlich niedriger (ca. 5 bis max. 10 pro Jahr). Die Zahl der Projekte in den Handlungsfeldern schwankt zwischen null und elf. Es ist ein besonders starker Fokus auf das Handlungsfeld „Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung“ festzustellen.

Die Zahl der Arbeits-, Fach-, Themen- und Projektgruppen schwankt zwischen 30 bis 40, wobei im Gegensatz zur Entwicklung der Projektzahlen in den Jahren 2002 bis 2004 eine ansteigende Tendenz zu bemerken war. Auch hier gilt, dass die meisten der Kooperationsbeziehungen mehrjährig sind und die Initiierungsrate für neue Arbeitsgruppen deutlich niedriger (bei max. 5 pro Jahr) liegt.

Die Zahl der Arbeits-, Fach-, Themen- und Projektgruppen in den Handlungsfeldern bewegt sich zwischen eins bis zehn. Auch hier ist die größte Aktivität im Handlungsfeld „Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung“ festzustellen.

⁵ Eigene Darstellung. Da ausführliche Listen zur Erfassung der Projekte und regionale Arbeitsbeziehungen erst ab dem Jahr 2002 verfügbar sind, beschränkt sich diese Betrachtung auf den Zeitraum 2002-2005.

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Die im Laufe des Prozesses entstandene Vielzahl an Kooperationen in unterschiedlichen Fachrichtungen und auf unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung ist grundsätzlich positiv zu bewerten, zeigt sie doch das Zusammenwachsen der Region. Allerdings wurde dabei die Notwendigkeit einer intensiven Koordinierungs- und Betreuungsarbeit deutlich, die das Regionalbüro und die AG Starkenburg immer stärker in Anspruch nahm.

Mit der per Beschluss des Regionalpräsidiums im August 2002 eingeführten ersten Schwerpunktsetzung hoffte man, neben einer Kostensenkung⁶ eine Dezentralisierung der Projektkoordination vornehmen zu können. Die Identifikation eines politisch Verantwortlichen aus dem Kreise des Regionalpräsidiums für jedes Schwerpunktprojekt hat allerdings nicht in allen Fällen zur Verlagerung der Verantwortung und einer effektiveren Gestaltung der Projektarbeit geführt. Die Verantwortung lag oftmals nach wie vor zentralisiert beim Vorsitzenden des Regionalpräsidiums und somit in der Durchführung beim Regionalbüro und der AG Starkenburg. Hinzu kam, dass der gestiegene Aufwand für das Prozessmanagement und die Betreuung der Gremien des Verbandes sehr viel Kapazität des Regionalbüros und auch der externen Moderation gebunden hat.

Um die Arbeit effektiver zu gestalten, wurde daher Ende 2004 eine weitere Profilierung und noch stärkere Konzentration auf Schwerpunkte eingeführt. Die Zahl der Schwerpunktprojekte wurde weiter verringert und das Prinzip der Vollverantwortung für die Projekte eingeführt. Die im Jahr 2005 verfolgten Schwerpunktprojekte und die Projektverantwortlichkeiten waren:

- FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006: Regionales Medienbüro (Kreis Bergstraße)
- Verantwortungspartnerschaft beim vorsorgenden Hochwasserschutz in der Region Starkenburg, Pilotprojekt im Rahmen des EU Interreg IIIB Projektes „Freude am Fluss“ (Kreis Groß-Gerau)
- Internationales Standortmarketing – Standortmarketing Region Frankfurt RheinMain GmbH (Landkreis Darmstadt-Dieburg)
- Destinationsmanagement im Tourismus (Odenwaldkreis)
- Biomasse / Region BioEnergie (Odenwaldkreis)
- ICE-Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar mit Halt in Darmstadt Hbf (Stadt Darmstadt)
- Internationale Bauausstellung (IBA) Region Frankfurt RheinMain (Stadt Darmstadt)
- Regionsweite Einführung der Ehrenamtskarte (Kreis Offenbach)

Als größte Erfolge im bisherigen Kooperationsprozess können zum einen die einstimmig in der Starkenburg Regionale verabschiedeten Resolutionen zu den Themen ICE-Halt Darmstadt, Beschäftigungssicherung bei Opel Rüsselsheim und Grundwasserschutz im Hessischen Ried angesehen werden. Auch bei der Herausforderung, als Träger öffentlicher Belange eine in der Region abgestimmte Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren zur ICE-Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar

⁶ Das Land Hessen hatte die Region Starkenburg in den Jahren 2001 und 2002 durch eine Personalabordnung für die Leitung des Regionalbüros unterstützt. Da Ende 2002 ersichtlich wurde, dass weder die Personalabordnung verlängert werden konnte noch eine andere Art der finanziellen Unterstützung seitens des Landes möglich war, musste die Region ab 2003 jährlich rund 60.000 € zusätzlich an Personalkosten aus eigenen Haushaltsmitteln erbringen. Eine Bereitschaft, die Umlage und damit den Gesamthaushalt entsprechend anzuheben, war bei den Kooperationspartnern nicht vorhanden, daher fanden Einsparungen bei den Projektmitteln statt.

Hans Reiner Böhm / Birte Frommer, Die Transformationsprozesse der Region Starkenburg und die Grenzen der Regional Governance

abzugeben, hat der Zweckverband Region Starkenburg besondere Stärke gezeigt. Die erfolgreiche Akquise erheblicher Fördergelder und der gemeinsam abgestimmte Beitritt in die 2005 neu gegründete „FrankfurtRheinMain GmbH – International Marketing of the Region“ als überregionale Gesellschaft für das internationale Standortmarketing der gesamten Region Rhein-Main sind weitere Errungenschaften der regionalen Kooperation in Starkenburg.

2.4 Aktuelle Transformationsprozesse der Region Starkenburg

Nach Gründung des Zweckverbands Region Starkenburg war der bis dahin verfolgte Regionalentwicklungsprozess zunächst mit einer ähnlichen inhaltlichen Ausrichtung fortgesetzt worden. So wurden weiterhin vielfältige Projekte in den einzelnen Handlungsfeldern der Regionalen Agenda 21 initiiert und durchgeführt. Die Projekte und ihre Ergebnisse wurden auf Messen wie z.B. der Hessenschau und im Netzwerk der anderen „Zukunftsregionen“ präsentiert, die Öffentlichkeitsarbeit wurde stetig ausgebaut. Neu hinzu kam in dieser Zeit die Konstituierung der Gremien des Zweckverbands.

In Folge einer gewissen Etablierung der neuen Rechtsform wurde die Diskussion um die Aufgaben des Zweckverbands wieder aufgenommen. Die AG Starkenburg hatte daher Anfang 2004 ein Handlungsprogramm entworfen und dieses dem Regionalpräsidium zur Erörterung vorgelegt. Dieses Programm bestand aus drei Abschnitten/Modulen:

- A: Weiterführung der Vernetzungs- und Projektarbeit des Verbands
- B: Weiterentwicklung durch Übertragung weiterer möglicher Aufgaben auf den Verband
- C: Weiterentwicklung des organisatorischen Konzeptes des Verbands

Der Abschnitt A formulierte das Ziel „weiter wie bisher“ im Sinne einer projektorientierten Kooperation im Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben. Abschnitt B sah Maßnahmen zu einer inhaltlichen Stärkung des Verbands durch Übertragung weiterer Aufgaben insbesondere von so genannten Pflichtaufgaben vor. Auch die Übertragung der Aufgabe der Regionalplanung auf den Verband Region Starkenburg wurde in diesem Zusammenhang angestrebt. Der Abschnitt C schließlich thematisierte eine organisatorische Stärkung des Verbandes durch Bestellung eines Geschäftsführers und durch die Zusammenführung der Geschäftsstellen verschiedener regionaler Initiativen unter einem Dach. Zugleich wurden erste Ergebnisse des im Jahr 2003 eingesetzten AK Pflichtaufgaben zur Diskussion gestellt. Vor dem Hintergrund sich wandelnder Rahmenbedingungen in den benachbarten Regionen Rhein-Main und Rhein-Neckar⁷ wurden die Erörterung des Handlungspro-

⁷ Das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt Rhein/Main (BallrG) wurde im März 2004 nach einem dreijährigem Rechtsstreit durch den Hessischen Staatsgerichtshof bestätigt; seit Juli 2005 gilt zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz ein überarbeiteter Staatsvertrag, der die Zusammenarbeit im Rhein-Neckar-Dreieck neu regelt. Das BallrG und der Staatsvertrag schreiben eine regionale Kooperation in bestimmten Aufgabenbereichen (Regionale Flächennutzungsplanung bzw. Regionalplanung, Wirtschaftsförderung, Regionalmarketing u.a.) für ihren jeweiligen Geltungsbereich vor. Die regionale Kooperation im Zwischenraum zwischen den Agglomerationen Rhein-Main und Rhein-Neckar (= Region Starkenburg) ist hingegen nicht geregelt worden. Durch die Überlappung der Geltungsbereiche (der Kreis Bergstraße wird im Sinne des Staatsvertrags ganz dem Rhein-Neckar-Dreieck zugeordnet, der nördliche Teil des Kreises Groß-Gerau ist Bestandteil des im BallrG definierten Ballungsraumes Frankfurt Rhein/Main) treten in den betroffenen Gebietskörperschaften Interessenkonflikte hinsichtlich der Rolle der Region Starkenburg auf, die bisher noch nicht gelöst werden konnten.

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

gramms und die Diskussion der Vorschläge des AK Pflichtaufgaben allerdings zunächst zurückgestellt. Auch das Scheitern des Versuchs, die Aufgabe der Regionalplanung auf den Verband zu übertragen, bremste den Regionalentwicklungsprozess nicht unerheblich.

Uneinigkeiten über die Vor- oder Nachteile einer stärkeren Kooperation vor allem im Bereich der Pflichtaufgaben sowie immer wieder hervortretende Eigeninteressen der einzelnen Kooperationspartner auch angesichts der Entwicklungen in den Nachbarregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar haben den bis dahin größtenteils harmonisch verlaufenden Prozess der regionalen Zusammenarbeit im Jahr 2005 auf die Probe gestellt. Hinzu kam, dass vor dem Hintergrund der immer angespannter werdenden Haushaltslage der Kommunen⁸ zunehmend auch die projektorientierte Kooperation im Bereich freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben in Frage gestellt wurde.

Eine aufgrund dieser Entwicklungen im Sommer 2005 vom Fachgebiet Umwelt- und Raumplanung der TU Darmstadt durchgeführte Zwischenevaluierung der regionalen Kooperation in der Region Starkenburg kam zwar zu dem Ergebnis, dass die für die regionale Kooperation in der Region Starkenburg eingesetzten Mittel wesentlich dazu beigetragen haben, ein Mehrfaches zusätzlicher Mittel einzuwerben und dass mit den durchgeführten Projekten ein signifikanter Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung geleistet werden konnte (BÖHM et al. 2005, vgl. auch ADAM 1998). Der Raumordnungsbericht 2005 weist die Region Starkenburg sogar als die Region mit dem geringsten Nachhaltigkeitsdefizit in der Bundesrepublik aus (BBR 2005). Der Mehrwert der Zusammenarbeit wird von einigen Akteuren jedoch immer wieder angezweifelt, der politische Diskurs durchaus sehr kritisch geführt.

Auf einer Anfang November 2005 durchgeführten Klausurtagung haben sich die Vertreter aller Fraktionen der Starkenburg Regionale allerdings doch für die Prüfung einer Aufgabenübertragung bzw. -bündelung (ähnlich dem Handlungsprogramm Abschnitt B, s.o.) ausgesprochen. Ein entsprechender Beschlussvorschlag wurde auf der darauf folgenden Sitzung der Starkenburg Regionale sogar einstimmig beschlossen. Die damit verbundene Diskussion um die (Neu-)Ausrichtung der regionalen Kooperation ist allerdings viel weniger von der bisherigen Motivation, Starkenburg als selbstständige Teilregion zu behaupten, als von dem wachsenden Bewusstsein für die Notwendigkeit des Zusammenwachsens einer „großen“ Metropolregion Rhein-Main-Neckar geprägt.

Außerdem wurde mit diesem Beschluss auch ein Ultimatum verbunden: Das Regionalpräsidium wurde aufgefordert, *„für die Zeit nach der Kommunalwahl 2006 konkrete Aufgaben zu benennen, die geeignet sind, auf die Ebene der Region übertragen zu werden, weil sie dort zukunftsgerichtet effektiver und kostengünstiger bewältigt werden können, als jetzt in getrennter und paralleler kommunaler Verantwortung. Auf der Grundlage der zu erarbeitenden Ergebnisse werden die Stadtverordnetenversammlung Darmstadt und die Kreistage in Starkenburg aufgefordert, zu entscheiden, ob beziehungsweise welche Aufgaben auf die Ebene der Region übertragen werden sollen oder ob eine Zusammenarbeit in der jetzigen Form des Zweckverbandes aufgegeben wird“*⁹.

Auf seiner ersten Sitzung im Jahr 2006 beschäftigte sich das Regionalpräsidium Starkenburg daher im Rahmen eines „Fünf-Punkte-Programms zur Zukunft des Verbandes Region Starkenburg und der

⁸ So muss zum Beispiel das Regierungspräsidium Darmstadt wegen der teilweise prekären Haushaltslage einzelner Kommunen die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben derzeit eigens genehmigen.

⁹ Zit. aus Beschluss Nr. SR 9.22/05 der Starkenburg Regionale vom 10. November 2005.

Hans Reiner Böhm / Birte Frommer, Die Transformationsprozesse der Region Starkenburg und die Grenzen der Regional Governance

Wirtschaftsförderung Region Starkenburg e.V.“ erneut mit dieser Herausforderung. Das Fünf-Punkte-Programm war zuvor Anfang Januar 2006 in einer gemeinsamen Klausursitzung der Spitzen des Regionalpräsidiums (Landräte und OB der Stadt Darmstadt) und des Vorstands der Wirtschaftsförderung Region Starkenburg e.V. abgestimmt worden.

Inhaltlich sieht das Programm erstens die Umbenennung des Zweckverbands von „Region Starkenburg“ in „Technologieregion Darmstadt Rhein-Main-Neckar“ vor. Zweitens wird die Prüfung einer möglichen Aufgabenübertragung konkretisiert. Der Vorschlag hierzu lautet, Haushaltsmittel für den ggf. nötigen Einsatz externer Sachverständiger bereit zu stellen und im Falle der Ermittlung erheblicher Einsparpotenziale bzw. Synergieeffekte eine zügige Aufgabenübertragung auf den Verband anzustreben. Weiterhin sieht das Fünf-Punkte-Programm vor, drittens die Wirtschaftsförderung Region Starkenburg e.V. und viertens den Förderverein Region Starkenburg e.V. aufzulösen und deren Aufgaben jeweils auf den Verband zu übertragen. Im fünften und letzten Punkt wird vorgeschlagen, dass die Verbandsversammlung Starkenburg Regionale das Regionalpräsidium beauftragen möge, Vorschläge zur Weiterentwicklung der Kooperationsstrukturen bis Mitte des Jahres 2006 vorzulegen. Ziel hierbei ist es vor allem, die Wirtschaft und die Wissenschaft fester in die Verbandsstruktur einzubinden.

Die Starkenburg Regionale hat dem Fünf-Punkte-Programm auf ihrer letzten Sitzung am 16. Februar 2006 geschlossen zugestimmt. Das Regionalpräsidium beschäftigt sich nun schwerpunktmäßig mit der Frage, um welche Aufgaben es sich im Einzelnen handeln könnte, die für eine Übertragung auf den Verband in Frage kämen. Wie weit die Kooperationswilligkeit bei der Diskussion um die Verlagerung von Pflichtaufgaben dann wirklich geht und ob es gelingt, tatsächlich eine fachlich sinnvolle „*Verschlinkung, Effektivierung und Optimierung der bisherigen Kooperationsstrukturen*“¹⁰ zu realisieren, bleibt daher zunächst abzuwarten.

3. Analyse der Rahmenbedingungen und Auswirkungen

Anhand von vier Leitfragen¹¹ wird in diesem Abschnitt versucht die Rahmenbedingungen und Auswirkungen des geschilderten Transformationsprozesses der Region Starkenburg zu analysieren.

- *Ist mit der Transformation der „Region Starkenburg“ zur „Technologieregion Darmstadt Rhein-Main-Neckar“ die Entwicklung zu mehr Nachhaltigkeit im Sinne einer Regionalen Agenda 21 gefährdet?*

Nicht nur in der Region Starkenburg, sondern bundesweit ist festzustellen, dass bei den Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre engagiert gestarteten Agenda 21-Prozessen „die Luft raus ist“. Mit dem Auslaufen der Fördermittel in den meisten Bundesländern sind auch viele Initiativen eingeschlafen. Die meisten Kommunen haben nach Abschluss ihres Konsultationsprozesses ein Agenda-Dokument zusammengestellt, dessen Maßnahmenvorschläge nun mehr oder weniger sukzessive

¹⁰ In der Einleitung des Fünf-Punkte-Programms heißt es, dass durch die „*Verschlinkung, Effektivierung und Optimierung der bisherigen Kooperationsstrukturen (...) die Potenziale der Region Starkenburg als wichtiger Teil und zugleich zentraler „Vernetzungsbereich“ einer künftigen gemeinsamen Metropolregion Rhein-Main-Neckar (...) künftig besser genutzt (und damit) die Rolle als Vernetzungsbereich zwischen Rhein-Main und Rhein-Neckar optimal ausgefüllt werden*“ kann.

¹¹ Im Rahmen der Anfrage für den vorliegenden Beitrag wurden diese Fragen von der Redaktion des Periodikums „Beiträge Region und Nachhaltigkeit“ an die Autoren gestellt.

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

umgesetzt werden. Nur wenige Kommunen haben die im Rahmen des Agenda-Prozesses entwickelte Beteiligungskultur aufrechterhalten. Obwohl in der Satzung das Nachhaltigkeitsprinzip festgeschrieben wurde, genießt der Agenda 21-Gedanke in der Region Starkenburg nicht mehr Priorität. So ist z.B. zum Anfang des Jahres 2006 der Zusatz „Regionale Agenda 21“ in allen offiziellen Dokumenten aus der Kopfzeile gelöscht worden. Bereits die Auswahl und die Zielsetzung der Schwerpunktprojekte in den letzten beiden Jahren zeigen, dass eine stärkere Fokussierung auf wirtschaftsfördernden Maßnahmen gewünscht zu sein scheint. Mit der geplanten Auflösung des Wirtschaftsfördervereins und der Übertragung von dessen Aufgaben auf den Verband wird diese inhaltliche Verschiebung vom ehemals breiten Handlungsansatz der Agenda 21 hin zu einer primär wirtschaftsorientierten Entwicklung noch deutlicher.

- *Welche Rahmenbedingungen haben einen solchen Prozess möglich oder ggf. erforderlich gemacht?*

Als Rahmenbedingungen hierfür sind neben einer gewissen allgemeinen „Agenda-Müdigkeit“ hauptsächlich die neue räumliche Wahrnehmung von Starkenburg und auch die damit verbundenen Hoffnungen hinsichtlich der neuen Fördermittelkulisse seitens der politischen Akteure zu nennen. Im Zuge der verstärkten Diskussion um das Konzept der Metropolregionen in Deutschland und durch die sich abzeichnende Akzentverschiebung in der EU-Förderung (Stichwort „Stärken stärken“) ist nämlich nicht mehr „Starkenburg“ an sich, sondern die Region um das Oberzentrum Darmstadt als der „Vernetzungsbereich“ zwischen den beiden Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar im Blickfeld. Die politischen Akteure betonen daher – z.T. auch aus der Angst heraus – sonst als sich im Kleinklein Starkenburgs verlierende Lokalpatrioten angesehen zu werden – immer häufiger den Stellenwert der Metropolregion(en). Sollte es gelingen, durch diese „neue Offenheit“ dafür zu sorgen, dass alte „Feindbilder“¹² abgebaut werden und damit tatsächlich ein Beitrag zum Zusammenwachsen der Großmetropolregion Rhein-Main-Neckar geleistet wird, so wird die Region Starkenburg mit Sicherheit auch davon profitieren können. Hierzu fehlt es im Moment allerdings an Strategien, die über die Bildung wirtschaftlicher Cluster und Netzwerke hinausgehen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass gewisse Teilräume, wie z.B. der Odenwaldkreis als ländlicher Raum mit schlechter Verkehrsanbindung, im Rahmen dieser neuen Dynamik den Anschluss verlieren. Eine integrierte Gesamtentwicklung, die eine sinnvolle Verteilung der metropolitanen Funktionen und der ebenfalls notwendigen Ausgleichsfunktionen anstrebt, wäre daher ebenso dringend notwendig wie eine Diskussion über mögliche Chancen in diesem Veränderungsprozess.

- *Wurde der Ansatz eines „Regional Governance“ als entwicklungsnotwendige, kooperative und nachhaltig-partizipative Raumpolitik jenseits der Grenzen gewählter und etablierter Institutionen überschätzt oder setzen sich in den daraus resultierenden Kooperationen letztlich die gesellschaftlich dominanten Kräfte durch und bestimmen das auch regionale Verständnis von Nachhaltigkeit?*

¹² Die alte Konkurrenz zwischen Darmstadt und Frankfurt/M. war ein Grund für die Formierung der Region Starkenburg. Im Zuge des Wettbewerbs „Regionen der Zukunft“ war zunächst eine gemeinsame Bewerbung von Südhessen/Starkenburg zusammen mit Frankfurt/Rhein-Main angestrebt worden. Weil nicht der Eindruck entstand, man verhandle auf Augenhöhe, entschlossen sich die Stadt Darmstadt und die umliegenden Landkreise schließlich, als Region Starkenburg eine eigene Bewerbung vorzunehmen. Dass diese dann im Wettbewerb besser abschnitt als die Bewerbung von Frankfurt/Rhein-Main, stärkte die Motivation und den Aufbruchswillen für die Kooperation in Starkenburg schließlich beachtlich.

Hans Reiner Böhm / Birte Frommer, Die Transformationsprozesse der Region Starkenburg und die Grenzen der Regional Governance

Der Ansatz der regionalen Kooperation in Starkenburg kann zwar für die ersten Jahre im Rahmen des Regionalen Agenda 21-Prozesses als Regional Governance bezeichnet werden, spätestens seit der Einführung des Zweckverbands ist dies aber nicht mehr der Fall. So sind seitdem die politisch-administrativen Akteure dominierend, wirtschaftliche und sonstige nicht-öffentliche Akteure sind nur am Rande projektbezogen eingebunden und haben kaum Einfluss auf die parlamentarisch geprägten Entscheidungsstrukturen. Auch gibt es für die Mitglieder im Verband nicht die vielfach zitierte „exit-option“, die für das Prinzip der freiwilligen Mitarbeit in einem Regional Governance-Prozess kennzeichnend ist. Nach FÜRST (2003) ist der Prozess der regionalen Kooperation in Starkenburg damit eher als ein Prozess der regionalen Selbststeuerung zu bezeichnen, was im Kontext der Regionalentwicklungsprozesse in den anderen hessischen Regionen auch viel passender erscheint. So wurde nämlich für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main mit Erlass des Ballungsraumgesetzes und mit der starken Förderung der regionalen Entwicklungsgesellschaften in Mittel- und Nordhessen seitens der Hessischen Landesregierung stark steuernd eingegriffen, während Starkenburg, sich selbst überlassen, in die regionale Selbststeuerung geradezu gedrängt wurde.

- *Lässt sich am Beispiel Starkenburg zeigen, inwieweit EU- od. sonstige Förderungen der Regionalentwicklung steuernde, gegensteuernde oder ggf. fehlsteuernde Wirkung entfalten können?*

Gut nachvollziehen lässt sich am Beispiel der Region Starkenburg, dass Fördermittel steuernde Wirkung entfalten. Denn auch wenn mit dem Wettbewerb „Regionen der Zukunft“ keine originären Fördermittel verbunden waren, haben die inhaltliche Ausrichtung des Wettbewerbs und die im Rahmen der verschiedenen Wettbewerbsphasen und der Folgephasen (Netzwerk Regionen der Zukunft) dargebotenen Moderationsleistungen das Konzept der nachhaltigen Regionalentwicklung im Sinne der Agenda 21 in Starkenburg maßgeblich beeinflusst. Allerdings zeigt sich am Beispiel der Region Starkenburg auch, dass die Motivation und die Aufbruchsstimmung von derartigen Initiierungsphasen im weiteren Verlauf nur schwer aufrechterhalten werden können und nach Wegfall der Förderung die Entwicklung inhaltlich anderen Richtungen folgen kann.

4. Fazit

Wie die eingehende Analyse der Entwicklung der Region Starkenburg zeigt, hat letztere streng genommen nie wirklich einen Regional Governance-Prozess verfolgt. Weder das Steuerungsmuster, noch das Akteursspektrum, sondern lediglich die „Gemeinwohlorientierung“ mit dem Richtziel der nachhaltigen Regionalentwicklung weisen Übereinstimmungen mit dem Konzept der Regional Governance auf¹³. Mit der vorgesehenen Integration von Wirtschaft und Wissenschaft auch in die Entscheidungsebene des Verbands findet zumindest, was das Akteursspektrum angeht, eine Annäherung an Governance-Strukturen statt.

Ob die mittlerweile starke Institutionalisierung für den weiteren Kooperationsprozess eher von Vor- oder Nachteil ist, ist bei den Kooperationspartnern durchaus umstritten. Allerdings lässt sich diesbezüglich feststellen, dass in den vergangenen Jahren einige Mitglieder wahrscheinlich gerne die „exit-option“ genutzt hätten, die so oft die Grenzen der Steuerungsfähigkeit von Regional Governance bedeutet. Durch Einführung des Zweckverbands hingegen hat Starkenburg das Problem der Selbstbindung der Akteure an den Kooperationsprozess behoben.

¹³ Zu den Merkmalen von Regional Governance siehe FÜRST 2003, S. 443.

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Auch der Weg vom anfangs vorherrschenden Konsensprinzip über die Phase der Kompromisse hin zu einer Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen ist vor diesem Hintergrund nicht nur negativ zu sehen, denn seit dem Abschied vom Konsensprinzip werden Entscheidungen nicht mehr nur auf der Ebene des kleinsten gemeinsamen Nenners gefasst.

Letztendlich ist regionale Kooperation ein langfristiger Prozess und erst langfristig wird sich der tatsächliche Erfolg beurteilen lassen (HEINTEL 2002, S. 127). Die Region Starkenburg befindet sich im Moment in einer Umbruchsphase die nach der bereits vielfach beschriebenen Entwicklungsdynamik von Netzwerken zwar schlimmstenfalls zum Ende des betreffenden Netzwerks führen kann, aber auch den Entwicklungskorridor für neue Prozesse und inhaltliche Schwerpunkte öffnet (DILLER 2002, S. 201 f., BAITSCH et al. 2001, S. 107 f.). Für die Region Starkenburg gilt es daher, nun zu erkennen, welche Chancen sich aus den aktuellen Transformationsprozessen ergeben könnten.

Literatur

ADAM, Brigitte, 1998: Regionale Nachhaltigkeit durch interkommunale Kooperationen? In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 5/6, 1998, S. 443-448

BAITSCH Christoph / Bernhard MÜLLER (Hg.), 2001: Moderation in regionalen Netzwerken, Eichstett/München

BBR – BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (Hg.), 2005: Raumordnungsbericht 2005, Bonn

BENZ, Arthur, 2005: Governance. – In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), 2005: Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 404-408

BÖHM, Hans Reiner, 2002: Nachhaltige Regionalentwicklung durch Funktional- und Gebietsreform oder freiwillige interkommunale Zusammenarbeit? In: KREBS, Heike et al. (Hg.), 2002: Perspektiven interdisziplinärer Technikforschung – Konzepte, Analysen, Erfahrungen, Münster, S. 303-311

BÖHM, Hans Reiner / Birte FROMMER / Oliver BERZ, 2005: Zwischenevaluierung der regionalen Kooperation in der Region Starkenburg, unveröff. Gutachten, Darmstadt

DILLER, Christian, 2002: Zwischen Netzwerk und Institution – Eine Bilanz regionaler Kooperationen in Deutschland, Opladen

EINIG, Klaus / Dietrich FÜRST / Jörg KNIELING, 2003: Aktionsraum Region – Regional Governance. Einführung. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9, 2003, S. I-VI

FROMMER, Birte / Andreas SCHENKEL, 2003: Fünf Jahre Kooperation in der Region Starkenburg – Erfolgreiche Zusammenarbeit im Zeichen der Regionalen Agenda 21. In: Schriftenreihe WAR, Bd. 152, Darmstadt, S. 1-12

FÜRST, Dietrich, 2003: Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9, 2003, S. 441-450

FÜRST, Dietrich, 2001: Regional Governance – ein neues Paradigma der Regionalwissenschaften? In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 5/6, 2001, S. 370-380

Hans Reiner Böhm / Birte Frommer, Die Transformationsprozesse der Region Starkenburg und die Grenzen der Regional Governance

HEINTEL, Martin, 2004: Ist Erfolg messbar? Probleme der Evaluation von Regionalmanagements. In: SEDLACEK, Peter, (Hg.), 2004: Evaluation in der Stadt und Regionalentwicklung, Wiesbaden, S. 123-143

HILLIGARDT, JAN, 2002: Nachhaltige Regionalentwicklung durch freiwillige regionale Kooperation. Faktoren einer erfolgreichen Initiierung, untersucht am Beispiel der Region Starkenburg. In: Schriftenreihe WAR, Bd. 142, Darmstadt

KÖNIGS, Lothar, 1989: Erfolgskontrolle und Evaluierung kommunaler Entwicklungsplanung. In: Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 54, Dortmund

LINDLOFF, Karsten / Lothar SCHNEIDER, 2001: Handbuch Nachhaltige Regionale Entwicklung – Kooperations- und Vernetzungsprozesse in Region, Landkreis, Stadt und Gemeinde. In: Handbücher zum Umweltschutz, Bd. 3, Dortmund

LINDLOFF, Karsten, 2003: Kooperation erfolgreich gestalten – Erfolgsfaktoren kooperativer Prozesse in der Regionalentwicklung. In: Kommunikation im Planungsprozess, Bd. 5, Dortmund

UBA – UMWELTBUNDESAMT (Hg.), 2002: Managementleitfaden für regionale Kooperation, Berlin

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

Brigitte Erb / Günter Groß

Obwohl die Tendenzen der demographischen Entwicklung in Deutschland bereits seit längerer Zeit absehbar sind, werden die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen erst in den letzten Jahren von den Medien intensiver aufgegriffen. Neben dem Geburtenrückgang als Megatrend, in dessen Folge die Einwohnerzahlen stetig sinken werden, wird dabei die zunehmende „Überalterung“ der Gesellschaft thematisiert. Institute, Kommissionen und Parlamente befassen sich inzwischen verstärkt mit den voraussichtlichen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Gesellschaft. Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass in den Medien neue Szenarien über die Folgen des Geburtenrückgangs und über die „Vergreisung“ der Gesellschaft dargestellt werden. Ähnliches gilt für die damit zusammenhängenden Finanzierungsprobleme der Alterssicherungssysteme. Dem ländlichen Raum wird dabei im Allgemeinen keine Zukunft als Wohn- und Lebensort für ältere Menschen eingeräumt. Diese zieht es nach einhelliger Aussage vieler Studien wieder in die Städte und Ballungsräume, wo die notwendigen Strukturen dichter sind und das alltägliche Leben den Senioren vermeintlich leichter fällt. Solche Szenarien und Vorhersagen sollten jedoch nicht vorschnell übernommen, sondern, bezogen auf die einzelnen Regionen, kritisch hinterfragt werden. Dies scheint dringend geboten, weil sonst diesen negativen Trends eine Unausweichlichkeit der Entwicklung zugesprochen würde, die der Gesellschaft und jedem Einzelnen keinen Gestaltungsspielraum für verantwortliches Handeln ließe. Es könnte so der Effekt einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung entstehen, wenn die Menschen im ländlichen Raum verunsichert werden und zu trendverstärkenden Reaktionen neigen würden. Auch die Übertragung von Einzelaspekten der prognostizierten weiteren demographischen Entwicklung von Teilregionen in Ranking-Listen birgt die Gefahr, dass hier vorschnell zwischen vielen Verlierer-Regionen und wenigen Gewinner-Regionen sortiert wird. Bei solchen Prognosen ist daher neben den statistischen Materialien auch das in der Gesellschaft vorhandene soziale und gemeinschaftliche Potenzial zu berücksichtigen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sich die Studien über die gesellschaftlichen Veränderungen in Folge des voraussichtlichen demographischen Wandels auf überschaubare Regionen, z.B. auf die hessische Rhön, beziehen. Durch kleinräumige Betrachtungen können zudem am ehesten Lösungsansätze gefunden werden, die dem ländlichen Raum auch gerecht werden und entsprechend umsetzbar wären. So erscheint es gerade im ländlichen Raum durch die hier vielfach noch weitgehend intakte Familien- und Vereinsstruktur möglich, den Herausforderungen des demographischen Wandels durch bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe zu begegnen.

Hier soll versucht werden, Kommunen, Vereinen und allen Interessierten zunächst im hessischen Teil der Rhön einen Impuls zu geben, sich kreativ mit der Problematik eines wachsenden Anteils älterer Menschen in ländlichen Gemeinden auseinanderzusetzen und die damit verbundenen Herausforderungen als Chance zu verstehen, auch die eigene Zukunft in der Rhön mitzugestalten. Dabei kann auf den Ansatz der im Jahr 2005 ins Leben gerufenen Regionalinitiative „Rhön-Netzwerk

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

2030¹ zurückgegriffen werden, die sich vorgenommen hat, insbesondere den zukünftigen Senioren-generationen der Rhön frühzeitig Perspektiven für ein Leben im Alter in der ländlichen Region zu geben.

Parallel dazu arbeitet der Verein Natur- und Lebensraum Rhön im hessischen Teil des Biosphären-reservats als Zusammenschluss der verschiedensten Interessensgruppen der Region bereits seit eini-gen Jahren an Konzepten für eine nachhaltige Entwicklung in der Rhön. Auch hier wird die soziale Entwicklung ein Handlungsschwerpunkt der kommenden Jahre sein.

Die wichtigsten Tendenzen und Aspekte des demographischen Wandels

Das Ausgangsproblem ist die seit ca. 30 Jahren (zu) niedrige Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau liegt im Westen der Republik bereits seit 1975 und seit 1990 in Gesamtdeutschland kontinuierlich unterhalb von 1,5. Mit einem Wert von 1,36 Kinder je Frau wurde zwar 2004 ein historischer Tiefstand in Deutschland erreicht, der erst jetzt ein-setzende und sich schnell forcierende faktische Rückgang der Bevölkerung liegt aber überwiegend nicht an dieser geringfügigen weiteren Absenkung. Vielmehr ist entscheidend, dass sich nicht mehr die Frauen der geburtenstarken Jahrgänge im Familiengründungsalter befinden, sondern erstmals die Frauen der geburtenschwachen Jahrgänge. Diese Voraussetzung wird mindestens für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte bestehen bleiben. Zur Erhaltung der Gesamtzahl der Bevölkerung wäre eine Geburtenrate von 2,1 Kindern je Frau erforderlich (BERTELSMANN STIFTUNG 2006).

Von dem zu erwartenden allgemeinen Rückgang der Einwohnerzahlen werden strukturschwache Regionen im ländlichen Raum überdurchschnittlich betroffen sein, wenn es nicht gelingt, die vor-aussichtlichen Wanderungsverluste der jüngeren Erwachsenen zu verhindern. Gefragt sind hier strukturfördernde, standortverbessernde Maßnahmen. Diese müssen einerseits darauf abzielen, den regionalen Wirtschaftsraum zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Andererseits gilt es, die Stand-ortvorteile zu erkennen, die an Stelle eines wohnortnahen Arbeitsplatzes für die Entscheidung Erwerbstätiger bei der Wahl des Wohnortes in einer Region von Bedeutung sind, denn die hohe Zahl der Pendler macht deutlich, dass der Arbeitsplatz „um die Ecke“ hierbei nicht der alleinige Aspekt sein kann. Diese Stärken sind als Chance zu sehen und auszubauen.

Die als notwendig angesehene verstärkte Migration von Menschen anderer Nation wird sich nur in prosperierenden Regionen positiv auf die Bevölkerungsentwicklung auswirken (BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE 2005).

Der Rückgang der im Erwerbsleben Stehenden wird zu einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führen, der bald ein Arbeitskräftemangel folgen wird. Als Konsequenz daraus wird die Frauener-

¹ Das „Rhön-Netzwerk 2030“ besteht bisher als offener Gesprächskreis und versteht sich als Impulsgeber an bestehende Akteursgruppen und Institutionen. Das bisher konkreteste Projekt, das auf Impulse des Rhön-Netzwerkes zurückgeht, hat sich interessanterweise im Vogelsberg entwickelt, wo sich das „Bürgernetzwerk-Vogelsberg 2020“ gegründet hat. Dort wurde dar-aufhin eine systematische Bestandsaufnahme der in den Gemeinden und Ortsteilen vorhandenen lokalen Nachbarschafts-, Bürger- und Altenhilfen durchgeführt. Die dabei erfassten Initiativen wurden „zum runden Tisch“ zusammengeführt und arbeiten nun vernetzt an dem gemeinsamen Ziel, im Vogelsbergkreis solche lokalen Bürgerbündnisse in allen Gemeinden zu installieren. Das Rhön-Netzwerk 2030 ist zudem auf Tagungen und Veranstaltungen präsent und wirbt für einen vorausschau-enden und eigenverantwortlichen Umgang mit dem Zukunftsthema „gealterte Gesellschaft im ländlichen Raum“.

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

werbsquote deutlich steigen, was auch der Aufrechterhaltung der beitragsfinanzierten Sozialversicherungen dient. Damit fallen aber die heute nicht oder nur teilweise berufstätigen Frauen als derzeitige Stützen des Sozialsystems im ländlichen Raum (Kinder- und Altenbetreuung, häusliche Pflege) weitgehend aus (STATISTISCHES BUNDESAMT 2006). Die alleinige Erhöhung der Frauenerwerbsquote steht damit offensichtlich im Gegensatz zu dem gesellschaftspolitischen Ziel, die Zahl der Geburten steigen zu lassen. Als Ausweg muss versucht werden, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, was u.a. entsprechende Aufwendungen der Kommunen notwendig macht (Kinderhorte, Ganztagskindergärten und -schulen, Arbeitsplätze am Ort).

Die deutliche Erhöhung des Durchschnittsalters und der Anstieg der Zahl der Menschen über 60 Jahre im Zeitraum bis 2050 geht zum einen auf die angestiegene und weiter ansteigende Lebenserwartung zurück, wird überwiegend aber durch die Tatsache verursacht, dass in den nächsten 25 Jahren die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre ins Rentenalter kommen werden. Für diese werden die Alterseinkommen unter den gegebenen Bedingungen des umlagenfinanzierten Rentensystem gegenüber dem heutigen Niveau deutlich niedriger ausfallen; der materielle Lebensstandard wird für diese Rentnergeneration voraussichtlich nicht zu halten sein (INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2005).

Rückläufige Einwohnerzahlen bedeuten für die Kommunen eine drastische Verschärfung der finanziellen Probleme gleich in mehrfacher Hinsicht:

- Anstieg der Pro-Kopf-Kosten für alle kommunalen Leistungen, insbesondere für den Erhalt der Infrastruktur
- Rückgang der Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich, da sich diese an der Einwohnerzahl bemessen
- Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung
- Absinken der Steuer- und Gebühreneinnahmen durch sinkende Einwohnerzahlen.

(ENQUETEKOMMISSION DES HESSISCHEN LANDTAGS 2005)

Alle genannten Tendenzen sind nicht mehr durch eine zwar wünschenswerte, aber in Deutschland nicht realisierbare, schnelle Steigerung der Geburtenrate abwendbar. Selbst wenn jetzt entsprechende Maßnahmen sofort greifen würden, wären die positiven Auswirkungen frühestens in Jahrzehnten erkennbar. Entsprechend muss die Grundtendenz des demographischen Wandels mittelfristig als weitgehend gegeben akzeptiert werden.

Der demographische Trend in der hessischen Rhön

Die Prognosen über die regionale Bevölkerungsentwicklung sehen die Einwohnerzahl des Landkreises Fulda bis 2020 als relativ stabil an. Für die Stadt Fulda und stadtnahe Gemeinden wird sogar ein Einwohnerzuwachs erwartet. In Hessen fallen die Prognosen nur für Teile des Rhein-Main-Gebietes ähnlich günstig aus. Dagegen wird für Nachbarregionen wie Vogelsberg, Waldhessen und Werra-Meißner ein sehr düsteres Bild gezeichnet (ENQUETEKOMMISSION DES HESSISCHEN LANDTAGS 2005). Die recht positiven Prognosen für den Landkreis Fulda dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in der hessischen Rhön in 25 Jahren ein im Vergleich zu heute großer Teil der Bevölkerung über 60 Jahre und fast jeder zehnte Bürger über 80 Jahre alt sein wird. Auch die übrige

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

gen vorgenannten Tendenzen, wie die Erhöhung der Frauenerwerbsquote und der relative Rückgang der Alterseinkommen, werden in der Region wirken und die Gesellschaft verändern. Zudem ist zu berücksichtigen, dass selbst in der kleinräumigen hessischen Rhön die Entwicklungen uneinheitlich verlaufen werden. Nicht alle Kommunen profitieren gleichermaßen von der Nähe zum Oberzentrum Fulda und von den günstigen Verkehrsverbindungen ins Rhein-Main-Gebiet.

Die überwiegenden Teile des Landkreises Fulda weisen typische Merkmale des ländlichen Raumes auf. Kennzeichen sind dörfliche Siedlungsstrukturen, in denen sich die bis vor wenigen Jahren andauernde Dominanz der Landwirtschaft widerspiegelt. Die Landwirtschaft hat durch den immer schneller fortschreitenden Strukturwandel die gestaltende Funktion in der Entwicklung der Dörfer jedoch inzwischen verloren. In den letzten Jahrzehnten wurden zudem in den meisten Gemeinden bzw. deren Ortsteilen Neubaugebiete geschaffen, deren Einwohnerzahlen insbesondere im direkten Umland von Fulda die der alten Ortskerne teilweise bei weitem übersteigen. Dennoch konnte sich in der hessischen Rhön sowohl im Bewusstsein der Bürger als auch im Erscheinungsbild der Siedlungslandschaft der ländliche Charakter erhalten.

In diese Richtung weisen zumindest die demographischen Vergleichswerte. So ist der Familienanteil überdurchschnittlich hoch und der Anteil der Ein-Personen-Haushalte sowie der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber Stadtregionen vergleichsweise gering. Die meisten Menschen wohnen zudem in ihren eigenen Häusern, was grundsätzlich als Zeichen für eine intensive und dauerhafte Bindung der Menschen an ihr Wohnumfeld gilt. Hinzu kommen stabile soziale Strukturen und ein gefestigtes eher traditionell geprägtes Werte- und Gemeinschaftsgefüge.

Mit „ländlicher Raum“ ist die hessische Rhön jedoch unzureichend beschrieben, weil sie nicht mit den deutlichen Strukturschwächen belastet ist, die für andere periphere Räume, insbesondere in den neuen Bundesländern, inzwischen kennzeichnend sind. Vielmehr profitiert die hessische Rhön als Umlandregion von nahen Oberzentren und von einer verkehrsstrategisch günstigen Lage, wobei dennoch traditionelle ländliche Strukturen erhalten blieben. Solche Regionen, deren Einwohnerzahlen bis heute noch steigen, weisen gute demographische Vergleichswerte vor. So ist das Durchschnittsalter durch den überdurchschnittlich hohen Anteil junger Familien mit Kindern relativ gering (BERTELSMANN STIFTUNG 2006). Von negativer Wirkung ist jedoch, dass bei den meisten Kommunen im Landkreis Fulda die Wohn- gegenüber der Arbeitsplatzfunktion deutlich überwiegt und der Anteil höher qualifizierter Arbeitsplätze unterdurchschnittlich gering ist. Die Arbeitslosenquote liegt allerdings unter dem Landesdurchschnitt, und die Bevölkerung wuchs in den letzten zehn Jahren stärker als im hessischen Durchschnitt. Nach wie vor weist die Wanderungsbewegung einen positiven Saldo auf, d.h., es gibt im Landkreis Fulda mehr Zuzügler als Abwanderer.

Auf die Situation der Stadt Fulda als regionales Zentrum von zentraler Bedeutung soll hier nur soweit eingegangen werden, wie diese für die demographische Entwicklung der angrenzenden ländlichen Kommunen Bedeutung hat. Die Stadt Fulda hat für das ländliche Umfeld so weitreichende zentralörtliche Funktionen übernommen, dass sich in den letzten Jahrzehnten – ermöglicht durch die Zunahme der allgemeinen Mobilität – die Versorgungsstrukturen der umliegenden ländlichen Gebiete zu Gunsten der Stadt Fulda zurückgebildet haben. Das betrifft insbesondere den Einzelhandel, aber auch den übrigen Dienstleistungssektor, das Gesundheitswesen sowie das Kulturangebot. Diese Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie funktioniert solange gut, wie die Bevölkerung den jetzt gegebenen Mobilitätsgrad, der durch die Berufstätigkeit der Mehrheit

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

bedingt ist, aufrechterhalten kann. Für die zukünftigen Senioren generationen des Umlandes wird dies durch die im Alter eingeschränkte Mobilität jedoch fraglich. Daher stellt die Aufrechterhaltung der im ländlichen Raum notwendigen Mobilität auch für ältere Menschen einen sehr entscheidenden Faktor bei der Beurteilung der Frage dar, ob und wieweit ihr jetziger Wohnort für sie auch als Alterssitz in Betracht kommt. Als Alternativstrategie zur dauerhaften Gewährleistung der Mobilität empfiehlt es sich, lokale Versorgungs- und Dienstleistungsstrukturen (wieder) aufzubauen bzw. zu stärken. Dieser Aspekt steht mit im Zentrum der Zukunftsaufgabe, den ländlichen Raum auf die Bedürfnisse der gealterten Gesellschaft abzustimmen; er wird im Weiteren noch beleuchtet werden.

Herausforderung „demographischer Wandel“ in der hessischen Rhön

Verglichen mit anderen ländlichen Regionen, befindet sich die hessische Rhön – wie beschrieben – in einer relativ guten Ausgangsposition, um den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man sich in der Region nicht strategisch intensiv mit der Zukunftsaufgabe „demographischer Wandel“ auseinandersetzen muss. Antworten müssen insbesondere auf drei Fragen gefunden werden:

1. Wie können auch zukünftig Wanderungsverluste im ländlichen Raum verhindert werden? Wie können die Einwohner in der Region gehalten und vielleicht sogar weitere Menschen für die Region gewonnen werden?
2. Wie kann die bestehende Infrastruktur erhalten und finanziert werden, wenn zumindest langfristig mit einem Rückgang der Einwohnerzahlen zu rechnen ist?
3. Welche Voraussetzungen können oder müssen unter den erschwerten Bedingungen des ländlichen Raumes insbesondere für den wachsenden Anteil älterer und hochaltriger Mitmenschen geschaffen werden, damit sich diese letztlich nicht für die Abwanderung in die städtische Umgebung entscheiden?

Die Antwort auf die erste Frage nach der Verhinderung zukünftiger Wanderungsverluste besteht in erster Linie aus klassischen Maßnahmen zur Entwicklung der Region als Wirtschaftsstandort, insbesondere mit der Intention, attraktive Arbeitsplätze zu halten oder schaffen und ergänzend dazu gute Verkehrsanbindungen zu den Arbeitsplätzen der Wirtschaftszentren ggf. auszubauen. Diese Maßnahmen sollten auch in Zukunft Vorrang genießen, da nur auf diese Weise vor allem junge Erwerbstätige in der Region gehalten werden können. Soweit Wanderungsverluste unmittelbar an nicht vorhandenen oder unattraktiven Arbeitsplätzen bzw. unzumutbaren Wegstrecken festzumachen sind, obliegt die Verantwortung den staatlichen Einrichtungen und der Wirtschaft. Gleiches gilt für den Saldo bei der sogenannten Bildungswanderung, dem Umstand, dass ein erheblicher Teil der Jugend die jeweilige Region zumindest vorübergehend verlässt, um ein Studium oder eine geeignete Ausbildung zu absolvieren. Die Zahl der Jugendlichen, die in die Region zurückkehren, hängt wiederum vom Vorhandensein auch höher qualifizierter Arbeitsplätze ab.

Auch die zweite Frage nach der Nachhaltigkeit der Infrastruktur im ländlichen Raum ist auf den ersten Blick nur kommunal- und gesamtpolitisch zu beantworten. Fasst man den Begriff Infrastruktur hier jedoch weiter und realisiert, dass damit alle Leistungen verstanden werden können, die der Einzelne oder die einzelne Familie ganz unabhängig vom Alter in seinem/ihrem Wohn- und Lebensumfeld benötigt, so erkennt man eine "Verantwortungsgemeinschaft" aus Kommune, Wirtschaft,

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

Regionalmanagement und Bürgern, die alle das ihnen Mögliche erbringen müssen, um diese Zukunftsaufgabe zu lösen.

Die hinter der dritten Frage stehende Aufgabe, attraktiver Wohnumfelder auch in einer gealterten Gesellschaft im ländlichen Raum zu erhalten und tragfähige Sozialstrukturen zu schaffen, ist nach unserer Auffassung nur zu lösen, wenn es gelingt, den aktuell zu beobachtenden Trend zu mehr gemeinwohlorientiertem Bürgerengagement (DEUTSCHER BUNDESTAG 2002) auf die Herausforderungen des demographischen Wandels zu lenken. Die Stärkung der Zivilgesellschaft erscheint als aussichtsreichste Strategie, auch in Zeiten der gravierenden Veränderungen der Sozialstruktur durch die Folgen der gealterten Gesellschaft die „soziale Nachhaltigkeit“ zu stabilisieren und zu gewährleisten. Entsprechende Konzepte zur Verbesserung der sozialen Integration auf lokaler Ebene müssen so angelegt sein, dass sich die Bürger unabhängig von ihrer Generationszugehörigkeit und unabhängig von ihrer aktuellen Lebenslage mit dieser Zukunftsaufgabe identifizieren und darin die Vorsorge für die eigene Altersphase erkennen. Aufgrund der zentralen Bedeutung, die der Zivilgesellschaft als gestaltender Kraft in diesem Prozess zukommt, soll im Weiteren insbesondere darauf eingegangen werden.

Bürgerschaftliches Engagement als Antwort auf die Herausforderungen

„Den demographischen Wandel gestalten – Wege zur Selbstorganisation älterer Menschen“ lautete das Motto einer Fachtagung in Eisenach im Herbst 2005. Hier wurde an zahlreichen Beispielen gezeigt, wie durch vorausschauendes und solidarisches Handeln eine Perspektive für ein erfülltes und sicheres Leben im Alter auch und gerade im ländlichen Raum geschaffen werden kann. Allen Beiträgen gemeinsam war die Erkenntnis, dass den Seniorengenerationen von morgen eine große Bedeutung zukommen wird, wenn es darum geht, ländliche Versorgungs- und Sozialstrukturen aufrecht zu erhalten, das Gemeinschaftsleben in Dörfern, Ortsteilen und Siedlungen zu gestalten und die Lebensqualität im ländlichen Raum zu verbessern.

Auch für die Region Rhön liegt in der Mobilisierung dieses Bürgerengagements eine große Chance. Ob sich die hessische Rhön im Wettbewerb der Regionen nachhaltig als bevorzugter Wohn- und Lebensraum behaupten kann, ist auch davon abhängig, inwieweit es gelingen wird, regionale Lösungen für die aktive Auseinandersetzung mit der gealterten Bürgerschaft im ländlichen Raum zu finden und umzusetzen.

Nicht alle zu erwartenden gesellschaftlichen Veränderungen gehen unmittelbar auf die Wirkung des demographischen Wandels zurück. Vielmehr werden sich auch andere Veränderungsprozesse der letzten Jahrzehnte auswirken, wie insbesondere die bereits fortgeschrittene Individualisierung der Gesellschaft. Bereits heute ist die Gesellschaft – auch im ländlichen Raum – zunehmend durch Heterogenität gekennzeichnet. Es findet sich eine Vielzahl von Lebenslagen und Lebensstilen, die sich in unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Gruppen widerspiegelt. Dies ist von Relevanz, wenn es um Konzeptansätze zur Bewältigung des demographischen Wandels im ländlichen Raum geht. Diese haben nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie alle Teile der Gesellschaft erreichen und sowohl vielfältig als auch konsensorientiert sind.

Die Beschreibung der Bürger einer Generation oder einer Region durch vereinfachende und pauschale Verallgemeinerung ist abzulehnen, weil sie der vorhandenen Vielfalt nicht gerecht wird. Den-

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

noch kann zwischen einzelnen Gruppen differenziert werden, die sich in ihrer Beziehung zum Wohn- und Lebensumfeld teilweise deutlich unterscheiden. Dies gilt zunächst für die Unterscheidung zwischen denjenigen, die in der Region Rhön traditionell und familiär verwurzelt sind und denjenigen, die sich für die Rhön als Wahlheimat entschieden haben. Von Interesse ist diese Differenzierung für den Zukunftsansatz „gealterte Gesellschaft im ländlichen Raum“ insofern, als für die letztgenannte Gruppe eher die optionale Alternative eine Rolle spielt, für den letzten Lebensabschnitt ggf. entweder in die frühere Heimatregion zurückzukehren oder dem ländlichen Raum gänzlich den Rücken zu kehren. Vorhandenes Wohneigentum gilt dabei längst nicht mehr als Garant für die Beibehaltung des derzeitigen Wohnortes. Ferner ist es nachvollziehbar, dass diejenigen, die vor Ort über keine familiären Bindungen verfügen, sich für die Altersphase nach Alternativen umsehen, um der drohenden Vereinsamung im Alter zu entgehen. Dafür wird entweder der Wechsel des Wohnortes in Erwägung gezogen oder die Schaffung persönlicher Beziehungsstrukturen, die im Alter ähnlich belastbar und zuverlässig sein sollten wie die (Groß)Familie.

Der Trend zu verstärkter Wohnmobilität im Alter zeigt sich oft mit dem Beginn des Rentenalters. Der Wohnortwechsel für den letzten Lebensabschnitt hat sich neben den klassischen (Ab-)Wanderungsgründen (Arbeitsplätze und Bildungsstätten, insbesondere Hochschulen, Familie) inzwischen etabliert. Neu ist jedoch die Richtung, in der diese Wanderungsbewegung verläuft. So war auch bisher die Bereitschaft jüngerer Senioren zu beobachten, sich für die Phase nach dem Erwerbsleben räumlich neu zu orientieren. Die in der Rhön in der Vergangenheit vielfach zu lesenden Anzeigen mit dem Tenor „älteres Ehepaar sucht Häuschen im Grünen als Altersruhesitz“ ist jedoch zur Seltenheit geworden. Das Bedürfnis, im naturnahen, ländlichen Umfeld zu leben, ist wahrscheinlich bei vielen Menschen auch und gerade im Alter, wenn die Verpflichtungen der Erwerbsarbeit überwunden sind, nach wie vor vorhanden. Diesen Schritt, nach dem Erwerbsleben „aufs Land“ zu ziehen, wagen jedoch immer weniger Menschen. Insofern scheint die Verunsicherung durch den strukturellen Abbau bereits zu wirken. Für den ländlichen Raum ist es wichtig, dass sich diese Trendumkehr nicht verfestigt. Es wäre auch bedauerlich, wenn sich bei jüngeren Rentnern, die als Berufstätige teilweise jahrzehntelang aus dem ländlichen Raum zu ihren Arbeitsplätzen im Ballungsraum gependelt sind, eine Landflucht durchsetzen würde. Die Folgen wären gravierend, da die Senioren als Bürger, Konsumenten, Kunden, Hauseigentümer und nicht zuletzt als ehrenamtlich Tätige sowie als Wissens- und Erfahrungsträger und vor allem als Mitmenschen für jede Region ein wichtiges Potenzial darstellen, dessen Bedeutung in Zukunft noch zunehmen wird.

Es liegt in der Verantwortung der Kommunen und der für das Regionalmanagement verantwortlichen Institutionen, ob für eine Region diese zunehmende Wanderungstendenz jüngerer Senioren eher Chance oder eher Risiko darstellt. Ausschlaggebend ist, wie die jungen Senioren für sich die Zukunftsfähigkeit ihres Wohn- und Lebensumfeldes im ländlichen Raum einschätzen. Dem (noch) verbreiteten Grundbedürfnis, auch im Alter am bisherigen Wohnort zu bleiben, steht die Verunsicherung entgegen, ob und inwieweit das derzeitige Wohnumfeld auch für die Phase der Hochaltrigkeit geeignet ist. Als bevorzugte Region in günstiger zentraler Lage könnte es der Rhön gelingen, nicht nur diese Verunsicherung zu entkräften, sondern sich darüber hinaus als idealer Wohn- und Lebensraum für Senioren zu empfehlen.

Die Senioren von morgen

Den aktuellen Debatten über die Folgen des demographischen Wandels zum Trotz, ist die Altersstruktur bis heute in Deutschland eher günstig, weil die geburtenstarken Jahrgänge noch voll im

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

Erwerbsleben stehen. Akute Sorgen der Rentenkasse haben ihre Ursache eher in der hohen Arbeitslosigkeit und in Belastungen durch versicherungsfremde Leistungen. Daher wird die jetzige Senioren-generation mit den dargestellten Folgen kaum belastet werden. Betroffen sind die heute 40- bis 60jährigen als die kommende Senioren-generation. Tröstlich ist nur, dass diese Jahrgänge noch Zeit haben, sich auf den kommenden Lebensabschnitt vorzubereiten. Durch private Vorsorge und aktive Mitgestaltung des sozialen Umfeldes können die Senioren von morgen ihr Schicksal zumindest teilweise noch in die eigene Hand nehmen.

Die kommenden Senioren-generationen werden aktiver und mobiler sein – teils aus der Notwendigkeit heraus, ihre Lebensverhältnisse den Gegebenheiten und dem Einkommen anzupassen, teils aus der relativen Ungebundenheit heraus, die sie im Vergleich zu den heutigen Senioren zeigen. Dazu gehört auch die bereits dargestellte Tendenz, sich im Alter, soweit notwendig, nochmals ein gänzlich anderes Wohn- und Lebensumfeld zu schaffen und sich die Region, in der man die letzten Jahre leben möchte, aktiv auszusuchen. Insgesamt werden die Senioren von morgen nicht nur wegen ihres zahlenmäßigen Gewichtes eine größere gesellschaftliche Rolle spielen. Die Generation der heute 40- bis 60jährigen wird auch mit anderen Lebenserfahrungen und anderen Erwartungen ins Rentenalter gehen. Diese Generation ist in einer Zeit groß geworden, in der es für viele alltäglich war, sich zur Durchsetzung gesellschaftlicher Ziele bzw. von Gruppeninteressen zu Initiativen zusammenzuschließen. Auch die lebenslange Orientierung an einem unveränderten Wertekanon ist in dieser Generation seltener festzustellen. Die Lebensmuster und Lebensphasen sind dafür zu wechselhaft geworden. Dafür ausschlaggebend ist aber weniger die bewusste Werteorientierung einer Generation, als vielmehr die Relativierung des tradierten gesamtgesellschaftlichen Gefüges während der letzten 30 Jahre. Die Senioren von morgen haben entsprechend vielfältigere Lebensformen und Lebensstile kennengelernt. Ihre Biographien verliefen, verglichen mit denen der heutigen Senioren, weniger geradlinig und weniger einheitlich. Daher werden auch die Voraussetzungen für die Gestaltung und Bewältigung der Altersphase in dieser Generation sehr unterschiedlich sein. Es wird nicht mehr die Generation von Rentnern sein, in der sich alle auf die Altersbezüge aus der Rentenkasse verlassen können. Alle Lebenslagen werden vertreten sein: die gut Abgesicherten, die Vermögenden, aber eben auch die, die mit vergleichsweise sehr geringen Altersbezügen auskommen müssen. Die Sensibilisierung der heute 40- bis 60jährigen für die Notwendigkeit, ihre Altersphase eigenverantwortlich vorzubereiten, scheint in Teilen bereits gelungen, muss aber dringend fortgesetzt werden. Dabei kann vielfach auf die Lebensentwürfe der zukünftigen Senioren Bezug genommen werden. Werden diese nämlich nach ihrem Leben im Alter gefragt, rangiert aktives und kreatives Gestalten der eigenen Zukunft sowie Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem bis hin zu Experimentierfreude ganz vorne (OPASCHOWSKI 2004). Sie wollen und müssen ihre (Alters-)Zukunft selbst in die Hand nehmen und kreativ Lösungen finden, die ihnen ein Leben nach ihren Vorstellungen auch im Alter ermöglichen.

Es besteht auch aus gesamtgesellschaftlicher Sicht die dringende Notwendigkeit, den Senioren von morgen mehr Verantwortung für sich und für ihr soziales Umfeld zu übertragen. Für die Kommunen wird es Hauptaufgabe sein, junge Familien zu fördern sowie Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Hauptaugenmerk wird daher seitens der Kommunen nicht auf die ältere Bevölkerung gelegt werden können. Ein Aufrechterhalten der Sozial- und Strukturleistungen für Senioren auf heutigem Niveau würde durch die zunehmende Zahl der Senioren bereits einen Rückgang der Leistungen für jeden einzelnen Betroffenen bedeuten. Von einer Steigerung der kommunalen Leistungen für Senioren proportional zum Anstieg älterer Menschen ist jedoch aufgrund der leeren öffentlichen Kassen

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

nicht auszugehen. Zu gleichen Ergebnissen muss man kommen, wenn man die Möglichkeiten der Bundesländer, des Bundes und der Sozialversicherungen betrachtet.

Daraus entsteht die günstige Konstellation, dass die Bedürfnisse der zukünftigen Senioren- generation nach aktiver Gestaltung ihres Lebensumfeldes mit den Anforderungen der Gesellschaft übereinstimmen, bei der Zukunftsaufgabe „Bewältigung der Herausforderungen einer gealterten Gesellschaft im ländlichen Raum“ verstärkt auf bürgerschaftliches Engagement und auf Selbsthilfe der Betroffenen zu setzen. Staat und Kommunen sollten dadurch jedoch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Auf sie kommt die Aufgabe zu, dieses Bürgerengagement durch Impulse und die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen zu initiieren und durch Steuerungs- sowie Förderungsmaßnahmen so zu entwickeln, dass auch bei einem hohen Anteil älterer Menschen und einem leichten Rückgang der Bevölkerungszahlen stabile und nachhaltige Strukturen für seniorengerechte Lebensverhältnisse geschaffen werden.

Ziel sollte eine von den Bürgern getragene und von den Kommunen unterstützte, breite Sozialinitiative sein, die durch ehrenamtliche Arbeit und Gemeinschaftsprojekte derart integrierend wirkt, dass die dörfliche Gemeinde und die Nachbarschaft (wieder) zum zuverlässigen Rahmen für ein würdevolles Leben der Bürger im Alter werden. Von der Seniorenpolitik im bisherigen Sinne müsste sich eine solche Bewegung markant unterscheiden. Zum einen, weil vorerst diejenigen als Hauptakteure gelten, die sich auf ihre zukünftige Altersphase vorbereiten, und zum anderen, weil die Schaffung und Stärkung der lokalen Sozialstrukturen allen Generationen und gerade auch den jungen Familien und Kindern zugute kommen sollte. Fernziel wäre es, die Senioren selbst in der Rolle der aktiv gestaltenden Akteure zu sehen, die durch ihr Engagement zu einer der tragenden Säulen in der örtlichen Sozialstruktur werden.

Lokale Sozialstrukturen stärken – auf vorhandenen Strukturen aufbauen

Strategien zur Stärkung des sozialen Zusammenhangs innerhalb der Generationen und über deren Grenzen hinaus müssen auf den lokalen Gegebenheiten basieren, da sich die sozialstrukturellen Verhältnisse bereits zwischen den Ortsteilen von Gemeinden gravierend unterscheiden können. Somit ist auch die Dringlichkeit, auf den demographischen Wandel zu reagieren bzw. seinen unerwünschten Folgen vorzubeugen, von Ort zu Ort unterschiedlich. Verallgemeinernde Konzepte sind daher zu vermeiden. Es muss der Blick in das Innere der jeweiligen dörflichen Strukturen gerichtet werden, was nur gelingt, wenn die örtlich vorhandenen Gruppen, Kirchengemeinden und Vereine als Insider für eine „Bestandsaufnahme soziale Nachhaltigkeit“ sensibilisiert werden können. Die Potenziale der vor Ort vorhandenen Strukturen und deren Tragfähigkeit müssen transparent werden. Diese Aufgabe kann nur von oder mit den derzeitigen lokalen Akteuren erfolgreich gelöst werden. Nur mit diesen Multiplikatoren wird es auch möglich sein, auf die einzelnen Ortsteile bezogene Profile als Grundlage für weitere Maßnahmen und Initiativen zu erstellen. Dieser Ansatz, auf vorhandenen Strukturen aufzubauen, soll den betroffenen Bürgern durch Impulse zwar eine Starthilfe geben, die weitere Entwicklung aber den lokalen Akteuren selbst anvertrauen. In Impulsveranstaltungen sollten behutsam die absehbaren Entwicklungen und gestaltbaren Chancen positiv dargestellt, Verunsicherung und Schwarzmalerei jedoch vermieden werden.

Für die weitere Konkretisierung lokaler Maßnahmen können die Stärkung des Gemeinschafts- bewusstseins, das Aufeinanderzugehen der Generationen, die Öffnung der Dorfgemeinschaften für bisher kaum integrierte Ortsansässige und die Vision einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft als

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

weiche Faktoren sowie die Schaffung und Verbesserung konkreter Versorgungs- und Dienstleistungsstrukturen als harte Faktoren angesehen werden.

Nachbarschaftshilfen und lokale Bündnisse

Als sehr wirkungsvolles Instrument zur Förderung kooperativer lokaler Sozialstrukturen haben sich „organisierte“ Nachbarschaftshilfen bewährt, wie sie in den letzten Jahren bundesweit in zahlreichen Gemeinden gegründet wurden. Mit dem Ziel, alten Menschen und Hilfsbedürftigen bei den Aufgaben des alltäglichen Lebens behilflich zu sein, Einsamkeit zu lindern und sozialen Halt zu geben, sind sie koordinierend tätig zwischen denjenigen, die Hilfe geben können und denen, die Hilfe benötigen. Ob die Hilfe auf Tauschbasis in Zeitbörsen oder gegen eine geringe Aufwandspauschale erfolgt, ist sekundär, solange die klare Abgrenzung von Ansätzen der Schwarzarbeit und die Koordinierung mit professionellen Pflegediensten gelingt.

Ziel sollte es sein, weitere Nachbarschaftshilfen zu initiieren und diesen eine möglichst nachhaltige Struktur zu geben, sodass die Hilfeleistenden mit begründetem Vertrauen davon ausgehen können, in ihrer eigenen Lebensphase als Hochaltrige oder bei sonstiger Hilfsbedürftigkeit selbst auf die Nachbarschaftshilfe zurückgreifen zu können.

Multifunktionale Begegnungsstätten

Soweit im direkten Wohnumfeld keine Versorgungsstrukturen für die Sicherstellung der Grundversorgung vorhanden sind, muss das Mobilitätsangebot seniorenrecht gestaltet und nachhaltig gesichert werden. Dies erfordert einen entsprechenden Ausbau des Öffentlichen Personen- und Nahverkehrs (ÖPNV) oder zusätzliche Fahrdienste durch Bürgerinitiativen (Bürgerbusse, Sammeltaxi o.ä.). Alternativ oder ergänzend wären lokale „Versorgungszentren“ zu schaffen, die – wenn nicht gewerblich lohnend – durch Fördervereine und Kooperationen zu betreiben wären. Deren Auslastung könnte dadurch verbessert werden, dass diese Zentren nicht nur der Grundversorgung z. B. als Verteilstellen von Einkaufsgemeinschaften dienen, sondern darüber hinaus auch als Kommunikationszentren zur Verfügung stehen und so gesehen als weiterentwickelte, das heißt auch offene Bürgerhäuser fungieren.

Neue und altengerechte Wohnformen auch im ländlichen Raum

Ältere Menschen verbringen einen erheblich größeren Anteil ihrer Zeit in ihren Wohnräumen und ihrem direkten Wohnumfeld als jüngere Generationen. Bereits daraus resultieren spezifische Wohnbedürfnisse älterer Menschen. Die Wohnsituation wird von älteren Menschen im hohen Maße danach beurteilt, ob diese so beschaffen ist, dass keine Vereinsamung droht. Es wird Wert darauf gelegt, bestehende soziale Kontakte weiter pflegen oder neue Kontakte knüpfen zu können. Auch bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit möchte der weitaus größte Teil im bisherigen häuslichen Umfeld wohnen bleiben und ist daher bestrebt, in solchen Lebenslagen über Möglichkeiten der Hilfe aus dem Umfeld verfügen zu können. Diese Bedürfnisse sind wohl dafür ausschlaggebend, dass ein inzwischen hoher Anteil jüngerer Senioren auch gegenüber neuen Wohnformen aufgeschlossen ist (BERTELSMANN STIFTUNG 2005). Betreutes Wohnen, generationenübergreifendes Wohnen oder Hausgemeinschaften etablieren sich mehr und mehr als Modelle für altersgerechtes Wohnen. Bisher sind diese Wohnformen überwiegend im urbanen Raum zu finden. Es ist jedoch naheliegend, auch und

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

gerade für den ländlichen Raum über neue Wohnkonzepte für ältere Menschen nachzudenken. So sind die meisten Wohnhäuser, seinerzeit für Familien gebaut, für Ein- oder Zweipersonenhaushalte zu groß. In den alten Dorfkernen stehen vermehrt ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäudekomplexe leer. Die hier brachliegenden Möglichkeiten erfordern neue Nutzungs- und Wohnkonzepte, die auch den Bereich „gemeinschaftliches Wohnen im Alter“ einbeziehen sollten.

Seniorenrechtliches Wohnen schließt natürlich auch den Aspekt barrierefreien Wohnens ein. Faktisch ist zwar nur jeweils ein geringer Teil der Senioren auf rollstuhlgerechte und für die häusliche Pflege geeignete Wohnverhältnisse direkt angewiesen, aus Vorsorgegründen sollten aber dennoch der vorhandene private wie öffentliche Gebäudebestand sowie Wege und Plätze im dörflichem Bereich im möglichen Maße behinderten- und seniorenrechtlich gestaltet werden.

Vernetzung der lokalen Initiativen

Auch bei konsequenter Umsetzung der Strategie, die Initiativen nach den lokalen Bedürfnissen auszurichten und vor Ort wachsen zu lassen, ist die Vernetzung der lokalen Akteursgruppen notwendig. Einem solchem Netzwerk kommt eine koordinierende Funktion insbesondere bei der Weiterentwicklung der lokalen Initiativen und der Öffentlichkeitsarbeit zu. Ferner könnte es als Interessenvertretung gegenüber Entscheidungsträgern in der Region wirken. Der Netzwerkgedanke würde aber auch gewährleisten, dass sich die Akteure laufend über Ansätze, Projekte, Probleme und Erfolge austauschen könnten, wodurch sich eine wünschenswerte Dynamik entfalten könnte.

Vernetzung im Zeitalter des Internets ist auch im technischen Sinne zu verstehen. So könnte in Zukunft ein umfassendes Regionalnetz installiert werden, das den Bürgern in vielen alltäglichen Situationen als Instrument zur Organisation von Hilfe und Kontakt zur Verfügung steht.

Vertrauen schaffen und Perspektiven aufzeigen

Parallel zur Entwicklung konkreter Ansätze sollte durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit den Verunsicherungen und Ängsten der Bürger, im Alter mit Vereinsamung konfrontiert zu werden oder im ländlichen Raum die notwendigen Versorgungsstrukturen zukünftig nicht mehr zur Verfügung zu haben, offensiv begegnet werden. Gegen solche Verunsicherung helfen Vertrauen und zukunftsorientierte Perspektiven. Die Bürger müssen glaubhaft erfahren können, dass für sie im Alter – zumindest bei entsprechendem Eigenengagement – eine Zukunft auch in der ländlichen Region liegt. Das Vertrauen muss dafür durch gezielte Imagekampagnen systematisch aufgebaut und gepflegt werden. Solche Werbekampagnen haben jedoch nur Erfolg, wenn sie auf die Bedürfnisse der künftigen Senioren eingehen und auf substanziellen und überprüfbaren Perspektiven beruhen. Vier Bereiche sind dabei darzustellen:

1. (Soziale) Infrastruktur in der Region mit den Schwerpunkten Gesundheitswesen, Dienstleistungsbereiche für Pflege und Alltagshilfe, ÖPNV.
2. Toleranz und Offenheit der Gesellschaft, Bekenntnis zu vielfältigen Lebensformen, Partizipationsmöglichkeiten der Senioren, Darstellung des ländlichen Raumes als Alternative zu unüberschaubaren und anonymen (Groß-) Städten.
3. Soziales Profil der Region, Engagement von Regional- und Sozialinitiativen. (Die Region muss überzeugend als funktionierende Verantwortungsgemeinschaft beschrieben werden.)

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

4. Region als Erlebniswelt für Senioren, d.h. klassisches Freizeitangebot mit Schwerpunkten Wellness und Kultur, aber auch Naturlandschaft und Gastronomie.

Der ländliche Raum muss sich auf seine Vorteile besinnen und diese offensiv darstellen. Das regionale Sozialprofil ist dafür zu schärfen und der Charakter der Region ist selbstbewusst zu betonen. Dabei hat die hessische Rhön die vorteilhafte Ausgangslage, dass der Naturraum Rhön über ein hohes Identifizierungspotenzial verfügt, das auch integrierend wirkt. Durch das Biosphärenreservat Rhön und die Arbeit des Vereins Natur und Lebensraum Rhön ist es gelungen, das Image der Region und die regionale Identität nachhaltig zum Positiven zu verändern. Dieser Erfolg liegt vor allem auch darin begründet, dass es gelungen ist, alle regionalen Interessensgruppen zu mobilisieren und deren Arbeit im Verein als Verantwortungsgemeinschaft zu bündeln. Es gilt, sich den Aufgaben gemeinsam zu stellen, alle Interessen abzuwägen, nach Lösungen und Wegen zu suchen und diese letztlich auch gemeinsam umzusetzen. Das Biosphärenreservat trifft bei den Bürgern der Region auf hohe Akzeptanz. Es ist erfolgreich vermittelt worden, dass der Leitgedanke des Biosphärenreservats nicht Stillstand bedeutet, sondern die nachhaltige Weiterentwicklung für den Menschen und die Natur in der Region Rhön. Das stellt ein solides Fundament für weitere Entwicklungen dar und beinhaltet die Verpflichtung der Akteure zur Verantwortung, sich frühzeitig und konstruktiv mit den möglichen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Region als der Kernfrage der sozialen Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen.

Als Akteure sind hier die Kommunen in besonderer Weise in die Pflicht zu nehmen. Sie verfügen einerseits als kleinste „staatliche Einheit“ über die notwendigen eingehenden Kenntnisse der jeweiligen Situation vor Ort. Andererseits kommt ihnen in dieser Funktion auch eine Lenkungs- und Mobilisierungsaufgabe zu. Frühes Erkennen und ein Sensibilisieren der Verantwortungsträger sowie der Bürgerschaft für den demographischen Wandel und seine Herausforderungen schaffen erst eine Grundlage für ein bürgerschaftliches Engagement. Dabei ist sorgsam darauf zu achten, eine zunehmend älter werdende Gesellschaft nicht als Bedrohung darzustellen, sondern als Entwicklung, der es sich zu stellen gilt und der man durchaus auch positive Aspekte abgewinnen kann. Der zunehmende Vergleich von „jungen“ und „überalternden“ Kommunen lässt ansonsten sehr schnell den Eindruck entstehen, dass Senioren unerwünscht sind und lediglich eine Last darstellen. Vielmehr stellen die Anforderungen der jungen Familien, wie z.B. der Ausbau der Kinderbetreuung, in Zeiten knapper öffentlicher Finanzen ebenfalls große Herausforderungen dar. Aus Sicht der Verantwortungsgemeinschaft wäre es eine Vision künftiger Strukturen, dass zur Deckung eines solchen dringenden Bedarfs junger Familie auf die Unterstützung der reichlich vorhandenen Senioren zurückgegriffen werden kann. Dieses Beispiel macht deutlich, dass es in Zukunft nicht nur darum gehen kann, durch die Kommunen aus öffentlichen Finanzmitteln entstehende Infrastrukturlücken zu schließen, sondern auch einen Rahmen für neue Formen bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen, Denkanstöße zu geben und neue Konzepte für vorhandene Strukturen, wie z.B. Bürgerhäuser und vieles mehr zu suchen. Sofern es den Kommunen gelingt, die eigenen Stärken zu erkennen und zu aktivieren, kann der angestoßene Prozess eine Chance sein, die nicht mit einer finanziellen Überforderung des ohnehin „geschwächten“ ländlichen Raumes einhergeht.

Dem Biosphärenreservat kommt dabei die Aufgabe des Motors zu, der Ideen in der Region entwickelt, ihnen auf den Weg hilft, Pilotprojekte forciert und gelungene Beispiele in seinen Netzwerken kommuniziert. Grundlegende Voraussetzung ist dabei das Einbinden der lokalen Akteure, von deren Wissen und Mitarbeit die Qualität dieses Wirkens abhängt. Als lokale Aktionsgruppe setzt der Ver-

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

ein Natur- und Lebensraum Rhön im hessischen Teil des Biosphärenreservats Zeichen und zeigt auch Handlungsbedarf auf. Misst man der Arbeit dieser regionalen Aktionsgruppe exemplarische Bedeutung zu, müsste hier formulierter Handlungsbedarf bezüglich des demographischen Wandels auch über die Region hinaus auf Bundes- oder Landesebene Gehör finden.

Ausblick

Zur Bewältigung vieler gesellschaftlicher und kultureller Herausforderungen haben sich bereits in der Vergangenheit verschiedene Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland gebildet. Verschiedene Entwicklungen und Ereignisse haben bei den Bürgern Veränderungs- und Gestaltungswillen mobilisiert. Der erkannte Handlungsbedarf hat sich in der Verbandsarbeit und dem ehrenamtlichem Engagement konkretisiert. Oft waren diese Bewegungen Vorreiter bei gesellschaftlichen Prozessen zur Durchsetzung neuer Werte oder Strukturen, die Jahre später von der Mehrheit der Gesellschaft und der Politik als selbstverständlich akzeptiert wurden. Sowohl die sozialen Bewegungen als auch die Naturschutz- und Umweltbewegung hatten als inzwischen einflussreiche Organisationen ihre Anfänge in solchen Prozessen. Nun zeichnet sich eine Entwicklung ab, in deren Verlauf sich Akteursgruppen finden, die sich speziell denjenigen gesellschaftlichen Herausforderungen im ländlichen Raum stellen, die wegen der zunehmend alternden Gesellschaft absehbar sind. Ziel ist die Stabilisierung der sozialen Nachhaltigkeit durch Stärkung und Ergänzung der lokalen Sozialstrukturen. Weil der Ansatz und das Selbstverständnis der Akteure von vornherein auf zivilgesellschaftliche Mittel setzen, steht die Selbsthilfe und die Schaffung von lokalen Bündnissen im Vordergrund. Als Schlüssel zu stabilen und tragfähigen Sozialstrukturen in Nachbarschaften und Dorfgemeinden wird die weitgehende Integration der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (Junge und Alte, Familien und Alleinlebende) angesehen und mithin das Zusammenfinden in lokalen Verantwortungsgemeinschaften, welche die Leitidee „Zukunft gestalten“ mit Kreativität und Engagement umsetzen.

Literatur

- BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG, 2006: Die demographische Lage der Nation, Berlin
- BERTELSMANN STIFTUNG, 2005: Perspektiven für das Wohnen im Alter, Gütersloh
- BERTELSMANN STIFTUNG, 2006: Demographie konkret – Seniorenpolitik in den Kommunen, Gütersloh
- BERTELSMANN STIFTUNG, 2006: Aktion Demographischer Wandel, www.aktion2050.de
- BIRG, Klaus, 2005: Die ausgefallene Generation, München
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE, 2005: Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft, Nürnberg
- DEUTSCHER BUNDESTAG, 2002: Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Berlin

Brigitte Erb / Günter Groß, Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen

ENQUETEKOMMISSION DES HESSISCHEN LANDTAGS, 2005: Demographischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik, Wiesbaden

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT, 2005: Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels, Köln

OPASCHOWSKI, Horst W., 2004: Deutschland 2020, Wiesbaden

OPASCHOWSKI, Horst W., 2004: Der Generationenpakt, Darmstadt

SACHVERSTÄNDIGENKOMMISSION FÜR DEN FÜNFTEN ALTENBERICHT, 2005: Der 5. Altenbericht der Bundesregierung „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“ (Zwischenbericht), Berlin

STATISTISCHES BUNDESAMT, 2006: Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland 2006, Wiesbaden

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Vom personalen zum institutionellen Netzwerk: Strategiebildung und erfolgskritische Faktoren für SeniorInnen-Netzwerke

Susanne Maria Weber

Das Jahr 2030 und die mit ihm einhergehenden soziostrukturellen und demographischen Wandlungsprozesse sind der Rhöner Regionalinitiative für die SeniorInnen von morgen nicht fern. Unter der Leitfrage „Wie werden wir im Jahr 2030 als ältere Menschen in der Rhön leben“ sucht die SeniorInneninitiative nach neuen Strukturen für ein altersangemessenes Leben im ländlichen Raum. Hier ist in der Rhön ein Forum entstanden mit dem Ziel eines tragfähigen und zukunftsweisenden Netzwerks für neue und altersgerechte Lebensformen. Modellhafte Lebenspraxen für eine hohe Lebensqualität im Alter sollen hier erprobt und institutionalisiert werden.

Ausgehend von der künftig zu erwartenden Bevölkerungsstruktur von zwei SeniorInnengenerationen, unter strukturell veränderten Bedingungen – knappe Alterseinkünfte und zunehmend begrenzte öffentliche Leistungen für SeniorInnen –, hat sich das SeniorInnennetzwerk als unabhängige Selbsthilfeinitiative konstituiert.

Um das Ziel der regionalen Vernetzung nachhaltig verfolgen zu können, ist Vernetzung als Implementierungs- und Lernprozess (WEBER 2005, i.V.) anzulegen. Es empfiehlt sich die Klärung erfolgskritischer Fragen und eine methodisch angelegte Vorgehensweise. Aus dem Feld der Netzwerkentwicklung (WEBER 2002a) liegen Erfahrungen vor, die für das Seniorennetzwerk Rhön fruchtbar gemacht werden können. Ohne einen „one best way“ empfiehlt sich daher ein gestaltungsorientierter Ansatz. Er entwirft institutionelle Vernetzung – auf der Basis der sozialwissenschaftlichen Netzwerktheorie und der managementnahen Netzwerkforschung – modellhaft als Lernprozess. Ein wichtiger Schritt am Anfang besteht in der Klärung der Ziele und Intentionen.

1. Die erste Kernfrage: Was wollen wir? Welches Netzwerk brauchen wir?

Vernetzung wird zwar überall gefordert, doch oft bleibt unklar, was genau damit gemeint ist und welche Netzwerke man damit im Blick hat. Dies können informelle Netzwerke zwischen Einzelpersonen sein, ebenso wie Organisationen, die künftig als Netzwerk funktionieren sollen. Es können sowohl Netzwerke zwischen Organisationen als auch regionale Netzwerke oder Joint Ventures sein. Gemeinsam ist der Vielfalt der Netzwerkformationen, dass sie Komplexität gestalten wollen. Erfahrungswerte zeigen jedoch, dass der Vernetzungserfolg sich nicht „automatisch“ einstellt. Komplexität bedeutet eben auch, dass es viele potenzielle Fehlerquellen, Fallen und Risiken gibt und der Vernetzungserfolg damit hochgradig pfadabhängig ist. Es lassen sich alternative Hauptstrategien im Feld regionaler Vernetzung unterscheiden, die zur Klärung der intendierten Strategie beitragen können.

1.1 Modell 1: Die Selbsthilfeinitiative als personale Vernetzung von und für alte Menschen

In diesem Modell sind die NetzwerkpartnerInnen Einzelpersonen mit unterschiedlicher Lebenssituation und professionellem Hintergrund. HAGEDORN/MEYER (2001, S. 235) sehen die folgenden wesentlichen Merkmale als gegeben an:

Susanne Maria Weber, Vom personalen zum institutionellen Netzwerk: Strategiebildung und erfolgskritische Faktoren für SeniorInnen-Netzwerke

- „horizontale, heterarchische Struktur (keine Zentren, sondern Knotenpunkte),
- Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Akteure (auch partielle Teilnahme),
- hohes Maß an Selbstverantwortung und Engagement,
- Verteilung von Kompetenzen und Ressourcen,
- Partizipation, Einbeziehung unterschiedlicher Partner,
- Transparenz und hohe (informelle) Informationsdurchlässigkeit,
- Flexibilität, Veränderbarkeit,
- Zweckbestimmung durch gemeinsame Übereinkünfte und Konsensbildung,
- dezentrale Risikostreuung.“

Ein personales Netzwerk kann ganz unterschiedliche Ziele verfolgen: Dies kann das Ziel sein, sich mit einzelnen SeniorInnen aus der Region zusammenzuschließen, um sich wechselseitig zu informieren, auszutauschen, zu entwickeln, zu reflektieren etc.

Je nach Funktion und Zielsetzung legen Netzwerke unterschiedliche Kriterien an die organisatorische Gestaltung an. So lassen sich sehr unterschiedliche Kernanliegen unterscheiden:

- Unterstützungsnetzwerk,
- Austauschnetzwerk,
- Interessen-/Pressure-Netzwerke,
- Ereignisnetzwerk,
- Prozessorientiertes Netzwerk,
- Ergebnisorientiertes Netzwerk,
- Problemlösungsnetzwerk,
- Ressourcennetzwerk,
- Informationsnetzwerk und
- Innovationsnetzwerk.

Ein personales Netzwerk kann sich z.B. als mehr oder weniger richtungsoffen oder mehr oder weniger zweckorientiert verstehen. Richtungsoffene Netzwerke dienen primär der Kommunikation und Unterstützung. Im Austausch entstehen sowohl neue Ideen für die Alltagsgestaltung als auch Anstöße zur eigenen Lebensführung. Solche Möglichkeiten des Austauschs im Sinne einer Selbsthilfeeinitiative kann von den SeniorInnen selbst als sehr wertvoll für die persönliche Entwicklung wahrgenommen werden und wesentliche Unterstützungsimpulse bieten.

Zweckorientierte Netzwerke verfolgen dagegen klar definierte Aufgaben und haben Projektgruppencharakter. Sie streben in der Regel eine Kooperation und Verzahnung mit Organisationen an, um ihr Anliegen nachhaltig und strukturell in der Region zu verankern.

1.2 Modell 2: Die Kooperation von SeniorInnen, Professionellen und Organisationen

In dem Maße, wie die Zielsetzung nicht primär an wechselseitiger personaler Unterstützung und Austausch orientiert ist, sondern eine Interessengruppe zur Problemlösung darstellt, wird ein stärker-

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

rer Organisationsgrad erforderlich sein. Auch hier können Motive und Intensitätstufen stark variieren. Dies zeigte JÜTTE (2002) in seiner qualitativen Studie zur Kooperation von Weiterbildungseinrichtungen. Er unterscheidet mögliche Kooperationsanliegen von Professionellen und Organisationen (WEBER/JÜTTE i.V.) im Tableau der Kooperationsfelder:

- Gegenseitige Information,
- Gemeinsame Werbung und Ankündigung von Veranstaltungen,
- Vermittlung von Teilnehmern,
- Erfahrungsaustausch,
- Erschließung neuer Aufgabenfelder,
- Vermittlung von Dozenten,
- Durchführung gemeinsamer Projekte, Veranstaltungen, Bildungsangebote,
- Austausch von Mitarbeiter/inne/n und Kursleiter/inne/n,
- Finanzierung bzw. Ko-Finanzierung einer Veranstaltung (Übernahme von Honorarkosten),
- Mitarbeit in Arbeitskreisen,
- Durchführung gemeinsamer Tagungen,
- Gemeinsame Interessenvertretung gegenüber Dritten,
- Programmabsprachen,
- Nutzung von Gebäuden und Geräten,
- Fortbildung von Mitarbeiter/inne/n und Kursleiter/inne/n,
- Bedarfsanalysen und
- Moderation.

Eine Strategie der Einbindung von professionellen und/oder institutionellen PartnerInnen kann die Erfolgswahrscheinlichkeit deutlich verbreitern, da so auch andere, außerhalb der Betroffenenengruppe liegende Ressourcen aktiviert werden können.

1.3 Modell 3: „Konzertierte Aktion“ als strategische regionale institutionelle Vernetzung

Als dritte Strategievorgabe soll die „Konzertierte Aktion“ vorgestellt werden, die das Selbstverständnis und den Aktionsradius des Netzwerks erheblich erweitert: Nun kommen neue PartnerInnen in den Blick, manche davon mehr oder weniger vertraut: Kommunen, PolitikentscheiderInnen, Vereine und Verbände, Versicherungsträger, etc. erweitern den Horizont hin zu organisations- und feldübergreifenden Strategien.

Ein wesentlicher – und auch facettenreicher – Querschnittsbegriff für ein solches Netzwerkverständnis ist der Begriff der Governance (BENZ 2004, FÜRST 2004). Er taucht im Schnittpunkt von Politikwissenschaft, Soziologie (WEYER 2000) und Verwaltungswissenschaft bis hin zu den internationalen Beziehungen auf und meint eine neue Form des Regierens im Sinne der Kontextsteuerung und des aktivierenden Staates. Netzwerkartige Steuerungsmechanismen sollen klassische Konzepte des Regierens von ‚oben nach unten‘ ablösen und stehen für ein Staatsmodell, in dem der Staat nicht mehr „befürsorgt“, sondern in den komplexen Problemlagen durch netzwerkförmige Koordinations- und Steuerungsformen angemessener Rechnung getragen werden kann als dies bürokratische Steuerungsmuster zu leisten vermögen.

Susanne Maria Weber, Vom personalen zum institutionellen Netzwerk: Strategiebildung und erfolgskritische Faktoren für SeniorInnen-Netzwerke

Vernetzung wird dann als neue Form der Handlungskoordination, als „planvolles Konstrukt strategisch handelnder Akteure“ und „selbstorganisierte Handlungskoordination ohne Zentrum“ (WEYER 2000, S. 19) verstanden. Sie nehmen den Charakter eines Steuerungsmediums in einer funktional differenzierten Gesellschaft und als Instanzen intersystemischer Kommunikation wahr, die Teilrationalitäten im Interesse des gemeinsamen Ganzen integrieren sollen. Dieses Handlungsmuster gilt als zukunftsweisende Form gesellschaftlicher Selbstregulierung und als Muster der Abwicklung grenzüberschreitender Prozesse (ebd., S. 26 ff.). Institutionelle netzförmige Arrangements und projektförmige Arbeitsstrukturen überschreiten Organisationsgrenzen – und bringen damit auch strukturelle Konfliktlagen mit sich. ADERHOLD (2002, S. 32 f.) markiert folgende Charakteristika:

- Wettbewerb und Kooperation treten gleichzeitig auf.
- Es sind immer mehrere und unterschiedliche Akteure vorhanden.
- Es existieren sowohl hierarchische als auch ökonomische Ordnungselemente, Über- und Unterordnungsverhältnisse, Arbeitsteilung, Steuerung über Qualitätskriterien und Preise.
- Beziehungen liegen auf mehreren Ebenen und sind komplex angelegt.
- Beziehungen in Netzwerken sind auf Wechselseitigkeit angelegt.
- Die beteiligten Akteure stehen in gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit, das kann bedeuten, dass beim Ausscheiden eines Netzwerkpartners das gesamte Netzwerk gefährdet ist.

Damit fokussiert eine institutionelle Vernetzungsperspektive andere Aspekte als eine subjektbezogene Netzwerkforschung. In der managementnahen Netzwerkforschung wird der Aspekt der Koordination von Handlungsabläufen und Abstimmungsprozessen betont. Hier kommen Fragen der organisatorischen Ausgestaltung erheblich stärker in den Blick als in den beiden anderen, „niedrigschwelligeren“ Formen der Vernetzung.

Kriterien organisatorischer Gestaltung von Netzwerken (JÜTTE 2002b, S. 127):

Dimension	Organisationsgrade (Ausprägung)
Themenspezifität	Gering – hoch
Moderation	gleichbleibend – wechselnd
Freiwilligkeit	gering – hoch
Hierarchie	hierarchisch – eher kollegial
Dauer	ständig – zeitweise, befristete,
Turnus der Treffen	diskontinuierlich – kontinuierlich
Größe (Mitgliederzahl)	klein – groß
Arbeitsteilung	gering – stark
Exklusivität (Ein- und Ausschlussregeln)	niedrigschwelliger Zugang – begrenzte Mitgliederzahl
Formalisierung (Einladung, Protokoll, Satzung)	hoch – gering
Heterogenität	homogen – heterogen (versammelte Akteure)
Reichweite (räumliche)	lokal – international

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

Das SeniorInnennetzwerk Rhön erarbeitet derzeit ein Internetforum, macht sich mit Vorträgen und Veranstaltungen bekannt, um MitstreiterInnen auf dem Weg in ein lebenswertes Altern zu finden. Die regionale Vernetzung von SeniorInnen soll dabei helfen, eine Region auch sozial nachhaltig werden zu lassen und die im Laufe der Lebenszeit erworbenen Ressourcen zu nutzen.

Auch die Zusammenarbeit mit ähnlichen regionalen Initiativen wie der „Silberdistel – gemeinsam kreativ altern“ in Fulda wird bereits initiiert. Im Raume steht die Frage, wie die Zusammenarbeit mit Kommunen, Landkreis, regionalen Vereinen und Sozialverbänden gelingen kann, um nachhaltiges Altern in der Region für SeniorInnen zu unterstützen. Wie können innovative Projekte wie altersgerechtes und generationenübergreifendes Wohnen, kostengünstiges barrierefreies Bauen, Dorfläden, Einkaufsgemeinschaften, Carsharing etc. zur lebbareren Alterspraxis und Alternative zum Altersheim werden? Welchen Beitrag kann und muss dabei die öffentliche Hand und alle regionalen institutionellen Akteure leisten? Wird aus dem SeniorInnennetzwerk eine strategische Allianz?

Gerade weil Netzwerke eher dynamische als statische Beziehungs- und Kooperationsarrangements darstellen, ist es sinnvoll, Vernetzung als Lernprozess zu entwerfen. Angesichts von Kontingenz und Selbstorganisation wäre die Vorstellung von Automatismen, Stufen- oder Entwicklungsmodellen naiv. Im Gegenteil: Veränderungen sind oft sprunghaft und erzeugen neue Unübersichtlichkeiten. Im Bewusstsein, dass der Planbarkeit Grenzen gesetzt sind, lassen sich netzwerktheoretisch fundierte Spannungsverhältnisse und erfolgskritische Vorgehensweisen identifizieren. Gerade auch Großgruppenverfahren stellen hier Ressourcen und gezielte, unterstützende und Zukunft gestaltende Interventionen im Vernetzungsprozess dar (WEBER 2002b).

Im SeniorInnennetzwerk ist die Entwicklung von Beziehungs- und Unterstützungsstrukturen geplant. Methodisch denkt man hier auch an die Einrichtung kreativer Zukunftswerkstätten. Damit ist die zweite wichtige Frage angesprochen, die hier aufgeworfen werden soll, nämlich die nach den zu regulierenden Inhalten und der methodischen Anlage von Vernetzungsprozessen. Die Frage nach dem „Wie“ leitet sich in Teilen von der Zielsetzung ab, es empfiehlt sich allerdings generell, nach dem Leitsatz der humanistischen Organisationsentwicklung zu handeln, nämlich „Betroffene zu Beteiligten“ zu machen und ein partizipatives Vorgehen zu wählen.

2. Die zweite Kernfrage: Was muss reguliert werden?

WEBER (2005) hat eine integrierte Perspektive vorgelegt, die Netzwerk-Organisation, Koordination, strukturelle Spannungen im Netzwerkkontext und die Gestaltung der Lerndimension aufgreift. Institutionelle Vernetzung wird hier nicht nur als *sozialer Prozess* von NetzwerkpartnerInnen verstanden, sondern auch die *Funktionen* der Netzwerksteuerung werden in das Modell einbezogen. Sydow und Windeler unterscheiden ursprünglich vier Funktionen der Netzwerksteuerung. Dies sind Selektion, Allokation, Regulation und Evaluation (SYDOW 1999), die auch als Ablauf in dieser Reihenfolge vorgesehen werden.

- Bei „Selektion“ geht es um die Frage nach dem „Wer“ – Wer soll dabei sein? Dies ist eine Frage, die sich zu einem frühen Zeitpunkt im Vernetzungsprozess stellt.
- Nach der Selektion von Netzwerkpartnern geht es um die „Allokation“ also Zuordnung von Aufgaben und Ressourcen, der Verteilung von Verantwortung auf die Partner.
- Die „Regulation“ der Zusammenarbeit im Netzwerk sieht die Entwicklung und Durchsetzung von Regeln zwischen den Organisationen vor.

Susanne Maria Weber, Vom personalen zum institutionellen Netzwerk: Strategiebildung und erfolgskritische Faktoren für SeniorInnen-Netzwerke

- Die „Evaluation“ der Netzwerkorganisationen erstreckt sich auf das gesamte Netzwerk oder auf ausgewählte Regeln der Zusammenarbeit (SYDOW 1999, S. 295 f.).
- Windeler ergänzte diese vier funktionalen Aspekte um die beiden der „Systemintegration“ und des
- „Grenzmanagements“ (WINDELER 2001). Diese insgesamt sechs Aspekte der Netzwerksteuerung werden als „funktionale Dimension“ analysierbar und gestaltbar.

Sie werden von Sydow zwar prozessförmig verstanden, bleiben aber durchgängig gestaltungsbedürftig: Die Regulierung der Netzwerkfunktionen Selektion, Allokation, Regulation und Evaluation, ebenso wie Grenzmanagement und Systemintegration bleibt dauerhaft erforderlich und ist in zirkulären Rückkopplungsschleifen zu bearbeiten.

Netzwerkregulation ist strukturell spannungsreich und unterscheidet sich damit systematisch von Teamarbeit. Sydow hat auf acht *Spannungsverhältnisse* hingewiesen, die in Vernetzungsprozessen regulierungsbedürftig sind bzw. an denen auch Netzwerkkooperationen scheitern (SYDOW 1999) können.

Die Spannungsverhältnisse sind im Folgenden aufgeführt:

- Vielfalt – Einheit: Wie kann eine Balance geschaffen werden zwischen der Vielfalt der beteiligten Akteure und ihrer Integration zur Einheit?
- Flexibilität – Spezifität: Wie flexibel ist das Netzwerk hinsichtlich seiner Zielsetzungen und Selbstverständnisse, wie spezifisch ausgerichtet?
- Autonomie – Abhängigkeit: Wie viel Autonomie ist möglich und worin besteht sie, wie viel Abhängigkeit ist gegeben und worin besteht sie?
- Vertrauen – Kontrolle: Wie viel Vertrauen und welches Vertrauen ist gegeben, was wird wie über welche Kontrollmechanismen reguliert?
- Kooperation – Wettbewerb: Welche Rolle spielen Kooperation und Wettbewerb? Wie wird das Verhältnis zwischen Kooperation und Wettbewerb angelegt?
- Stabilität – Fragilität: Welche Rolle spielen Stabilität und Fragilität? Wie werden sie erzeugt? Auf welche Weise und mit welchen Regulationsmechanismen?
- Formalität – Informalität: Wie wird das Verhältnis von Formalität und Informalität reguliert, welches Verhältnis gehen sie miteinander ein?
- Ökonomie – Herrschaft: In welchem Verhältnis stehen funktionale und herrschaftliche Arrangements – auf welche Weisen werden herrschaftliche Muster hergestellt?

Auch der Politologe Dirk Messner hat Strukturdilemmata der Vernetzung identifiziert, die in Vernetzungsprozessen gestaltet werden müssen (MESSNER 1995, 1994). In einem gestaltungsorientierten Ansatz kann davon ausgegangen werden, dass die Spannungsverhältnisse zu jedem Zeitpunkt gegeben sind und reguliert werden müssen. Im Sinne eines bewussten und reflexiven Gestaltungsansatzes wird jedoch ein Prozess der geplanten Bearbeitung vorgeschlagen. Die Spannungsverhältnisse werden als gegeben und daher nicht „lösbar“ angenommen. Allerdings wird davon ausgegangen, dass sie produktiv und reflexiv bearbeitet und balanciert werden können.

Die *methodische Seite* der Netzwerkregulation kann durch partizipative Verfahren wie Großgruppenverfahren (WEBER 2000) unterstützt werden. Das Netzwerk als soziales Handeln von prinzipiell lern-

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

fähigen Akteuren muss von den Deutungsmustern und Vorstellungswelten der Akteure ausgehen. In diesem Sinne lassen sich Großgruppenverfahren auch als Verfahren der „Ermöglichungsdidaktik“ (ARNOLD/SCHÜSSLER 1998) fassen, die mittels Selbstorganisation, Gemeinschaftskonstitution und kollektiver dialogischer Problemlösung Lern- und Übergangsräume für das Netzwerk bereitstellen. Die bekanntesten Verfahren sind die Verfahren „Open Space Technology“ (OST), „Appreciative Inquiry Summit“ (AI), die „Zukunftskonferenz“ (Future Search Conference) und „Real Time Strategic Change“ (RTSC). In ihrer Unterschiedlichkeit zielen alle diese Verfahren auf Ressourcen- und Lösungsorientierung, auf die partizipative Gestaltung offener Zukünfte und auf die dialogische Generierung neuer Lösungen ab (WEBER 2000).

3. Die dritte Kernfrage: Wie kann Vernetzung als Lernprozess angelegt werden?

Vernetzung funktioniert in der Tat nur dann, wenn alle Beteiligten darin einen Nutzen und eine Chance erkennen. Daher ist es wichtig, die Frage danach zu stellen, was durch Vernetzung anders werden kann und soll. Wenn nur danach gefragt wird, „wer etwas davon hat“, bleibt man jedoch leicht auf der Ebene der individuellen und partikularen Interessen stehen. Diese sind zwar immer gegeben und auch zu erwarten und legitim, gesucht wird aber eine neue Qualität, die nur durch Vernetzung entstehen kann. Diese „systemische Qualität“ eines „ideellen Milieus“ ist eben mehr als die Summe der Einzelteile, so wie eine in ihre Einzelteile zerlegte Uhr nicht das gleiche ist wie ein tickendes Uhrwerk – auch wenn ein Netzwerk niemals „mechanisch“ ticken, sondern immer für Überraschungen sorgen wird. Dies bedeutet, dass institutionelle Netzwerke als lernende Netzwerke zu entwerfen sind. ADERHOLD (2002) benennt als konkrete Lernziele in Vernetzungsprozessen:

- kooperieren unter Wettbewerbsbedingungen,
- intensiver Wissens- ggf. Technikaustausch,
- Preisgabe erfolgskritischer Informationen zwischen den Partnern,
- Orientierung an der Reziprozitätsnorm,
- Vertrauen und Kontrolle,
- geeignete Organisationsstruktur des Netzes,
- Stabilität und Langfristigkeit der Beziehungen,
- Unbestimmtheit und Transformation.

Nur wenn der Sinn des Ganzen klar wird, kann das Unterfangen „tragen“. Dieser Sinn muss gemeinsam gefunden werden, er kann nicht verordnet werden. Um Vernetzungsprozesse in Gang zu bringen, bedarf es daher des Dialogs. Vernetzung ist etwas, das gemeinsam mit anderen entworfen und ständig am Leben gehalten werden muss. Schritte für eine erfolgsorientierte Vorgehensweise orientieren sich an den Prinzipien der Netzwerktransformation (WEBER 2005). Die wichtigsten Schritte im Vorgehen können hier nur knapp umrissen werden:

- PartnerInnen finden,
- eine gemeinsame Vision entwickeln,
- mit Projektmanagement arbeiten, d.h. Ziele, Aufgaben, Rollen, Ressourcen, Meilensteine definieren,

Susanne Maria Weber, Vom personalen zum institutionellen Netzwerk: Strategiebildung und erfolgskritische Faktoren für SeniorInnen-Netzwerke

- eine Wertschätzung der erreichten Ergebnisse im Prozess anstreben (Zeitpunkte vereinbaren, zu denen das Erreichte gewürdigt und das weiterhin Wünschenswerte wieder auf die Agenda gesetzt wird) und
- wechselseitige Ermutigung und langen Atem aufbringen, um auch Durststrecken und Konflikte zu bewältigen.

An dieser Skizze methodischen Vorgehens in Vernetzungsprozessen – und den hier gegebenen Spannungsverhältnissen und dem Regulierungsbedarf wird deutlich, dass es sich hierbei immer um eine Expedition ins Unbekannte und Neue handelt – ganz ähnlich dem Anliegen des SeniorInnennetzwerks Rhön, im Alter selbstbestimmt und gemeinsam zu leben.

Literatur

ADERHOLD, Jens, 2002: Zur Genese von Netzwerkunternehmen – Bildungsmodalitäten, Strukturierungsweisen und Prozessdynamik. In: FREITAG, Matthias / Ingo WINKLER (Hg.): Kooperationsentwicklung in zwischenbetrieblichen Netzwerken. Strukturierung, Koordination und Kompetenzen, Würzburg/Boston, S. 5-30

ARNOLD, Rolf / Ingeborg SCHÜBLER, 1998: Wandel der Lernkulturen, Darmstadt

BENZ, Arthur (Hg.), 2004: Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden

FÜRST, Dietrich, 2004: Regional Governance. In: BENZ, Arthur (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden

HAGEDORN, Friedrich / Heinz H. MEYER, 2001: Netzwerke. In: ARNOLD, R. / S. NOLDA / E. NUISSL: Wörterbuch Erwachsenenpädagogik, Bad Heilbrunn, S. 234-235

JÜTTE, Wolfgang, 2002: Soziales Netzwerk Weiterbildung. Analyse lokaler Institutionenlandschaften, Bielefeld

MESSNER, Dirk, 1994: Fallstricke und Grenzen der Netzwerksteuerung. In: PROKLA 97. Netzwerke zwischen Staat und Markt, S. 563-596

MESSNER, Dirk, 1995: Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung, Köln

SYDOW, Jörg, 1999: Management von Netzwerkorganisationen. – Zum Stand der Forschung. In: SYDOW, Jörg (Hg.): Management von Netzwerkorganisationen, Wiesbaden, S. 279-305

WEBER, Susanne, 2000: Power to the people!? Selbstorganisation, Systemlernen und Strategiebildung mit großen Gruppen. In: Sozialwissenschaftliche Literaturreisenschau 2/2000, S. 63-89

WEBER, Susanne Maria (Hg.), 2002a: Vernetzungsprozesse gestalten. Erfahrungen aus der Beraterpraxis mit Großgruppen und Organisationen, Wiesbaden

WEBER, Susanne Maria, 2002b: Vernetzung als Prozess gestalten mit Großgruppenverfahren. Zeitschrift Organisationsentwicklung, Heft 1 2002, S.60-73

Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen

WEBER, Susanne Maria, 2005: Rituale der Transformation. Großgruppenverfahren als pädagogisches Wissen am Markt. Habilitationsschrift, Wiesbaden

WEBER, Susanne Maria (i.V.) (Hg.): Institutionelle Netzwerke wachsen zusammen. Methoden und Instrumente für den Vernetzungsprozess, Gütersloh

WEBER, Susanne Maria / Wolfgang JÜTTE (i.V.): Erfolgreich sich und andere vernetzen. Kooperations- und Netzwerkmanagement in der Weiterbildung, Studentexte des deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE), Gütersloh

WEYER, J., 2000: Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung, München u.a..

WINDELER, Arnold, 2001: Unternehmungsnetzwerke. Konstitution und Strukturation, Wiesbaden

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

Regionale Identität – Fragen und Thesen zum Begriff, zur Abgrenzung vom Begriff Heimatgefühl und zur Bedeutung für die regionsspezifische Bildung

Dieter Wittmann

Vorbemerkung

Der Verein Natur und Lebensraum Rhön e. V. (VNLR) führt für sein Fachforum „Lebensgrundlagen, Lebensqualität, Identität“ neben a) Tourismuskonzept, b) „Wanderwelt Nr.1“, c) Ausbildung von Gästeführern, und d) Nachhaltiger Tourismus unter d) das Rhöner Brauchtum als Aufgabenfeld an (www.biosphaerenreservat-rhoen.de/wir/foren.html). Sichtbar wird hier besonders die Verbindung von Identität und heimatverbundenem Brauchtum. Die Regionale Arbeitsgemeinschaft der fünf Landkreise der Rhön (ARGE Rhön) präsentiert die „Dachmarke Rhön“ als erstes mit dem Ziel, die „gemeinsame Rhöner Identität zu fördern“ (www.rhoen.de/dachmarke/index.html). SCHLIEPHAKE/ORF und KÜHNE/BEHNEN betrachten in diesem Band Heimatbindung bzw. regionale Identität in der Rhön aus empirischer Sicht, während sich RAMMING hier diesen beiden Seiten eines Themas eher von der kulturwissenschaftlichen Seite und in Verbindung mit dem „Koffer-Projekt“ des Freilandmuseums Fladungen/Rhön nähert.

Während Identität aktuell in vielen Untersuchungen auf kulturelle und nationale Identität bezogen wird, existieren außer den genannten solche, die sich mit dem Regionalbezug befassen, wie z.B. „Region und Nation – Zu den Ursachen und Wirkungen regionaler und überregionaler Identifikation“ (MÜHLER/OPP 2004). Etwas älter sind die Betrachtungen von SCHILLING/PLOCH (1995), die den Heimatbegriff in „Region – Heimaten der individualisierten Gesellschaft“ für die Individuen pluralisieren.

Die Ausführungen von KÜHNE (2006), aber auch die erwähnten von SCHLIEPHAKE/ORF und RAMMING zeigen, dass es schwer fällt, regionale Identität und Heimatgefühl explizit zu definieren und ggf. zu unterscheiden. Deshalb im Folgenden einige Fragen und Thesen, die vielleicht weiterhelfen.

Fragen und Thesen

Bei der Durchsicht der einschlägigen Literatur fällt auf, dass der begriffliche Verwendungs- (resp. Untersuchungs-)kontext eine bedeutende Rolle für das jeweilige Verständnis von (regionaler) Identität und Heimatgefühl spielt. Kulturgeographen, Planer oder Regionalmanager haben jeweils unterschiedliche Anwendungskontexte. Somit stellt sich die Frage, ob das jeweilige Verständnis dieser Begriffe immer definiert sein sollte.

Die begriffliche Klärung verdeutlicht, dass z.B. im Zuge des Regionalmarketings die Identität der regionalen Bevölkerung „verkauft“, also zur Ware wird. Oder umgekehrt, dass durch „Inwertsetzung“ bestimmter, ggf. historischer Orte der örtlichen oder regionalen Bevölkerung Identität vermittelt, also – quasi als Nutzwert nach innen – „verkauft“ wird. Ähnlich ließe es sich auch für (land-

Dieter Wittmann, Regionale Identität – Fragen und Thesen zum Begriff, zur Abgrenzung vom Begriff Heimatgefühl und zur Bedeutung für die regionsspezifische Bildung

wirtschaftliche) Produkte, z.B. Rhönschafe, sehen. Wobei der Warencharakter unbedeutend wird, wenn er sich z.B. der kulturhistorischen Bedeutung des Produkts unterordnet, so wie das im Falle der Rhönschafe zumindest weitgehend sein dürfte.

Von zentraler Bedeutung ist hier die Auseinandersetzung mit der Frage: Welche einzigartigen Merkmale haben z.B. Rhöner oder Bürger eines bestimmten Ortes gemeinsam – wer sind wir, was gehört zu uns? Mit Sicherheit gehört dazu der gemeinsame Bezug auf einen bestimmten Raum und die Verständigung über seine Grenzen. So lassen sich natur- und kulturräumliche sowie verwaltungsräumliche Grenzen als gemeinsam mehr oder weniger bewusste erkennen. Ganz überwiegend bestimmt der nähere Raum um den Wohnort das Zugehörigkeitsgefühl ebenso mit wie Natur und Landschaft (SCHLIEPHAKE/ORF). SCHILLING (1995, S. 71 ff.) verweist hier allerdings auf die Differenzen der Identitäten von Alteingesessenen und Neubürgern sowie auf die Nivellierung dörflicher Spezifik durch vereinheitlichende allgemeine gesellschaftliche Prägungen, die es in Untersuchungen auch zu beachten gilt¹.

Wie weit die stark identitätsbildende Kraft des Raumes reicht, hängt sicherlich vom Horizont des Einzelnen ab. Grundsätzlich dürfte aber der Wohnort und eine Umgebung bis ca. 20 km als persönlichkeitsprägend und als Heimat begriffen werden (SCHILLING/PLOCH 1995). Verstärkungsfaktor ist dabei die Dauer der am Ort verbrachten Lebenszeit, insbesondere das Aufwachsen am Ort (vgl. KÜHNE 2006, S.49 ff.). Unterschieden werden muss allerdings zwischen Wohn- und Lebensraum, gerade in stark von Berufspendlern geprägten Räumen wie den Mittelgebirgen. Darüber hinaus ist „die Firma“ grundsätzlich ebenso ein identitätsstiftender Ort wie die Gemeinde, nur dass es sich dabei um ein anderes gemeinschaftliches Subjekt handelt.

Begreift man Identität als Teil der menschlichen Psyche, ist auch der Prozesscharakter seiner Entstehung und Entwicklung unbedingt zu berücksichtigen. Gerade für die curriculare Arbeit von Bildungs- und Kultureinrichtungen, aber auch für eine partizipative Regionalentwicklung ist dies unabdingbar. Die Berücksichtigung des Gewordenseins und ein Bewusstsein davon reichen dennoch sowohl für die Beachtung der individuellen als auch die Beachtung der Entwicklung von sozialen Gemeinschaften nicht aus. Die Berücksichtigung bestehender handlungsleitender zukunftsgerichteter personaler und kollektiver Orientierungen muss gerade bei Kindern und Jugendlichen hinzukommen. Ihre persönlichen bzw. gemeinschaftlichen – relativ stabilen – Haltungen und Einstellungen sind es, die im pädagogischen Prozess zwingend zu beachten sind.

Der Bezug der erwähnten Einrichtungen auf den sicherlich veränderbaren Zustand eines (Heimat-)Gefühls reicht dafür nicht aus. Auch wenn Heimat als etwas sich Entwickelndes begriffen wird, ist der Bezug auf das Gefühl i.V.m. Heimat – ganz gleich, ob durch das erkennende und lernende Individuum selbst oder durch motivierende und informierende gesellschaftliche Einrichtungen wie Schule oder Museum – ein zunächst erfahrungsbezogener und somit rückwärtsgerichteter Bezug. Gelingt es aber, dort anzuknüpfen, kann Wissen erweitert, können ggf. Einstellungen und Identität verändert werden.

¹ Vgl. hier die Problematik bei der Untersuchung von SCHLIEPHAKE/ORF, bei der klischeehafte Antworten z.T. ein Problem dargestellt haben dürften.

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

Psychologische und soziale Betrachtungen verstärken

Die letzten Ausführungen zeigen vor dem Hintergrund der dominierenden kulturgeographischen, planerischen und ökonomischen Untersuchungen, dass der Blick auf (regionale) Identität und Heimatgefühl um Betrachtungen erweitert werden muss, die sich auf die Entstehung und Entwicklung damit verbundener psychischer sozial interaktiver Entwicklungsprozesse richtet. Dies gilt für Individuen ebenso wie für örtliche Gruppen sowie darüber hinausgehende Gemeinschaften. Die Identität des einzelnen ist dabei immer verwiesen auf ein gewisses Maß der Bestätigung durch die sozialen Gruppen in denen es sich bewegt, wobei auch negative Rollenzuschreibungen, z.B. als Außenseiter, die eigene Identität bestätigen können.

Gerade für das Hineinwachsen in die sozialen Gemeinschaften Familie, Freundeskreis, Gemeinde und ggf. Region mithin für die Institution Schule und die außerschulische Bildung als auch für kulturelle Einrichtungen sind die klassischen Arbeiten von Erik ERIKSON (zusammengefasst unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Identi%C3%A4t>) beachtenswert, auch wenn die Reversibilität der Ich-Identität im Erwachsenenalter bei Erikson vernachlässigt wird. Das „Wissen um die eigene Unverwechselbarkeit und deren Bejahung“ auf den verschiedenen Stufen der Persönlichkeitsentwicklung und „krisenhaften“ Entwicklungsprozessen gilt es pädagogisch zu fördern und, bezogen auf den Herkunfts- und Lebensraum, inhaltlich mit Lernangeboten zu bereichern.

Die Untersuchung der Identität, wie sie Georg Herbert MEAD (ebd.) versteht, als reflektiver gesellschaftlicher Erfahrungs- und Tätigkeitsprozess, der relativ stabile Haltungen und einzigartige Merkmale in sozialer Interaktion erzeugt, könnte bei Betrachtungen spezifischer regionaler Ausprägungen durchaus relevant werden.

Im Einzelnen wäre inhaltlich genauer zu untersuchen, was eine Rhöner Identität ausmacht und was sie z.B. von einer Vogelsberger Identität unterscheidet. Die anerkannte Bedeutung von Wohnort, Natur und Landschaft etc. reichen dafür m.E. nicht aus. Vermutet werden können sicherlich verschiedene regionale Identitätsausprägungen, die durchaus widersprüchlich sein können, je nach Sozialisation, Beruf/Form der Existenzsicherung, Lebensstil/Weltanschauung etc.

Wie weit reicht die identitätsstiftende Wirkung des Ortes bzw. der örtlichen Gemeinschaft, wie weit welche Merkmale der Region? Wie trennend wirken historisch unterschiedliche Entwicklungen und alte historische Grenzen? Welche Naturraummerkmale wirken sich wie auf die Identitätsbildung aus? Muss z.B. die hessische Rhön, nicht etwa wegen der Landesgrenze, sondern wegen des Gebirgsrückens der Hohen Rhön von der bayerischen unterschieden werden? Oder ergibt sich bei genaueren Untersuchungen ein so diffuses Bild an Rhön-Identitäten, dass soliderweise davon nicht weiter gesprochen werden sollte? Was repräsentieren Naturraummerkmale oder bestimmte regionale Produkte – quasi symbolisch – für die jeweilige Identität?

Nicht die Frage ob, sondern welche Wirkung haben Fördermittel, Biosphärenreservatsverwaltung, Schafe und Tourismuspolitik auf das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein in der Rhön? Wie und in welcher Form hat sich die Veränderung der Lebensbedingungen seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in welchen Teilen der Rhön auf die Identität der Bevölkerung ausgewirkt? Was hatte im regionalen Bewusstsein Bestand, möglicherweise das Engagement für den Arten- und Naturschutz in der thüringischen Rhön?

Dieter Wittmann, Regionale Identität – Fragen und Thesen zum Begriff, zur Abgrenzung vom Begriff Heimatgefühl und zur Bedeutung für die regionsspezifische Bildung

Mit Umfragen alleine dürfte solches schwer zu erfassen sein, weil der Blick zurück immer durch die Brille des Jetzt geht. Das untersuchen zeitgeschichtlich entsprechend ausgewählter Texte unter Beachtung ihres Entstehungs- und Verwendungszusammenhangs sowie Photographien, Briefe und sonstige Haltungen ausdrückende kulturelle Zeitzeugnisse können für das Verständnis unterschiedlicher Identitätsmuster sicher helfen.

Literatur

KÜHNE, Tobias 2006: Gibt es eine Rhöner Identität? – Empirische Untersuchung zu Ursachen, Ausprägung und Intensität des Regionalbewusstseins in einem deutschen Mittelgebirge, Hannover (unveröffentl.)

MÜHLER, Kurt / Karl-Dieter OPP 2004: Region und Nation – Zu den Ursachen und Wirkungen regionaler und überregionaler Identifikation, Wiesbaden

SCHILLING, Heinz 1995: Auf der Such nach Region – Ergebnisse und Trends der quantitativen Befragung. In: Schilling, Heinz / Beatrice Ploch 1995: Region – Heimaten der individualisierten Gesellschaft, Frankfurt/M.

SCHILLING, Heinz / Beatrice PLOCH 1995: Region – Heimaten der individualisierten Gesellschaft, Frankfurt/M.

Internetquellen

<http://de.wikipedia.org/wiki/Identi%C3%A4t>, Stand 06.06.06

www.biosphaerenreservat-rhoen.de/wir/foren.html, Stand 08.06.06

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

Gibt es eine Rhöner Identität? Empirische Untersuchung des Regionalbewusstseins

Tobias Kühne / Tobias Behnen

Fragestellung

Die Anregung für die hier vorgestellte kultur- und sozialgeographische Untersuchung, deren konkreter Anlass eine Diplomarbeit war (KÜHNE 2006), ging vom Regionalen Forschungsworkshop „Forschung in der Rhön – für die Rhön“ (4.11.2004) aus (POKORNY 2005, S. 65 ff.). Eine vorgegebene Projektskizze aus der Liste der zu bearbeitenden Forschungsthemen (www.biosphaerenreservat-rhoen.de/forschung/themenliste.html#_Toc466446032) diente als Ausgangsmaterial, das insbesondere in Kooperation mit der Bayerischen Verwaltungsstelle Biosphärenreservat Rhön (Dr. Doris POKORNY) und der Forschungsstelle *Region und Nachhaltigkeit* an der Hochschule Fulda (Dr. Dieter WITTMANN) weiterentwickelt wurde.

Bei der Erforschung regionaler Identität bestehen grundsätzliche Probleme. Neben einer Vielzahl existierender Definitionen wirkt sich die Unklarheit von Begriffen negativ aus. Eine sinnvolle Definition liefert WOLF (1990, S. 109), der regionale Identität als den „auf die Region bezogene[n] subjektive[n] Wissens- und Erlebnisvorrat, der aus dem persönlichen Erleben bzw. Bewusstsein über die Region erwächst“ interpretiert und dabei die grundlegenden Elemente,

- den Bezugsraum Region,
- den subjektiven Aspekt regionaler Identität und
- die vollständige Interaktion des Individuums mit seiner Umwelt berücksichtigt.

Weitere zu untersuchende Kriterien sind der Faktor Zeit, die soziokulturelle Umwelt, Natur- und Kulturlandschaft, Zeichen- und Symbolsysteme des Raumes sowie zwischenmenschliche Beziehungen und soziale Integration.

Für die aktuelle Relevanz und die Herausbildung einer regionalen Identität kann eine Reihe von Ursachen angeführt werden, die größtenteils im Prozess der Globalisierung begründet liegen. Dessen negative Eigenschaften führen zu einer Neubewertung des Regionalen und in der Folge zu einer verstärkten Betonung lokaler Eigenheiten. Dieses Phänomen ist auf persönlicher wie auch auf gesellschaftlicher Ebene festzustellen. Daraus erwachsen jedoch gerade in Biosphärenreservaten auch Chancen für eine endogene Regionalentwicklung, deren Erforschung in den letzten Jahren deutlich intensiviert wurde (BEHNEN 2005, S. 45).

Schon vor Beginn der Untersuchung war offensichtlich, dass es eine Vielzahl möglicher naturräumlicher und anthropogener Faktoren zur Konstituierung einer Rhöner Identität gibt. Sie können einerseits homogene Aspekte der Rhön betonen, andererseits aber auch Eigenheiten der Teilgebiete der Rhön herausarbeiten. So führen etwa hinsichtlich des Naturraums besonders Geologie, Geomorphologie und Klima zu einer Abgrenzung des Gebietes von anderen Regionen. Eine innere Differenzie-

Tobias Kühne / Tobias Behnen, Gibt es eine Rhöner Identität? Empirische Untersuchung des Regionalbewusstseins

Die Untersuchung ergibt sich hingegen bei Betrachtung der derzeitigen sozioökonomischen Situation der Kulturlandschaft Rhön besonders auf Grund der Trennung durch die innerdeutsche Grenze bis 1989/90. In welchem Ausmaß die seitdem geförderte Zusammenführung der Teilgebiete eine gemeinsame Identität schuf, war eine der Leitfragen der Arbeit. Neben der Betrachtung, wie stark z.B. Brauchtum und Traditionen, wie etwa Feste und Feierlichkeiten sowie Organisationen wie der Rhönklub die Menschen zusammenführen, ging es besonders um die Frage, wie sehr das Biosphärenreservat als länderübergreifend verbindendes Element wirkt.

Empirie

Der wesentliche Teil der empirischen Untersuchung bestand aus einer Befragung von Bewohnern der Rhön, die im Rahmen einer Exkursion des Instituts für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Universität Hannover mit 19 Studierenden vom 2. bis 5. November 2005 durchgeführt wurde. Als konkrete Standorte der Befragung wurden Verbrauchermärkte in Bischofsheim (Bayern), Gersfeld (Hessen) sowie Kaltennordheim und Kaltensundheim (Thüringen) ausgewählt. Damit sollte einerseits der länderübergreifende Ansatz gesichert und andererseits die Gewinnung ausreichend untersuchungsrelevanter Daten durch eine große Anzahl potenzieller einheimischer Probanden sichergestellt werden. Der Fragebogen umfasste 28 Fragen und war an allen Standorten gleich. Neben der Erfassung sozio-demographischer Merkmale diente er der Bestimmung von Ursachen, Ausprägung und Intensität der regionalen Identität. Hinsichtlich des Befragungserfolgs hat es sich außerordentlich bewährt, dass eine Pressemitteilung unmittelbar vor der Feldphase in zahlreichen Medien der Region (Tageszeitungen, Anzeigenblätter, Rundfunk, Internet) veröffentlicht wurde.

Zehn Experteninterviews vervollständigten den empirischen Teil der Untersuchung. Das Sampling umfasste Spezialisten aus den Tätigkeitsbereichen *Biosphärenreservat*, *Regionalmanagement*, *Rhönklub*, *Dachmarke Rhön* sowie *Wissenschaft* und *Medien*. Der zu Grunde liegende Leitfaden stellte die Vergleichbarkeit der Ergebnisse untereinander und hinsichtlich der Einwohnerbefragung sicher.

Die Auswertung der empirischen Erhebungen führte zu folgenden wesentlichen Ergebnissen und Schlussfolgerungen:

Die Rhön stellt in der einen oder anderen Weise im Leben der überwiegenden Mehrheit (über 70%) der Menschen der Region den wichtigsten Bezugsraum dar (Abb. 1).

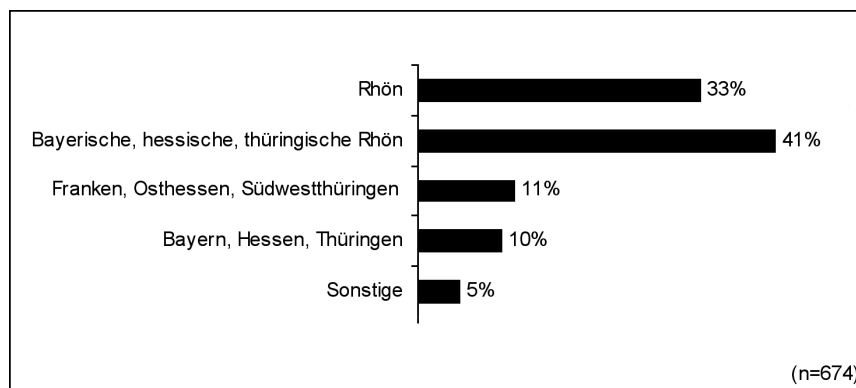


Abb. 1: In welcher Region leben Sie?

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

Die genauere Betrachtung der Antworten zur Frage *In welcher Region leben Sie?* zeigt jedoch, dass die Fragmentierung der Rhön in den bayerischen, hessischen und thüringischen Teil in den Köpfen vieler Menschen so verankert ist, dass sie eher diese Teilregionen angeben, als den Gesamttraum zu benennen. Bei ausschließlicher Betrachtung der bayerischen Ergebnisse offenbart sich zudem deutlich ein Wettbewerb mit dem Begriff *Franken*, auf den sich immerhin 24% der dortigen Probanden berufen. Mit nur 23% ist in Bayern der Bezug auf den Gesamttraum Rhön eher schwach ausgeprägt, während sich in Hessen mit 33% und besonders in Thüringen mit 37% entscheidend mehr Personen auf die gesamte Rhön berufen. Insgesamt kann also keine eindeutige Fokussierung der Bewohner auf die ganze Region festgestellt werden. In Verbindung mit den Teilgebieten existiert aber für den überwiegenden Teil der Befragten gleichwohl ein signifikanter Bezug zur Region und damit die Grundlage für ein steigerungsfähiges Zusammengehörigkeitsgefühl.

Es hat sich gezeigt, dass sozio-demographische Faktoren einen großen Einfluss auf das regionale Zugehörigkeitsgefühl haben. Die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen die Rhön oder ihre Teilgebiete als Bezugsregion ansehen, ist bei bestimmten Merkmalskombinationen signifikant höher. Familiärer Anschluss fördert ebenso wie Berufstätigkeit und ein Alter zwischen 40 und 60 Jahren die Bindung an die Region. Ledige und Kinderlose, Hausmänner und -frauen sowie Befragte über 60 Jahren fühlen sich tendenziell eher an andere regionale Einheiten gebunden. Neun von zehn Befragungsteilnehmern wohnen seit mindestens einer Dekade in der Rhön, womit insgesamt von einer relativ festen Bindung an die Bezugsregion ausgegangen werden kann.

Die Gründe für die Zugehörigkeit zur Region sind für die Befragten überwiegend sozialer Art (dort aufgewachsen, eigener Wohnort, Wohnort von Verwandten oder Bekannten) oder beziehen sich auf Landschaft und Natur (Abb. 2). Die Lage des Arbeitsplatzes hat jedoch nur einen geringen Stellenwert, was sich durch die ökonomische Schwäche der Region und die hohen Auspendlerquoten begründen lässt. Mit Blick auf die Rhön ist die von Kirche und Religion ausgehende Bindungswirkung erstaunlich gering.

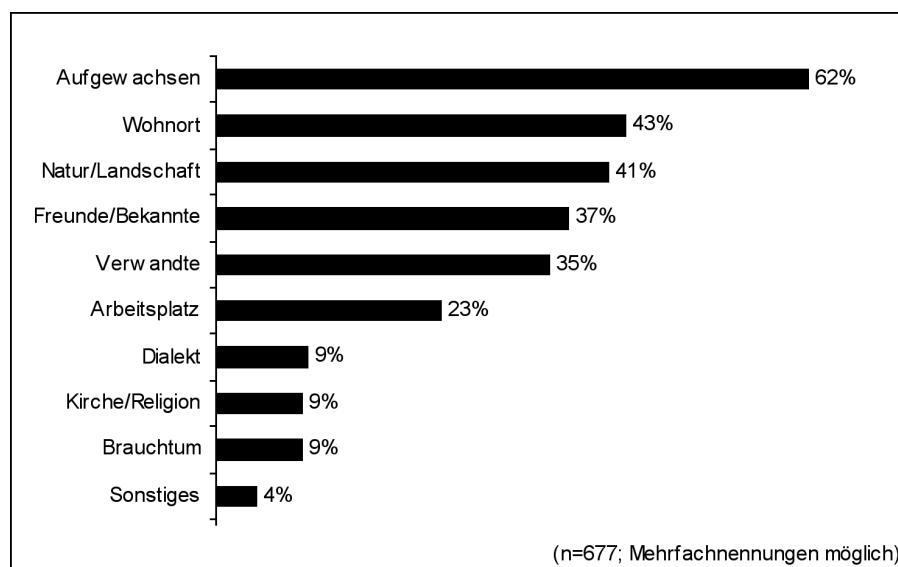


Abb. 2: Gründe für die Regionszugehörigkeit

Tobias Kühne / Tobias Behnen, Gibt es eine Rhöner Identität? Empirische Untersuchung des Regionalbewusstseins

Bei der Frage nach maximal drei Spontanassoziationen zur Rhön konzentrieren sich die Antworten eindeutig auf das Themenfeld *Landschaft und Natur* (Abb. 3). Dabei lassen häufig genannte Einzelbegriffe wie *Wasserkuppe* oder *Rhönschaf* auf wichtige Symbole zur Identifizierung der Menschen mit der Region schließen. Dahinter rangieren Antworten aus dem Bereich *Klima* sowie *Menschen/Mentalität*. Ergänzend kann angeführt werden, dass für die meisten Befragten physisch-geographische Faktoren auch für die äußere Abgrenzung der Rhön sinnvoll sind (insbesondere Flüsse und Geomorphologie). Weitere Kriterien sind die *Mentalität* der Bevölkerung und die *Sprache*. Die Grenzen des Gebietes anhand ökonomischer Indikatoren oder über die *Religion* festzulegen, erachten hingegen nur wenige als praktikabel.

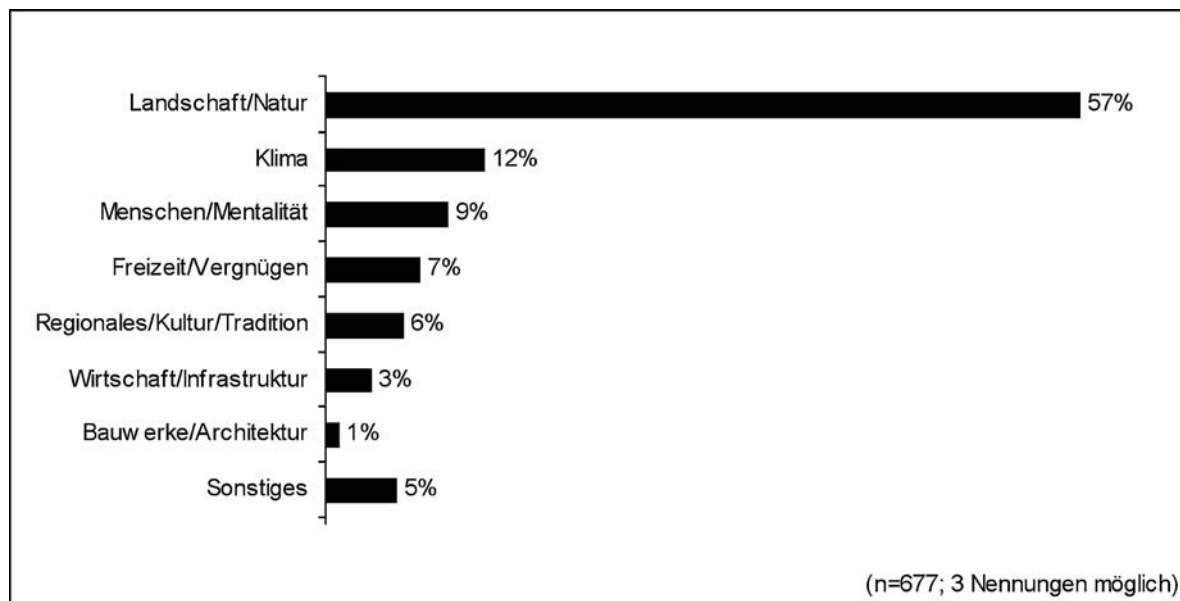


Abb. 3: Mit der Rhön verbundene Begriffe (nachträglich zusammengefasste Spontanassoziationen)

Die qualitative Bewertung der einzelnen Aspekte der Identifikation fällt weitgehend positiv aus. Während *Natur und Landschaft* sowie das *Biosphärenreservat* insgesamt sehr gut abschneiden und selbst von den 5% der Befragten, die lieber in anderen Regionen leben würden, zu großen Teilen positiv gesehen werden, erfährt die *Mentalität* der Menschen zwar noch eine positive, aber vergleichsweise weniger gute Beurteilung. Insbesondere bei den Befragten, die sich in der Rhön weniger wohl fühlen, wird eine neutrale Haltung oder sogar eine Abneigung deutlich. Ein differenziertes Bild zeigt sich bei der Beurteilung von regionaltypischen Aspekten. Während eine große Befürwortung von *Festen und Feierlichkeiten* in der Bevölkerung vorliegt, wirkt insbesondere das *Liedgut* polarisierend. Auch der *Dialekt* erfährt eine divergierende Bewertung. Im Durchschnitt wird er positiv bis sehr positiv gesehen, es gibt aber auch nicht wenige neutrale oder ablehnende Stimmen. *Regionale Lebensmittel* genießen hingegen fast durchgängig ein sehr hohes Ansehen, sowohl bei der großen Gruppe der Untersuchungsteilnehmer, die gern in der Rhön leben (94%), als auch bei denjenigen, die den Wunsch haben, die Region zu verlassen.

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

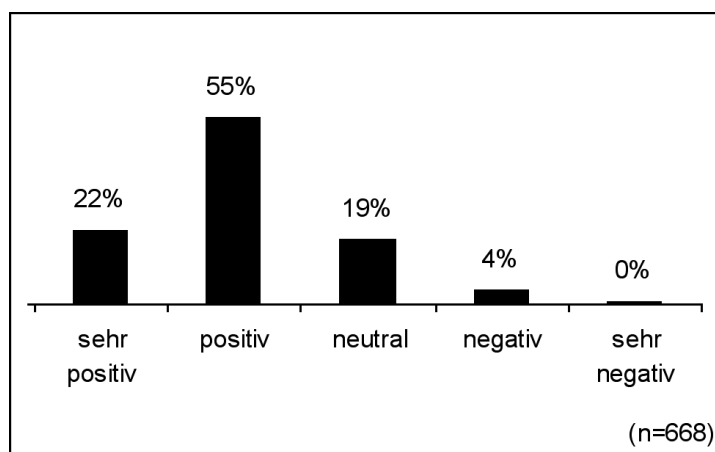


Abb. 4: Beurteilung der Lebensqualität in der Rhön

Da das gesamte Interaktionsspektrum eines Individuums mit seiner Umwelt seine regionale Identität prägt, ist die obige Diskussion von Einzelaspekten nur bedingt aussagekräftig. Erst die Beurteilung der *Lebensqualität* kann als durchschnittliches Maß des Wohlbefindens in der Rhön herangezogen werden (Abb. 4). Demnach sind drei Viertel der Untersuchungsteilnehmer mit der Region zufrieden und der Meinung, dass die Rhön ihren Bedürfnissen weitgehend gerecht wird. Zudem stellt ein deutlicher Prozentsatz eine Steigerung der Lebensqualität in den letzten Jahren fest. Selbst die Probanden, die lieber außerhalb der Region leben möchten, gestehen der Rhön häufig eine durchschnittliche, z.T. sogar eine positive Lebensqualität zu. Mit einer hohen gefühlten Lebensqualität steht auch die überwiegend sehr positive Grundeinstellung zur Region in Verbindung. Bei der Befragung wurde deutlich, dass viele Rhönbewohner ein Gefühl des Stolzes haben, wenn sie an die Rhön denken.

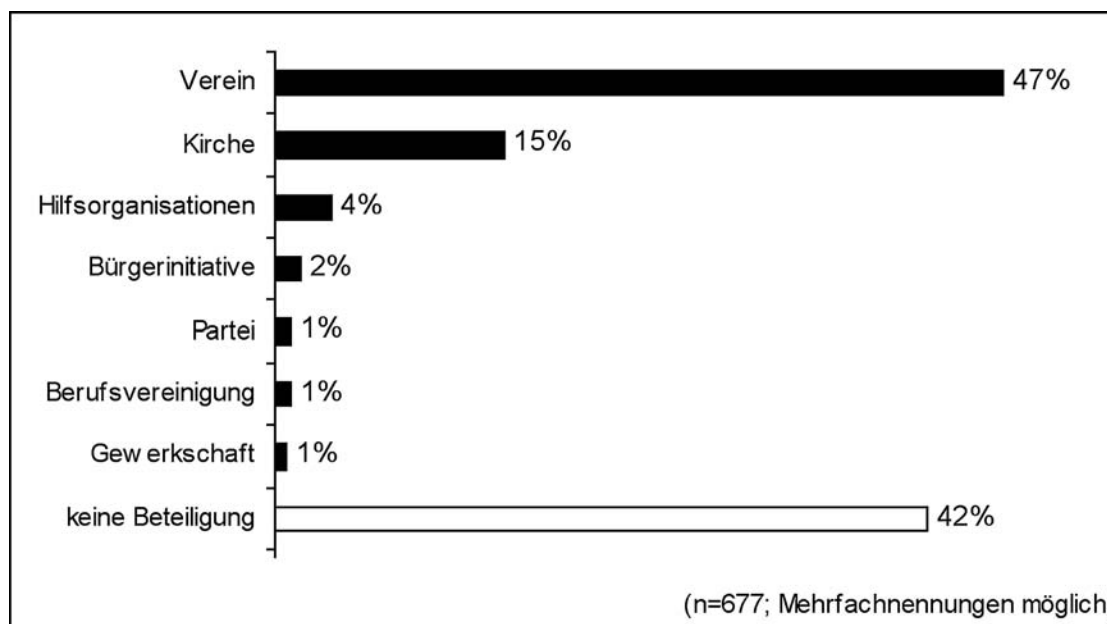


Abb. 5: Regelmäßige Beteiligung in organisierten Gruppen der Region

Tobias Kühne / Tobias Behnen, Gibt es eine Rhöner Identität? Empirische Untersuchung des Regionalbewusstseins

Sechs von zehn Rhönbewohnern sind in organisierten Gruppen der Region aktiv (Abb. 5). Insbesondere Vereine bieten eine Grundlage zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sehr stark ausgeprägt ist die Beteiligung in Gruppen bei jenen Untersuchungsteilnehmern, die sich der Rhön oder ihren Teilregionen zugehörig fühlen, zudem bei Menschen, die gerne in der Rhön leben, oder bei Befragten, deren Biographie von einer langen ununterbrochenen Sozialisationsdauer in der Region geprägt ist. Die soziale Integration in organisierten Gruppen und eine ausgeprägte Rhöner Identität beeinflussen sich somit maßgeblich gegenseitig. Eine größere Aktivität impliziert eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass sich diese Menschen mit der Rhön identifizieren.

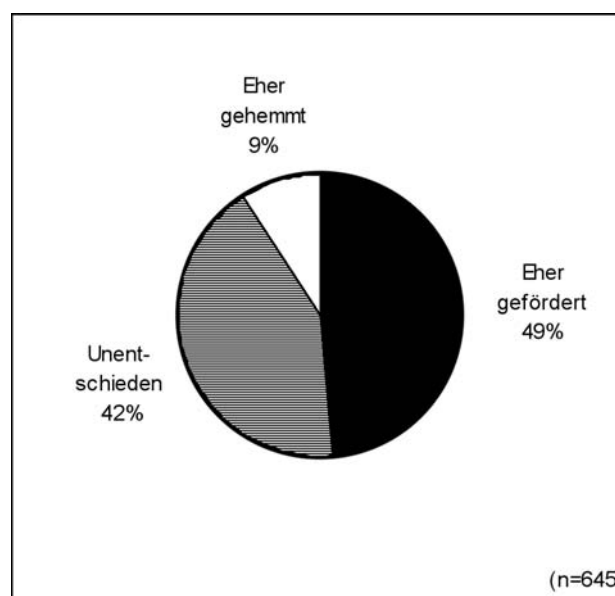


Abb. 6: Veränderung des Zusammengehörigkeitsgefühls durch das Biosphärenreservat

Das Biosphärenreservat erfährt eine positive Beurteilung im Hinblick auf seine die Bevölkerung über Bundesländergrenzen hinweg verbindende Wirkung (Abb. 6). Nur wenige Befragte sehen hemmende Effekte, 42% sind unentschieden, aber immerhin fast die Hälfte sieht eine Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Menschen in den vergangenen 15 Jahren durch die Einrichtung des Biosphärenreservats Rhön.

Fazit

Viele Einwohner fühlen sich besonders mit der Rhön verbunden. Für sie stellt die Region eine Heimat dar, in der zudem auch eine hohe Lebensqualität herrscht. Gleichwohl sieht ein großer Anteil der Befragten sein Zuhause (noch) in den Teilregionen der Rhön oder in anderen Gebietseinheiten, wobei die Beziehung zumeist über soziale Aspekte und die natürliche Umwelt aufgebaut wird. Einen die Rhöner Identität begünstigenden Effekt besitzen eindeutig die stark ausgeprägten regionaltypischen Charakteristika und auch die organisierten Gruppen.

Der Vergleich der drei Teilgebiete lässt sowohl Gemeinsamkeiten als auch Eigenheiten deutlich zu Tage treten. Die 16 Jahre seit der Wiedervereinigung haben zweifellos zu einer Annäherung der Rhöner in West und Ost geführt, dennoch sind insbesondere zwischen Bayern und Hessen auf der einen

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

und Thüringen auf der anderen Seite immer noch regionale Disparitäten erkennbar. Vor dem Hintergrund der geschilderten besonderen sozio-ökonomischen Situation nimmt der Faktor Zeit eine entscheidende Rolle ein. Es kann als wesentliches Ergebnis nämlich weniger das Vorhandensein, sondern vielmehr die Entwicklung hin zu einer die gesamte Rhön umfassenden Identität – vor allem im Sinne von Heimatbindung – konstatiert werden.

Literatur

BEHNEN, Tobias, 2005: Was kann die Geographie zur nachhaltigen Regionalentwicklung in Biosphärenreservaten beitragen? – Ein Überblick vor dem Hintergrund des 30th Congress of the International Geographical Union. In: OTT, Erich (Hg.), 2005: Beiträge Region und Nachhaltigkeit – Zu Forschung und Entwicklung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, Heft 2, S. 45–47

KÜHNE, Tobias, 2006: Gibt es eine Rhöner Identität? Empirische Untersuchung zu Ursachen, Ausprägung und Intensität des Regionalbewusstseins in einem deutschen Mittelgebirge. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Hannover. 137 S.

POKORNY, Doris, 2005: Forschung in der Rhön – für die Rhön: Beiträge für eine Nachhaltige Entwicklung und die Ergebnisse des Forschungsworkshops 2004. In: OTT, Erich (Hg.), 2005: Beiträge Region und Nachhaltigkeit – Zu Forschung und Entwicklung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, Heft 2, S. 63-70

WOLF, K., 1990: Planung und regionale Identität. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hg.): Regional- und Landesplanung für die 90er Jahre. S. 108-111

Konrad Schliephake / Susanne Orf, Heimatbindung und -verständnis von Repräsentanten des öffentlichen Lebens – eine Untersuchung am Geographischen Institut der Universität Würzburg in Zusammenarbeit mit dem Fränkischen Freilandmuseum Fladung

Heimatbindung und -verständnis von Repräsentanten des öffentlichen Lebens – eine Untersuchung am Geographischen Institut der Universität Würzburg in Zusammenarbeit mit dem Fränkischen Freilandmuseum Fladungen

Konrad Schliephake / Susanne Orf

1. Einleitung – Zum Heimat- und Regionsbegriff

Seit der Gründung der Nationalstaaten diskutieren Bürger, Politiker und Wissenschaftler zu Fragen des regionalen Bewusstseins, der Definition, Verortung und Anwendung des Heimatbegriffs. Er beinhaltet eher Sehnsüchte als Realitäten, bedeutet Suche nach kleinen, überschaubaren Einheiten, nach Geborgenheit, Wurzeln und Traditionen. Dies impliziert wohl oft nostalgische Rückblicke Ewig-Gestriger auf die „guten alten Zeiten“ mit ihren knappen ökonomischen und energetischer Ressourcen. Ein „Kirchturmdenken“ verbindet sich nicht nur mit räumlicher Begrenzung, sondern auch mit dem Willen zur Gestaltung und dem Zwang zur Verteidigung des eigenen Aktionsraums. Dazu gehört ein nach Sicherheit suchendes ökonomisches Verhalten mit bewusstem Erkennen und bewusster Inwertsetzung der natürlichen Umwelt, eine Standortgebundenheit des Lebens, des Handelns und der sozio-kulturellen Ausdrucksformen. Doch hat unsere Gesellschaft nicht ihren Weg gefunden vom konfessionellen und dialektalen „Flickerlteppich“ vergangener Reiche, und gerade der fränkischen Fürstentümer, hin zu raumübergreifender Mobilität von Menschen, Gedanken und Innovationen in einer Welt, in der Trendsetter und Marketingmanager Einheitskulturen für den mündigen Verbraucher propagieren (s. auch GERSTNER 1992) ?

Zwischen diesen beiden kulturellen Orientierungen bewegt sich die folgende Untersuchung. Zwei zielgerichtete Fragen dazu lauten: Sind Regionalbewusstsein oder Heimatverbundenheit in irgendeiner Hinsicht wichtig für die Art gesellschaftlicher Lebensgestaltung, für die sozio-ökonomische Entwicklung von Räumen, Regionen, Nationen (vgl. z.B. ANTE 1983)? Und was bewirkt eine solche Analyse?

WORESCH (1992, S. 42) hat dazu die Frage gestellt: „Wenn wir aber Europäer, Kosmopoliten wären, hätten wir überhaupt Heimat ...?“ und die (Teil-)Antwort dazu gegeben: „Die immer mehr zunehmende Mobilität unserer Gesellschaft lockert alte Systeme auf ... Nachbarschaft und Bekanntschaft sind nicht mehr so fest verankert ... Vertrautheit kommt weniger zustande ...“.

Dies müsste eigentlich im Zeitalter von Raum-Zeit-Konvergenz oder – im Falle des Internets – sogar des Raum-Zeit-Kollapses kein Schaden sein (SCHLIEPHAKE 2005b, S. 549). Die Betrachtung der vermeintlich glücklichen deutschen Senioren, die am Mittelmeer oder in den Tropen ihre Rente verzehren und trotzdem online mit der Heimat verbunden sind, mag manchen romantisierenden Blick zu den Realitäten zurückführen. Doch ihre Gespräche kreisen allzu oft um „zu Hause“, und mit Fortschreiten des Alters intensiviert sich dies oft bis hin zur späten Rückkehr.

Wir haben Heimat und wir wollen Heimat. Jeder Mensch besitzt einen Standort, mit dem er besonders vertraut ist, der ihn kulturell geprägt hat, dem er sich mehr oder weniger verbunden fühlt. Sol-

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

che Prägungen und Anhänglichkeiten zu pflegen und nicht zu (zer-)stören ist sehr wohl eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Nur dann fühlt sich der Bürger wohl, engagiert er sich für die Gemeinschaft, erhält er Kraft aus seinen historischen und geographischen Wurzeln.

Die folgenden Überlegungen können den hier aufscheinenden dialektischen Gegensatz zwischen Tradition und Moderne nicht philosophisch so ausloten, dass daraus Handlungsanleitungen entstehen. Doch ist festzuhalten, dass die Erhaltung des kulturellen Erbes und die Ermöglichung einer identifikatorischen Auseinandersetzung der Bürger mit diesem Erbe zu den normativen Aufgaben der Gesellschaft gehört, so wie sie von der Wissenschaft (z.B. SCHENK 2005a, S. 255 ff.) ebenso wie vom Bürger selbst – in welcher entfremdeten Form auch immer – eingefordert werden. Diese Forderungen sind an (Heimat-)Regionen festzumachen, d.h. letztlich konkret an regionspezifischen Ausstattungselementen, an greifbaren, haptischen Dingen.

Solche Anforderungen verweisen z.B. auf die Eignung von Museen, Ausstattungselemente zu bewahren, bekannt zu machen und in den aktuellen gesellschaftlichen Kontext zu stellen. Sie sind so nicht nur Bewahrer der Geschichte, sondern werden zu Forschungseinrichtungen und Impulsgebern, somit auch zu innovativen Wegbereitern mit Gestaltungskraft für die Zukunft (ORF 2005, S. 33). Selbst wenn nostalgische Aspekte bisweilen auf den ersten Blick überwiegen, rückt ihre Aufgabe als kulturelle Drehscheibe und damit wiederum als Identifikationsstandort in einer – wie auch immer zu definierenden – Heimat mehr in den Vordergrund. Unsere Untersuchungen hierzu zeigten, dass 58% einer Zufallsstichprobe von Bürgern (Befragung am Wohnort) Museen besuchen wollen oder besucht haben (SCHLIEPHAKE 2005a, S. 52). 6 Millionen Menschen jährlich sind allein in Deutschland Gäste der 122 Freilandmuseen (SCHENK 2005b, S. 17). So war es naheliegend, die Umfrage zum Thema Heimatbindung/Heimatbewusstsein rund um ein „Heimat“-Museum, wie es in Fladungen vorhanden ist, anzulegen (siehe Kap. 2).

Eines ist allerdings bei der Interpretation der aus der vorliegenden Befragung gewonnenen Daten nicht zu vergessen: Sie präsentiert die *Meinungen der Daheimgebliebenen*, der Heimattreuen, und dies in einem Raum, der bislang in starkem Maße von Wegzug der Jungen und Aktiven geprägt war. Hier wohnten 1950 genauso viele Menschen wie 1990 (SCHLIEPHAKE 1994, S. 228). Eigentlich müssten die Wegziehenden befragt werden: Sind Sie aufgrund ökonomischer Zwänge abgewandert, oder war ihnen die Heimat zu kleingekammert, zu chancenlos, schien ihnen zu wenig zur Identifikation geeignet? (vgl. die Ex-Post-Befragung von Weggezogenen bei WEINRICH 2002).

Doch ist ein solches Verfahren bei der Größe des Untersuchungsraums und im Sinne der gestellten Aufgabe hier nicht anwendbar. So befragten wir die Dagebliebenen, diejenigen, die die Chancen der Region erkannt und sie genutzt haben.

Anregungen aus vorherigen empirischen Untersuchungen folgend (insbesondere FECHTER/SCHLIEPHAKE 2005), sollte die Umfrage bei einem repräsentativen Querschnitt von Meinungsträgern (ADELPHI-Befragung) in den beiden bayerischen Landkreisen der Rhön (Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld) Hinweise zu Heimatbewusstsein und Bindung an die Region erbringen. Sie sollte damit tendenziell positive Interpretationen von Heimat und wirksame Bindungsgründe einer bewusst ausgewählten, gesellschaftlich weitgehend erfolgreichen und kulturell interessierten Gruppe erfassen. Den Fragebogen (siehe Anhang) erarbeiteten die beiden Autoren gemeinsam mit der Museumsleitung.

Im Gegensatz zu den Befragungen 2003 (ausgewertet bei SCHLIEPHAKE 2005a) waren diesmal die Antworten offen gestaltet, vor allem um neue, authentische Gedanken zur Region und ihrer Bewer-

Konrad Schliephake / Susanne Orf, Heimatbindung und -verständnis von Repräsentanten des öffentlichen Lebens – eine Untersuchung am Geographischen Institut der Universität Würzburg in Zusammenarbeit mit dem Fränkischen Freilandmuseum Fladung

tung zu erhalten. Die ca. 300 Zieladressen von ausgewählten meinungsbildenden Zielpersonen stellte die Museumsleitung zur Verfügung. Frau cand. geogr. Annika Schmidt organisierte Vervielfältigung und Versand der 267 Anschreiben mit Fragebogen und Rückumschlag von/zum Geographischen Institut der Universität Würzburg im Frühjahr 2005. 102 Fragebögen, davon 99 nutzbare, auf 100 Personen bezogene, kamen zurück und gingen in die folgende Auswertung ein. Das bedeutet eine positive Rücklaufquote von 38%, bezogen auf die erfolgreich abgeschickten Sendungen. Der Zweckverband Fränkisches Freilandmuseum unterstützte das vorliegende Projekt mit Mitteln, die aus dem EU-Programm LEADER+ über das Landratsamt Rhön-Grabfeld (Herr Landrat Thomas Habermann) bereit standen.

2. Heimat in Franken – Mythos und Realität

Die raumbezogenen Wissenschaften tun sich schwer mit dem Begriff „Heimat“, obwohl gerade die Kulturgeographie die Verbindung zwischen dem Naturraum und seiner Ausgestaltung durch den siedelnden Menschen konstruiert und analysiert hat (SCHENK/SCHLIEPHAKE 2005, S. 34 ff.). Doch die Operationalisierung jenseits eines subjektiven Bewusstseins oder Gefühls bleibt problematisch und lässt sich zwar in Fallstudien nachvollziehen, kaum aber systematisieren (siehe auch WITTMANN in diesem Band).

Eine solche Systematisierung ist besonders schwierig in Räumen wie dem zentralen – wie auch immer zu definierenden – Mainfranken und nördlichen Unterfranken, die mit ihren naturräumlich offenen und linguistisch verschwommenen Grenzen (so verläuft z.B. die Sprachgrenze zwischen Franken und Thüringen entlang des thüringischen Rennsteigs, vgl. KRÄMER/WOLF 1994) ebenso wie mit ihrem wenig klaren und eher zufälligen administrativen Zuschnitt keine eindeutigen Identitäten ausbilden konnten. Wie wäre denn dort „Heimat“ topographisch zu definieren? Das sog. Mainfranken ist schon in sich heterogen, und BRÜCKNER hat sich mehrfach (z.B. 1992 und 1996) mit dem Franken-Begriff in seiner „emblematischen Abzeichen-Funktion“ ohne präzisen historischen, territorialen und ethno-linguistischen Hintergrund beschäftigt. Noch schwieriger wäre es, Heimatbewusstsein oder gar Gefühle mit dem künstlichen, erst seit 1972 bestehenden Administrativraum „Rhön-Grabfeld“ zu verbinden, der bereits im Namen zwei vollkommen konträre Naturräume zusammenfassen will.

Dies gilt erst recht für den Begriff der Rhön: drei Länder, drei Sprach- bzw. Kulturräume, zwei Konfessionen, Einflüsse aus so verschiedenen Oberzentren wie Würzburg, Rhein-Main-Gebiet/Frankfurt, Fulda und Erfurt in einem peripheren, zu erheblichen Teilen eher durch Abwanderung gekennzeichneten Raum (SCHLIEPHAKE 1994; Ergebnisse einer Befragung zur Perzeption der Rhön bei ZIENER 2001). Das alles eignet sich schwerlich zur präzisen Verortung von Heimatgefühl gemäß der eingangs angeführten Arbeitshypothese.

Doch es gibt, wie gleichfalls eingangs erwähnt, das Bedürfnis, an einem Standort geborgen, zu Hause zu sein, „Heimat“ in einem engen, überschaubaren Rahmen zu besitzen (im Sinne von WORSCHICH 1992, S. 291). Diese Heimatbindung versuchten wir gruppenspezifisch für den bayerischen Teil der Rhön „einzufangen“, auch wenn das aus der Praxis geborene Vorhaben nicht allen strengen wissenschaftlichen Anforderungen genügt.

Die vorliegende Studie entstand nicht so sehr aus wissenschaftlicher Reflexion, sondern aus dem im Umkreis des Fränkischen Freilandmuseums Fladungen geborenen spontanen Gedanken, Heimatge-

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

fühle greifbar, darstellbar zu machen, und zwar im Rahmen des von der EU (Projekte LEADER+) geförderten Vorhabens „Region im Koffer“ (vgl. ORF 2005 und RAMMING in diesem Band).

Vorausgegangen waren Marktuntersuchungen für das Fränkische Freilandmuseum Fladungen 2003/2004, bei denen zum einen die ökonomischen Effekte von Freilandmuseen und dem historischen „Rhön-Zügle“ anhand von struktureller Analyse und Befragung der Besucher für die Region darzustellen waren (Zusammengefasst bei SCHLIEPHAKE 2005a). Im Anschluss daran sollten aus Befragungen und Diskussionen mit Meinungsträgern Impulse erarbeitet werden, mit denen das Fränkische Freilandmuseum Fladungen, ggf. gemeinsam mit weiteren Museen und kulturellen Einrichtungen im nördlichen Unterfranken, zu einer Drehscheibe der Kulturarbeit ausgebaut werden kann. Gerade der zuletzt angeführte Aspekt, zu dem das Kulturprojekt „Region im Koffer“ ein erster Impuls war, macht nur Sinn, wenn die Bewohner Kultur in der Region, in ihrer Heimat einfordern und nutzen.

3. Die Struktur der Antwortenden

Die 100 auswertbaren Fragebögen stammen zu 37% von weiblichen und zu 63% von männlichen Einsendern. Entsprechend der Struktur des Samples „Meinungsträger in der Region“ herrschen die mittleren bis reiferen Jahrgänge nach Figur 3.1. vor.

Figur 3.1. ADELPHI-Befragung Bayerische Rhön. Alter der Befragten (Anteile).

Altersgruppe:	<i>Männlich</i>	<i>Weiblich</i>	<i>Gesamt</i>
Unter 60 Jahre	56%	72%	62%
Über 60 Jahre	44%	28%	38%
Durchschnittsalter (Jahre)	57	55	56
Antworten absolut	62	36	98

Quelle: 98 Befragungen von Bürgern der bayer. Rhön, 2005. Auswertung: K. Schliephake

Danach liegt das Durchschnittsalter der Befragten bei 56 Jahren, wobei die Gruppe der Männer noch etwas älter ist als die der Frauen. Bezogen auf die Wohnstandorte erhalten wir Angaben gemäß Figur 3.2.

Figur 3.2. ADELPHI-Befragung Bayerische Rhön. Herkunft der Befragten.

Ort:	<i>Männlich</i>	<i>Weiblich</i>	<i>Gesamt</i>
Hammelburg	17	13	30
Bad Kissingen	6	6	12
Ostheim	8	4	12
Bad Neustadt	9	1	10
Fladungen	3	3	6
Mellrichstadt	2	0	2
Übrige	18	10	28
Gesamt	63	37	100

Quelle: 100 Befragungen von Bürgern der bayer. Rhön, 2005.

Auswertung: K. Schliephake

Konrad Schliephake / Susanne Orf, Heimatbindung und -verständnis von Repräsentanten des öffentlichen Lebens – eine Untersuchung am Geographischen Institut der Universität Würzburg in Zusammenarbeit mit dem Fränkischen Freilandmuseum Fladung

Das Ergebnis mit 30% der Antworten aus Hammelburg (Kernstadt und alle Stadtteile) ist etwas ungleichgewichtig. Leider kommen neben den Kreisstädten Bad Kissingen (12%) und Bad Neustadt (10%) z.B. aus Mellrichstadt und anderen zentralen Orten wie Burkhardroth und Oberelsbach nur 1-2% Rückläufe, Bischofsheim und Bad Brückenau sind überhaupt nicht vertreten. Die Zufälligkeiten bei der Probandenauswahl und den Rückläufen belasten allerdings nicht die Validität der Ergebnisse als Trendaussagen.

In einem weiteren Schritt unterteilten wir die Probanden in die beiden Gruppen: Einheimische (in der Region geboren/aufgewachsen) und Zugezogene. Die Aufteilung auf die beiden Gruppen verdeutlicht Figur 3.3.

Figur 3.3. ADELPHI-Befragung Bayerische Rhön. Unterscheidung nach einheimisch/zugezogen.

Typ	<i>Männlich absolut</i>	<i>Weiblich absolut</i>	<i>Gesamt (Anteile)</i>
Einheimisch	35	20	57%
Zugezogen	25	16	43%
Gesamt (absolut)	60	36	96

Quelle: 96 Befragungen von Bürgern der bayer. Rhön, 2005. Auswertung: K. Schliephake

Danach sind 57% als Einheimische hier geboren und aufgewachsen, 43% bezeichnen sich als Zugezogene. Ein signifikanter Unterschied zwischen der männlichen und der weiblichen Probandengruppe besteht nicht. Interessanterweise ist auch der Anteil der Einheimischen bei den über 60-Jährigen mit 54% nicht wesentlich geringer als bei den Jüngeren mit 57%.

Von besonderer Bedeutung bei der Untersuchung zu Heimatbindung/Heimatbewusstsein ist die Frage 5 nach dem idealen Wohnstandort: „Wenn Sie frei wählen könnten, würden Sie in der Region bleiben?“ Aus vielen empirischen Untersuchungen ergibt sich, dass Umzüge vor allem ökonomisch motiviert sind und dass ca. 80% von am Wohnstandort Befragten gerne dort bleiben möchten (vgl. z.B. WEINRICH 2002). Dies ist im ländlichen Raum sicherlich auch einem Perzeptionsfilter im Sinne von SCHENK/SCHLIEPHAKE (2005, S. 38) geschuldet. Nur der, dem der Wohnstandort nicht gefällt (aus individueller ökonomischer oder sozialer Bewertung heraus), wandert ab. Die Zurückgebliebenen empfinden ihre „Heimat“ schon allein deshalb als lebens- und liebenswert, weil sie sich bewusst dafür entschieden haben, hier zu leben. So überrascht der geringe Anteil von Probanden mit Abwanderungswunsch in Figur 3.4. nicht. 89% aller Befragten wünschen sich, in der alten (95% der hier Aufgewachsenen wollen bleiben) bzw. neuen (88% der Zugezogenen wollen bleiben) Heimat zu bleiben. Das signalisiert eine überdurchschnittliche Zufriedenheit der beiden Gruppen. Dieser so positiv zu bewertende Wunsch variiert auch kaum nach Altersgruppen. Von den Bis 60-Jährigen möchten 85% bleiben, bei den Älteren sind es 95%.

Figur 3.4. ADELPHI-Befragung Bayerische Rhön. Wünsche bezüglich Wohnort (Anteile).

Wunsch:	<i>Männlich</i>	<i>Weiblich</i>	<i>Gesamt</i>
Abwanderungswunsch	8%	5%	7%
Unentschlossen	3%	5%	4%
Hier bleiben	89%	90%	89%
Gesamt (absolut)	63	37	100

Quelle: 100 Befragungen von Bürgern der Bayer. Rhön, 2005. Auswertung: K. Schliephake

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

4. Die Stichworte zur Heimat

In den Fragen 2, 3 und 4 konnten die Probanden offene Antworten geben, um

- die Rhön als Heimat zu beschreiben,
- negative Elemente der Heimat zu benennen,
- anzugeben, was man in der Ferne aus der Heimat am meisten vermissen würde.

Die frei formulierten Texte sämtlicher Antworten können hier nicht wiedergegeben werden, auch erfolgte ihre Systematisierung nur sehr grob. Der Zweck der Untersuchung war vielmehr, aus spontanen Aussagen von Einheimischen und Landeskennern Anregungen im Sinne eines Brainstormings zu perzipierten und realen Stimmungen zu erhalten, die zu verwenden sind für

- plakative Darstellungen („Was macht unsere Heimatregion aus?“) und, darüber hinaus,
- Stärken-Schwächen-Analysen der Region.

Zwar ließen sich die genannten „Heimat-Assoziationen“ zu den unter den Figuren 4.1.-4.3. unten genannten Stichwortgruppen zusammenfassen, Merkmalsausprägungen i.e.S. waren damit jedoch nicht zu beschreiben. So sind ähnliche Ergebnisse in anderen Regionen, wie z.B. dem Vogelsberg, dem Spessart oder dem Bayerischen Wald, denkbar. Auch eine Abgrenzung der bayerischen Rhön als weitgehend eigenständiges ländliches Gebiet mit Bezügen zu nahen Oberzentren im Unterschied zu anders strukturierten Gebieten im Umfeld von Ballungszentren muss zunächst offen bleiben. Die vorliegende Untersuchung darf, wie zuvor bereits erwähnt, insofern nur als erste Annäherung an die Heimatbindung bzw. ein spezifisches Rhöner Heimatbewusstsein – sofern es denn existiert – einer eingegrenzten Zielgruppe verstanden werden.

4.1 Zur Konstruktion von Heimat

Aus der Vielfältigkeit der Einzelaussagen lässt sich kaum ein raumspezifischer Heimatbegriff etwa im Sinne unserer Überlegungen in Kapitel 1 und 2 konstruieren. Zu sehr überlagern sich bei den Probanden einerseits originäre persönliche Eindrücke und eigenständige Bewertungen der bewusst Daheimgebliebenen (s. hier Figur 3.4.) sowie andererseits durch Medien und Werbung geprägte Slogans wie „Die Rhön - das Land der offenen Fernen“. Nicht zuletzt ist zu bedenken, dass einige der Probanden den Standort als Regionalpolitiker, Fremdenverkehrsfachleute, und Unternehmer beinahe täglich vermarkten müssen. So konvergieren naheliegenderweise bei ihnen eigene Empfindungen mit fachlichen und dienstlichen Aufgaben.

Es war dennoch hilfreich und weiterführend i.S. einer begrifflichen Strukturierung in einem ersten Ordnungsschritt die in der Befragung vorgefundenen Aussagen zu sortieren nach

- Pflanzen, Tiere, natürliche Umwelt,
- Ressourcen, Produkte einschließlich Nahrungsmitteln,
- Standorte, Plätze, Häuser (gebaute Umwelt),
- Daten, Märchen, kulturelles Brauchtum,
- persönliche Erinnerungen, Visionen, Bilder.

In Anlehnung daran sollen im Abschnitt 4.2. die Aussagen sehr grob zu vier bzw. fünf Gruppen zusammengefasst werden.

Konrad Schliephake / Susanne Orf, Heimatbindung und -verständnis von Repräsentanten des öffentlichen Lebens – eine Untersuchung am Geographischen Institut der Universität Würzburg in Zusammenarbeit mit dem Fränkischen Freilandmuseum Fladung

4.2 Beschreibung der Heimatregion

Die von den Probanden an erster Stelle genannten Begriffe können wir in Figur 4.1. zu den folgenden vier Gruppen weiter verdichten

- Natur, Landschaft, Umwelt ,
- Ausstattung, Siedlungen, Lage,
- Menschen, Ambiente,
- persönliche Erinnerungen, Emotionen.

Figur 4.1. ADELPHI-Befragung Bayerische Rhön. Stichworte zur Heimat Rhön.

Stichwortgruppe:	<i>Einheimische Befragte</i>	<i>Zugezogene Befragte</i>	<i>Gesamt</i>
Natur, Landschaft	71%	56%	65%
Ausstattung, Siedlung, Lage	20%	29%	24%
Menschen, Ambiente	2%	5%	3%
Erinnerungen, Emotionen	7%	10%	8%
Gesamt (absolut)	55	41	96

Quelle: 96 Antworten von Bürgern der bayer. Rhön, 2005. Auswertung: K. Schliephake

Danach steht das Natur- und Landschaftserlebnis für beide untersuchte Gruppen bei weitem mit 65% an erster Stelle. Ausstattungs- und Lagebegriffe (Mitte Deutschlands, romantische Städte und Dörfer, Badeorte) folgen mit 24% an zweiter Stelle, danach die Emotionen (Erinnerungen, Äußerungen wie: „gefällt mir einfach“ u.ä.) mit 8%. Interessanterweise bewerten die Zugezogenen die Stichwortgruppe Ausstattung, Menschen und Emotionen spürbar positiver als die Einheimischen, was ggf. auf die Nachwirkung einer Stigmatisierung der Rhön als „Zonenrandgebiet“ verweist.

Die Nennungen zu negativen Empfindungen stellt Figur 4.2. in der jeweils ersten Aussage zusammen. Hier gibt es zur Natur bzw. Landschaft von den Zugezogenen einige missmutige Äußerungen zum Wetter. Als wirklicher Schwachpunkt erscheint die Ausstattung: Die geringen Angebote des Arbeitsmarktes stehen ebenso wie die schlechte Anbindung im öffentlichen Personenverkehr (Schiene und Straße) ganz oben auf der Mängelliste. Mit den Menschen („herb, verschlossen ...“) kommen die Zugezogenen sogar ein wenig besser klar als die Alteingesessenen.

Figur 4.2. ADELPHI-Befragung Bayerische Rhön. Genannte negative Elemente (Anteile).

Stichwortgruppe:	<i>Einheimische Befragte</i>	<i>Zugezogene Befragte</i>	<i>Gesamt</i>
Natur, Landschaft, Klima	0	10%	4%
Lage, Infrastruktur, Arbeitsmarkt	55%	51%	53%
Menschen, Ambiente	20%	15%	18%
Erinnerungen, Emotionen	7%	7%	7%
Alles ist gut	18%	17%	18%
Gesamt (absolut)	55	41	96

Quelle: 96 Antworten von Bürgern der bayer. Rhön, 2005. Auswertung: K. Schliephake

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

4.3 Erinnerungen an die Heimat

Die Frage 4 zielte im Rahmen der (indirekt) intendierten Stärken-Schwächen-Analyse wiederum mit dem Thema „Was würden Sie vermissen?“ auf eine Bewertung der Teilelemente der Region, die Ergebnisse zeigt Figur 4.3.

Figur 4.3. ADELPHI-Befragung Bayerische Rhön. Was würden Probanden bei Wegzug vermissen?

Stichwortgruppe:	<i>Einheimische Befragte</i>	<i>Zugezogene Befragte</i>	<i>Gesamt</i>
Natur, Wein	33%	68%	48%
Lage	7%	10%	8%
Menschen, Ambiente	33%	15%	25%
Emotionen, Heimat	18%	5%	13%
Würde nie verlassen	9%	2%	6%
Gesamt (absolut)	55	41	96

Quelle: 96 Antworten von Bürgern der bayer. Rhön, 2005. Auswertung: K. Schliephake

Hier tritt die Natur im Vergleich zu Figur 4.1. etwas in den Hintergrund, wird aber von den Zugezogenen besonders hoch bewertet. Die Menschen und das Ambiente in der Region erhalten ebenfalls Bedeutung. Insgesamt sind jedoch die Abweichungen zwischen Einheimischen und Zugezogenen eher gering, wenn auch die menschlichen/emotionalen Vorzüge von den Zugezogenen – naheliegenderweise – nicht ganz so häufig genannt werden.

5. Begründung bei der Wahl des möglichen Wohnstandortes

Bereits in den vorherigen Kapiteln konnten wir festhalten, dass von den 100 Befragten 89% in der Heimat bleiben wollen und 7% bereit sind wegzuziehen; der Rest von 4% war unentschieden. Zwischen den Gruppen männlich und weiblich, Einheimische und Zugezogene sowie Unter 60-Jährige und Über 60-Jährige gibt es in dieser Hinsicht keine signifikanten Unterschiede. In Frage 5 sollten die Probanden eine Begründung für ihre Entscheidung für oder gegen den Verbleib in der Heimat vorbringen. Auch hier bietet sich wieder in Figur 5.1. eine Gruppierung der sehr umfangreichen Antworten an, die mit Figur 4.1. und Figur 4.2. vergleichbar ist.

Figur 5.1. ADELPHI-Befragung Bayerische Rhön. Gründe für den Wunsch zu bleiben*.

Stichwortgruppe:	<i>Zugezogene</i>	<i>Einheimische</i>	<i>Gesamt</i>
Natur, Landschaft	19%	17%	18%
Ausstattung, Lage	26%	17%	21%
Menschen	14%	11%	12%
Emotionen, Heimatgefühl	41%	55%	49%
Gesamt (absolut)	42	54	96

*einschließlich positiver Äußerungen von Unentschiedenen und Mehrfachnennungen.

Quelle: 96 Antworten von Bürgern der Bayer. Rhön, 2005. Auswertung: K. Schliephake

Konrad Schliephake / Susanne Orf, Heimatbindung und -verständnis von Repräsentanten des öffentlichen Lebens – eine Untersuchung am Geographischen Institut der Universität Würzburg in Zusammenarbeit mit dem Fränkischen Freilandmuseum Fladung

Bei den positiven Antworten in Figur 5.1. überwiegen bei weitem die Emotionen, das „Heimatgefühl“ an sich („Ich bin hier zu Hause“) sowohl bei Einheimischen als auch – etwas schwächer – bei den Zugezogenen. Letztere schätzen darüber hinaus überdurchschnittlich die Lage/Ausstattung („in der Mitte Deutschlands“) und die Reize der Natur. Der etwas herbe Menschenschlag vermag weniger positive Emotionen zu wecken.

Bei den 7% der Befragten, die wegziehen wollen (zusätzliche Verwendung negativer Aussagen der Unentschiedenen) stehen nach Figur 5.2. als negative Elemente Lage/Ausstattung im Vordergrund („zu abgelegen, Mängel in der Infrastruktur ...“); nicht zu übersehen sind auch solche Zugezogenen, die noch eine starke Bindung an ihre ehemalige Heimat haben und dorthin zurück wollen. Dieser Befragungsdurchgang bestätigt nochmals die enge emotionale Bindung der untersuchten Gruppen an die Heimatlandschaft Rhön, die zum einen auf Heimatgefühle, zum anderen auf eine gute Bewertung der kultur- und naturräumlichen Lage zurückzuführen ist.

Figur 5.2. ADELPHI-Befragung Bayerische Rhön. Gründe für den Wunsch „Ich will wegziehen“*.

Stichwortgruppe:	Zugezogene	Einheimische	Gesamt (Anteil)
Natur, Landschaft	1	2	21%
Ausstattung, Lage	3	3	43%
Menschen	1	1	15%
Emotionen, andere Heimatbindung	2	1	21%
Gesamt (Nennungen absolut)	7	7	14

* einschließlich negativer Äußerungen von Bleibewilligen und Unentschiedenen.

Quelle: 14 Antworten von Bürgern der Bayer. Rhön, 2005. Auswertung: K. Schliephake

6. Zusammenfassung

In einer vom Zweckverband Fränkisches Freilandmuseum Fladungen angeregten schriftlichen Befragung schrieb unsere Arbeitsgruppe 267 Meinungsträger in den beiden bayerischen Landkreisen der Rhön, nämlich Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld, an. Es kamen 100 auswertbare Fragebögen zurück, die wir im Rahmen der Umfrage auswerteten zu den Themen

- Beschreibung der Heimatregion (Stichworte),
- Negative und positive Empfindungen gegenüber der Heimat Rhön,
- Elemente, die außerhalb der Rhön besonders vermisst würden,
- Wohnwunsch innerhalb oder außerhalb der Rhön mit Begründung.

Die Antwortenden waren durchschnittlich 56 Jahre alt (allerdings 62% unter 60 Jahren), zu 63% Männer mit Wohnungsschwerpunkten in Hammelburg (30%), Bad Kissingen, Ostheim (je 12%) und Bad Neustadt (10%). Bei den positiven Stichworten/Assoziationen zur Heimatregion Rhön stehen natürliche und landschaftliche Elemente mit 65% an erster Stelle, gefolgt von Ausstattung/Lage/Siedlungen. Hier wie bei den übrigen Themen unterscheiden sich die Befragungsergebnisse der Einheimischen und der Zugezogenen kaum voneinander.

Als negative Elemente stehen (wo überhaupt genannt) Lage/Infrastruktur/Arbeitsmarkt mit 53% der Nennungen bei weitem an erster Stelle, gefolgt von Menschen/Ambiente mit 18%. Auch bei der Fra-

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

ge, was man beim Wegzug vermissen würde, steht das Element Natur/Landschaft an erster Stelle, gefolgt von den Menschen und dem von ihnen geschaffenen Ambiente (25%).

89% der Befragten sind mit ihrem aktuellen Wohnstandort vollständig zufrieden. Es binden sie vor allem die Emotionen, d.h. das Heimatgefühl (49%), daneben die Lage in der Mitte Deutschlands (21%) und die naturräumliche Ausstattung (18%). Neben 4% Unentschlossenen äußern nur 7% der Befragten die Bereitschaft bzw. den Wunsch, wegziehen zu wollen, wiederum vor allem wegen der Lage (abseits, fehlende Infrastruktur ...). Dies ist zu vergleichen mit der neuen Studie von ANTE u.a. (2006, S. 13 ff.), die versucht, anhand von quantitativen Daten und der Befragung von Meinungsträgern in Unternehmen und Verwaltungen eine Charakterisierung des „Wirtschaftsraums Mainfranken“ vorzunehmen. Wenn auch Fragestellung und Zielsetzungen andere waren, sind die dort und an anderer Stelle (u.a. vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie) herausgearbeiteten „weichen“ Standortqualitäten wie

- vielfältige Natur- und Kulturlandschaft,
- Lebensqualität und günstige Lebenshaltungskosten sowie
- moderne Infrastruktur

bemerkenswert. Sie korrelieren durchaus mit unseren eigenen Untersuchungen.

Eine quantitative abschließende Bewertung der Ergebnisse fällt schwer, da das Sample überwiegend Menschen in späteren Lebenszyklen mit dauerhaftem Einkommen (Beamte, Pensionäre) umfasst, die ohne die Zwänge der Ökonomie und der (Arbeits-) Märkte ihren Wohnstandort nach eigenem Belieben wählen können. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen kann trotzdem zumindest für die Probanden ausgesagt werden, dass sie zu 90% ein ausgeprägtes Heimatgefühl besitzen (Einheimische) bzw. entwickelt haben (Zugezogene). Dies ist einmal emotional belegt, zum anderen hängt es durchaus mit der Natur- und Kulturlandschaft der Rhön zusammen. Eine solche Bindung an die historische bzw. neugefundene Heimat ist einer der „Schätze der Rhön“, den es weiter in Wert zu setzen gilt. Ihre Inwertsetzung braucht Standorte und Anlaufpunkte, wo das Heimatgefühl emotional und rational aufgearbeitet und bestätigt wird. D.h., solche Orte können Drehscheiben sein, die aus der Tradition heraus neue Impulse verarbeiten, umsetzen und auch visualisieren. Ihnen kann die Aufgabe einer kontinuierlichen regionalen Kulturarbeit im funktionalen, aber auch im baulich-konstruktiven Sinn zugeordnet werden. Für die einheimische Bevölkerung und für Bildungs- und Kulturinstitutionen wie Kindergärten, Schulen und sonstige Bildungsträger können diese Orte und Anlaufpunkte Stätten der regionalen Identitätsbildung im sich wandelnden gesellschaftlichen Kontext darstellen.

Literatur

ANTE, U., 1983: Das historische Raumgefüge als Verständnisgrundlage des gegenwärtigen Regionalbewusstseins am Beispiel von Oberfranken. In: Würzburger Geograph. Arbeiten, H. 60, S. 287-297

ANTE, U. / J. KOPF / M. PLAGENS / J. PHILIPP, 2006: Mainfranken – eine Untersuchung zur regionalen Entwicklung, Würzburg/Schweinfurt (IHK)

BRÜCKNER, W., 1992: Regionalkultur als Problem – Franken in Europa. In: Schliephake, K. (Hg.): Kleinräumliche Planung im Europa der Regionen (= Würzburger Geographische Arbeiten, H. 85), S. 292-302

Konrad Schliephake / Susanne Orf, Heimatbindung und -verständnis von Repräsentanten des öffentlichen Lebens – eine Untersuchung am Geographischen Institut der Universität Würzburg in Zusammenarbeit mit dem Fränkischen Freilandmuseum Fladung

BRÜCKNER,, W., 1996: Ideenpolitik der Landesfürsten im 19. Jahrhundert und Regionalbewusstsein seit 1919 in Franken und Thüringen. In: BRÜCKNER, W. (Hg.): Heimat und Arbeit in Thüringen und Franken. Zum Volksleben einer Kulturregion (= Land und Leute), Würzburg/Hildburghausen, S. 19-22

FECHTER, S. / K. SCHLIEPHAKE (Hg.), 2005: Das Fränkische Freilandmuseum Fladungen – Standort und räumliche Verflechtung (= Würzburger Geographische Manuskripte, H. 68)

GERSTNER, F., 1992: Kleinräumliche Planung im Europa der Regionen – Gedanken und Auftrag. In: Würzburger Geographische Arbeiten H. 85, S. 9-11

KRÄMER, S. / N.R. WOLF, 1994: Mundarträume im Thüringer Wald. In: SCHLIEPHAKE, K. (Hg.): Beiträge zur Landeskunde Südthüringens (Würzburger Geographische Arbeiten 88), Würzburg, S. 91-99

ORF, S., 2005: Besucherorientierung – Gedanken zur Vermarktung eines Freilandmuseums. In: Würzburger Geographische Manuskripte, H. 68, S. 31-34

SCHENK, W., 2005a: Historische Geographie. In: SCHENK, W. / K. SCHLIEPHAKE (Hg.): Allgemeine Anthropogeographie, Gotha/Stuttgart, S. 215-264

SCHENK, W., 2005b: Freilichtmuseen – Retrospektive oder aktiver Lern- und Gestaltungsraum. In: Würzburger Geographische Manuskripte, H. 68, S. 17-20

SCHENK, W. / K. SCHLIEPHAKE, 2005: Anthropogeographie – Begriffe und Standorte einer Geographie des Menschen. In: W. SCHENK / K. SCHLIEPHAKE (Hg.): Allgemeine Anthropogeographie, Gotha/Stuttgart, S. 23-40

SCHLIEPHAKE, K. (1994): Mobilitäts- und Infrastrukturforschung in der Bayerischen Rhön.- In: Würzburger Geographische Arbeiten H. 89, S. 223-238

SCHLIEPHAKE, K. 2005: Das Fränkische Freilandmuseum – Position im Raum und Markt. In: Würzburger Geographische Manuskripte H. 68, S. 35-64

SCHLIEPHAKE, K., 2005: Verkehr und Mobilität. In: SCHENK, W. / K. SCHLIEPHAKE (Hg.): Allgemeine Anthropogeographie, Gotha/Stuttgart, S. 531-571

WEINRICH, F., 2002: Wohnsitzmobilität in der Stadt Lohr – Empirische Analyse von Abwanderungsbewegungen 1989 bis 1997. In: Würzburger Geographische Manuskripte, H. 59, S. 7-94

WORSCHER, R., 1992: Kultur und Identität als Bestandteil räumlicher Entwicklung. In: Würzburger Geographische Arbeiten, H. 85, S. 41-46 und 291-292

ZIENER, K., 2001: Das Bild des Touristen in Nationalparks und Biosphärenreservaten im Spiegel von Befragungen (= Praxis Kultur- und Sozialgeographie, H. 26), Potsdam

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

Anhang - Fragebogen vom März 2005 (Druckformat angepasst)

GEOGRAPHISCHES INSTITUT DER UNIVERSITÄT WÜRZBURG

Kulturgeographie

Dr. Konrad Schliephake

(Individuelle Adresse)

Sehr geehrte

im Auftrag des Zweckverbandes Fränkisches Freilandmuseum Fladungen wende ich mich als Leiter des Geographischen Instituts der Universität Würzburg an Sie. Sie haben sich in der Vergangenheit als Person erwiesen, die Interesse an kulturellen Fragen der Bayerischen Rhön gezeigt hat. Vielleicht haben auch Sie in letzter Zeit in den Medien vom Projekt „Region im Koffer“ gelesen, das derzeit vom Museumsverbund und den beiden Landkreisen Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen durchgeführt wird. Dieses, von der Europäischen Union im Rahmen des LEADER+ Programms geförderte Projekt, soll zur besseren Einbindung der Museen in die kulturelle Landschaft und zur Erhöhung der Attraktivität der Region dienen. Was in den Schulen unter dem Stichwort „Was macht unsere Heimatregion aus? – Packe sie in einen Koffer!“ bearbeitet wird, wollen wir mit einer Umfrage bei erwachsenen Meinungsträgern begleiten. Daher bitten wir Sie freundlichst, die nachfolgenden Fragen, durchaus subjektiv und spontan, zu beantworten. Im Blickpunkt steht die gleiche Frage: „Was macht unsere Heimatregion (Landkreise Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen) aus? – Beschreiben Sie sie mit eigenen Worten.“

1.) Angaben zur Person:

Geschlecht: m w

Alter: _____

Beruf: _____

Wohnort: _____

in der Region aufgewachsen oder zugezogen (wann/Jahr)?: _____

Konrad Schliephake / Susanne Orf, Heimatbindung und -verständnis von Repräsentanten des öffentlichen Lebens – eine Untersuchung am Geographischen Institut der Universität Würzburg in Zusammenarbeit mit dem Fränkischen Freilandmuseum Fladung

2.) Wenn Sie Ihre Heimatregion einem Fremden beschreiben müssten, was würden Sie ihm sagen?

3.) Was empfinden Sie an der Region besonders negativ?

4.) Wenn Sie diese Region verlassen müssten, was würden Sie am meisten vermissen?

5.) Wenn Sie frei wählen könnten, wo Sie leben wollen, würden Sie in der Region bleiben (ja oder nein, bitte begründen)?

Vielen Dank für Ihre Bemühungen!

Ihre Antworten und Daten werden selbstverständlich anonym behandelt. Sie dienen ausschließlich dazu, den repräsentativen Charakter der Umfrage zu gewährleisten.

Bitte senden Sie diesen Bogen mit dem beigelegten Antwort-Umschlag bis zum 1. Mai 2005 zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Konrad Schliephake

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

„Heimatregion im Koffer“ – Raumnarrationen in den Ergebnissen eines SchülerInnenwettbewerbs

Joachim Ramming

Das Projekt

Zu Beginn des Jahres 2005 forderte das Fränkische Freilandmuseum Fladungen alle Schülerinnen und Schüler an den Schulen der Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld zur Teilnahme an einem SchülerInnenwettbewerb auf. Rund 30 Schulklassen verschiedenster Altersstufen und Schultypen bekundeten ihr Interesse an der Teilnahme und erhielten Anfang April vom Museum einen historischen Koffer. „Was macht unsere Heimatregion aus? Packe sie in einen Koffer!“ lautete die Aufgabe für die Schülerinnen und Schüler. Zum Abgabetermin am 31. Mai erreichten 22 gefüllte Koffer das Freilandmuseum. Nach ihrer Auswertung und Begutachtung kam es am 14. Juni zur feierlichen Preisverleihung. Die von den Schülerinnen und Schülern bearbeiteten Koffer wurden dann vom 15. September bis zum Saisonende am 1. November 2005 im Rahmen einer „Werkschau“ im Sonderausstellungsraum des Freilandmuseums der Öffentlichkeit präsentiert (Abb. 1).



Der SchülerInnenwettbewerb war lediglich ein Baustein des umfangreichen Gesamtprojekts „Region im Koffer“, das der Museumsverbund Rhön-Saale in den Jahren 2005/2006 mit Unterstützung des Leader+ Programms der EU umsetzt. Die ausführende Leitung liegt beim Fränkischen Freilandmuseum Fladungen. Die dortige Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Frau Susanne Orf, hatte das Projekt gemeinsam mit der Leader+ Managerin des Landkreises, Frau Cordula Kuhlmann, entwickelt. Parallel zum SchülerInnenwettbewerb führte das Geographische Institut der Universität Würz-

Joachim Ramming, „Heimatregion im Koffer“ – Raumnarrationen in den Ergebnissen eines SchülerInnenwettbewerbs

burg eine Adelphi-Befragung unter Meinungsträgern der Region durch¹, um auch von Erwachsenen zu erfahren, was deren „Heimatregion“ auszeichnet. Die Ergebnisse dieser Befragung und jene des SchülerInnenwettbewerbs münden 2006 zum einen in eine Wanderausstellung über die Selbstbilder der „Rhöner“ von ihrer „Heimatregion“, die am 27. Juli eröffnet werden wird, und zum anderen in einen „Museumskoffer“, der zu Beginn des Schuljahrs 2006/2007 an alle Schulen der Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld verteilt werden soll. Der Koffer enthält didaktische Anregungen zur Auseinandersetzung mit der Region – natürlich unter besonderer Berücksichtigung der sechs Museen des Rhön-Saale-Verbundes.

„Region im Koffer“ ist kein Projekt, das primär auf wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn ausgerichtet ist; es ist vielmehr ein genuines Projekt gezielter Öffentlichkeitsarbeit für die Museen der Region. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass die Museen in dem Bild, das regionale Meinungsträger von der Region zeichnen, nicht oder zumindest kaum sichtbar enthalten sind. So wurden sie beispielsweise in dem 2002 erstellten regionalen Entwicklungskonzept (REK) für den Landkreis Rhön-Grabfeld nur am Rande erwähnt (REK 2002). Der Ansatz einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit für die Museen musste also darauf abgestellt werden, die Museen stärker im Bewusstsein der regionalen Bevölkerung zu verankern. Es sollte zwischen der Bevölkerung und den Museen ein kommunikatives Verhältnis entstehen: Die Bevölkerung stellte beispielsweise dem Museum alte Koffer zur Verfügung; das Museum brachte diese in Schulen; die Schülerinnen und Schüler gaben dem Museum dann gestaltete Koffer zurück, die dort öffentlich präsentiert wurden, bevor ein „Museumskoffer“ zurück an die Schulen gelangt. Oder: In einer Umfrage erläutert die Bevölkerung dem Museum ihre Sicht auf die Region, um dieser Sicht dann in einer Wanderausstellung in den Museen wieder zu begegnen. Die Einzelschritte des Projekts „Region im Koffer“ sind auf Kontakt und Kommunikation angelegt, und durch Kommunikation sollen die Museen stärker ins Blickfeld der Bevölkerung gelangen.

Die Fragestellung

Sind angesichts dieser Projektausrichtung überhaupt empirische Erkenntnisse in einem sozialwissenschaftlichen Sinn aus dem SchülerInnenwettbewerb zu erhoffen? Zunächst gilt es, dazu die Fragestellung zu präzisieren, mit der man sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive den Wettbewerbsergebnissen nähern könnte.

Die Aufgabenstellung des Wettbewerbs „Was macht unsere Heimatregion aus?“ lässt in den Ergebnissen Auskünfte über die Sicht der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler auf ihre Heimatregion erwarten. „Heimat“ – ein Wort, für das die deutsche Sprache besonders viele Kombinationsmöglichkeiten bietet (DAXELMÜLLER 2002, 146 f.) – steht in diesem Fall für das individuelle räumliche Umfeld der am Wettbewerb beteiligten SchülerInnen, ohne dass dabei eine für den Wettbewerb kontraproduktive, konkret geographische Eingrenzung stattfindet. Die Wettbewerbsaufgabe fordert zur Auseinandersetzung mit dem eigenen Lebensraum im Sinne einer erfahrbaren Landschaft oder Region auf. Der „Heimat“-Begriff als Sammelbegriff für schwer fassbare emotionale Bindungen und Zustände mit seinen vielfältigen historischen Brechungen und Belastungen spielt als solcher in der Aufgabenstellung – und mithin in den Ergebnissen – keine Rolle. Es hieße, die Projektkoffer der Schülerinnen und Schüler zu überfordern, wollte man sie unmittelbar für eine Empirie der „Heimat“ heranziehen.

¹ Vgl. SCHLIEPHAKE, Konrad, in diesem Band.

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

Doch auch wenn der problematische „Heimat“-Komplex nicht direkt zur Analyse der Wettbewerbsergebnisse herangezogen werden muss, bleibt die Notwendigkeit, zumindest den Begriff der Region hinsichtlich seiner konzeptionellen Bedeutung für das Projekt „Region im Koffer“ genauer in den Blick zu nehmen; begreift doch das Gesamtprojekt die Region nicht als ein an sich existierendes Gebiet, sondern vielmehr als ein von der Bevölkerung wahrgenommenes Bild, auf das „Region im Koffer“ Einfluss nehmen will und kann.

Grundsätzlich herrscht in der Volkskunde ein Konsens darüber, dass eine Region stets in den Augen der Betrachter entsteht. Dabei führen wechselnde äußere Vorgaben zu einer sich stetig erneuernden Wahrnehmung der Region. „Menschen schaffen Narrative, um der Wesenlosigkeit des Raumes entgegenzutreten und ihm mit Geschichte, Erfahrung und Empfindung kulturelle Züge zu verleihen“, formulierte Regina BENDIX (2005, S. 117 f.). Die Region als Raum ist demnach keine apriorische Kategorie, sondern eine prozessuale Errungenschaft und ein soziales Ereignis (SCHMIDT-LAUBER 2005, S. 213 f.). Die Menschen eignen sich den Raum erzählend an; ein Vorgang, für den die anglo-amerikanische Anthropologie den Begriff des „place making“ prägte. Damit charakterisiert sie treffend den Prozess, in dessen Verlauf ein Raum von den dort lebenden Menschen durch (narrative) Inhalte gefüllt und zu einer Region geformt wird. Zugleich geht mit dieser inhaltlich-narrativen Konstruktion einer gemeinsamen Örtlichkeit die Bildung einer Gemeinschaft in der dort ansässigen Bevölkerung einher – Identität entsteht (GUPTA/FERGUSON 1997, pp. 1-29).

Die Grundlagen für die Bildung von Raumnarrativen legt nur selten die eigene Anschauung der Verhältnisse vor Ort durch die einheimische Bevölkerung, sondern in der Regel ein medial vermitteltes Bild des Raumes. In dieser medialen Vermittlung spielte und spielt neben den Massenmedien, der Werbeindustrie und der regionalen Politik nicht zuletzt die Volkskunde als Kulturwissenschaft eine gewichtige Rolle: Sie stattete die Region mit kennzeichnenden Inhalten, etwa mit regionalen Bräuchen, aus oder bildete gar neue Regionen, beispielsweise in Form von Trachten- oder Hauslandschaften. Allen medial vermittelten Narrativen ist gemein, dass sie die Komplexität der unmittelbar erfahrbaren Region verkürzen. Aus ihnen lässt sich ein vergleichsweise einfaches und homogenes Gesamtbild der Region konstruieren, das zur Abgrenzung nach außen und zur Identitätsbildung nach innen taugt.

Die Erzählungen vom Raum sind allerdings in stetem Wandel begriffen. Das Gesamtbild ist veränderbar, damit es sich neuen Herausforderungen an die Region stellen kann. So führt die Globalisierung momentan zu einer unübersehbaren „Re-Regionalisierung“ in Europa. Regionale Narrative werden gegen den sich abzeichnenden Ortsverlust einer als „sozial kalt“ empfundenen globalen Gegenwart gesetzt. „Das Insistieren auf dem Regionalen wird zum Spezifikum der Moderne“ (KÖSTLIN 2005, S. 120)². In dieser Sicht auf die Region zeigt sich der Einfluss regionaler und überregionaler (im Falle der Rhön europäischer) Eliten auf das Gesamtbild der Region. Das sich durchsetzende Verständnis von der „Regionalität als Chance“ entspringt politischen Programmen und gezielt lancierter Öffentlichkeitsarbeit. Es handelt sich um ein vergleichsweise neues, medial vermitteltes Raumnarrativ, das zeigt, dass das Gesamtbild der Region nicht nur wandelbar ist, sondern sich vielmehr sogar bewusst steuern lässt: „Das Erringen der Definitionsmacht über Räume und die identitäre Aufladung von Orten sind als machtvoll beschriebene Strategien beschrieben worden, um sich im sozialen Raum zu positionieren“ (BECKER/BINDER 2005). In den Regionen wird so ein Konflikt um die Setzung von Narrativen ausgetragen.

² Einen vergleichbaren Wandel in der Bedeutung des Heimatbegriffs diagnostizierte: SEIFERT 2002.

Joachim Ramming, „Heimatregion im Koffer“ – Raumnarrationen in den Ergebnissen eines SchülerInnenwettbewerbs

Überträgt man das hier entwickelte Verständnis von Region als ein Konstrukt aus räumlichen Narrativen auf die SchülerInnenarbeiten des vom Fränkischen Freilandmuseums ausgeschriebenen Wettbewerbs, so lassen sich drei Fragestellungen zu den bearbeiteten Koffern daraus ableiten.

1. Welchen geographischen Rahmen umfassen die Narrationen der Schülerinnen und Schüler; wie also definieren sie ihre „Heimatregion“ kulturgeographisch?
2. Welche medial vermittelten Narrative fanden Eingang in das Bild der Kinder und Jugendlichen von ihrer „Heimatregion“?
3. Lassen sich Rückschlüsse auf die äußeren Bedingungen ziehen, auf die die Raumnarrative der Kinder und Jugendlichen Bezug nehmen?

Quellenkritische Probleme

Die hier aus theoretischen Überlegungen zum Konstruktionsprozess einer Region abgeleiteten Fragen erlauben zwar eine gezielte Annäherung an die Wettbewerbsergebnisse, dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die möglicherweise gefundenen Antworten noch einmal quellenkritisch zu hinterfragen sind. Dabei zeichnet sich ein Problemfeld ab, das den Blick auf die Äußerungen der Schülerinnen und Schüler zur Region massiv beeinträchtigt, wenn nicht gar verstellt: Die Einbindung der SchülerInnenarbeiten in schulische Zusammenhänge lenkt deren Meinungsäußerungen zu ihrer Region in klar vorgegebene Richtungen.

So sorgte zum ersten die Ausschreibung des Wettbewerbs durch den Museumsverbund Rhön-Saale unter Federführung des Fränkischen Freilandmuseums Fladungen dafür, dass die Bearbeitung der Aufgabe in der Regel dem Heimat- und Sachunterricht zugeordnet wurde. Dort sieht der Lehrplan für Grundschul Kinder der 3. und 4. Jahrgangsstufen die Behandlung der Lokal- und Regionalgeschichte vor (Lehrplan Jahrgangsstufe 3; Lehrplan Jahrgangsstufe 4): Unter dieser Voraussetzung wird die Region natürlich primär in (kultur-)historischen Zusammenhängen gesehen und beschrieben; andere Aspekte der Region werden hingegen weniger berücksichtigt. Den wichtigsten Einflussfaktor auf die SchülerInnenarbeiten stellt allerdings die jeweilige Lehrkraft dar. Bei den meisten Wettbewerbseinsendungen ist deutlich zu erkennen, dass die Lehrkräfte aus der Aufgabe des Freilandmuseums ein Klassenprojekt entwickelt haben. Inwieweit die Schülerinnen und Schüler in die exakte Themenfindung für ein solches Projekt einbezogen waren, ist hingegen weniger klar ersichtlich. Dies gilt besonders für aufwändige Wettbewerbskoffer zu Einzelthemen, etwa zur „Flachsbearbeitung“ oder zum „Fliegen“. Daneben wurden Arbeiten eingereicht, die deutlich breiter und offener angelegt sind, so dass hier der Eindruck entsteht, dass auch viele von Schülerinnen und Schülern stammende Ideen aufgegriffen und umgesetzt wurden.

Es ist letztlich unmöglich, den Einfluss des Lehrplanes und der Lehrkraft auf die eingereichten Arbeiten vom Eigenanteil der Schülerinnen und Schüler zu scheiden. Hinsichtlich der Ergebnisse kann daher nicht von individuellen, selbstbestimmten SchülerInnenarbeiten gesprochen werden, sondern von Projekten, die im Klassenverband entstanden sind – eingebunden in den Lehrplan und unter Leitung einer Lehrkraft. Als solches geben die Projektkoffer dann auch kaum Auskunft über die individuelle Sicht der Schülerinnen und Schüler auf die Region, sondern erlauben vielmehr Einblicke in das, was hinsichtlich der Region als pädagogisch und didaktisch relevant erachtet wird. Hier liegt bereits die Antwort auf die dritte der oben formulierten Fragen: Die in den Koffern kon-

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

kret gewordenen Raumnarrationen zeigen das Gesamtbild der Region, wie es in den Schulen vermittelt wird.

Die Wettbewerbsergebnisse

Zum Ende des Wettbewerbs am 31. Mai 2005 erreichten 22 Einsendungen aus zehn verschiedenen Schulen das Fränkische Freilandmuseum Fladungen. Über die Hälfte der Koffer (12 Stück) war von Grundschulklassen bearbeitet und eingereicht worden, vier Koffer kamen aus Hauptschulen, drei aus einer Förderschule, zwei aus einem Gymnasium und ein Koffer aus einer Berufsfachschule. Während erste, zweite und dritte Klassenstufen je zwei Koffer einreichten, bearbeiteten immerhin sechs vierte Klassen die Aufgabe. An der Hauptschule beschäftigten sich je eine sechste und siebte sowie zwei neunte Klassen mit dem Koffer, im Gymnasium zwei elfte Klassen. Die Förderschule nahm mit den Jahrgangsstufen 1/2, 3/4 und 5/6 teil. In der Berufsschule war es die Kochklasse, die den Koffer füllte. Das Übergewicht von Grundschulklassen lässt vermuten, dass die Bearbeitung des Themas insbesondere im Heimat- und Sachunterricht angesiedelt wurde, wobei der bayerische Lehrplan für die vierte Jahrgangsstufe ausdrücklich die Beschäftigung mit „Regionalgeschichte“ vorsieht (Lehrplan Jahrgangsstufe 4).

Geographisch überwog die Beteiligung nahe gelegener Schulen innerhalb eines Radius von etwa 20 Kilometern um das Freilandmuseum in Fladungen: Die Volksschule in Fladungen selbst reichte drei Koffer ein, die Volksschule Ostheim v.d. Rhön sogar sechs, wobei ein Koffer als Koproduktion mit der Grundschule in Willmars entstanden war. Aus der Verbandsschule in Nordheim beteiligten sich zwei Klassen, und die Volksschule in Mellrichstadt steuerte einen Beitrag bei. Letztlich können auch die Volksschulen in Sandberg und Bischofsheim – vertreten mit je einem Koffer – auf die räumliche Nähe zum Freilandmuseum in Fladungen verweisen. Außerhalb des 20-Kilometer-Radius beteiligte sich nur die ländliche Volksschule in Schondratal am Wettbewerb. Alle anderen Teilnehmer stammten aus den Städten Bad Kissingen, Bad Brückenau und Hammelburg. Mit Ausnahme einer Klasse aus Bad Kissingen handelte es sich dabei auch nicht um Grund- oder Volksschulklassen, sondern um zwei Gymnasialklassen (Bad Brückenau), drei Förderschulklassen (Hammelburg) und eine Berufsschulklasse (Bad Kissingen). Die geographische Verteilung der Teilnehmer lässt darauf schließen, dass die Schulen im direkten Umkreis des Fränkischen Freilandmuseums diese Institution viel mehr als Akteur der regionalen Kulturvermittlung und -pflege wahrnehmen, als weiter entfernte Bildungseinrichtungen.

Die Ausmaße der „Heimatregion“

Es lassen sich bei der Behandlung der Wettbewerbsaufgabe zwei grundsätzlich verschiedene Lösungsansätze erkennen: Zum einen fanden Versuche statt, einen wie auch immer definierten geographischen Raum zu erkunden und die dabei aufgefundenen Einzelaspekte zusammenzutragen. Zum anderen wurde ein einzelnes, örtlich gebundenes Thema aufgegriffen und vertieft. Die unterschiedlichen Ansätze schlugen sich unverkennbar in der Gestaltung der Wettbewerbskoffer nieder und dienten daher bereits der „Werkschau“ im Herbst 2005 als konzeptionelles Gliederungskriterium.

Bei dieser Gelegenheit wurden die aus einer breit angelegten Erkundung der „Heimatregion“ resultierenden Wettbewerbsbeiträge hinsichtlich der Größe des Gebietes, das sie behandelten, detailliert

Joachim Ramming, „Heimatregion im Koffer“ – Raumnarrationen in den Ergebnissen eines SchülerInnenwettbewerbs

ausdifferenziert. Drei Einsendungen erkundeten dabei ausschließlich die eigene Ortschaft bzw. deren nächste Umgebung: Eine 4. Klasse aus Ostheim v.d. Rhön stellte fünf selbstgefertigte Plakate zu verschiedenen Einzelthemen (Ostheim, Rathaus, Adelshöfe, Hauptstraße, Kirchenburg) in den Mittelpunkt und legte eine Vielzahl zusätzlicher Texte, Bilder und Objekte bei. Darunter eine Mappe mit Kochrezepten, eine Mappe über einen Unterrichtsgang zur Bionade-Fabrik, Ergebnisse einer Internetrecherche zur Stadt, ein Inventar aller Pflanzen auf dem Schulhof, einen Souvenir-Wandelteller aus Ostheim, ein Glas mit Ostheimer Erde, zwei Flaschen mit Wasser verschiedener Bäche und eine Sammlung mit den „Gesteinsarten der Rhön“. Die 7. Klasse der Volksschule in Sandberg suchte nach Einzelaspekten, die ihre Heimatregion prägten, und stellte sie in einer Mappe mit Bildern und Texten zusammen. Dazu legte sie „museale“ Exponate zu ihrer Heimatregion in den Koffer, etwa ein Basaltstück, eine Schnitzfigur, ein Gesangbuch oder ein verkohltes Stück Holz vom Ortsbrand (Abb. 2).



Schließlich lieferte die 5./6. Jahrgangsstufe der Förderschule in Hammelburg einen Koffer ab, in dem die Hammelburger Stadtmauer aus Tonstücken nachgebildet ist sowie Wasserfarbbilder und Weinblätter ein- und aufgeklebt sind. Alle Beispiele zeigen eine nicht zuletzt historisch orientierte Annäherung an die „Heimatregion“, die in diesen Fällen auf den eigenen Wohnort und die direkte Umgebung beschränkt bleibt. Schwerer einzuordnen ist diesbezüglich die Arbeit der Jahrgangsstufen 1/2 aus der Förderschule Hammelburg: Hier dokumentierte die Lehrkraft Erkundungsgänge in die Umgebung der Stadt mit dem Fotoapparat.

In der Mehrheit der Fälle wurde der streng lokale Blickwinkel allerdings zu Gunsten eines Begriffs von der „Heimatregion“ aufgegeben, der ein weit größeres Gebiet umfasst. Der Projektkoffer der 4. Klasse aus dem Schondratal hält in Teilen noch enge Verbindung zum Nahraum der Schülerinnen und Schüler, sind darin doch selbstgefertigte Plakate mit Gebäuden und Kirchen der Gemeinden im Tal, mit den örtlichen Pflanzen und Bräuchen, Steine der Umgebung und eine Bastelarbeit zum

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

Brauch des „Kalavelbuschfeuers“ enthalten. Allerdings fertigten die Kinder auch ein Plakat über „Die Umgebung der Rhön“ an. Bilder von (landschaftlichen) Sehenswürdigkeiten nutzte auch die 3./4. Jahrgangsstufe der Förderschule in Hammelburg, die persönliche Geschichten mit entsprechenden Prospektfotos verband. Noch direkter griff eine 4. Klasse der Verbandsschule Nordheim auf Werbematerialien zurück und legte ihrem Koffer ein Arrangement aus Prospekten bei. Daneben packte sie Wanderschuhe, Flaschen verschiedener regionaler Getränkeabfüller, ein Segelflugmodell, Kopien von „Rhön-Liedern“, eine Mappe mit Geschichten, „Omas Nähkästchen“ mit alten Fotos sowie Brennholz und Basalt ein. Auch die Gymnasialklassen legten Vergleichbares in ihre Koffer: Ein Herbarium, Regionalliteratur, Wasser aus der Sinn, eine Steinsammlung und ein Rhönschaf aus Stoff und Wolle. Die 4. Klassen aus Bad Kissingen und Nordheim unterlegten ihren Materialsammlungen zudem ein System: So entwickelte die Klasse aus Bad Kissingen ein „Rhön-Spiel“, das zu historisch bedeutenden Plätzen der Region führt, während in Nordheim alle Objekte einem „Rhön-ABC“ zugeordnet wurden, das von „A“ wie „Apfelmost“ bis „Z“ wie „Ziegen(salami)“ reicht. Stichworte wie „Forelle“, „Maske“ oder „Rhöndistel“ fehlen dabei nicht (Abb. 3).



Untersucht man abschließend auch die Wettbewerbseingänge, die sich die Vertiefung eines Einzelthemas zur Aufgabe gemacht haben hinsichtlich des geographischen Rahmens, aus dem sie ihre Themen schöpfen, so bestätigen sich die soeben gemachten Beobachtungen: Auch die Einzelthemen entstammen entweder lokalen Verhältnissen, beispielsweise wenn sich die 6. Klasse der Volksschule Fladungen zeichnerisch mit der Fladunger Stadtmauer beschäftigt oder 3. Klassen aus Ostheim v.d. Rhön und Willmars den örtlichen Brauch des Osterstorchs behandeln; oder sie beziehen sich auf ein nicht genau eingegrenztes größeres Gebiet – so etwa, wenn es um den Basalt (Ostheim v.d. Rhön, 1. Jahrgangsstufe) oder um regionale Sagen (Bischofsheim, 3. Jahrgangsstufe) geht.

Die „Heimatregion“ aus Sicht der Schule – so wie sie sich im Projekt „Region im Koffer“ zeigt – ist zum einen die direkte und individuell erfahrbare lokale Umgebung, und zum anderen ein narrativ

Joachim Ramming, „Heimatregion im Koffer“ – Raumnarrationen in den Ergebnissen eines SchülerInnenwettbewerbs

konstruierter Raum, der sicherlich als „Rhön“ bezeichnet werden muss. Die geographischen Grenzen dieser „Rhön“ sind in den SchülerInnenarbeiten kaum fassbar, obwohl vorausgesetzt werden kann, dass sich alle WettbewerbsteilnehmerInnen diesem Gebiet zugehörig fühlen. Lediglich an zwei Projektkoffern wird deutlich, dass die im Wettbewerb aufscheinende „Rhön“ sich wohl primär auf deren bayerische Seite beschränkt und ihre südliche und westliche Begrenzung wohl am ehesten an den Landkreisgrenzen festgemacht wird. So findet das Spielgeschehen im „sagenhaften Rhönspiel“ (Bischofsheim, 3. Jahrgangsstufe) ausschließlich im bayerischen Teil der Rhön statt, obwohl die dem Spielfeld zu Grunde liegende Landkarte durchaus auch hessisches Territorium umfasst. Das „Rhön-Reise-Spiel“ (Bad Kissingen, 4. Jahrgangsstufe) beschränkt dagegen bereits das Spielfeld auf bayerische Landkreise (Abb. 4).



Ausdrücklich verlässt lediglich der Koffer zum Thema „Fliegen“ (Ostheim v.d. Rhön, 2. Jahrgangsstufe) bayerisches Gebiet, indem er sich auf den Segelflugplatz auf der Wasserkuppe bezieht.

Es ist festzuhalten, dass die geographische Eingrenzung der „Heimatregion“ einen unverkennbar untergeordneten Charakter in den Arbeiten der Schülerinnen und Schüler spielt. Fast nirgendwo bilden konkrete räumliche Abgrenzungsversuche die Grundlage der Definition des Regionalen, wemgleich zu vermuten ist, dass räumliche Eingrenzungen – z.B. hinsichtlich der Landesgrenzen – durchaus an verschiedenen Stellen unbewusst durchscheinen. Mit aller gebotenen Vorsicht lässt sich allerdings eine engere emotionale Bindung der Schülerinnen und Schüler an den eigenen Ort bzw. dessen direkte Umgebung feststellen, die wohl im Kontext des „Heimat“-Komplexes zu sehen ist. Als Indizien in dieser Richtung könnte die Verwendung von „Heimat“-Erde im Glas (Ostheim v.d. Rhön, 4. Jahrgangsstufe), Steinen einer örtlichen Sehenswürdigkeit (Steine vom „Lindenstumpf“, Schondratal, 4. Jahrgangsstufe) und von Wasser aus örtlichen Gewässern (Ebd. u. Bad Brückenau, 11. Jahrgangsstufe) gewertet werden.

Die Narrative der „Heimatregion“

Wo die Region lediglich in geringem Maß durch geographische oder ethnische Abgrenzung beschrieben wird, müssen andere Narrative zur Konstituierung eines identitätsstiftenden Gesamtbil-

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

des der Region vorhanden sein. Diese konstituierenden Narrative fanden ihren Niederschlag in den Projektkoffern des Wettbewerbs.

Die dort behandelten Themen lassen sich grob in eine kleine naturkundliche und eine größere kulturhistorische Gruppe unterteilen. Zwei erste Klassen aus Ostheim beschäftigten sich unter der Überschrift „Die Rhön ist steinreich“ mit den drei typischen Gesteinsarten des nördlichen Unterfrankens (Basalt, Buntsandstein und Muschelkalk) und packten bemalte Steine in ihre Koffer (Abb.5).



Eine neunte Klasse aus Fladungen fertigte eine PowerPoint-Präsentation zum Schwarzen Moor an, eine Herangehensweise, die neben der naturkundlichen Kenntnisvermittlung sicherlich auch eine Übung zum Umgang mit Computersoftware beinhaltet. Schließlich bildet die Arbeit einer zweiten Klasse aus Fladungen bereits einen Grenzfall zur Gruppe der kulturgeschichtlichen Themen, da sich nur eine Hälfte des Koffers mit der Natur, in diesem Fall mit der Geschichte einer Eiche beschäftigt, während der andere Teil einen Besuch beim Schäfer in Ginolfs dokumentiert.

Der Flachsbearbeitung ist der Koffer einer vierten Klasse aus Ostheim v.d. Rhön gewidmet, der sich ausdrücklich auf die geschichtliche Bedeutung des Flachsbaus in der Rhön bezieht. Auf fünf Tafeln werden die Arbeitsschritte der Flachsverarbeitung dargestellt; die notwendigen Geräte wurden in Modellgröße gebastelt und selbst zu einschlägigen Sprichwörtern und Redewendungen wurden eigene Tafeln angefertigt. Die neunte Klasse der Hauptschule Mellrichstadt legte ein Inventar „Christlicher Kleinkunst im Altlandkreis Mellrichstadt“ als PowerPoint-Präsentation an und packte einen kleinen Hausaltar in ihren Koffer, während die sechste Klasse aus Fladungen die örtliche Stadtmauer fotografierte und in verschiedenen Techniken malte und zeichnete. „Der sagenhafte Rhön-Koffer“ einer dritten Klasse aus Bischofsheim enthält ein Spiel mit Spielbrett, Spielanleitung, Spielkarten und Spielsteinen, das sich mit regionalen Sagen, Legenden und Erzählungen beschäftigt,

Joachim Ramming, „Heimatregion im Koffer“ – Raumnarrationen in den Ergebnissen eines SchülerInnenwettbewerbs

und der Koffer von mehreren dritten Klassen aus Ostheim v.d. Rhön und Willmars widmet sich dem „Osterstorch“. Er enthält neben einer CD-Rom und einem Buch, die die grundlegenden Recherchen dokumentieren, Bilder der Schülerinnen und Schüler vom Storch, eine Mappe mit Bildern vom Besuch beim Bäcker, ein Osternest, eine Osterbrezel und drei Gebäckbrote aus einer örtlichen Bäckerei. Bereits Erwähnung fand der aufwändig gestaltete Koffer zum Thema „Fliegen“ von zwei zweiten Klassen aus Ostheim v.d. Rhön (Abb. 6).



Auf sechs Tafeln wurden „Experimente mit Luft“, der „Traum vom Fliegen“, der „Segelflug in der Rhön“, ein „Besuch auf der Wasserkuppe“, ein „Segelflugplatz“ und die „Segelflugplätze in der Rhön“ behandelt. Dazu wurden Fotoalben angefertigt, die alle Kinder mit selbstgebastelten Fluggeräten zeigen (welche z.T. auch in den Koffer gepackt wurden), und Bildermappen mit gemalten „Traumreisen“ beigelegt. Kaum überraschend war der thematische Zugang der Kochklasse aus der Berufsfachschule in Bad Kissingen. Die angehenden Köche dokumentierten die Zubereitung eines regionalen Menüs auf Video und packten historische Küchengeräte und Kochbücher in ihren Koffer.

Auffallend am bearbeiteten Themenspektrum ist der Schwerpunkt bei den gewissermaßen klassischen volkskundlichen Themen: Schäferei, Flachsverarbeitung, Osterbrauch, Sagen oder Baugeschichte. Selbst der Segelflug und die regionaltypische Ernährung lassen sich als kulturhistorische Aspekte diesem Themenkanon zuordnen. Dagegen tritt das Thema „Natur“ überraschend deutlich in

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

den Hintergrund. Dies widerspricht geradezu dem Gesamtbild der Rhön, wie es derzeit in regionalen Entwicklungskonzepten und Werbemaßnahmen vorzufinden ist. Dort nämlich spielen Naturschutz und Tourismus – nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Biosphärenreservat – eine zentrale Rolle.

In den Koffern, die aus einer thematisch offeneren Erkundung der Region resultieren, lässt sich dieser Befund nicht wirklich verifizieren. Zwar finden sich auch hier Aspekte, die sich mit Bräuchen (Kalavelbusch, Schondratal, 4. Jahrgangsstufe), regionalem Bauen (Dorfkirchen, Schondratal, 4. Jahrgangsstufe), historischen Photographien („Omas Nähkästchen“, Nordheim, 4. Jahrgangsstufe) oder Masken (Rhön-ABC, Nordheim, 4. Jahrgangsstufe) befassen, doch tritt das Themenfeld „Natur“ dort insgesamt deutlicher hervor. Rhöndisteln, Steinsammlungen oder Herbarien finden sich mehrfach, ebenso Hinweise auf das Biosphärenreservat in Form von Prospektmaterial. Zudem lassen sich auch gänzlich andere Themenfelder nachweisen, etwa Freizeitgestaltung und Tourismus oder die regionale Wirtschaft. Flaschen und Werbematerialien für „Bionade“ der aus der Ostheimer Privatbrauerei Peter hervorgegangenen „Bionade GmbH“ wurden mehreren Koffern beige packt.

Die beiden nach ihrer Herangehensweise differierenden Koffergruppen unterscheiden sich erkennbar hinsichtlich der enthaltenen Raumnarrative. Unterstellt man den thematisch eng gefassten Koffern, dass die jeweilige Themenwahl maßgeblich von den Lehrkräften beeinflusst wurde, so zeigt sich in der Häufung klassisch volkskundlicher Themen ein im Schulunterricht kultiviertes Regionalverständnis, dessen narrative Wurzeln zumindest in den 1980er Jahren liegen. Die Diskrepanz dieser „schulischen“ Raumnarration zur Wahrnehmungswelt der Schülerinnen und Schüler zeigt sich andeutungsweise in den Koffern, die auf einer offeneren, erkundenden Herangehensweise basieren. An diesem Punkt muss die oben eingeforderte Quellenkritik einsetzen: Sie muss berücksichtigen, dass die Schulen und Lehrkräfte sich darum bemühten, einer vermuteten Erwartungshaltung des Veranstalters vauseilend zu entsprechen. Die Themenwahl dürfte – zumindest in Teilen – auf das Fränkische Freilandmuseum Fladungen abgestellt worden sein. Darin zeigt sich jedoch auch, dass die Inhalte regionaler Museen an den Schulen noch immer für bildungsrelevant und – bezogen auf das Konzept der narrativen Ausformung der Region – für identitätsstiftend gehalten werden.

Volkskunde und Schule

In der schulischen Raumnarration, wie sie in den Wettbewerbskoffern Gestalt angenommen hat, konstituiert sich die Region – die Rhön – aus einzelnen Narrativen oder Kürzeln, die insbesondere aus dem Bereich der Volkskunde stammen. Wie erwähnt, erklärt sich dieser Umstand zum Teil durch den Auslober des Wettbewerbs, der als Museum für regionale Kultur ebenfalls entsprechende Themenfelder pflegt. Darüber hinaus lässt sich jedoch noch eine weitere Erklärung für die besondere Affinität zwischen volkskundlichen Raumnarrativen und dem schulisch vermittelten Verständnis der Region anführen, nämlich die traditionell enge Verknüpfung der Volkskunde mit dem schulischen Unterricht.

Seit ihren Anfängen um die Wende zum 20. Jahrhundert drängte die akademische Volkskunde mit ihren Inhalten in die Schulen³. Dabei trat sie zu keiner Zeit als eigenständiges Fach in Erscheinung, sondern wollte und sollte Beiträge zu Fächern wie Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Naturkunde, Religion, Zeichnen, Musik oder Fremdsprachen liefern. Die Pädagogen unterstützten die Volkskun-

³ Der folgende Abriss zum Verhältnis zwischen Volkskunde und den bayerischen Schulen folgt der Darstellung von ROTH 1987.

Joachim Ramming, „Heimatregion im Koffer“ – Raumnarrationen in den Ergebnissen eines SchülerInnenwettbewerbs

de bei ihren Bemühungen, wenngleich es lange keine geeignete volkskundliche Ausbildung für Lehrer gab. Nachdem 1955 das Fach „Heimatkunde“, das unter anderem kulturkundliche Aspekte lehren sollte, in bayerischen Grundschulen endgültig eingeführt worden war, stellten sich die 1958 eingerichteten Pädagogischen Hochschulen dem Problem der volkskundlichen Lehrerbildung und richteten dort ein entsprechendes Unterrichtsfach ein. Mit der Eingliederung der pädagogischen Hochschulen in die Universitäten 1972 übernahm die universitäre Volkskunde Verantwortung für die Lehrerbildung. Allerdings war 1971 die „Heimatkunde“ vorübergehend aus dem Lehrplan der Grundschulen verschwunden und von einer „Sachkunde“ ersetzt worden, die bewusst auf volkskundliche Inhalte verzichtete. Schon 1974 setzte sich jedoch die Kompromissbezeichnung „Heimat- und Sachkunde“ durch, und der „Lehrplan für die bayerischen Grundschulen“ von 1981 brachte auch die volkskundlichen Inhalte des Faches zurück an die Schulen. In einer bis dahin ungekannten Breite sollten nun wieder Bräuche, Sagen, Volksmusik, Tanz und andere klassisch volkskundliche Aspekte insbesondere im Heimat- und Sachkundeunterricht behandelt werden.

Der aktuelle Lehrplan für Grundschulen in Bayern, der am 9. August 2000 in Kraft getreten ist (www.isb.bayern.de), enthält zwar noch immer das Fach „Heimat- und Sachunterricht“, hat jedoch die volkskundlichen Aspekte innerhalb des Faches drastisch reduziert. Neben naturwissenschaftlichen, geschichtlichen und sozialen Themen nimmt die Umwelterziehung breiten Raum ein. Volkskundliche Themen werden nicht mehr explizit erwähnt. Demnach lässt sich der an den Wettbewerbskoffern diagnostizierte Befund nur schwer mit dem aktuellen Lehrplan für Grundschulen in Übereinstimmung bringen; er erscheint vielmehr wie ein Nachwirken älterer Lehrpläne nach 1981.

Schlussbemerkung

Die Analyse der Wettbewerbskoffer konnte hinsichtlich des darin manifestierten Verständnisses von der Region zeigen, dass in schulischen Zusammenhängen die „Heimatregion“ weniger als geographisch klar abgegrenztes Gebiet beschrieben, sondern viel stärker aus einzelnen inhaltlichen Raumnarrativen konstruiert wird. Dabei wurden Narrative – insbesondere aus dem volkskundlichen Themenkanon – aufgegriffen, die sich deutlich von aktuellen Beschreibungsversuchen für die Region „Rhön“ unterscheiden. Nicht nur, dass die entsprechenden Themen nicht mehr ausdrücklich vom Lehrplan der Grundschulen (von den Lehrplänen weiterführender Schulen ohnehin nicht mehr) eingefordert werden, auch die öffentliche Wahrnehmung, mithin das politisch gelenkte und medial verbreitete Gesamtbild der Rhön, setzt andere Schwerpunkte. Naturschutz und Tourismus nehmen darin eine führende Rolle ein. So lässt sich bei aller – nicht zuletzt aufgrund der schmalen Quellenbasis von 22 SchülerInnenarbeiten – gebotenen Vorsicht folgern, dass das schulisch vermittelte Verständnis von der Region ein Stück weit von der Entwicklung der aktuellen Raumnarrationen abgekoppelt scheint und weiterhin ältere Beschreibungsversuche kultiviert. Neuere Narrative der Region finden offenbar nur langsam Eingang in die Schule. Ihre Setzung bedarf – wohl nicht nur in schulischen Zusammenhängen – einer gewissen Zeit.

Literatur

BECKER, FRANZISKA / Beate Binder, 2005: Fragile Räume und angeeignete Orte. Zur Ethnografie von Ortsbezogenheit in der Spätmoderne. Panel. Einführung. In: Binder, Beate u.a. (Hg.), 2005: Ort.

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

Arbeit. Körper. Ethnografie europäischer Modernen, Münster/New York/München/Berlin, S. 157-159

BENDIX, Regina, 2005: Orte und Regionen. Ethnologische Ansätze zum politischen und ökonomischen Umgang mit territorialen Begriffen in Europa. Panel. Einführung. In: Binder, Beate u.a. (Hg.), 2005: Ort. Arbeit. Körper. Ethnografie europäischer Modernen, Münster/New York/München/Berlin

DAXELMÜLLER, Christoph, 2002: Zwischen Biergarten und Internet. Heimat in einer globalisierten Welt. In: Bayerische Blätter für Volkskunde NF 3 (2002/2), S. 143-165

GUPTA, Akhil / James FERGUSON, 1997: Culture, Power, Place. Ethnography at the end of an era. In: Gupta, Akhil / James Ferguson (Eds.), 1997: Culture, Power, Place. Explorations in cultural anthropology, Durham/London

KÖSTLIN, Konrad, 2005: Region in europäischen Modernen. In: Binder, Beate u.a. (Hg.), 2005: Ort. Arbeit. Körper. Ethnographie europäischer Modernen, Münster/New York/München/Berlin, S. 119-126

Lehrplan für die Jahrgangsstufe 3, S. 192 u. 197, siehe www.isb.bayern.de

Lehrplan für die Jahrgangsstufe 4, S. 236 u. 267, siehe: www.isb.bayern.de

Regionales Entwicklungskonzept für den Landkreis Rhön-Grabfeld (REK), Februar 2002, Bad Neustadt

ROTH, Elisabeth, 1987: Volkskunde und Schule. In: Wege der Volkskunde in Bayern, München/Würzburg, S. 515-547

SCHMIDT-LAUBER, Brigitta, 2005: Fragile Räume – Ortsbezogenheit und Mobilität. Kommentar. In: Binder, Beate u.a. (Hg.), 2005: Ort. Arbeit. Körper. Ethnografie europäischer Modernen, Münster/New York/München/Berlin

SEIFERT, Manfred, 2002: Der neue Charme lokaler Identitäten. Zur Historisierung und Musealisierung von Heimatwelten. In: Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde, S. 11-25

www.isb.bayern.de

Manfred Heidrich / Regina Filler, Das Projekt „Keltenwelt Rhön“: Besiedlung in der Eisenzeit und keltische Kultur – Bedeutung für Touristen und einheimische Bevölkerung

Das Projekt „Keltenwelt Rhön“: Besiedlung in der Eisenzeit und keltische Kultur – Bedeutung für Touristen und einheimische Bevölkerung

Manfred Heidrich / Regina Filler

Die Besiedlung der Rhön wird in vielen wissenschaftlichen Untersuchungen, aber auch in Projekten und Vorhaben im Biosphärenreservat Rhön thematisiert. Eine nachhaltige Entwicklung der Region muss auch das Wissen um frühere Kulturen als Grundlage regionalen Bewusstseins umfassen.

Den Spuren der Besiedlung in der Eisenzeit und dem Thema keltische Kultur nachzugehen ist Ziel der Aktivitäten des Fördervereins „Eisenzeitlich-keltische Geschichte in der Rhön e.V.“ mit Sitz in Sünna¹. Viele Fähigkeiten und Kenntnisse aus und über diese Zeit sind verlorengegangen. Dies betrifft nicht nur religiöse oder astronomische Gesichtspunkte, sondern besonders die keltische Handwerkskunst, z. B. Hohlglasstechniken mit Bronze oder die Schmiedekunst mit Eisen. Diese waren erst 1000 Jahre später wieder verfügbar und konnten bis heute noch nicht vollständig nachvollzogen werden (BIEL 1996 „Experiment Hochdorf“). Besiedlungszeichen und Funde an verschiedenen Stellen in der Rhön deuten aber auf den Einfluss und die Lebensweise der damaligen hohen Kultur vor ca. 2.500 Jahren hin. Der Förderverein bemüht sich, Funde und gesicherte Erkenntnisse zusammenzutragen, die eisenzeitliche Erforschung, insbesondere der Thüringischen Rhön, voranzubringen und durch die Nachbildung eines „Keltendorfes“ (Näheres zu Vorbereitung und Recherche s.u.) sowohl die einheimische Bevölkerung als auch Touristen mit der keltischen Kultur bekannt zu machen. Weiterhin bemüht sich der Verein damit eine Inwertsetzung dieser regionalen Besonderheit zu erreichen.

Ringwallanlage Öchsen:

Die Ringwallanlage auf dem Berg Öchsen (bei Vacha, Völkershäuser und Sünna im Thüringer Teil der Rhön bzw. des Wartburgkreises) wurde seit 1964 zum großen Teil durch intensive Steinbrucharbeiten zerstört. Ursprünglich umzogen den Öchsenberg zwei ovale Ringwälle von unterschiedlichem Umfang. In das Wallsystem waren die vorhandenen Blockmeere bewusst mit einbezogen worden. Im geschützten Innenbereich befand sich eine Quelle. Ein Hauptzugang zur Höhensiedlung lag im Südosten der Wallanlage. Siedlungsfunde gab es nicht nur im unmittelbaren Wallbereich. Tonscherben aus der Urnenfelderzeit könnten einen Hinweis auf eine erste Siedlung auf dem Berg darstellen. Ein Grundriss der Anlage wurde erstmals 1911 veröffentlicht. Weitere Siedlungsfunde, ein gedrehter Halsring mit Hakenverschluss, Gefäßreste und Spinnwirtel, sind der späten Hallstattzeit zuzuordnen. Die Hauptbesiedlung fiel den Funden nach in die mittlere Latènezeit. Die Zeugnisse dieser Zeitstufe bestehen aus Drehscheibenkeramik, einem Gürtelhaken, einem Rasiermesser, einer Lanzenspitze und einem Schwert (BAHN 1994). Seit 1903 gab es mehrere Grabungen. Diese Funde sind jetzt in Kassel, in Fulda, im Steinsburgmuseum Römhild, aber auch im Museum für Ur- und Frühgeschichte in Weimar zu sehen.

¹ www.keltenwelt-rhoen.de

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

Um die eisenzeitlichen Siedlungsgebiete näher eingrenzen und ihre Bedeutung besser bewerten zu können, sind allerdings weitere Forschungen erforderlich.

Als bedeutender Fund in der Nähe der entstehenden Keltendorfnachbildung kann die Schnabelkanne der Latènekultur von Borsch 450 v. Chr. gelten (DU?EK 1999). Diese stammt aus einem kleinen Hügelgräberfeld bei Borsch, das 1896 von Grabräubern zerstört wurde. Aus einem der Gräber konnten nachträglich noch die Reste der Kanne, ein zeittypisches Hiebmesser und ein strichverziertes Gefäß geborgen werden. Die Bronzekanne wurde unter Einbeziehung der Originalteile rekonstruiert. Sie befindet sich heute im Institut für Ur- und Frühgeschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Projekt „Keltenwelt Rhön“

Ziel des ersten Vorhabens des Fördervereins „Eisenzeitlich-keltische Geschichte in der Rhön e.V.“ ist die Errichtung eines historisch nachempfundenen Keltendorfes, das unweit der historisch verbürgten Wallanlage auf dem Berg Öchsen entstehen soll – in der Nähe des bereits vorhandenen „Keltenwald-Hotels“ mit seinen Hinweisen auf die Siedlungsaktivitäten in der Eisenzeit. Darüber hinaus sollen im „Keltendorf“ zukünftig entsprechende Informationsangebote zu keltischen Funden in der Rhön und den angrenzenden Gebieten bereitgestellt werden. Im Rahmen der „Extratouren“ (Teil des neuen Fernwanderweges „Der Hochrhöner“) wird ebenfalls eine Wanderstrecke als „Keltenpfad“ entstehen, ebenso wie ein mit historischen Informationspunkten versehener Themenweg, der die Wanderer – einer „Zeitreise“ gleich – zum Keltendorf hinführen soll.

Das Projekt „Keltenwelt Rhön“ ist ein Schwerpunktprojekt im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes Thüringer Rhön (REK), das zur Zeit umgesetzt wird. Mit Unterstützung durch das EU-Förderprogramm LEADER+, der LEADER-Aktionsgruppe Wartburgregion und der Arbeitsgemeinschaft Wartburgkreis sind die verschiedenen Vorhaben realisierbar geworden.

Geplant ist kein Museumsdorf im eigentlichen Sinne, sondern eine bauliche und gestalterische Nachempfindung der keltischen Lebensweise. Der Arbeitsalltag, die Handwerkstechniken und das Kulturgut der Kelten sollen veranschaulicht und annähernd erlebbar gemacht werden.

Vorbereitung und Recherchen

Im Vorfeld des Projektes „Keltenwelt Rhön“ gab es verschiedene Recherchen und Kontakte, so z. B. zu Frau Dr. Ines SPAZIER vom Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Weimar. Neben naturschutzfachlichen Untersuchungen in Verbindung mit der Thüringer Verwaltungsstelle Biosphärenreservat Rhön und der Oberen Naturschutzbehörde im Thüringer Landesverwaltungsamt in Weimar wurden auch vor Projektbeginn die Themen Authentizität und historische Grundlagen erörtert, u. a. mit Professor Dr. Peter ETTTEL, Institut für Ur- und Frühgeschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Fachliche Hintergründe lieferten u. a. auch die Arbeiten von Herrn Diplom-Prähistoriker Bernd W. BAHN (Bodendenkmalpfleger i.R., Weimar). Kontakte gab es auch zum Steinsburgmuseum Römhild als der Außenstelle für archäologische Denkmalpflege und zu Dr. Matthias MÜLLER (verstorben), Vonderau-Museum Fulda. Unterstützung und Informationen für das Projekt „Keltenwelt Rhön“ boten des Weiteren Vereine (z.B. Hennebergisch-fränkischer Geschichtsverein, Regionalforum Thüringer Rhön e.V., Tourismusgemeinschaft Thüringer Rhön e.V.). Über den Kontakt zur Sole-Heilbad Kurverwaltungsgesellschaft mbH Bad Salzungen konnten Informationen, die im Vorfeld des Keltenbad-Baus recherchiert wurden, für das Projekt genutzt werden, etwa über kel-

Manfred Heidrich / Regina Filler, Das Projekt „Keltenwelt Rhön“: Besiedlung in der Eisenzeit und keltische Kultur – Bedeutung für Touristen und einheimische Bevölkerung

tische Feste und Kleidung und über die mögliche Nutzung der Solequellen sowie graphische Darstellungen des keltischen Lebensalltages.

In Bad Salzungen hatte die ehrenamtliche Bodendenkmalpflegerin Regina FRIMEL umfangreiche Recherchen zum Thema Kelten betrieben, u.a. mit folgenden Ergebnissen:

„Lt. Bad Salzunger Chronik wurden in den Jahren 1670, 1787 und 1933 bei der Stadtkirche in Bad Salzungen Urnen und Schmuck keltischer Herkunft entdeckt. 1826 kam bei Umbauarbeiten eines Gradierwerkes ein keltischer Goldschatz ans Tageslicht (vier offene Ringe zu einer Kette gebunden). 1878 fand man beim Kiesabbau in der Nähe von Bad Salzungen (Leimbach) alte Töpfe aus Ton und reich verzierten Bronze- und Eisenschmuck aus der Zeit von 400 v. Chr. bis zur 2. Hälfte des 1. Jh. v. Chr. im keltischen Laténestil. Weiterhin wurde 1878 beim Bau der Feldbahn ein Gräberfeld bei Leimbach entdeckt. Es wurde vom 4. Jh. v. Chr. bis zur 2. Hälfte des 1. Jh. v. Chr. genutzt.“ Die Fundorte und der Öchsen liegen nur ca. 15 km voneinander entfernt. Aber auch Helge BLANKENBURG (ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger aus Unterbreizbach) und Olaf DITZEL (Heimat und Geschichtsverein Vacha) vermittelten im Vorfeld des Vorhabens im Rahmen der Tätigkeit des Vereins „Eisenzeitlich-keltische Geschichte in der Rhön e.V.“ Kontakte und Informationen. Wertvolle Informationen, die auch für die künftige Umsetzung des Themas „Keltenwelt Rhön“ wichtig sind, lieferte die Arbeit der Schönauer Historikerin Birgit SCHMALZ, die u.a. für das Projekt „Virtuelles Rhönlexikon“² recherchierte. (z.B. Quellenrecherche, Auflistung von Funden in der Rhön).

Mitglieder des Vereins „Eisenzeitlich-keltische Geschichte in der Rhön e.V.“ informierten sich speziell für den Bau des Keltendorfes bei ähnlichen Projekten, Museumsdörfern etc. So wurde etwa in Holzhausen das „Gelände für experimentelle Archäologie und kreative Freizeitgestaltung“ als Außenstelle des Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie besucht. Weitere wichtige Kenntnisse vermittelte das Projekt in Oberdorla, die Nachbildung einer germanische Siedlung („Opfermoor“). Ebenfalls wurden z.B. besucht:

- das archäologische Keltendorf Gabreta,
- das Keltenmuseum Hochdorf,
- die Archäologischen Freilichtanlage Funkenburg bei Westgreußen,
- das Museum Hallstatt mit dem Keltenmuseum (Österreich),
- das Urgeschichtliche Freilichtmuseum Mittelkirchen (Österreich),
- das Keltendorf Steinbach am Donnersberg (Pfalz),
- das Keltendorf im Hunsrück,
- der Glauberg bei Glauburg-Glauberg (Wetterau/Hessen) und
- der „Hill of Tara“ und das Museum mit dem „Book of Celts“ (Irland).

Das Keltendorf

Das seit 2004 im Aufbau befindliche „Keltendorf“ wird am Berg Öchsen errichtet und umfasst die folgenden Bestandteile:

² www.rhoenlexikon.de

Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen

- Torhaus mit Holzpalisaden als Umfriedung des Ortsbereiches
- Langhaus und Sanitärbereich
- keltische Behausungen (Handwerkerhäuser/Wohnhäuser)
- überdachter Feuerstätte
- ein Infocenter und Empfangsgebäude mit der Funktion als
- Informationsstelle zum Thema Kelten, zum entstehenden Dorf und zu weiteren touristischen Angeboten der Region
- Eintrittskartenverkauf für Rundgänge und Aktionen sowie die Buchung von
- Seminaren und Anmietung von baulichen Anlagen
- Verkauf von Wanderkarten, Büchern, Schriften und Andenken.

Hinzu kommen die erwähnten Wanderwege „Keltenpfad“ – rund um das Keltendorf – und „Zeitreise“, der als Weg zum Keltendorf gestaltet wird.

Zu wichtigen Feste der Kelten, wie das „Beltane“ (Mondfest, in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai), „Litha“ (Sommersonnenwende am 21. Juni) oder „Lugnasadh“ (Fest zu Ehren des Sonnengottes Lug und Kräuterweihe am 31. Juli und 1. August) sind jeweils informative, kulturelle und touristische Aktionen geplant.

Die offizielle Eröffnung des Keltendorfes ist für den 13. August 2006 vorgesehen.



Abb.: Keltendorf

Manfred Heidrich / Regina Filler, Das Projekt „Keltenwelt Rhön“: Besiedlung in der Eisenzeit und keltische Kultur – Bedeutung für Touristen und einheimische Bevölkerung

Der Verein

In dem mittlerweile 39 Mitglieder zählenden Verein bestehen Projektgruppen, die den künftigen Betrieb und verschiedene Angebote vorbereiten:

- Betriebswirtschaft / Organisation und Marketing
- Eisenzeitliches Handwerk: Metallverarbeitung, Holzbearbeitung, Haus- und Ofenbau etc.
- Eisenzeitliche Landwirtschaft, Gartenbau, Kräuterkunde, Ackerbau, Viehzucht
- Gastronomie und Tourismus (mit den Themen Wohnen, Essen, Trinken, Hauswirtschaft etc.)
- Geistiges und kulturelles Leben der Kelten (Mythologie, Musik, Kunst etc.)
- Vereinsvorsitzender ist Manfred Heidrich, Stellvertreter Herbert Stütz.

Literatur

BAHN, Bernd W., 1994: Südliches Thüringen (Führer zu archäologischen Denkmälern in Deutschland 28), hg. vom Nordwestdeutschen, West- und Süddeutschen, Mittel- und Ostdeutschen Verband für Altertumsforschung, Weimar

ARCHÄOLOGISCHEN GESELLSCHAFT IN HESSEN E.V (Hg.), 1998: Ein frühkeltischer Fürstengrabhügel am Glauberg im Wetteraukreis, Wiesbaden

FEUSTEL, Rudolf, 1979: Keltenforschung in Südthüringen, Weimar, S. 43

DUSEK, Sigrid (Hg.), 1999: Ur- und Frühgeschichte Thüringens. Ergebnisse archäologischer Forschung in Text und Bild, Stuttgart

HAHN, Heinrich, 1987: Das Schwert von Habelberg, Fuldaer Geschichtsblätter, Jg. 63

Internetquellen

Virtuelles Rhönlexikon – ein Projekt der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Rhön (ARGE Rhön) unter www.rhoenlexikon.de

Förderverein „Eisenzeitlich-keltische Geschichte in der Rhön e.V.“ mit Sitz in Sünna www.keltenwelt-rhoen.de

Regionale verkehrspolitische Betrachtungen

Erich Ott, Neue Bundesstraße B 87 n soll das Biosphärenreservat Rhön durchqueren – 15 Jahre Kontroversen um die Trasse Fulda–Meiningen

Neue Bundesstraße B 87 n soll das Biosphärenreservat Rhön durchqueren – 15 Jahre Kontroversen um die Trasse Fulda-Meiningen

Erich Ott

Die Grenzöffnung, das UNESCO-Biosphärenreservat und die Geschichte einer West-Ost-Trasse

Mit der Grenzöffnung zwischen Thüringen und Hessen/Bayern und der deutschen Wiedervereinigung setzen in der Rhön vielfältige Aktivitäten ein. Die Ost-West-Teilung des Raumes war zu überwinden, und es waren Voraussetzungen für die Bewältigung der neuen Mobilitätsanforderungen – auch in Form von neuen Verkehrswegen und -strukturen – zu schaffen. Die zeitliche Parallelität der Geburtsstunde des UNESCO-Biosphärenreservats Rhön als länderübergreifendes Vorhaben in diesem Raum ist ein förderndes Element dieses Zusammenwachsens und zugleich eine große Herausforderung an Schutz und Entwicklung einer prädikatisierten Natur und Landschaft, für die hohe Sensibilität angesagt ist¹.

Es wurden zwischen Hessen und Thüringen zahlreiche mittlere und kleinere Straßenbauprojekte im grenzquerenden und grenznahen Bereich unbürokratisch realisiert, in der thüringischen Rhön eine Vielzahl von Straßenbauvorhaben als „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ geplant und in den folgenden Jahren umgesetzt. Verbunden war dies mit gewaltigen Eingriffen in die Kulturlandschaft, aber auch in die Dörfer und Städte der Region. Die Verkehrssituation erfuhr gerade in Thüringen eine völlige Strukturveränderung: Straßenausbau, gewaltiges Anwachsen des Individualverkehrs (PKW), Einstellung von Bahnstrecken und -linien, erhebliche Reduzierung des ÖPNV insgesamt.

Die Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs zwischen Ost und West² entfaltete sich in den folgenden Jahren enorm. Es handelt sich dabei sowohl um Pendlermobilität (im wesentlichen Einpendler nach Hessen, vor allem in den Raum Fulda) als auch um Wirtschafts- und Freizeitverkehr.

Unmittelbar mit Beginn der Grenzöffnung wurde in der regionalen Verkehrsdiskussion in Hessen, d.h. vor allem im Landkreis und der Stadt Fulda, seitens der hier maßgeblichen CDU, der Industrie- und Handelskammer und aus Wirtschaftskreisen die Forderung nach einer leistungsfähigen West-Ost-Straßenverbindung gefordert. Das erklärte Ziel war eine neue Querung der Rhön, die die Wirtschafts- und Beschäftigungsräume Fulda und Meiningen verbinden sollte. Zunächst wurde vorgeschlagen, diese als Autobahn im Anschluss an das BAB Südkreuz Fulda zu errichten, was sich aber sehr schnell als wenig chancenreich erwies, da die Eingriffe in Natur und Landschaft ebenso wie die Überwindung der Höhenlagen unrealistisch waren.

¹ Dies wurde von den Verantwortlichen und am Gründungsakt Beteiligten zu diesem Anlass in Kaltensundheim/Rhön unter der Schirmherrschaft der UNESCO mit großer Deutlichkeit betont. Vgl., Gründungsversammlung des UNESCO-Biosphärenreservates, 25. September 1991, Ansprachen und Dokumente. Perspektiven für die Rhön, Frankfurt/M. 1992.

² Hier wird im Wesentlichen auf die Verkehrssituation zwischen Hessen und Thüringen im Bereich der Rhön (die klassische West-Ost-Dimension) Bezug genommen; die Verkehrsverbindungen liegen in zentralen Bereichen quer zum Verlauf der Höhenzüge des Mittelgebirges. Die Verkehrsbeziehungen zwischen der thüringischen und der bayerischen Rhön, die eine stärkere Nord-Süd-Ausrichtung aufweisen und damit in einer gewissen Parallelität zum Gebirgsverlauf stehen, werden hier nur am Rande betrachtet.

Regionale verkehrspolitische Betrachtungen

In der Folgezeit erhoben diejenigen, die diese Verbindung favorisierten, schnell die Forderung nach einer Bundesstraße, mit einigen zu prüfenden Varianten hinsichtlich des Trassenverlaufs, der den Anforderungen an die Leistungserwartungen der Straße und eine vertretbare bauliche Realisierung in Bezug auf das zu querende Mittelgebirgsmassiv und den Naturschutz gerecht werden konnte.

Mit der beabsichtigten Schutzgebietsausweisung in der Rhön und dem eingeschlagenen Weg zur Anerkennung als UNESCO-Biosphärenreservat wurden auch die unterschiedlichen Positionen und Interessen in zahlreichen Fragen der Raumentwicklung deutlich. Sie kennzeichnen in erheblichem Ausmaß die Diskussion der folgenden Jahre, einerseits im Zusammenhang mit dem für die Entwicklung des gesamten Biosphärenreservats Rhön zu erstellenden Rahmenkonzepts³ und andererseits mit den Bewertungen und Interessenstrukturen wirtschaftlicher und politischer Zielsetzungen, insbesondere aus dem Raum Fulda. In der Vielzahl von Themen mit unterschiedlichen Interessenbezügen und Vorstellungen zeichnete sich sehr schnell ab, dass mit der Erörterung eines adäquaten Verkehrskonzepts für das Biosphärenreservat Rhön auch relativ scharfe Konflikte entstehen würden. Die geforderte neue Bundesstraßentrasse Fulda-Meiningen löste in der weiteren Entwicklung dann bis heute andauernde harte Kontroversen aus⁴. Nach 15 Jahren Diskussion geht es offensichtlich planerisch in die Endrunde. Politik, Wirtschaft und Behörden haben die Weichen gestellt, in der Begründung einen Paradigmenwechsel vollzogen und sind fest entschlossen die neue Bundesstraße als Trasse B 87 n zu realisieren, Planungen und Begutachtungen sind auf einen eng definierten Korridor orientiert.

Die Umwelterheblichkeitsuntersuchung vom Mai 1998, die in besonderer Weise die Auswirkungen auf das Biosphärenreservat zu prüfen hatte, kommt im Ergebnis der Prüfung der Trassenvarianten zu dem Schluss, „*dass die Einschätzung der Eingriffserheblichkeit und die dargestellte Variantenfolge relativ zu sehen ist. Bei einer absoluten Einschätzung einzelner Varianten bzw. in der Summation der Eingriffe ist jede Variante mit einer mehr oder weniger hohen Eingriffserheblichkeit verbunden, was insb. im Hinblick auf die Sensibilität des Biosphärenreservates Rhön gegenüber den aus den geplanten Straßenbaumaßnahmen resultierenden Beeinträchtigungen sehr kritisch zu sehen ist*“⁵. Trotz dieser kritischen Ergebnisse wurde die Planung weiter politisch forciert.

In der Folge dieser Untersuchung konzentrierte sich die Planung des Trassenverlaufs auf einen Korridor Fulda – Hofbieber – Tann – Unterweid (Tunnel) – Kaltensundheim – Meiningen, zu dem für den hessischen Verlaufsbereich das Gutachten Umweltverträglichkeitsprüfung im Jahre 2006 vorgelegt und abschließend diskutiert werden soll, um in die nächste Planungsphase eintreten zu können.

Um die aktuelle Situation zu verstehen, die Argumente und Begründungen von Befürwortern und Gegnern aus heutiger Sicht bewerten zu können und schließlich mehr Klarheit hinsichtlich der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit dieser neuen Bundesstraße B 87 n für die Region zu schaffen, ist es erforderlich, die wichtigsten Inhalte und Zielsetzungen der Debatte der vergangenen Jahre zu skiz-

³ Der intensive Diskussionsprozess dazu begann 1991 und führte über Jahre kontroverser Debatten zu dem 1995 in der Endfassung vorgelegten und von den beteiligten Bundesländern akzeptierten Leitbild: Biosphärenreservat Rhön, Rahmenkonzept für Schutz, Pflege und Entwicklung, Bearbeiter: Reinhard GREBE / Guido BAUERNSCHMITT, Radebeul 1995.

⁴ Vgl. dazu die Dokumente, Materialien und Presseauschnittsammlung im WSR-Archiv.

⁵ Untersuchung zur Verbesserung der Straßenverbindung zwischen den Räumen Fulda (Hessen) und Meiningen (Thüringen), Stufe 3: Umwelterheblichkeitsuntersuchung, PLANUNGSGESELLSCHAFT UMWELT, STADT UND VERKEHR MBH COCHET CONSULT, im Auftrag des Hessischen Landesamtes für Straßen- und Verkehrswesen Fulda, Mai 1998, S. 206.

Erich Ott, Neue Bundesstraße B 87 n soll das Biosphärenreservat Rhön durchqueren – 15 Jahre Kontroversen um die Trasse Fulda–Meiningen

zieren⁶. So haben 15 Jahre deutlich an den Argumenten der Befürworter genagt und die tatsächliche Dringlichkeit der Realisierung des Projekts relativiert. Denn selbst bei einer baldigen Entscheidung für die Trasse würden ihre konkrete Planung, der Bau und die Fertigstellung vermutlich nochmals ein Jahrzehnt in Anspruch nehmen.

Besondere Bedeutung wird hier der Frage beigemessen, inwieweit Nutzen, Beeinträchtigungen, Schädigungen und spezifische Interessen in Bezug auf diesen Straßenbau mit den mittel- und längerfristigen Wirkungen auf das UNESCO-Biosphärenreservat zu vereinbaren sind. D.h., es sind solche Abwägungen besonders zu beachten, die die Folgen für Mensch und Natur, für die Entwicklung des Biosphärenreservats Rhön, für die geschützte Kulturlandschaft und die Lebensweise der Menschen in der Region thematisieren.

Pro und Kontra im Verlauf von 15 Jahren

Im Mittelpunkt der Diskussion um eine angemessene Regionalentwicklung, die im Einklang mit den Grundsätzen der UNESCO zum MAB-Programm für die Biosphärenreservate steht, und die zugleich die besonders schützenswerten Bestandteile der Rhöner Kulturlandschaft berücksichtigt, stand von Anfang an als einer der wichtigsten Punkte die Forderung nach einem umfassenden und adäquaten Verkehrskonzept für den gesamten Raum der Rhön bzw. des Biosphärenreservats⁷.

Alle relevanten Untersuchungen und Gutachten vom Beginn der 90er Jahre, also aus der Zeit mit dem höchsten grenzquerenden Verkehrsaufkommen, kamen zu dem Ergebnis, dass man bei einer sachlichen Beurteilung der Straßensituation in der Rhön zu dem Schluss kommen muss, dass ein Teil der Straßen, besonders in der thüringischen Rhön, der qualitativen Verbesserung bedarf, aber insgesamt im Bereich der Rhön ein adäquates und flächendeckendes Netz klassifizierter Straße besteht⁸. In den erwähnten Untersuchungen und Gutachten wurden die Straßen und notwendige Ausbaumaßnahmen konkret benannt und in den Zusammenhang von noch bestehendem Schienenverkehr und einer insgesamt zu vernetzenden ÖPNV-Struktur gestellt.

In zwei Konferenzen zur Verkehrssituation im Biosphärenreservat wurden aus hessischer Initiative heraus und unter Beteiligung von Vertretern aus Thüringen und Bayern, die für den regionalen Raum erforderlichen und sinnvollen Entwicklungen des Verkehrssektors breit erörtert und konkrete Vor-

⁶ Einen Überblick über die aktuelle Entwicklung und die Aktivitäten aus der Sicht einer regionalen Bürgerinitiative gegen die Trasse gibt: Johann RÜPPEL, Regionalentwicklung und Erhalt der Kulturlandschaft: Die Tanner Bürgerinitiative gegen die Trasse Fulda – Meiningen. In: Beiträge Region und Nachhaltigkeit, H. 2/2005, S. 111 ff.

⁷ Dazu gab es eine breite teilweise auch kontroverse Debatte unter Beteiligung aller Interessierten und Betroffenen in der Region. Vgl. Erich OTT, Verkehrskonzeption und Infrastruktur – eine Option auf die Zukunft. In: Eigenbrodt, Jörg / Erich Ott (Hg.), 1994: Debatten im Rhöner Dreiländereck – Positionen und Beiträge zur Diskussion um das Biosphärenreservat, (Schriftenreihe Biosphärenreservat Rhön, Band 3), Frankfurt / M., S. 147 ff.

⁸ Zu solchen Bewertungen kommen: HLT-Gutachten, Helga JÄGER / Volker KLIEMT / Wolfgang KOCH / Thomas MEYER, / Klaus WILlich-MICHAELIS, Teilgutachten zum Rahmenkonzept Biosphärenreservat Rhön, Bevölkerung und Wirtschaft, Fremdenverkehr, Verkehr – Entwurf, HLT Report Nr. 383, Wiesbaden 1993, S. 128; PLANUNGSBÜRO GREBE, Rahmenkonzept Biosphärenreservat Rhön, Schlussbericht – Entwurf, Juli 1993, S. 114 ff.; Erich OTT / Thomas GERLINGER, 1992: Zukunftschancen für eine Region – Alternative Entwicklungsszenarien zum UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (Schriftenreihe Biosphärenreservat Rhön - Band 2), Frankfurt/M., S. 141 f.

Regionale verkehrspolitische Betrachtungen

schläge erarbeitet⁹. Diese fanden weitgehend auch Eingang in das Rahmenkonzept für das Biosphärenreservat Rhön. Strittig war und blieb insbesondere die Forderung nach einer neuen Rhönquerung Fulda-Meiningen, deren Verfechter¹⁰ auf einer Neutrassierung als Bundesstraße beharrten.

Argumentationen zur Begründung der Trasse¹¹:

1. Es bedarf einer solchen leistungsfähigen Straße, um die Wirtschaftsräume Fulda und Meiningen zu verbinden, damit sich die Wirtschaftsbeziehungen umfassend entwickeln können. Eine deutliche zeitliche Reduzierung der Fahrtdauer im Personen- und Güterverkehr muss erreicht werden.
2. Der Personenverkehr und die Förderung der Einheit im regionalen Raum erfordert eine tiefgreifende Verbesserung der Erreichbarkeit der Räume Fulda und Meiningen. Die bestehenden und z.T. schlecht ausgebauten Landes- und Kreisstraßen begründen eine qualitative Ergänzung in Form einer neuen Trasse im zentralen Bereich der Rhön, um den Verkehr zu bündeln und die Wegezeiten zu verkürzen.
3. Der stark entwickelte Pendlerverkehr (Tagespendler) vor allem von Thüringen nach Hessen, mit Schwerpunkt in den Raum Fulda/Hünfeld, erfordert eine neue Straßensituation. Die Trasse wird eine Bündelfunktion des Pendlerverkehrs bewirken, was eine wesentlich schnellere Erreichbarkeit von Arbeits- und Wohnort ergibt.
4. Die neue Bundesstraße hat eine ausschließlich binnenräumliche Funktion für die Region. Sie soll auf keinen Fall überregionalen Durchgangsverkehr anziehen oder begünstigen.

Diesen Argumenten wurde entgegengehalten, dass die Gesichtspunkte, die das UNESCO-Biosphärenreservat und den Schutz wertvoller Naturbereiche betreffen, von dieser Seite faktisch ignoriert wurden und auch die immanente Stimmigkeit der Begründungen fehlt¹²:

Zu 1. Eine Beziehung der Wirtschaftsräume Meiningen - Fulda spielte weder historisch eine bedeutende Rolle noch ist sie gegenwärtig von besonderem Belang. Die Region Meiningen, wirtschaftlich ohnehin von eher geringerer Bedeutung als andere thüringische Räume in dieser Region (z.B. Schmalkalden, Bad Salzungen), hat eine deutliche Orientierung auf den unterfränkischen Raum in Bayern, zu dem im nord-südlichen Talverlauf günstige Verkehrswege (B

⁹ Vgl. dazu die Dokumentation der beiden Verkehrskonferenzen im März 1995 in Gersfeld und im September 1995 in Bad Brückenau. In: Habermehl, Klaus / Erich Ott / Barbara Reddig (Hg.), 1996: Verkehrsentwicklung im Biosphärenreservat Rhön. Positionen und Beiträge, Schriftenreihe Biosphärenreservat Rhön, Band 7, Frankfurt/M.

¹⁰ Dies waren und sind insbesondere: Der Landkreis Fulda in Person des Landrates, die Stadt Fulda, die Industrie- und Handelskammer Fulda und eine Reihe von Unternehmern, die Parteien CDU und FDP, denen sich später auch die SPD anschloss. Im Verlauf der 1990er Jahre wurde diese Forderung auch von Funktionsträger der thüringischen Kreise und Gemeinden zunehmend unterstützt.

¹¹ Zu diesem Zeitpunkt (1995) waren drei Trassenvarianten in der Prüfung: eine nördliche (Ausbau der bestehenden Bundesstraße B 84): Hünfeld, Bad Salzungen, Vacha; eine mittlere: z.T. Ausbau bestehender Landesstraßen zur Bundesstraße, Hofbieber, Tann, eventuell Tunnel Oberweid, Kaltenwestheim, Meiningen; eine südliche: Fortsetzung der B 458 Fulda, Batten, mit einer Tunnellösung ca. 11 km, Kaltensundheim, Meiningen. Eine weiter südlich mögliche Variante (Ausbau der B 279) über Gersfeld, Bad Neustadt wurde von dieser Seite verworfen. Vgl. dazu Materialien, Dokumente und Presseausschnitte im WSR-Archiv.

¹² Vgl. dazu einzelne Beiträge in: HABERMEHL et.al., a.a.O.

Erich Ott, Neue Bundesstraße B 87 n soll das Biosphärenreservat Rhön durchqueren – 15 Jahre Kontroversen um die Trasse Fulda–Meiningen

19) ohne bedeutende Höhenunterschiede bestehen. Es existieren nur relativ schwach ausgeprägte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Fulda und Meiningen. Dies betrifft nur einige Unternehmen, die allerdings die Debatte erheblich beeinflussen.

- Zu 2. Eine den gesamten Raum des Biosphärenreservats Rhön umfassende Verbesserung bestehender Landes- und Kreisstraßen, besonders im Grenzbereich zu Thüringen und in Thüringen, wird unstrittig als notwendig erachtet und schrittweise auch realisiert. Dies wird auch als eine sinnvolle Alternative zu einer Neutrassierung gesehen, wobei der Ausbau maßvoll in der Landschaftsinanspruchnahme sein könnte und zugleich wirksame Verbesserungen auch der Fahrzeiten bewirken würde, beispielsweise durch den Bau notwendiger Ortsumgehungen. Außerdem hätte dies den Vorteil einer schnellen Realisierung von Verbesserungen im Unterschied zu den zeitlich nicht absehbaren Perspektiven einer Neutrassierung als Bundesstraße.
- Zu 3. Eindeutig mit Zahlen belegbar und durch eine Untersuchung des Ziel- und Quellverkehrs der Pendlerbewegungen zwischen Westthüringen und dem Raum Fulda wurde nachgewiesen, dass eine Bündelfunktion der favorisierten mittleren Variante nicht realistisch ist, da nicht einmal 10 Prozent der Pendler dem Raum Meiningen entstammen. Die wesentlichen Pendlerbewegungen finden weiter nördlich (Bad Salzungen, Schmalkalden) statt und wären bestenfalls mit der nördlichen Variante in relevantem Umfang zu bündeln¹³.
- Zu 4. Die rein binnenräumliche Funktion der Trasse als Bundesstraße ist nicht realisierbar, da eine Abkürzung zwischen der BAB A 71 (Thüringerwaldautobahn) und der BAB A 4 / BAB A 66 entsteht, die im Ost-West-Transitverkehr an Bedeutung gewinnt. Deshalb wird das Biosphärenreservat Rhön, die anliegenden Gemeinden sowie die zu schützende Kulturlandschaft und Natur mit erheblichen Beeinträchtigungen zu rechnen haben, die von einem wachsenden Fernverkehr als Durchgangsverkehr ausgehen¹⁴.

Von den politischen Akteuren in der Region wurden die problematisierenden Argumente faktisch ignoriert und zunehmend der Wille als solcher proklamiert, dass man den Bau dieser Trasse wolle und ihn durchsetzen werde. Dazu wurden erhebliche Anstrengungen im politischen Bereich unternommen, um eine einheitliche Position in der Forderung nach dieser Trasse als Bundesstraße herzustellen¹⁵. Auf Landes- und Bundesebene sind die Argumente zwar zur Kenntnis genommen und in den Entscheidungsprozess zur Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan einbezogen worden; sie dürften aber auch dazu beigetragen haben, dass dort ein Vorbehalt formuliert wurde. Den argumentativ nicht zu widerlegenden „festen Willen“ der in der Region politisch und administrativ Beteiligten hat dies nicht beeinflusst¹⁶.

¹³ Die Pendlerbewegungen wurden untersucht, in einem Gutachten an den Bundesminister für Verkehr dargelegt und auch den politischen Institutionen und Behörden in den betroffenen Ländern und Kreisen vorgelegt: Prof. Dr. Erich Ott, Fachhochschule Fulda, Stellungnahme zur regionalen Diskussion der Straßenverkehrsverbindung Fulda-Meiningen, Fulda, Januar 1996. Ausführlich dargestellt und erläutert in: Erich Ott, Aktuelle Verkehrsprobleme in der Rhön – Problembeispiele Straße und Schiene, in: Habermehl u.a., S. 140 ff.

¹⁴ Vgl. dazu im Einzelnen: ebenda, S. 146 ff. Die Verkehrsprognosen im West-Ost-Verkehr im Zuge der EU-Erweiterung gehen von Steigerungsraten aus, die von den bestehenden Verkehrswegen in dieser Relation nicht zu bewältigen sind. Jede als Entlastung wirkende Bundesstraße wird in diese Verkehrsentwicklung einbezogen werden.

¹⁵ Vgl. dazu Materialien und Presseauschnitte im WSR-Archiv. Hier sind zahlreiche Äußerungen von Politikern der Region, aber auch der beiden Bundesländer (Ministerpräsidenten, Minister, Staatssekretäre u.a.) sowie Berichte über Konferenzen und Treffen dokumentiert. Diese Offensive wurde immer wieder mit erheblicher Außenwirkung präsentiert.

Regionale verkehrspolitische Betrachtungen

Zum gegenwärtigen Stand der Diskussion und Planung

Nachdem 2003 eine Aufnahme der B 87 n in den Bundesverkehrswegeplan mit der Einstufung in den vordringlichen Bedarf erfolgt ist¹⁷, wurden die Planungen seitens der beteiligten Bundesländer Hessen und Thüringen forciert. In einzelnen Planungsabschnitten sind bereits straßenbauliche Planungen und Maßnahmen erfolgt, die vor einer endgültigen Trassen- und Planungsentscheidung Präjudizierungen bedeuten, so im Bereich des Autobahnanschlusses Fulda Mitte, hin zur geplanten B 87 n und im Meininger Raum ein Autobahnanschluss zur BAB A 71.

Für Hessen wurde seitens der zuständigen Straßenverkehrsbehörde in Fulda der Auftrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung formuliert und an ein Planungsbüro vergeben¹⁸. Untersucht wurde der Korridor zwischen Fulda (BAB A 7 Anschlussstelle Fulda Mitte) über die L 3174 über Tann (Querung der B 278 und des Ulstertals über eine Talbrücke) und der thüringischen Landesgrenze (Untertunnelung im Bereich Unterweid) über die L 1124 Kaltensundheim/Thüringen nach Meiningen, als 2-streifiger Ausbau mit 7,5 m Fahrbahnbreite und jeweils einer dritten Fahrbahn an Steigungen.

Der Verlauf dieser geplanten Trassierung ist in vielfacher Hinsicht sehr umstritten. Gerade seitens der Naturschutzverbände wurden elementare Einwände formuliert, da in erheblichem Ausmaß FFH- und EU-Vogelschutzgebiete sowie Natur- und Landschaftsschutzgebiete mit seltenen und geschützten Arten in Flora und Fauna betroffen sind. Der Bau von Großbrücken über sensible Talgebiete und Gewässer kann eine dauerhafte Schädigung von Natur und eine Beeinträchtigung der Landschaft zur Folge haben. Darüber hinaus sind erhebliche Risikodimensionen beim Tunnelbau in einem sensiblen Schutzgebiet zu erwarten, die letztlich nicht ausgeglichen werden können¹⁹.

Von der binnenräumlichen Bedeutung zur Fernverkehrstrasse

Ein gravierender Sachverhalt in der neueren Entwicklung besteht darin, dass hinsichtlich der Bedeutung und Funktion der B 87 n ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat, der von grundlegender Bedeutung ist. Während im gesamten Zeitraum vom Beginn der 1990er Jahre an stets von der bin-

¹⁶ Ein interessanter politischer Hintergrund im Hinblick auf die Forcierung der Trassenentscheidung als Bundesstraße B 87 n ist das starke Engagement der Bundestagsabgeordneten Iris Gleicke (SPD), deren Wahlkreis den Raum Meiningen einschließt. Sie wurde im Oktober 2002 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium. Ein zeitlicher Zusammenhang zu entscheidenden Beschleunigungen für die Realisierung der Trasse ist unverkennbar, nicht zuletzt auch die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2003 und der vom Bundesverkehrsministerium (auf dessen Kosten) erteilte Planungsauftrag an die Behörden der beteiligten Bundesländer. Vgl. Materialien und Presseberichte in WSR-Archiv.

¹⁷ Hier wird jedoch ein deutlicher Vorbehalt hinsichtlich der Verträglichkeit mit Natur, Umwelt und Biosphärenreservat in der Kategorie „sehr hoch“ formuliert, der erst durch eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung zu untersuchen und zu bewerten ist. Bezogen auf die betroffenen Flächen wird in der Umweltrisikoeinschätzung (URE) für 81% ein „sehr hohes“ und für 13% ein „hohes“ Umweltrisiko in der URE-Einstufung im Bundesverkehrswegeplan festgestellt.

¹⁸ Vgl. Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) B 87 n – Straßenverbindung zwischen Fulda und Meiningen (Rhönquerung). Tischvorlage zur Antragskonferenz, Auftraggeber: Amt für Straßen- und Verkehrswesen Fulda, 26.03.2004.

¹⁹ Dazu liegen zahlreiche Stellungnahmen und Eingaben von den regionalen Naturschutzverbänden: HGON, BUND, NABU und deren Zusammenschluss in der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Landkreis Fulda (AGN) vor, auf die ausdrücklich verwiesen wird. Siehe WSR-Archiv und insbesondere den in diesem Heft veröffentlichten Text der aktuellen Stellungnahme der AGN.

Erich Ott, Neue Bundesstraße B 87 n soll das Biosphärenreservat Rhön durchqueren – 15 Jahre Kontroversen um die Trasse Fulda–Meiningen

nenräumlichen Funktion der Trasse für den regionalen Verkehr in der Rhön ausgegangen und damit argumentiert wurde, ist in den neueren Dokumenten und Planungskriterien die überräumliche Bedeutung für den Ost-West-Verkehr eingeführt worden: „*Verknüpfung mit den Nord-Süd-Autobahnen BAB A 7 und BAB A 71 beiderseits der Rhön*“²⁰.

Dies bedeutet eine Vernetzung mit dem großräumigen Ost-West-Fernverkehr in den regionalen Dimensionen: Thüringen/Erfurt – Rhein-Main/Frankfurt, nicht zuletzt als eine Entlastung für die überforderte BAB A 4 in den Bereichen zwischen Erfurt und dem Anschluss an die BAB A 5. Personen- und Schwerlastverkehr finden hier eine neue Abkürzung, die zudem mautfrei ist und auch dadurch weitere Attraktivität und Anziehungskraft ausstrahlt.

Es kann davon ausgegangen werden, dass auch längerfristige Überlegungen hinsichtlich der binnenräumlichen Entwicklung in der Rhön, die sich z.B. aus der demographischen Perspektive einer deutlichen Bevölkerungsreduzierung vor allem im thüringischen Teil ergeben, nicht in den Investitionsplanungen gewichtet wurden. Dies wiederum spricht deutlich für eine frühzeitige Gewichtung der Bundesinvestitionen für dieses Projekt als überregionales Vorhaben und für die damit verbundene Absicht, eine Durchgangstrasse als Entlastung im weiter zunehmenden Ost-West-Fernverkehr zu schaffen, für die mittel- und längerfristig ohnehin dringender Ausbaubedarf besteht.

Für die Rhön bedeutet dies die Zerschneidung durch eine Trasse, deren Verkehrsaufkommen in Folge der Durchgangs- bzw. Fernverkehrswirkungen enorm zunehmen wird. Die Funktionen einer Bundesstraße liegen wesentlich in ihrer überregionalen Bedeutung. Insofern hat diese Orientierung seitens der Planung und Begründung der Trasse sowie der immensen Kosten dafür eine eigene Logik. Die Belastungen und Beeinträchtigungen im Landschafts- und Siedlungsbereich werden erheblich sein, ein Kernproblem, das zu verhindern in früheren Überlegungen und Begründungen stets im Vordergrund stand.

Diese Folgen sind regional noch recht wenig beachtet und werden häufig unterschätzt, nicht zuletzt wegen fehlender Erfahrungen mit derartigen Verkehrsbelastungen im Raum, auch wegen mangelnder Vorstellungskraft und vagen Hoffnungen, dass eine solche großräumige Anbindung an das BAB-Netz der Region wirtschaftliche Vorteile bringen könnte (z.B. Gewerbeansiedlung, Tourismus, eigene Mobilität etc.), womit die Befürworter teilweise argumentieren. Dabei wird die Bedeutung von Straßenanbindungen als begünstigender Faktor für Gewerbeansiedlung in einem strukturschwachen peripheren Raum und im Verhältnis zu anderen Faktoren ökonomischer Abwägungen völlig überschätzt.

Die negativen Auswirkungen durch die Belastungen der Straße auf den in dieser Region sehr bedeutenden Wirtschaftsfaktor Tourismus werden ebenfalls eher bagatellisiert. Städte und Gemeinden in unmittelbarer Nähe der Trasse sind wesentliche Standorte touristischer Unterkünfte in der Gastronomie und bei privaten Anbietern, die bisher mit ihrer ruhigen Lage und günstigen Ausgangsposition zu Wanderwegen in ungestörte Räume der Kulturlandschaft einen ausgewiesenen Vorteil bieten konnten. Sie müssen mit negativen Folgen rechnen. Bürgerinitiativen aus anliegenden Städten und Gemeinden, deren Siedlungsgebiete unmittelbar in Trassennähe liegen, beziehen inzwischen entschieden Stellung dagegen und weisen auf die Folgen für Mensch und Natur hin²¹. Als Reaktion darauf haben sich auch gerade im thüringischen Bereich Initiativen gebildet, die sich kämpferisch für

²⁰ Umweltverträglichkeitsstudie (2004), a.a.O., S. 3.

²¹ So beispielsweise die Tanner Bürgerinitiative, vgl. dazu RÜPPEL, a.a.O.

Regionale verkehrspolitische Betrachtungen

den Straßenbau engagieren, zumeist initiiert von den kommunal und regional politisch Verantwortlichen (Bürgermeister etc.). Sie argumentieren mit der wirtschaftlichen Anziehungskraft, der verbesserten Verkehrsanbindung für die Pendler und mit der in diesem Zusammenhang möglichen Realisierung von Ortsumgehungen zur Entlastung innerörtlicher Verkehrsentwicklungen, was in ihrer Argumentation jedoch nur mit dem Ausbau der Trasse als Bundesstraße möglich sei²².

Das Finanzierungsproblem und die Alternativen

Die im Bundesverkehrswegeplan veranschlagten Kosten für den Ausbau der Trasse von ca. 150 Mio. € sind inzwischen eine mehr als fragwürdige Größe. Neuere Bewertungen gehen von mindestens 250 Mio. € aus, bei einem erheblichen Unsicherheitsfaktor (u.a. hinsichtlich der Aufwendungen für den Tunnelbau). Diese Kosten würde der Bund insgesamt tragen müssen.

In der Finanzierungsfrage liegt ein Schlüssel dafür, um die Zielrichtung der seit 15 Jahren andauernden Debatten zu verstehen. Daran wird deutlich, warum die in der Region und den beteiligten Bundesländern agierenden politisch Verantwortlichen kompromisslos auf den Status einer Bundesstraße festgelegt sind und warum sie ein Konzept für den angemessenen Ausbau bestehender Landesstraßen ablehnen. Hintergrund dafür ist die Strategie, dass mit dem Ausbau als Bundesstraße sowohl die Kosten des Ausbaus als auch die der laufenden Unterhaltung und Verkehrssicherung (z.B. aufwändiger Winterdienst in Höhenlagen) in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Dafür werden offensichtlich die Dimensionierung des Ausbaus und die überregionale Funktionen der Trasse in Kauf genommen.

Seit der Grenzöffnung und dem Beginn der Diskussion ist klar, dass ein Ausbau der Verbindung zwischen Fulda und Meiningen, in welcher Klassifizierung auch immer, zu einem erheblichen Teil über bestehende Landes- und ggf. Kreisstraßen erfolgen würde, mit einem Neuausbau vor allem im unmittelbar grenzquerenden Bereich. Die Notwendigkeit von Ortsumgehungen, bei noch zu klärenden Trassenverläufen, war dabei weitgehend unstrittig. In Kostenträgerschaft von Kommunen, Kreisen und den beteiligten Ländern hätten bereits Anfang der 1990er Jahre erhebliche Verbesserungen im Streckenverlauf relativ zügig im Rahmen bestehender Straßen erfolgen können, womit eine wichtige Verbesserung der Verkehrssituation für die Betroffenen erreicht worden wäre.

Die Trassierung (Planung und Ausführung) einer klassifizierten Bundesstraße nimmt erheblich größere Zeiträume in Anspruch, in denen keine relevanten Verbesserungen in diesem Verkehrsbereich erfolgen würden. Dies musste allen verantwortlich Beteiligten klar sein und war bereits Anfang der 1990er Jahre absehbar.

Nach wie vor ist der Ausbau der bestehenden Landesstraßen, mit Neubaugergänzungen und der Realisierung von Ortsumgehungen im Planungsbereich Fulda–Meiningen, eine wirkliche Alternative mit großen Vorteilen gegenüber einer Trassierung als Bundesstraße.

Für diese Alternative sprechen auch beim heutigen Planungsstand zahlreiche Vorteile:

1. Eine ausgebautе Landesstraßentrasse ist für den binnenräumlichen Verkehr völlig ausreichend. Sie schließt eine Anziehungskraft für überregionalen Schwer- und Fernverkehr als Abkürzung

²² Vgl. Materialien und Presseauschnittsammlung im WSR-Archiv.

Erich Ott, Neue Bundesstraße B 87 n soll das Biosphärenreservat Rhön durchqueren – 15 Jahre Kontroversen um die Trasse Fulda–Meiningen

zwischen den Autobahnen A 71 und A 7 faktisch aus. Die hochbelastende Durchgangstrasse mit all ihren gravierenden Folgen wird vermieden.

2. Eine wesentlich schnellere Realisierung des Ausbaus in der Klassifizierung als Landesstraße ist möglich und dies in Dimensionierungen und Verläufen, die im Hinblick auf den Naturschutz (Betroffenheit von Arten und Biotopen), den Schutz der Kulturlandschaft und die Beeinträchtigung der Wohngebiete sehr viel weniger strittig sind. Der Neubau von Teilstrecken und Ortsumgehungen im Rahmen der klassifizierten Landesstraßen ist mit erheblich geringeren Eingriffen in Natur und Landschaft möglich. Neue Ortsumgehungen bewirken für ihre Anlieger als Landesstraße deutlich geringere Belastungen und werden eher Akzeptanz in den tangierten Ortslagen finden.
3. Für die Benutzer dieser Landesstraße aus der binnenräumlichen Region ergeben sich mittel- und längerfristig eindeutige Vorteile im Hinblick auf die Zeiten zur Bewältigung der Fahrtstrecken, insbesondere für die Pendler. Die geplante Bundesstraße wird zweistreifig ausgebaut, sie wird mit erheblichem Schwer- und Fernverkehr zwischen der BAB A 7 und BAB A 71 in beide Fahrtrichtungen belastet sein. Dadurch werden Überholmöglichkeiten trotz Steigungszusatzspur eingeschränkt, die Fahrtzeiten auf der Bundesstraße dürften sich gegenüber einer ausgebauten Landesstraße ohne überregionale Anziehungskraft voraussichtlich sogar verlängern.
4. Die Kosten für den Ausbau der bestehenden Trassen von Landesstraßen, einschließlich verbindender Neubauteile und angemessener Ortsumgehungen, werden erheblich geringer sein, als der geplante Ausbau als Bundesstraße, nicht zuletzt auch dadurch, dass bei dieser Alternative der Verzicht auf einen Tunnel möglich ist. Die Kosteneinsparungen wären erheblich, wenngleich die Kosten regulär von den betroffenen Ländern und Gebietskörperschaften aufgebracht werden müssten. Eine Verhandlungslösung über einen entsprechenden Zuschuss vom Bund, der die Kosten des Landesstraßenausbaus als Alternative umfassen könnte, ergibt eine günstige Lösung des Finanzierungsproblems, die alle Beteiligten in eine Gewinnersituation bringen würde und einen konsensstiftenden Interessenausgleich zur Folge hätte. Gerade der Bund würde finanziell erheblich entlastet. Die Region käme in den Genuss einer angemessen verbesserten Verkehrssituation, ohne die negativen Folgen einer Trassierung als Bundesstraße tragen zu müssen.

Die Realisierung dieser Variante setzt ein baldiges Umsteuern von Planern, Entscheidern und Interessierten voraus, könnte aber auch zu einer neuen Harmonie und Kooperation in der Region und der Stärkung ihrer Identität beitragen. Dazu gab es ein vergleichbares Beispiel, als 1993 eine ICE-Schnellbahntrasse nach Planungen der Bundesbahn die Rhön und damit sensible Teile des Biosphärenreservats queren sollte. Es gelang mit einer breit getragenen und selbstbewussten Initiative in der Region, die Umsetzung dieser auch kostenträchtigen Planungen abzuwehren²³.

Biosphärenreservatsverwaltung und Trasse

Struktur, Zustand und Ausbau des öffentlichen und individuellen Verkehrsgeschehens sind für die Aufgaben und Funktionen eines UNESCO-Biosphärenreservats von tragender Bedeutung. Dieser

²³ Einige grundsätzliche Probleme zwischen der Trasse ICE-DB und Bundesstraße haben große Ähnlichkeit (z.B. hinsichtlich des überregionalen Durchgangsverkehrs, der Zerschneidung von Natur und Landschaft, der Belastungen für die Menschen und ihre Wohngebiete etc.). Dennoch ist die Interessenlogik eine andere. Vgl. dazu die Materialien im WSR-Archiv.

Regionale verkehrspolitische Betrachtungen

Komplex tangiert mehr oder weniger alle anderen Sektoren von Schutz, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft und einer in weiten Teilen von Nachhaltigkeit geprägten Lebensweise der hier lebenden Menschen. Entsprechende Bedeutung wurde auch dem Verkehrsteil des Entwicklungskonzeptes für das Biosphärenreservat Rhön beigemessen²⁴.

Erstaunlich ist, dass die Institutionen und Verantwortlichen des Biosphärenreservats Rhön sich vor diesem Hintergrund faktisch nicht in die Debatte um die Trassierung der Bundesstraße Fulda-Meiningen eingebracht haben²⁵. Betroffen sind der thüringische und der hessische Teil des Biosphärenreservats, von deren Verwaltungen keine öffentlichen Stellungnahmen vorliegen. Die verbindliche Aufgabe der Verwaltungen, die Leitlinien des Rahmenkonzeptes umzusetzen, ist eine Grundlage ihrer Arbeit. Der geplante Ausbau der Trasse ist mit den dort definierten Grundsätzen und Zielsetzungen in Anbetracht der Alternativen und Probleme einer solchen Bundesstraße nicht in Einklang zu bringen.

Die thüringische Verwaltungsstelle ist für die Verwaltung des Biosphärenreservats verantwortlich und zugleich Naturschutzbehörde. Somit ist sie von Amts wegen in der Behördenhierarchie mit der Trasse befasst und wird sich dazu vermutlich behördenintern geäußert haben. Zugleich ist sie aber auch den UNESCO-Anforderungen verpflichtet. Eine öffentliche Position, die die Auswirkungen auf das Biosphärenreservat deutlich macht, wurde nicht bezogen.

In Hessen ist die Verwaltungsstelle seit 2004 nicht mehr dem Regierungspräsidium Kassel in der Behördenhierarchie zugeordnet, sondern einer Abteilung der Landkreisverwaltung Fulda. Diese kaum nachvollziehbare Zuordnung einer UNESCO-Biosphärenreservatsverwaltung, die Teil eines weltweiten Programms ist und ein hohes Maß an Unabhängigkeit zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt, macht kleinere und größere einschlägige, vielleicht auch gelegentlich strittige Vorhaben in der Region immer auch zu einem politischen Loyalitätsproblem. Die politische Spitze des Landkreises Fulda war stets auch die politische Kraft, die mit Nachdruck eine Rhönquerung als Bundesstraße (früher auch in der Forderung nach einer Autobahnquerung) forcierte. Im regionalen Raum gibt es ein erhebliches Unbehagen bezüglich dieser strukturellen Verknüpfung und ihrer Folgen für die eigenständige Interessenwahrnehmung der Biosphärenreservatsverwaltung im hessischen Teil des Modellgebietes.

Die Situation gerade in der hessischen Rhönregion stellt sich heute so dar, dass es Verbände, Institutionen, Initiativen und zahlreiche Einzelpersonen sind, die die Problematik Biosphärenreservat und geplante Bundesstraßenrassie thematisieren, öffentlich vertreten und in die konkreten Debatten einbringen²⁶. In Thüringen sind Aktivitäten der Natur- und Umweltschutzverbände sowie vereinzelte Bürgerinitiativen in dieser Sache tätig²⁷.

²⁴ Vgl. Biosphärenreservat Rhön, Rahmenkonzept, a.a.O., S. 274 ff. Vgl. auch Anm. 8.

²⁵ Anders war dies z.B., als es um den Erhalt der Rhönbahn zwischen Fulda und Gersfeld ging. Hier hat die hessische Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön offiziell deutlich Stellung bezogen und ihre Vertreter spielten in der Initiative eine wichtige Rolle. Die Erhaltung und dauerhafte Sicherung des Betriebs dieser regionalen Bahnstrecke zwischen dem ICE-Bahnhof Fulda und der Stadt Gersfeld in der Rhön war ein großer Erfolg. Gegen einen bereits bestehenden Stilllegungsbeschluss gelang es in einem breiten Bündnis schließlich, das Land Hessen mit einer erheblichen finanziellen Zusage zu gewinnen und in der Folge auch die betroffenen regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften umzustimmen.

²⁶ Ein Beleg dafür ist die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände AGN.

²⁷ Hier ist z.B. die Bürgerinitiative in der Gemeinde Herpf zu nennen, eine Veranstaltung des BUND in Kaltensundheim etc. Vgl. Materialien und Presseberichte in WSR-Archiv.

Erich Ott, Neue Bundesstraße B 87 n soll das Biosphärenreservat Rhön durchqueren – 15 Jahre Kontroversen um die Trasse Fulda–Meiningen

Die für das Jahr 2006 vorgesehene Diskussion des noch vorzulegenden Gutachtens zur Umweltverträglichkeitsprüfung leitet die Entscheidungsphase um den Trassenbau ein. Der bereits zitierte „politische Wille“ für die Trasse hat sich stark positioniert, jenseits von schwergewichtigen Einwänden und absehbaren problematischen Folgewirkungen. Auch die Kassen des Bundes für den Straßenbau scheinen prall gefüllt zu sein.

Regionale verkehrspolitische Betrachtungen

Stellungnahme zur Straßenbindung Rhein-Main–Erfurt, Abschnitt Fulda-Meiningen

Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände (AGN) im Landkreis Fulda

1. Zu berücksichtigende Besonderheiten, die sich aus dem Biosphärenreservat Rhön ergeben

Die Rhön hat die Auszeichnung zum Biosphärenreservat aufgrund ihrer natürlichen und kulturellen Einmaligkeit erhalten. Eines ihrer Hauptkennzeichen ist der schwer überwindbare Basalthöhenzug (700 bis 950 m), die „Lange Rhön“. Die Rhön erfährt gesetzlichen Schutz unterschiedlicher Kategorien durch die Ausweisungen von Landschaftsschutzgebieten, Naturschutzgebieten, FFH-Gebieten, Vogelschutzgebieten etc. und nicht zuletzt durch die Bestimmung zum Biosphärenreservat. Die Rhön wurde 1992 von der *UNESCO* zum Biosphärenreservat ernannt. Hiermit ist die Rhön als Mittelgebirgslandschaft eine europäische Modellregion geworden, an welcher dokumentiert werden soll, wie Menschen mit der Natur leben können, ohne sie zu zerstören.

Ziel des Biosphärenreservates Rhön ist es, gemeinsam mit den hier lebenden und wirtschaftenden Menschen *beispielhafte Konzepte* zum Schutz, Pflege und Entwicklung der Rhön umzusetzen, um den gewachsenen Landschaftsraum in seiner *regional-typischen Eigenart* zu erhalten. Hierbei müssen von der *Entwicklungszone die entscheidenden Ansätze* zur Erhaltung der Rhönlandschaft in ihrer Eigenart, Vielfalt und Schönheit ausgehen. Die Nutzung der Entwicklungszone soll in *beispielhafter Weise umweltverträglich und nachhaltig* erfolgen (Rahmenkonzept des Biosphärenreservates Rhön V).

Der größte Teil des geplanten Straßenbauprojektes läuft durch die Entwicklungszone. Insofern ist generell ein hoher Maßstab an die Machbarkeit eines Straßenbauprojektes dieser Größenordnung sowie ggf. an die Einbettung eines solchen Projektes in das natürlich gewachsene Landschaftsbild der Rhön zu stellen.

Kernaussagen des Rahmenkonzeptes des Biosphärenreservates Rhön zur Verkehrsentwicklung:

- Dem *qualifizierten Ausbau vorhandener Straßen* soll grundsätzlich der Vorrang vor dem Neubau von Straßen eingeräumt werden.
- *Konzentration des überregionalen Verkehrs* (insbesondere des Schwerverkehrs) durch Verkehrslenkung auf ausgewählten Trassen.
- *Der Fernverkehr soll die Rhön umgehen* oder lediglich tangieren (N-S-Achse: BAB A 7 und A 71 nutzen, O-W-Verkehr, wenn unvermeidlich, auf geeigneten vorhandenen Straßen bündeln).

2. Bestehendes Verkehrsnetz in der Rhön

a) Übergeordnetes Straßennetz

Eine *gute Erreichbarkeit der Rhön* ist durch das Fernstraßennetz, das sich im Norden aus der Autobahn A4 und im Westen aus der A7 sowie im Osten aus der B19 ergibt, gegeben. Ergänzt wird die-

AGN, Stellungnahme zur Straßenbindung Rhein-Main-Erfurt, Abschnitt Fulda-Meinigen

ses Verkehrsdreieck durch die A 71 (Erfurt-Meinigen-Schweinfurt) und im Westen durch die A 66 bei Fulda, welche den Rhein-Main-Raum noch enger an die Rhön anbindet.

b) Straßennetz innerhalb des Biosphärenreservates

Zwischen dem übergeordneten Straßennetz gibt es mehrere regional bedeutsame Bundesstraßen. In N-S-Richtung sind dies die B 278 und die B 285. In W-O-Richtung sind dies die B 84 (Hünfeld-Eisenach), die B 62 (Bad Hersfeld-Bad Salzungen), die B 458 (Fulda-Batten; Anschluss an die B 278) und die B 279 (Fulda-Bad Neustadt).

3. Sachstand des Straßenbauprojektes Fulda-Meinigen

Die Länder Hessen/Thüringen haben eine leistungsfähige Straßenverbindung Fulda-Meinigen durch das Biosphärenreservat Rhön in den Bundesverkehrswegeplan als *vordringlichen Bedarf* eintragen lassen. Die Straße ist zunächst nur zwei- bis dreispurig vorgesehen und soll die A 7 und die A 71 beiderseits der Rhön verknüpfen.

Die *favorisierte Trassenführung* sieht derzeit den *Ausbau der L 3174 Fulda-Hofbieber-Tann* und weiter über die L 1124 Kaltensundheim-Meinigen vor. Aus den im Vorfeld der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans durchgeführten Untersuchungen ist bekannt, dass sich die Gesamtmaßnahme in 4 wesentliche Planungsabschnitte gliedert:

- von Fulda (A7) bis zur B 278 im Ulstertal
- von der B 278 bis zur Anbindung an die L 1124 östlich von Kaltensundheim (Rhönquerung)
- von der L 1124 bei Kaltensundheim zur B 19 bei Meinigen und
- von der B 19 zur A71; hier ist der Autobahnanschluss und ein Teil der Neubaustrecke bereits fertiggestellt.

Nächster maßgebender Planungsschritt ist die Durchführung von Raunordnungsverfahren für den zentralen Bereich der Hochrhönquerung zur Festlegung einer Vorzugslinie, die dann Grundlage der weiteren Detailplanung wird.

Durch den Autobahnanschluss Fulda-Mitte und durch die geplante Entlastungsstraße zwischen der B 458 und der L 3174 (Finanzierung steht, FZ v. 10.02.05) werden vom Land Hessen sowie der Gemeinde Petersberg Fakten geschaffen, die die Trassenführung Fulda-Hofbieber-Tann präjudizieren. Die Vorplanungen laufen und eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist in Auftrag gegeben.

Am 11.05.2005 wurde vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen ein Gesetzentwurf zur Planungsvereinfachung gebilligt (Pressemitteilung Nr. 153/2005). Dieses neue Planungsrecht soll Bauvorhaben um bis zu zwei Jahre beschleunigen. Die Verkürzung des Instanzenweges wird für solche Projekte genutzt, die als VDE-Projekte gekennzeichnet sind. Als VDE-Projekte sind Projekte benannt worden,

- die als Hinterlandanbindung der deutschen Seehäfen oder ihrer seewärtigen Zufahrt,
- die als Vorhaben mit internationalem Bezug (EU-Erweiterung) oder
- zur Beseitigung besonders gravierender Verkehrsengepässe

von besonderer Bedeutung sind.

Regionale verkehrspolitische Betrachtungen

Die Straßenverbindung B 87n Fulda-Meiningen ist als VDE-Projekt in der Liste der Bundesfernstraßen mit überwiegender verkehrlicher Bedeutung aufgenommen worden und gehört damit zu den 20 am dringlichsten zu bauende Bundesstraßen mit Ortsdurchfahrten in der Bundesrepublik Deutschland.

4. Zielsetzung und Wertung des Straßenbauprojektes

Die Trasse Fulda-Tann-Meiningen soll folgende Zielsetzungen erfüllen:

- a) *Bündelung des regionalen Ost-West-Verkehrs* durch die Rhön mit dem Ziel der *Entlastung der Nebennetze*.

Die Verkehrsströme in der Rhön von Ost nach West verlaufen im wesentlichen über drei Verkehrswege eher in der nördlichen Rhön über:

- Bad Salzungen B 62 Vacha-Hünfeld B 84
- Schmalkalden-Dermbach-Hünfeld
- Bad Neustadt-Gersfeld - Fulda
nach Fulda.

Die geplante Trasse Fulda-Tann-Meiningen wird zu *keiner Bündelung dieses Verkehrs* beitragen, da die Entfernungen zur Trasse zu groß sind und damit kein Zeitvorteil für die Nutzer entsteht. Insofern wird die geplante Trasse (Fulda-Tann-Meiningen) *nicht zu einer Entlastung der Nebennetze* im Bereich des derzeitigen Ost-West Verkehrs führen. Für die Bevölkerung auf beiden Seiten der Rhön und im Kernbereich der Rhön ist der Ausbau und die Ergänzung zur Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur vermutlich viel bedeutsamer. Der *qualifizierte Ausbau von verschiedenen vorhandenen Straßenverbindungen* würde dem regionalen Verkehrsaufkommen am besten gerecht.

- b) *Verbindung der Wirtschaftsräume Osthessen und Südthüringen.*

Der Raum Meiningen ist *traditionell stärker nach Bayern ausgerichtet* (B 19, A 71 Ausbau bis Schweinfurt). Dies ergibt sich zum einen *schon immer* aus der Oberflächengestalt der Rhön mit den in N-S-Richtung verlaufenden Höhenzügen sowie aus den geschichtlichen Realitäten der letzten sechzig Jahre. Durch die winterlichen Beeinträchtigungen und durch den zu überwindenden Höhenunterschied gab es bis jetzt keine wirtschaftlich vertretbare leistungsfähige Verkehrsverbindung über die Hochrhön.

Rechtfertigt sich der Aufwand von ca. 258 Millionen zur Erschließung eines nur dünn besiedelte Südwestthüringen (Absatzmärkte wo?; wirtschaftliche Impulse für wen?; es ist mit einer Bevölkerungsabnahme in Thüringen von bis zu 50 Prozent bis zum Jahre 2050 zu rechnen)?

- c) *Fernverkehrsverbindung Erfurt – Rhein-Main-Gebiet.*

Verknüpfung der N-S-Autobahnen BAB 71 und BAB 7 mit Anbindung über die A 66 an das Rhein-Main-Gebiet.

Durch die geplante Trasse Fulda-Tann-Meiningen würde die kürzeste Ost-West-Verbindung aus dem Raum Erfurt in das Rhein-Main-Gebiet geschaffen. Dadurch soll die A 4 entlastet werden. Somit wird die Trasse Fulda-Tann-Meiningen überwiegend überregionalen/internationalen (Schwerlast-)Verkehr durch die Rhön leiten. Es wird von einer Nutzung von bis zu 40.000 Fahr-

AGN, Stellungnahme zur Straßenbindung Rhein-Main-Erfurt, Abschnitt Fulda-Meiningen

zeugen/ Tag (IHK Fulda)/ 25.000 Fahrzeug/ Tag (Herr Hansel ASV Fulda 30.04.2004)/ 15.000 Fahrzeug/ Tag (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen) ausgegangen. Zur Zeit fahren täglich zwischen 1.000 KFZ (Unterweid) bis 3.600 KFZ (Nüsterrasen) über Hofbieber, Tann und Unterweid (Minister Dr. Rhiel 25.05.2005).

Gleichzeitig wird der 5 bis 6spurige Ausbau der A 4 und der A 5 geplant. Schon jetzt nimmt der Schwerlastverkehr auf den mautfreien Bundesstraßen zu.

Von den drei Zielsetzungen wird nur die *Fernverkehrsverbindung Erfurt – Rhein-Main-Gebiet* aufgrund des Zeitvorteils für den überregionalen Verkehr der gewünschten Zielvorstellung entsprechen. Wirtschaftliche Impulse für die Rhön oder auch für Meiningen sind nicht zu erwarten (s. leer stehende Gewerbegebiete entlang diverser Autobahnneubauten in den neuen Ländern). Vielleicht kann das Oberzentrum Fulda ein wenig davon profitieren. Wesentliche Gewinner der Fernverbindung sind die Wirtschaftsräume Erfurt und das Rhein-Main-Gebiet. *Die Rhön selbst ist nur Transitland*. Sie büßt einen Teil ihrer Unversehrtheit als Verlierer dieser verkehrspolitischen Entwicklung ohne einen nennenswerten wirtschaftlichen Vorteil ein.

5. Position der AGN

- Die AGN kritisiert die *Aufteilung des Planungsverfahrens* in einen hessischen sowie thüringischen Teil sowie das Vorziehen einzelner Raumordnungsverfahren z.B. der Anschlussstelle Fulda-Mitte. So werden Bausteine für die favorisierte Trasse (Fulda-Tann-Meiningen) mit präjudizierender Wirkung geschaffen.
- bestehenden Planungsvarianten eignen sich *nicht zur Lösung örtlicher Verkehrsprobleme* in der Hochrhön. Sie zielen vielmehr auf den Neubau einer Spange zwischen zwei Bundesautobahnen ab und sind daher in einer *langfristigen erkennbaren vierstreifigen Ausbaubreite* zu bewerten. In den Planfeststellungsunterlagen für die Anschlussstelle Fulda-Mitte wird ein vierstreifiger Ausbau als planerischer Endzustand bereits beschrieben (s. Projekt Bauleitplanung der Gemeinde Petersberg: Bebauungsplan Nr. 50 Ortsteil Petersberg „ B 458 und L 3174“).
- Einem *qualifizierten Ausbau vorhandener Straßen* innerhalb des Biosphärenreservats Rhön für Regionalverkehr wird bei Bedarf zugestimmt (z.B. Ortsumgehungen). Es gibt in Ost-West-Richtung einen Bedarf am Ausbau dieses Straßennetzes für den
 - Berufsverkehr von und nach Fulda/Hünfeld/Meiningen
 - regionalen Verkehr für die mittelständische Wirtschaft und dem
 - Tourismusverkehr.
- Für die regionalen Verkehrsströme ergeben sich folgende Fragen: Welche gesicherten Verkehrszahlen liegen den Planungen zugrunde? Wie zuverlässig sind die unterstellten Prognosen? Wurde die *demographischen Entwicklung* der Rhön in den nächsten 50 Jahren berücksichtigt? Gibt es den Bedarf einer solchen leistungsfähigen Verkehrsverbindung wirklich?

Die verkehrliche Notwendigkeit einer direkten Ortsverbindung zwischen Fulda und Meiningen konnte gegenüber der AGN nicht überzeugend dargestellt werden. Es gibt keine stimmigen Verkehrsprognosen.

Regionale verkehrspolitische Betrachtungen

Falls ein Bedarf tatsächlich nachgewiesen werden sollte, dann sollte ein Ausbau einer vorhandenen oder weitgehend vorhandenen, möglichst zentralen Verbindung Fulda-Meiningen erfolgen ohne massive Verletzung des Landschaftsbildes durch überdimensionierte Brücken, Dämme und tiefe Einschnitte.

- Das *Biosphärenreservat Rhön verbietet sich als Transitraum* für den überregionalen Fernverkehr. Eine Zerschneidung der Rhönhochlagen durch eine weitere Bundesfernstraße, die als „Spange“ zwischen den BAB A7 und A71 dient, wird aus öffentlichen Belangen des Naturschutzes und der Erholungsfunktion abgelehnt. Großräumig orientierte Fernverkehre, die weder Quelle noch Ziel im Biosphärenreservat Rhön haben, sollten durch Verkehrslenkung auf Trassen geführt werden, welche die Rhön umgehen oder sie lediglich tangieren.
- Die Trassenführung Fulda-Hofbieber-Tann-Kaltensundheim erfordert aufwändige Brückenbauten, Dämme sowie einen drei bis fünf Kilometer langen zweiröhrigen Tunnel. Diese Bauwerke lassen sich nicht harmonisch in das Landschaftsbild der Rhön einbinden. Sie stellen einen *massiven Eingriff in Natur und Landschaft* dar, der irreparabel ist. Darüber hinaus werden während der mehrjährigen Bauzeit Lebensräume bis zu 50 m beidseitig der Trasse in Mitleidenschaft gezogen und nachhaltig beschädigt werden.
- Die derzeit geplante Straßenführung dient in erster Linie dem überregionalen Verkehr und nicht der Verbesserung des Regionalverkehrs und der Regionalentwicklung, also auch nicht dem täglichen Pendlerverkehr (6000 thüringischen Pendler). Neue Impulse zur *Arbeitsplatzentwicklung in Wirtschaftsbereichen, die den Zielen des Biosphärenreservates besonders entsprechen, sind nicht zu erwarten*. Durch die Verknüpfung der Großräume Erfurt und Rhein-Main-Gebiet wird es in der Rhön zu keinen nennenswerten Industrieansiedlungen kommen.
- Die Naturschutzverbände haben ihre „Hausaufgaben“ gemacht und das Arteninventar sowie die ökologische Bedeutung des Planungsraumes nachgewiesen. Vergleichbar konkrete Angaben über die Wirtschaftlichkeit des Projektes liegen nicht annähernd vor. Die AGN fordert einen *Nachweis der Wirtschaftlichkeit* für dieses Vorhaben.
- Die Trassenführung Fulda-Tann-Meiningen würde das Life-Fördergebiet der EU, europäische Vogelschutz- und FFH-Gebiete sowie Landschaftsschutzgebiete zerschneiden und den Lebensraum artenschutzrechtlich geschützter Tierarten erheblich beeinträchtigen. Dies bewirkt *Eingriffe in Natur und Landschaft, die nicht ausgleichbar sind*.
- Im Bereich der favorisierten Trassenführung findet z.B. der Rotmilan noch optimale Lebensbedingungen. Nach Aussage der Staatlichen Vogelschutzwarte Frankfurt befindet sich in der Rhön einer der stärksten Rotmilan-Populationen Deutschlands. Ein schwerpunktmäßiges Vorkommen des Rotmilan befindet sich im geplanten Korridorraum der geplanten Trasse auf der thüringischen Seite.
- Die AGN *begründet* den geforderten Verzicht auf die Zerschneidung der Hochrhön naturschutzfachlich damit, dass durch die favorisierte Trasse Fulda-Tann-Meiningen ein sensibler Bereich betroffen wäre,
 - in dem alle FFH-relevanten Lebensraumtypen der Mittelgebirge in noch hervorragendem Erhaltungszustand vorhanden sind,

AGN, Stellungnahme zur Straßenbindung Rhein-Main–Erfurt, Abschnitt Fulda-Meinigen

- der Lebensraum für hochspezialisierte Pflanzen(z. B. Frauenschuh, Ohnsporn, Alpen Milchlattich) und Tiere bietet (z.B. Feuersalamander, Haselmaus, Schlingnatter, Kreuzotter, Bachneunauge),
- der für mitteleuropäische Maßstäbe ein hervorragender bedeutsamer avifaunistischer Lebensraum mit dem Vorkommen von Anhang-I-Arten der EU-Vogelschutzrichtlinie, wie Schwarzstorch, Birkhuhn, Uhu, Rotmilan, Neuntöter, Wachtelkönig, Bekassine und Wanderfalke ist. Aufgrund der besonderen Bedeutung für die Vogelarten wurde die gesamte Rhön in das IBA-Verzeichnis der EU aufgenommen (Important Bird Areas).
- dessen Artenausstattung in den europäischen Mittelgebirgen einmalig ist. In der Rhön sind 205 Vogelarten, über 50 Säugetierarten, 10 Amphibien/Kriechtierarten, 16 Fischarten, 1200 Farne und höhere Pflanzen sowie ca. 550 verschiedene Moosarten nachgewiesen.
- Das Vorhandensein einer zusätzlichen dreispurigen *Ost-West Bundesfernstraße Fulda-Tann-Meinigen* mit ihrer überregionalen Wirkung (Fernverkehr) und Bauwerken (Brücken, Dämme, Einschnitte etc.) *wirkt sich über die Bauzeit hinaus schädigend aus auf*
 - den *Tourismus/Erholungsqualität* (Landschaftsbild, Ruhe, naturnahe Vielfalt)
 - die *wirtschaftliche Entwicklung* der Tourismusbranche (Beeinträchtigung des überregional bedeutsamen Erholungsraumes Rhön)
 - den *Arten- und Biotopschutz* (z.B. Schwarzstorch u.a.) und
 - die *Lebensqualität der Rhöner* (Luftreinhaltung, Lärm).
- Bei den favorisierten Planungsvarianten wurde der beispielhafte *Modellcharakter des Biosphärenreservates Rhön nicht berücksichtigt*. Wo wird in einem besonderem Maß Rücksicht genommen oder den Belangen des Naturraumes entsprochen? Es handelt sich um konventionellen Straßenbau mit allen seinen negativen Folgen.
- Die *AGN fordert* aus naturschutzfachlicher Sicht eine fundierte Umweltverträglichkeitsprüfung aller Alternativen einer Verkehrsverbindung zwischen Osthessen und Südwestthüringen. Dies schließt auch *weitere Variantenprüfungen* des gesamten in Frage kommenden Raumes mit ein.

6. Fazit

Die rechtlich anerkannten Naturschutzverbände der AGN sind gegen eine überregionale Straße, die den Naturraum Rhön und seine Menschen dauerhaft irreparabel ökologisch wie wirtschaftlich schädigt. Durch die überregionale Straße wird umfangreicher Transitverkehr erzeugt ohne eine Wertschöpfung für die Region zu schaffen. Eine neue Bundesfernstraßenverbindung durch die Hochrhön ist mit den Belangen des Naturschutzes, des Tourismus und einer nachhaltigen Landbewirtschaftung unvereinbar.

Eine massive Verletzung der Einmaligkeit der Rhön – und eine unqualifizierte zentrale Verbindung könnte zu einer solchen Verletzung führen – darf nur unter *schonender Streckenführung und unter guter glaubhafter Begründung und nicht aus kurzfristig wirtschaftlichem oder politischem Interesse stattfinden*.

Aufgabe der Politik ist es, das Biosphärenreservat Rhön in seinem Bestand für die Zukunft ökonomisch und ökologisch sicher zu machen und den Menschen ihre Heimat auf Dauer lebenswert zu erhalten.

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

Christian Schüler / Rüdiger Graß, Die Gefahren der Gentechnik und der Nutzen Gentechnikfreier Regionen

Die Gefahren der Gentechnik und der Nutzen Gentechnikfreier Regionen

Christian Schüler / Rüdiger Graß

„Keine Gentechnik im Biosphärenreservat – Bauern in der Rhön wollen auf Laborsaat verzichten“ – mit diesem Aufmacher startete der Deutschlandfunk seine Berichterstattung über einen Festakt am Montag, den 27. Juni 2005: Mit der Errichtung eines sechs Meter hohen Dreibeins am Dreiländereck Bayern, Hessen und Thüringen hatten die Kreisbauernverbände Rhön-Grabfeld, Fulda-Hünfeld e.V., Schmalkalden-Meiningen e.V. und Eisenach/Bad Salzungen e.V. der „Gentechnikfreien Anbauzone im Biosphärenreservat Rhön“ ihre Zusammenarbeit symbolisch verdeutlicht. Anschließend wurde die Öffentlichkeit über den derzeitigen Sachstand der Aktion in der Rhön unterrichtet: 1.135 Landwirte der sechs umliegenden Landkreise beteiligen sich inzwischen an dem Projekt. Durch diese Aktion werden rund 65.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche erfasst (entnommen der gemeinsamen Presseerklärung der beteiligten Verbände vom 27.6.2005). Damit reiht sich diese Initiative ein in eine Bewegung von Landwirten, die mittlerweile in ganz Deutschland und Europa aktiv ist (ausführliche Informationen unter www.gentechnikfreie-regionen.de und www.gmo-free-regions.de).

Die freiwillige Ausweisung Gentechnikfreier Regionen (GFR) durch Land- und Forstwirte, Imker und Gärtner sowie engagierte Bürger ist seit Anfang 2004 zu einer von vielen Beobachtern kaum erwarteten Erfolgsgeschichte geworden. Die öffentlichkeitswirksamen Erfolge der ersten beiden Gentechnikfreien Regionen Warbel-Recknitz (Mecklenburg-Vorpommern) und Uckermark-Barnim (Brandenburg) haben den vielen Initiativen Mut gemacht, sich zu engagieren und selbst Gentechnikfreie Regionen zu gründen. Die nachfolgende Tabelle gibt den aktuellen Stand der gentechnikfreien Flächennutzung zum April 2006 wieder.

Die Gesamtübersicht zu den Gentechnikfreien Regionen und der gentechnikfreien Flächennutzung in Deutschland sowie die detaillierte Darstellung aller GFR erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit in der Erfassung und Präsentation einer gentechnikfreien Flächennutzung in Deutschland. Es wurden nur die GFR berücksichtigt, die nachweislich durch Landwirte gegründet wurden und einen verbindlichen Rahmen in Form von Selbstverpflichtungserklärungen oder gemeinsamen Beschlüssen aufweisen. In der Übersicht wird zwischen Gentechnikfreien Regionen (die über zusammenhängende Bewirtschaftungsflächen und einen hohen Flächendeckungsgrad verfügen), Initiativen zu GFR (noch keine Flächendeckung) und Einzelerklärungen zu gentechnikfreien Höfen unterschieden. Die Angaben wurden durch das Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Universität Bremen im Rahmen von telefonischen und persönlichen Interviews mit den InitiatorInnen der Regionen und durch Medienrecherchen erfasst, ausgewertet und zugeordnet. Sie bieten mittlerweile einen guten Überblick, der zeitnah die dynamische Entwicklung in den GFR erfasst. Die Übersicht wird monatlich aktualisiert, vervollständigt und ergänzt (www.gentechnikfreie-regionen.de; a). Anfang April 2006 können für ca. 85 der 92 erfassten und in der Übersicht dokumentierten GFR aktualisierte Angaben präsentiert werden. Zusätzlich liegen weiterhin zu Bayern und Baden-Württemberg noch Hinweise zu weiteren GFR vor, die bislang noch nicht berücksichtigt worden sind.

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

	Anzahl	Fläche in ha	beteiligte Landwirte	Pflanzenbau/ Tierhaltung
Gentechnikfreie Regionen (GFR)	62	ca. 695.500 LF gesamt ca. 1.487.000	ca. 20.300	62x Pflanzenbau 6x Tierhaltung
GFR-Initiativen	30	ca. 155.800 LF gesamt ca. 201.200	ca. 4.800	30x Pflanzenbau 7x Tierhaltung
GFR und GFR-Initiativen zusammen	92	ca. 851.000 LF gesamt ca. 1.690.000	25.100	92x Pflanzenbau 13x Tierhaltung
Einzel- erklärungen		77.100 LF	ca. 1.000	
Gentechnikfreie Landwirtschaft gesamt		ca. 928.000 LF gesamt ca. 1.766.000	ca. 26.100	

Tab. 1: Gentechnikfreie Flächennutzung in Deutschland (Stand 04.04.06)

Quelle: www.gentechnikfreie-regionen.de a)

Risiken der Gentechnik

Landwirte und Verbraucher haben angesichts der anhaltenden politischen Auseinandersetzungen um die Agro-Gentechnik und den vielen nicht geklärten Risiken schnell erkannt, dass nur durch Eigeninitiative vor Ort die Sicherung einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Ernährung zu gewährleisten ist. Diese vorsorgliche Ablehnung hat viele Gründe: Risiken für Umwelt und Gesundheit, die Abhängigkeit von einigen großen, im Agrarsektor tätigen Unternehmen, das Unbehagen an der industriellen Ausrichtung der Natur, an Patenten auf Lebewesen; aber auch die Sorge um den guten Ruf der regionalen Produkte, die Furcht vor zusätzlichen Kosten, die nicht die Gentechnikhersteller und -anwender bezahlen, sondern diejenigen tragen sollen, die weiterhin ohne Gentechnik produzieren wollen – und schließlich die Abwendung der Bedrohung einer gentechnikfreien Landwirtschaft, des Ökologischen Landbaus und der mittelständischen Lebensmittelhersteller, die auf Produktqualität setzen.

Zu den in der Öffentlichkeit am häufigsten diskutierten Gefahren und Risiken der Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft zählen die folgenden Bereiche (siehe u. a. BUND 2004):

- Gefahren für die menschliche Gesundheit

Es sind vor allem zwei Gesundheitsrisiken, die bei gentechnisch veränderten Kulturpflanzen zur Herstellung von Lebensmitteln diskutiert werden: das Entstehen von neuen Allergien und die Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen. Betroffen sind davon hauptsächlich Mais, Soja und Raps. Die hier neu eingebrachten Erbinformationen produzieren Proteine, die von Medizinern zu den Allergieauslösern gezählt werden (99. Deutscher Ärztetag nach dpa 1996). Darüber hinaus kann die gentechnische Veränderung auch zu unerwarteten Veränderungen im Stoffwechsel der

Christian Schüler / Rüdiger Graß, Die Gefahren der Gentechnik und der Nutzen Gentechnikfreier Regionen

Pflanzen führen, die die Qualität der daraus hergestellten Lebensmittel beeinträchtigt (SPÖK et al. 2002).

Die Gentechnik benutzt Antibiotika-Resistenzgene zur späteren Identifizierung einer gelungenen Genübertragung. Antibiotika-Resistenzgene werden an das eigentliche Genkonstrukt gehängt. Nach versuchter Genübertragung werden die Zellen mit Antibiotika behandelt. Nur diejenigen Zellen mit erfolgreicher Genübertragung überleben. Problematisch kann der Einsatz von Antibiotika-Resistenzgenen werden, wenn sie von den Darmbakterien aufgenommen werden (horizontaler Gentransfer). Diese Bakterien erwerben dadurch eine Unempfindlichkeit gegenüber dem entsprechenden Antibiotikum. Besonders bedenklich wird dies, wenn solche Resistenzgene in Krankheitserreger gelangen. Eine Antibiotikabehandlung würde in diesem Fall wirkungslos bleiben.

Die Situation wird durch die völlig unzureichenden Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Lebensmittel verschärft. In der Regel testen die Hersteller die Sicherheit ihrer Produkte selbst häufig über Tierversuche. Die wesentlichen Schwachstellen der Risikobewertung sind:

- Die Industrie führt keine Studien zur chronischen Toxizität von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) durch.
- Experimentelle toxikologische Untersuchungen werden nur sporadisch durchgeführt.
- Experimentelle Daten zur Giftigkeit der ganzen transgenen Pflanze oder der daraus gewonnenen Lebensmittel fehlen vollständig.
- Es wird nur das isolierte gentechnisch veränderte Eiweiß und nicht die gesamte Pflanze getestet. Unbekannte Nebeneffekte und Wechselwirkungen werden so nicht erfasst.
- Bei Vergleichen mit der gentechnisch nicht manipulierten Ausgangspflanze finden nur Untersuchungen hinsichtlich der Inhaltsstoffe statt (z.B. Fettsäuren, Proteingehalt, Stärkegehalt). Es gibt kaum Untersuchungen im Hinblick auf Giftigkeit.
- Beim Einbau des künstlichen Gens laufen unkontrollierte Nebenprozesse ab. Auf mögliche Gefahren dieser Effekte wird nicht eingegangen.

Unter diesen Bedingungen kann nicht behauptet werden, genmanipulierte Lebensmittel seien zuverlässig getestet und sicher.

- Ökologische Risiken der Agro-Gentechnik

Gentechnisch veränderte Pflanzen können sich in Ökosystemen ausbreiten und ihre neuen Eigenschaften auf verwandte Wildarten übertragen. In Europa besteht diese Gefahr besonders bei Raps und Zuckerrüben, da beide hier beheimatet sind und über entsprechend viele verwandte Arten verfügen. Pollen kann zudem durch Wind und Insekten über große Entfernungen verbreitet werden. Eine Auskreuzung kann über größere Distanzen erfolgen, als bisher angenommen wurde, wie eine groß angelegte Feldstudie in Großbritannien gezeigt hat (RAMSEY et al. 2003).

Bei Raps ist die häufigste Eigenschaft, die durch Gentechnik in die Pflanze eingebracht wird, die Resistenz gegen ein spezifisches Unkrautvernichtungsmittel (= Herbizid). Wird der Acker mit dem Herbizid besprüht, überlebt allein der gentechnisch veränderte Raps. Viele Studien (siehe u.a. CHEVRÉ et al. 1999) haben gezeigt, dass sich die Herbizidresistenz von Raps auf nahe verwandte Ackerkräuter auskreuzen. Hinzu kommt, dass Raps selbst in den nachfolgenden Kulturen als Unkraut auftritt.

Die häufigste bei Mais durch Gentechnik bewirkte Eigenschaft ist die Insektenresistenz, die durch den Einbau von Teilen eines Bodenbakteriums (*Bacillus thuringiensis*) in die Pflanzen erzielt wird (sogenannter Bt-Mais). Es zeigt sich allerdings, dass das Insektengift nicht nur die Schädlinge tötet, sondern auch andere Insekten, denn das Toxin der Gentech-Pflanze wird über die Nahrungskette weitergegeben (HILBECK et al. 1998). Das führt dazu, dass auch nützliche räuberisch lebende Insekten sterben können. Untersuchungen haben außerdem gezeigt, dass das Insektengift von den gentechnisch veränderten Pflanzen über die Wurzeln in den Boden abgegeben wird und dort offenbar sehr stabil ist (SAXENA et al. 1999). Dies ist insofern brisant, da nur ein Bruchteil der im Boden lebenden Mikroorganismen bekannt ist und Erkenntnisse über Wechselwirkungen zwischen dem Toxin in den Genpflanzen und den Bodenmikroorganismen sowie im Boden lebenden Insekten und Nematoden nicht existieren.

- Keine Vorteile durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen

Die im Folgenden immer wieder von Befürwortern aufgezählten positiven Wirkungen der Agro-Gentechnik lassen sich durch die bisher gesammelten Erfahrungen widerlegen.

Steigerung der Erträge: Nach derzeitiger Datenlage sind die Erträge von gentechnisch verändertem Soja langfristig im Vergleich zu herkömmlichem Soja geringer, während sie bei gentechnisch verändertem Mais nur gleich hoch wie bei normalem Mais ausfallen (ELIASON/JONES 2004).

Verringerung des Pestizideinsatzes: Da Unkräuter bei hohem Selektionsdruck durch die dauerhafte Präsenz von Herbizidanwendung Resistenzen ausbilden, kommt es häufig zu einer Zunahme des Pestizidverbrauchs. Wie Beobachtungen aus dem großflächigen Anbau von Gensoja und Genbaumwolle in den USA zeigen, entwickeln sich bei herbizidresistenten Pflanzen durch den ausschließlichen Einsatz eines Wirkstoffes allmählich resistente Ackerkräuter, d.h. es müssen von Saison zu Saison mehr Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden, um sie zu beseitigen. Untersuchungen an insektenresistenten Pflanzen belegen, dass sich die Schädlinge langsam an das Gift der Genpflanzen anpassen und ihrerseits Resistenzen entwickeln. Die Folge: eine Steigerung des Verbrauchs an Herbiziden und Insektenbekämpfungsmitteln in Genmaisfeldern in den USA (BENBROOK 2004).

Umweltfreundlichere Produktion: Beim Herbizidresistenz-System soll infolge der Herbizidapplikation nach Bedarf (d.h. kein Spritzen im Voraufbau) die Ackerbegleitflora weniger geschädigt werden als beim bisherigen Herbizideinsatz. Im Herbst 2003 veröffentlichte Ergebnisse umfangreicher Studien in England haben jedoch gezeigt: Im Vergleich zum konventionellen System waren beim Anbau herbizidresistenter Raps- und Zuckerrüben-Pflanzen Anzahl und Vielfalt der Wildkräuter auf und neben dem Acker erheblich verringert. Bis zu 40 Prozent weniger Blütenpflanzen wuchsen an den Ackerrändern. Das führte zu negativen Auswirkungen auf die Insektenwelt und in der Folge auch zu Gefährdungen von Vögeln und Wirbeltieren. Herbizidresistente Pflanzen entlasten die Umwelt demnach nicht, sondern beeinträchtigen die Artenvielfalt (FIRBANK 2003).

Bekämpfung des Hungers in der Dritten Welt: Alle gentechnisch veränderten Pflanzen, die sich bisher auf dem Markt befinden, sind auf die Monokulturen der Landwirtschaft in den reichen Ländern des Nordens zugeschnitten, nicht auf die regionalen Bedürfnisse der armen Länder des Südens. Die Firmen, die gentechnisch verändertes Saatgut anbieten, wollen damit Gewinne erwirtschaften und haben deshalb als Abnehmer die kaufkräftigen Landwirte der Industrieländer, nicht aber die armen Kleinbauern des Südens im Blick.

Christian Schüler / Rüdiger Graß, Die Gefahren der Gentechnik und der Nutzen Gentechnikfreier Regionen

Es gilt grundsätzlich die Feststellung, dass Hunger ein gesellschaftliches und politisches Problem ist, dass überwiegend auf die mangelnde Kaufkraft der Menschen in den betroffenen Regionen zurückzuführen ist (mit Ausnahme von Naturkatastrophen). Es kann deshalb nicht allein durch den Einsatz von Technik gelöst werden. Zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung der armen Staaten des Südens sind vor allem folgende Maßnahmen erforderlich: Bekämpfung der Armut, Beendigung von kriegerischen Auseinandersetzungen, Entwicklung der Wirtschaft, Zugang zu Boden, zu Saatgut lokal angepasster Pflanzensorten und zu Wasser sowie Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit (KRAWINKEL/MAHR 2004).

Wenige multinationale Firmen kontrollieren den Markt der Agro-Gentechnik

Die USA sind die Heimat von drei der sechs größten Gentechnikkonzerne: Monsanto, Pioneer Hi-Breed (jetzt Du Pont) und Land O' Lakes. 2003 waren 90 Prozent aller GVO-Flächen auf der Welt mit Sorten bestellt, an denen die Firma Monsanto Patentrechte hat (PAUL/STEINBRECHER 2003). Das weltführende Herbizid, gegen das GVO-Pflanzen resistent gemacht wurden, ist „Roundup“ (Wirkstoff Glyphosat), das ebenfalls von Monsanto hergestellt wird; 73 Prozent der weltweiten Anwendung der Agro-Gentechnik ist Herbizidtoleranz. Die Problematik der engen wirtschaftlichen Verknüpfung zwischen Saatgutunternehmen und Pflanzenschutzmittelherstellern zeigt die folgende Tab. 2 mit den jeweils weltweit führenden Konzernen.

Saatgut-Unternehmen	Pflanzenschutz-Unternehmen
1. DuPont/Pioneer (USA)	1. Syngenta (CH)
2. Monsanto (USA)	2. Bayer-Crop-Science (D/F)
3. Syngenta (CH)	3. Monsanto (USA)
4. Limagrain (F)	4. DuPont/Pioneer (USA)
5. KWS (D)	5. BASF (D)
6. Land O' Lakes (USA)	6. DowChemical (USA)
7. Sakata (J)	7. Sumitomo (J)

Tab. 2: Die weltweit größten Agro/Chemieunternehmen

Quelle: verändert nach etc group 2005

Die US-Gentechnikkonzerne sind die aggressivsten (und effektivsten) Lobbyisten für eine Handelspolitik in ihrem Sinn. Ihr Einfluss auf die US-Regierung ist erheblich. Deutlich wird dies in der harten Haltung der US-Regierung in den WTO-Verhandlungen, mit der sie sich den Zugang von GVO-Produkten auf dem europäischen Markt erstreiten wollen. Insbesondere geht es den Unternehmen um das Patentrecht. Das Patentrecht begünstigt die Hersteller von gentechnisch verändertem Saatgut und benachteiligt die konventionellen Pflanzenzüchter. Letztere schützen und vermarkten über das Sortenschutzgesetz immer nur einzelne Sorten. Gentech-Unternehmen dagegen können über das Patentrecht gleich mehrere Pflanzen auf einmal für sich schützen, nämlich all jene, in die ein

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

bestimmtes Gen eingebracht ist. So umfasst ein einziges Patent von Monsanto 18 verschiedene Nutzpflanzen, und zwar vom Anbau bis zum Verbrauch.

Die besondere Situation ökologisch sensibler Gebiete

Das Bundesnaturschutzgesetz weist verschiedene Schutzgebietstypen aus – vom Naturschutzgebiet bis zum Biosphärenreservat. All diese Gebiete sollten aus naturschutzfachlicher Sicht vor dem Eintrag transgener Pflanzen geschützt werden (VOGEL 2005). Nach Ansicht einer großen Zahl von Experten greift der Gebietsschutz im Gentechnikgesetz allerdings viel zu kurz (SACHVERSTÄNDIGENRAT FÜR UMWELTFRAGEN 2004): Erstens liegt infolge der Beschränkung des Gesetzes auf Natura 2000-Gebiete eine kaum nachvollziehbare Ausgrenzung der anderen Schutzgebiete vor. Zweitens greift die Regelung zu kurz, da sie nur Freisetzungen von GVO's innerhalb der Natura 2000-Gebiete betrifft, nicht aber solche in der Nachbarschaft dieser Gebiete. Diese Begrenzung wird weder dem Gefährdungspotenzial transgener Pflanzen noch dem Erhaltungsgebot der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie gerecht, wonach auch Projekte in der Nachbarschaft von Schutzgebieten berücksichtigt werden müssen. Und drittens fehlen materielle Maßstäbe, um die Gefährdung der Natura 2000-Gebiete einzustufen zu können. So schreibt das Gentechnikgesetz zwar vor, dass die Nutzung transgener Pflanzen untersagt werden kann, wenn die Schutzgebiete erheblich beeinträchtigt werden könnten. Es lässt aber offen, was eine erhebliche Beeinträchtigung von einer unerheblichen unterscheidet.

Gentechnikfreie Regionen als Reaktion der Selbsthilfe

Landwirtschaft, egal ob es sich um konventionelle oder ökologische Bewirtschaftung handelt, ist immer ein offenes System. Je mehr GVO angebaut werden, desto weniger ist die gentechnikfreie Landwirtschaft selber in der Lage, sich vor der Kontamination mit GVO zu schützen. Auch wenn alle vorgeschlagenen technischen Maßnahmen gegen die GVO-Einträge optimal umgesetzt werden, sind trotzdem Kontaminationen möglich (z.B. unkontrollierte Genverbreitung via Pollen oder Samen, Verschleppungen über gemeinsam genutzte Maschinen oder Transportmittel usw.). Die gentechnikfreie Landwirtschaft erleidet einen Schaden, wenn Saatgut, Lebensmittel und Futtermittel mit GVO verunreinigt werden; bei Überschreitung der Grenzwerte können diese Produkte nicht mehr als gentechnikfrei verkauft werden. Der Schaden ist sowohl finanzieller wie ideeller Art, denn die KonsumentInnen insbesondere von Bio-Produkten erwarten, dass die Lebensmittel ohne GVO hergestellt sind. Dies ist ein Zusatznutzen, den sie auch bezahlen (BUWAL 2002).

Grundsätzlich sollte für GVO-Kontaminationen das Verursacherprinzip gelten, d.h. wer GVO in Verkehr bringt und anbaut, soll für Schäden haften, die daraus hervorgehen. Hier wird in Zukunft im parlamentarischen und außerparlamentarischen Diskurs darauf zu achten sein, dass die anstehende Novellierung des Gentechnikgesetzes dieser Linie treu bleibt.

Eine weitere Möglichkeit der Abwehr besteht darin, sich vor Ort für GVO-freie Gebiete und Länder zu entscheiden. Gentechnikfreie (Anbau-)Regionen auf der Basis freiwilliger Selbstverpflichtungserklärungen oder verbindlicher Beschlüsse von Bauernversammlungen sind derzeit die einzige Möglichkeit, sich auch mittel- und langfristig noch für eine garantiert gentechnikfreie Erzeugung entscheiden zu können. Das hat weder etwas mit der häufig unterstellten Innovationsfeindlichkeit und ideologischen Haltung der Beteiligten noch mit der Durchsetzung parteipolitischer Interessen zu tun. Diese vorsorgliche Ablehnung basiert vielmehr auf den genannten Risiken und Gefahren.

Christian Schüler / Rüdiger Graß, Die Gefahren der Gentechnik und der Nutzen Gentechnikfreier Regionen

Die Erfahrungen mit der Einrichtung Gentechnikfreier Regionen entwickeln sich gerade erst – entsprechend groß ist der Beratungsbedarf. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und das Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Universität Bremen haben sich deshalb als Projektpartner zusammengeschlossen, um interessierte Landwirte und Schutzgebietsverwaltungen bei der Gründung und Sicherung Gentechnikfreier Regionen zu unterstützen und bei Fragen rund um die Agro-Gentechnik zu beraten. Dieses Projekt wird vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gefördert.

In Deutschland gibt es, wie oben bereits erwähnt, zahlreiche Initiativen für eine gentechnikfreie Flächennutzung. Von entscheidender Bedeutung sind dabei die konkreten Aktivitäten von Land- und Forstwirten, Gärtnern und Imkern. Vielerorts erklären sie ihren Betrieb bzw. Hof für gentechnikfrei, oder sie schließen sich in Gemarkungen, Gemeinden, Landkreisen und Wirtschaftsräumen mit Berufskollegen zu Gentechnikfreien Regionen, Anbauregionen oder Zonen zusammen. Diese Zusammenarbeit findet gleichermaßen zwischen ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben statt.

Inzwischen kritisieren Befürworter der Agro-Gentechnik sowohl den Begriff „Gentechnikfreie Region“ als auch die konkrete Umsetzung einer GFR. Der Begriff sei unscharf und beliebig, lautet ein häufiger Einwand. Darüber hinaus zweifeln sie die Bedeutung und ausreichende Beteiligung der Landwirte vor Ort an.

Die hier vorgestellte Begriffsbestimmung (zitiert nach www.gentechnikfreie-regionen.de; a) verdeutlicht, dass Gentechnikfreie Regionen in Deutschland einen nachvollziehbaren und verbindlichen Charakter auf privatwirtschaftlicher Basis haben und innerhalb kurzer Zeit zu einem ernstzunehmenden Akteur in der landwirtschaftlichen Flächennutzung geworden sind.

Eine gentechnikfreie Flächennutzung und Erzeugung muss sowohl für die beteiligten Landwirte als auch für den Absatzmarkt und die Verbraucher einen verbindlichen und nachvollziehbaren Charakter haben. Dies leisten in erster Linie Selbstverpflichtungserklärungen der einzelnen Eigentümer, Nutzer und Bewirtschafter mit der Versicherung, wissentlich keine gentechnisch veränderten Kulturen zu verwenden (siehe Entwurf einer solchen Selbstverpflichtungserklärung im Anhang). Von Bedeutung sind auch gemeinsame, in Versammlungen gefasste Beschlüsse (vorrangig von Land- und Forstwirten).

Der Nutzen gentechnikfreier Regionen

Die folgenden zehn Gründe für die Schaffung von Gentechnikfreien Regionen werden von den Initiatoren am häufigsten genannt und finden in den Versammlungen zur Gründung die meiste Zustimmung (übernommen aus dem ARGUMENTATIONSLEITFADEN BUND 2004):

1. Gentechnikfreie Regionen fördern die Partnerschaft zwischen Bauern und Verbrauchern.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 hat das Forsa-Institut eine Meinungsumfrage zum Thema gentechnisch veränderter Lebensmittel durchgeführt. Forsa hat am 18. und 19. Juli 2005 1.000 Bürger befragt. Danach lehnen mehr als drei Viertel, nämlich 79 Prozent der Bundesbürger gentechnisch veränderte Bestandteile in der Nahrung ab. Diesem Wunsch wollen 70 Prozent aller Bauern entsprechen. Im Auftrag von Greenpeace befragte das Markt- und Meinungsforschungsinstitut Wickert-Institute in Hildesheim deutsche Landwirte nach ihrer Einstellung zur Gentech-

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

nik in der Landwirtschaft. In der Zeit vom 12. Juni bis 4. Juli 2002 wurden 1.031 Landwirte aus dem gesamten Bundesgebiet telefonisch interviewt. Die Auswertung ergab, dass die große Mehrheit der Landwirte in Deutschland kein gentechnisch verändertes Saatgut nutzen und ihren Tieren kein genmanipuliertes Futter in den Trog geben will. Darüber hinaus wollen sie informiert werden, wenn benachbarte Bauern genmanipulierte Pflanzen anbauen, und sie wollen Entschädigungen, wenn ihre Ernte durch Pollenflug von Gen-Pflanzen verunreinigt wurde (www.gentechnikfreie-regionen.de b).

2. Gentechnikfreie Regionen sichern die Wahlfreiheit.

Landwirte und Lebensmittelproduzenten sollen auch zukünftig gentechnikfrei produzieren können und VerbraucherInnen sollen künftig nicht allein die Wahl zwischen mehr oder weniger gentechnisch verunreinigten Produkten haben. Die freie Wahl der bevorzugten Produktionsweise und Lebensmittelprodukte kann jedoch nur dann langfristig gesichert werden, wenn die ökologische und konventionelle Produktion ohne Gentech-Verunreinigungen möglich bleibt.

3. Gentechnikfreie Regionen verhindern Mehrkosten.

Bei der Koexistenz der drei Produktionsweisen müssen Landwirte Maßnahmen treffen, um Verunreinigungen zu verhindern. Sie müssen sich untereinander über das Pflanzen von Hecken abstimmen, die als Pollenbarrieren dienen sollen, fixe Abstandsregeln einhalten, Fruchtfolgen anpassen, die Warenflüsse trennen und Kontrollen durchführen. Das alles kostet Zeit, Energie, Geld und Nerven – Ressourcen, die anderweitig sinnvoller genutzt werden können. Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission hat errechnet, dass sich die Anbaukosten zur Sicherung einer gentechnikfreien Produktion bei Raps, Mais und Zuckerrüben um wenigstens 5 bis 10 Prozent erhöhen, im Extremfall sogar um 40 Prozent (BOCK et al. 2002). Nicht einmal berücksichtigt sind in der Studie die Kosten zur Trennung der Warenströme im der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereich. Die Kosten sollen denjenigen angelastet werden, die weiterhin gentechnikfrei produzieren wollen. Eine Möglichkeit, sich diese Kosten zu sparen, ist das Wirtschaften in Gentechnikfreien Regionen.

4. Gentechnikfreie Regionen sichern Einnahmen und schaffen Planungssicherheit.

Gentechnikfrei produzierende Landwirte erleiden Verluste, wenn ihre Ernten verunreinigt sind. Ein Biobauer kann seine kontaminierten Produkte nicht mehr als „Bio“ vermarkten, sondern muss sie zu einem tieferen Preis als gentechnisch verunreinigtes Produkt verkaufen. Zudem droht ihm im Extremfall der Verlust seiner Ökozertifizierung – so geschehen in Spanien und Kanada. Doch auch konventionelle Landwirte müssen befürchten, dass sie ihre Ernten nach einer Verunreinigung nicht mehr oder nur mit Preisabschlägen verkaufen können. Inzwischen haben fast alle großen Supermarktketten in Deutschland erklärt, dem Wunsch der VerbraucherInnen nach gentechnikfreien Lebensmitteln zu entsprechen; Firmen wie Unilever, McDonalds, tegut, Wiesenhof und Edeka setzen seit Jahren auf gentechnikfreie Produkte. Bio- und konventionelle Landwirte können ihre Einnahmen nur dann sicher planen, wenn sie in Gentechnikfreien Regionen ohne Verunreinigungen produzieren können.

5. Gentechnikfreie Regionen erschließen und erhalten neue Absatzmärkte.

Gentechnikfreie Regionen können neue Absatzmärkte erschließen. Das zeigt das Beispiel Mais: In den USA bauen Landwirte seit 1996 großflächig Gentech-Mais an. Seither sind die Exporte

Christian Schüler / Rüdiger Graß, Die Gefahren der Gentechnik und der Nutzen Gentechnikfreier Regionen

von Mais in die EU und nach Japan zusammengebrochen. Da die europäischen VerbraucherInnen keine Agro-Gentechnik wollen, die USA jedoch aufgrund allgegenwärtiger Verunreinigungen kaum mehr gentechfreie Chargen liefern können, haben die europäischen Händler den Partner gewechselt. Jetzt beliefern Länder, in denen keine Gentech-Mais-Sorten angebaut werden, den EU-Markt mit Mais im Wert von jährlich 300 Millionen US-Dollar – Einnahmen, die den amerikanischen Landwirten verloren gegangen sind und europäischen Landwirten zugute kommen. Weil es bisher so gut wie keinen kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU gibt, verfügt die hiesige Landwirtschaft zurzeit noch über einen großen Wettbewerbsvorteil: Sie kann die Nachfrage nach garantiert gentechnikfreien Produkten befriedigen – und das nicht allein für den EU-Binnenmarkt mit 470 Millionen VerbraucherInnen, die in ihrer großen Mehrheit Gentechnik ablehnen, sondern auch für den asiatischen und den US-Markt.

6. Gentechnikfreie Regionen erhalten die bäuerliche Unabhängigkeit.

Gentechnisch veränderte Sorten unterliegen dem Patentschutz. Die wenigen großen Saatzeuchtfirmen, die Inhaber der Patente sind (und das im Fall von Raps und Soja dazugehörige Herbizid im Doppelpack verkaufen), verlangen für den Anbau Lizenzen. Der eigene Nachbau ist dann nur noch nach Genehmigung durch den Patentinhaber und Bezahlung der Lizenzgebühren möglich. Kommt es zu stärkeren Verunreinigungen durch GVO im eigenen Saatgut, besteht die Gefahr, dass auch hierfür Patentschutz geltend gemacht wird.

7. Gentechnikfreie Regionen erhalten den Wert des Bodens.

Der Anbau von Gentech-Pflanzen führt zu einer Wertminderung des Bodens, weil dort verbleibende Samen eine Umstellung von Gentech-Anbau auf gentechnikfreie Produktion über längere Zeit hinweg verhindern. Denn: Samen von Gentech-Pflanzen, die auf dem Feld Ernterückstände bilden oder bei Transporten am Rande von Straßen oder Bahngleisen verloren gehen, können in der folgenden Vegetationsperiode als Durchwuchspflanzen auflaufen. Rapssamen können im Boden länger als zehn Jahre überdauern und dann immer noch auskeimen. Deshalb haben fast alle evangelischen Landeskirchen ihren Gemeinden empfohlen, auf ihren Flächen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zu untersagen. Neben einer grundsätzlichen Skepsis gegen den Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion verweisen sie auf die Wertminderung des Bodens und damit ihres Besitzes.

8. Gentechnikfreie Regionen sorgen für Transparenz.

Ein öffentlich zugängliches Anbauregister soll erfassen, wo sich Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen befinden – so sieht es die EU-Gesetzgebung vor. Wie öffentlich das Register dann tatsächlich sein wird – darüber existieren unterschiedliche Ansichten. Bisher ist nicht klar, wer wann mit welcher Berechtigung Zugang zu flurstückgenauen Katastern haben wird und wie die Informationspflichten der Bauern untereinander aussehen. Deshalb: Wenn Bauern nur eingeschränkten Zugang zu Informationen über den Anbau von Gentech-Pflanzen in ihrer Nachbarschaft haben, dann verhindern allein Gentechnikfreie Regionen böse Überraschungen durch plötzlich auftretende Kontaminationsschäden.

9. Gentechnikfreie Regionen verhindern Konflikte.

Was geschieht, wenn sich ein Bauer für den Anbau von Gentech-Pflanzen entscheidet, sein Nachbar aber strikt dagegen ist? Was passiert, wenn die Maßnahmen gegen Verunreinigungen nicht

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

greifen? Wenn Wind und Insekten den Pollen der gentechnisch veränderten Pflanze ins Feld des gentechnikfrei wirtschaftenden Bauern tragen? Wenn seine Ernte trotz aller Vorkehrungen wie Sicherheitsabstände und Pollenbarrieren kontaminiert wird? Dann bleibt dem geschädigten Bauern nur die Möglichkeit, seinen Nachbarn zu verklagen. Mit allen Folgen für das nachbarschaftliche Zusammenleben: Die Gentechnik wird Zwietracht in den Dörfern säen.

10. Gentechnikfreie Regionen vermindern unverhältnismäßiges wirtschaftliches Risiko

Bis jetzt hat sich noch keine Versicherung bereit erklärt, das mit dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen verbundene Risiko zu versichern. Ebenso wie für die Versicherung ist das Risiko auch für Landwirte unkalkulierbar: ein weiterer Grund, klare Verhältnisse in Gentechnikfreien Regionen zu schaffen.

Auch europaweit wächst die Besorgnis über den Umgang der Saatgutkonzerne, der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit gentechnisch verändertem Saatgut, seitdem die EU-Kommission 2004 die Aufhebung des Zulassungsmoratoriums für GVO verfügt hat.

Die Versammlung der Regionen Europas (VRE), ein Zusammenschluss von über 250 Regionalregierungen, hat deshalb eine Kampagne gestartet, um den Europäerinnen und Europäern die Folgen der Gentechnik für ihre regionale Landwirtschaft vor Augen zu führen. Die wichtigsten Kritikpunkte sind dabei das mangelnde Mitspracherecht bei der Zulassung neuer Gentechnik-Konstrukte und die Koexistenzfrage. Können gentechnisch veränderte Pflanzen realistischerweise von anderen Formen des Anbaus getrennt und Verunreinigungen vermieden werden? Die Regionen fordern die Einführung einer verbindlichen EU-Richtlinie, um künftig im Falle von gentechnischen Verunreinigungen deren Verursacher haftbar zu machen. 36 Landesregierungen aus derzeit 8 Ländern der EU haben sich zu einem Netzwerk gentechnikfreier Regionalregierungen zusammengeschlossen, deren Ziel es ist, die gentechnikfreie Landwirtschaft auf ihren Territorien zu sichern und sich gemeinsam in Brüssel Gehör zu verschaffen. In gemeinsamen Erklärungen haben sie einen detaillierten Forderungskatalog sowohl an die Europäische Kommission als auch an ihre Nationalregierungen verabschiedet. Sie wollen selbst bestimmen können, ob und welche GVO in ihrer Region angebaut werden können, verlangen Mitsprache bei der GVO-Zulassung und eine unabhängige wissenschaftliche Risikobewertung, den Erhalt garantiert gentechnikfreien Saatguts und den Schutz ihrer regionalen Sorten (www.gentechnikfreie-regionen.de; a).

Literatur

BENBROOK, C.M., 2004: Genetically Engineered Crops and Pesticide Use in the United States: The First Nine Years. - BioTech InfoNet, Technical Paper Number 7

BOCK, A. / K. LHEUREUX / M. LIBEAU-DULOS / H. NILSAGÅRD / E. RODRIGUEZ-CEREZO, 2002: Scenarios for co-existence of genetically modified, conventional and organic crops in European agriculture. Institute for Prospective Technological Studies. European Commission. Joint Research Centre, Sevilla/Spain

BUWAL – Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, 2002: Sicherung der gentechnikfreien Bioproduktion, Schriftenreihe Umwelt Nr. 340 Biotechnologie, Bern

BUND, 2004: www.bund.net/lab/reddot2/pdf/argumentationsleitfaden.rtf (04.04.06)

Christian Schüler / Rüdiger Graß, Die Gefahren der Gentechnik und der Nutzen Gentechnikfreier Regionen

CHÈVRE, A. M. / F. EBER / M. RENARD / M. DARMENCY, 1999: Gene flow from oilseed rape to weeds. In: British Crop Protection Council (Ed.): Gene flow and agriculture – relevance for transgenic crops. BCPC Symposium Proceedings 72, pp. 125-130

Dpa, 1996: 99. Ärztetag in Köln beendet – Ärzte fordern Kennzeichnung von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln

ELIASON, R.; JONES, L., 2004: Stagnation National Bean Yields. Proceedings of the 2004 Midwest Soybean Conference, Des Moines/Iowa, August 6-7th

etc group, 2005: Global Seed Industry Concentration. Issue 90, pp. 1-12

FIRBANK, L. G. / M. S. HEARD / I. P. WOIWOD / C. HAWES / A. J. HAUGHTON et al., 2003: An introduction to the Farm-Scale Evaluations of genetically modified herbicide-tolerant crops, J. Appl. Ecol. 40, pp. 2-16

HILBECK, A. / M. BAUMGARTNER / P. M. FRIED / F. BIGLER, 1998: Effects of transgenic *Bacillus thuringiensis* corn-fed prey on mortality and development time of immature *Chrysoperla carnea*, Environ. Entomol. 27(2), pp. 480-487

KRAWINKEL, M. / J. MAHR, 2004: Grüne Gentechnik-Chancen und Risiken für die internationale Ernährungssicherung, Studie im Auftrag der Welthungerhilfe, Gießen

PAUL, H. / R. STEINBRECHER, 2003: Hungry Corporations – Transnational Biotech Companies Colonise the Food Chain, London/New York

RAMSEY G. / C. THOMPSON / G. SQUIRE, 2003: Quantifying landscape-scale gene flow in oilseed rape. Final Report of DEFRA Project RG0216: An experimental and mathematical study of the local and regional scale movement of an oilseed rape transgene

SAXENA, D. / S. FLORES / G. STOTZKY, 1999: Transgenic plants: Insecticidal toxin in root exudates from Bt corn, Nature 402, p. 408

SPÖK A. / H. HOFER / R. VALENTA / K. KIENZL-PLOCHBERGER / P. LEHNER / H. GAUGITSCH, 2002: Toxikologie und Allergologie von GVO-Produkten – Empfehlungen zur Standardisierung der Sicherheitsbewertung von gentechnisch veränderten Pflanzen auf Basis der Richtlinie 90/220/EWG (2001/18/EG), UBA-Monographien M-109

SACHVERSTÄNDIGENRAT FÜR UMWELTFRAGEN (SRU), 2004: Koexistenz sichern: Zur Novellierung des Gentechnikgesetzes. Kommentar zur Umweltpolitik Nr. 4

VOGEL, B., 2005: Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen auf die biologische Vielfalt. NABU, Berlin

Internetquellen

www.bioland.de/bioland/aktuell/download/Gentechnik-Reader.pdf (04.04.06)

www.gentechnikfreie-regionen.de/regionen/regionen_26/regionen_156.htm (04.04.06) a)

www.gentechnikfreie-regionen.de/service/service_14/service_36.htm (04.04.06) b)

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

- E N T W U R F -
Selbstverpflichtungserklärung
zur Schaffung einer gentechnikfreien Region in (Landkreis XY)

Die Unterzeichneten verpflichten sich:

1. zu einer aktiven Teilnahme an der Umsetzung einer gemeinsamen gentechnikfreien Region mit dem Namen „*Gentechnikfreie Region XY*“ auf freiwilliger Basis im Gebiet der *Mustergemeinde* sowie der Landkreise *XY*.
2. in der Pflanzen [*- und Tier*] produktion wissentlich keine gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und GVO-Produkte einzusetzen und alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, die Verunreinigung mit GVO in unseren Betrieben zu verhindern. [*Alternativer Zusatz zum gänzlichen Ausschluss von Futtermitteln aus dem Vertrag z.B.: Auf berufsständische Vertreter und Futtermittelvertreter wirke ich aktiv ein, dass GVO-freie Futtermittel in ausreichender Menge auch für konventionelle Betriebe angeboten werden.*]
3. nur Saatgut [*und Futtermittel*] einzusetzen, das [die] gentechnikfrei im Sinne der europäischen Kennzeichnungsverordnung sind.
4. auf die Zulieferer von Saatgut einzuwirken, damit diese sich verpflichten, kurzfristig ihre Produkte auf GVO hin untersuchen zu lassen und mittelfristig nur noch kontrolliertes Saatgut zu liefern. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Saatgut-Vermarkter innerhalb eines Jahres verpflichten, anhand von Stichproben und Laboruntersuchungen die Einhaltung des Grenzwertes von 0,1 Prozent ihres Saatgutes schriftlich und nachvollziehbar nachzuweisen.
5. für eingesetzte Betriebsmittel und vermarktete pflanzliche Erzeugnisse Rückstellproben zu ziehen und diese für mindestens fünf Jahre aufzubewahren.
6. darauf zu achten, dass Lohnmaschinen, die von Anbauern verwendet wurden, die GVO einsetzen, von diesen vor Übergabe an mich gründlich gereinigt wurden.
7. die Lagerung und den Transport eigener Vermarktungsprodukte ausschließlich in gereinigten Räumlichkeiten und Fahrzeugen erfolgen zu lassen sowie alle Lagerungs- und Transportunternehmen, die in eigener Verantwortung anliefern und abfahren zu verpflichten, die Räumlichkeiten/Fahrzeuge gründlich zu reinigen.
8. alle an die Flächen unserer Betriebe angrenzenden landwirtschaftlichen Betriebe anzusprechen, um sie zur Unterzeichnung der Selbstverpflichtungserklärung bzw. zum Verzicht auf GVO zu gewinnen.
9. zu überwachen, dass Gentechnik-Anwender ihren Verpflichtungen zu allen Maßnahmen nachkommen, die unsere Flächen vor Verunreinigungen mit GVO aus ihrem Anbau schützen sollen.
10. zur einvernehmlichen Anpassung dieser Selbstverpflichtungserklärung, wenn neue Rechtsvorschriften, Förderprogramme und wissenschaftliche Erkenntnisse zu GVO und GVO-freien Regionen vorliegen.

Die Vereinbarung tritt am *X.Y. 2004* in Kraft und hat eine Laufzeit von zunächst einem Jahr. Sie verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht bis spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gegenüber [*allen Mitunterzeichnern*] gekündigt wird.

Ort _____ Datum _____ Unterschrift _____

MusterRegion, X.Y. 2004

Harald Plachter, Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön?

Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön?

Harald Plachter

1. Einleitung

Für den Naturschutz war das Jahr 1992 ein entscheidendes: der Umweltgipfel von Rio de Janeiro stellte das politische Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in den Mittelpunkt und beschloss mit der Biodiversitätskonvention erstmals eine globale Vereinbarung, in der ein Interessenabgleich zwischen Schutz und Nutzung der Natur weltweit versucht werden sollte. Im gleichen Jahr trat die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union in Kraft. Damit lag nicht nur das erste umfassende „europäische Naturschutzgesetz“ vor, sondern auch das erste, das konkrete qualitative und quantitative Ziele nannte. Etwa zehn Prozent der Fläche der EU, einschließlich durchgängig genutzte Flächen, in denen die in der Richtlinie genannten schutzwürdigen Arten leben, sollen Schutzgebiet werden. Inzwischen nennt auch das Bundes-Naturschutzgesetz in § 3 diesen Peilwert.

Für die Strategie des Naturschutzes bedeuteten diese Vorgaben einen tiefgreifenden Wandel. Zwar gab es über den sog. Vertragsnaturschutz und die Pflegemaßnahmen bereits Aktivitäten in genutzten Bereichen, überwiegend im Grünland oder in besonderen Nutzungsformen, wie etwa Streuobstanlagen. Bis weit in die 1990er Jahre war aber der Naturschutz einer weitgehend segregativen Strategie verhaftet, die „schutzwürdige“ Flächen von solchen ohne Naturschutzinteresse trennt (PLACHTER 1996). Aber zehn Prozent der Landesfläche waren eine ganz neue Dimension und erforderten ganz neue Kommunikationswege mit jenen Personen, die einen großen Teil der Flächen regulär nutzen. Nimmt man die FFH-Vorgaben zu „negativen Einflüssen“ und die Berichtspflicht sowie spätere Überlegungen zur „guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft“ als künftige Agrarförderkulisse hinzu, so sind flächendeckende Zielkonzepte des Naturschutzes eigentlich zwangsläufig (PLACHTER 1999).

Erschwerend kommt hinzu, dass die Landwirtschaft in weiten Teilen Europas unter den derzeitigen Marktbedingungen und Betriebsstrukturen nicht mehr rentabel ist. Dass selbst in sog. „peripheren Räumen“ heute noch herkömmliche Landwirtschaft betrieben wird, hat vielfach nur noch emotionale Gründe. Der schon lange befürchtete Rückzug der standortgebundenen Landwirtschaft wird spätestens in der nächsten Generation Wirklichkeit werden.

Auf den ersten Blick könnte dies als Chance verstanden werden. Werden dann nicht große Gebieteutzungsfrei werden, können dort nicht bald wieder natürliche Prozesse greifen und sich allmählich Naturlandschaften entwickeln? Die Erfahrungen aus der Vergangenheit lassen anderes erwarten: monotone Aufforstung ist häufig der „letzte Atemzug“ einer aufgebenden Landwirtschaft und wo dies nicht geschieht, breiten sich eher artenarme gehölzbetonte Ökosysteme aus (BEINLICH et al. 1995). Im Gegensatz zu anderen Kontinenten fehlt in Europa unberührte Natur. Das, was wir an Biodiversität haben, und das ist erstaunlich viel, steckt in unseren Kulturlandschaften. Es sind mosaikartige, halboffene Landschaften und die Mehrzahl der heimischen Arten

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

benötigt zumindest zeitweise unbewaldete Habitate. Dass unsere Kulturlandschaften so reich an Arten sind, hängt wahrscheinlich mit ihrer langen, bruchlosen Entwicklung zusammen, während die örtliche Natur und die Vielfalt lokaler Kulturen in sehr enger, gegenseitig bedingter Abhängigkeit standen (PLACHTER 2004, PLACHTER/PUHLMANN 2005). Ausgedehnte Waldlandschaften mögen in manchen Gebieten durchaus Sinn machen, in vielen anderen wäre ein deutliches Absinken der Biodiversität zumindest über die nächsten Jahrhunderte die Folge. Und auch die neuen „Interessanten“ an den traditionellen Kulturlandschaften, die Städter, die aufs Land ziehen, die Erholungssuchenden, die Energieproduzenten (Windenergie, Biosprit) können mit geschlossenen Waldlandschaften wenig anfangen.

Nolens volens ist der Naturschutz innerhalb weniger Jahre zu einem der größten Landschaftsmanger geworden, mit Aufgaben, die weit über den herkömmlichen konservierenden Arten- und Biotopschutz hinausreichen, mit Aufgaben, die völlig neue Strategien erfordern. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass flächendeckender Naturschutz mit Einzelverträgen und Pflegeplänen für jede Wiese einfach nicht zu leisten ist. Aber wie kann der Mosaikcharakter unserer Landschaften sonst erhalten bleiben? Regelungen über die Definition der „guten fachlichen Praxis“ in Land- und Forstwirtschaft könnten helfen, aber nur dann, wenn die staatliche Förderung konsequent daran gebunden wird (PLACHTER et al. 2005). Seit etwa einem Jahrzehnt wird auch immer stärker der Einsatz von Nutztieren und wilden Pflanzenfressern als „Landschaftspfleger“ diskutiert. Diese Diskussionen waren selten vorurteilsfrei und wurden bisweilen mit emotionaler Vehemenz geführt (FINK et al. 2004, REDECKER et al. 2002).

2. Biosphärenreservate

Im Frühjahr 2006 gab es weltweit 482 Biosphärenreservate in 102 Staaten (www.unesco.org/mab). Sie sind die materielle Grundlage des UNESCO-Programms „Man and the Biosphere“, das bereits 1970, lange bevor der Begriff geboren war, die Idee der nachhaltigen Entwicklung vorwegnahm. Biosphärenreservate sollten zwei Funktionen parallel erfüllen: a) ein weltumspannendes Netz von Forschungsstationen bilden, die zusammen die Entwicklung der gesamten Biosphäre repräsentieren, analysieren und bewerten sollten, und b) als „Technologiezentren“ für die Entwicklung von Nachhaltigkeit auf landschaftlicher Ebene. Biosphärenreservate sind deshalb in drei Zonen gegliedert. Die total geschützten Kernzonen sind oft auffallend klein, weil eben nicht konservierender Naturschutz, sondern der Erhalt und die Entwicklung von Landschaften mit hohen Naturwerten und gleichzeitig profitabilem Auskommen für die Bevölkerung im Vordergrund stehen (DEUTSCHES MAB-NATIONALKOMITEE 2004).

Diese Doppelfunktion hat lange Zeit zu Missverständnissen geführt. Nationalparke können zu einem weltweiten Forschungsnetz wichtige Beiträge leisten, aber wie soll man dort nachhaltige Nutzungsformen entwickeln, wenn das Ziel der Schutz unberührter Natur ist und nicht wenige Länder die örtliche Bevölkerung aus neuen Nationalparks aussiedeln? Auch der Begriff „Reservat“ ist unglücklich gewählt und muss zwangsläufig zu falschen Interpretationen führen. Aus diesen Gründen sind mehr als die Hälfte der Biosphärenreservate gleichzeitig Nationalpark. Auch in Deutschland sind 5 der 14 Biosphärenreservate auch zugleich Nationalpark. Längerfristig wird nur die Erweiterung des Biosphärenreservats über den Park hinaus, zum Beispiel in ein bestehendes Vorfeld, die Ziele des MAB-Programms voll erfüllen können.

Harald Plachter, Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön?

Der Weltkongress des Programmes 1996 in Sevilla hat dies mit der Sevilla-Strategie noch einmal in Erinnerung gerufen (UNESCO 1996). Danach hat ein Biosphärenreservat 4 Ziele (vgl. auch PLACHTER et al. 2003):

- 1) Erhaltung der natürlichen und kulturellen Vielfalt
- 2) Modelle für die Landbewirtschaftung und für Ansätze zur nachhaltigen Entwicklung
- 3) Forschung, Umweltbeobachtung, Bildung und Ausbildung
- 4) Umsetzung des Konzeptes der Biosphärenreservate.

Die Biosphärenreservate müssen alle 10 Jahre über die MAB-Nationalkomitees einen Zustandsbericht bei der UNESCO in Paris vorlegen. Für das Biosphärenreservat Rhön geschah dies 2004. Die Arbeit an dem Bericht bietet eine gute Gelegenheit, nicht nur den Ist-Zustand zu analysieren, sondern auch die künftige Richtung zu bestimmen.

3. Naturschutzfachliche Zielbestimmung

Die örtliche Zielbestimmung des Naturschutzes in Naturgebieten ist häufig vergleichsweise einfach: Es geht um den Schutz jenes Zustandes, den die Natur geschaffen hat, vor menschlichen Eingriffen, um den Erhalt natürlicher ökologischer Prozesse. In Kulturlandschaften sind die Verhältnisse weitaus komplexer und die konkreten Ziele keineswegs immer eindeutig. Das, was heute vorliegt, ist das Ergebnis mitunter jahrtausendlang währender Einflüsse des Menschen. Und diese Einflüsse haben sich permanent verändert, mit der Folge, dass im gleichen Gebiet eine Landschaft auf die vorhergehende, andersartige folgte. Das, was wir heute sehen, ist im Prinzip eine Momentaufnahme in einem langfristigen dynamischen Geschehen.

Dennoch kann man zu dem Ergebnis kommen, gerade diesen Zustand erhalten zu wollen, wie es in der Pflegezone von Biosphärenreservaten oft der Fall ist. Auch dann wird man aber nur bestimmte Charakterzüge schützen können, andere werden sich wandeln, weil sich auch die Anforderungen der dort lebenden Menschen ändern. Kulturlandschaften in einem gewissen Zustand „einzufrieren“ kann nicht gelingen. Wenn sich Kulturlandschaften aber kontinuierlich wandeln, so besteht eine breite Palette von Entwicklungsoptionen. Aus einer Offenlandschaft kann allmählich eine Waldlandschaft werden, wenn die ursprüngliche Nutzung aufhört, oder eine Stadtlandschaft, wenn sich eine benachbarte Siedlung ausdehnt.

Definiert der Naturschutz nur, welche Entwicklungen er ablehnt, so greift er zu kurz und lässt die örtliche Bevölkerung bei Entscheidungen über die künftige Gestaltung „ihrer“ Landschaft letztlich im Stich. Ein Partner, der immer nur „Nein“ sagt, ohne vorzuschlagen, wie es besser gehen könnte, findet wenig Gehör. Nötig sind vielmehr umfassende naturschutzfachliche Leitbilder, wohin sich eine bestimmte Landschaft in Zukunft entwickeln soll (BEINLICH 1997, PLACHTER 2004). Dies ist im Übrigen auch ein zentrales Anliegen der Landschaftsplanung, die in ihren Naturschutzabschnitten nur allzu oft vernachlässigt wird. Ein derartiges Leitbild kann auch nicht nur aus konservierenden Facetten bestehen. Eine negative Bilanz über die Jahre ist dann zwangsläufig, weil der Verlust bestimmter Objekte einfach nicht zu verhindern ist. Außerdem befinden sich alle unsere Landschaften derzeit keineswegs in einem naturschutzfachlich optimalen Zustand. Die Mehrung von Naturwerten durch aktive Maßnahmen ist genauso wichtig wie der Schutz des Bestehenden.

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen



Abb. 1: Hochfläche der Rhön: Heute überwiegend durch Pflegemahd und Entbuschung als offene, parkartige Landschaft erhalten.

Mit dem Leitsatz des „Landes der offenen Fernen“ ist für die Pflegezone des Biosphärenreservates Rhön zumindest die grobe Richtung bestimmt (Abb. 1). Für ein differenziertes Leitbild ist diese Aussage allerdings zu grob. Sie muss durch weitaus konkretere Zielbestimmungen untersetzt werden, die auch Aussagen zu den erwünschten Nutzungsformen (oder ersatzweise Pflegeformen) treffen.

Staatlich direkt eingeleitete Pflegemaßnahmen, so unersetzlich sie derzeit auch sein mögen, können in diesem Zusammenhang nur als Übergangslösung verstanden werden. Sie sollten in Kulturlandschaften so schnell wie möglich und so weit wie möglich durch gleichsinnig wirkende Nutzungen substituiert werden. Man mag einwenden, dass in „Erholungslandschaften“ Landschaftspflege oft das einzige Mittel der Wahl sei. Dies ist aber die Folge des Sachverhaltes, dass es bis heute nicht gelungen ist, örtliche Einkünfte aus dem Tourismus direkt mit Landschaftswerten zu verbinden.

4. Nutztierbeweidung als Alternative?

Mahd galt in Naturschutzkreisen lange Zeit als „Mittel der Wahl“ zur Pflege von Grasland-Ökosystemen. Unter der Voraussetzung niedriger Nährstoffniveaus kann diese Art des Managements tatsächlich eine hohe pflanzliche Artenvielfalt erhalten, allerdings nur, wenn die erste Mahd relativ spät erfolgt (Aussamen). Über die Effekte auf die Tierwelt liegen heterogene Ergebnisse vor. Wiesen sind mit wenigen Ausnahmen als Nutzökosysteme entstanden. Selbst sehr minderwertiger Aufwuchs wurde konsequent genutzt. Heute gibt es für spät gemähtes Heu nährstoffarmer Wiesen kaum noch Abnehmer. Die Verwertung als Pferdefutter hat ihre Grenzen, entsprechende Biogasproduktion muss ihre Rentabilität erst noch beweisen. Dennoch kann Mahd von magerem Grünland keineswegs generell in Frage gestellt werden. Auf der Hochfläche der Rhön ist sie seit Jahrhunderten ortsüblich und fördert, nicht zuletzt über die Unterdrückung von Gehölzaufwuchs die Habitatqualität für Zielarten wie etwa das Birkhuhn.

Aber die historische Nutzungssituation von Grünland war völlig anders als die heutige Pflegemahd – nicht nur in der Rhön, sondern in ganz Europa (Abb. 2). Bis ins 19. Jahrhundert waren nicht, wie heute, Weiden, sondern die Äcker eingezäunt, weil alles darum herum, einschließlich der Wälder,

Harald Plachter, Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön?

„Weideland“ war und von Haustieren regelmäßig genutzt wurde (BEINLICH/MANDERBACH 1995). In subsistenten Produktionsgebieten, so z.B. im Kaukasus, findet man diese Situation heute noch. Nutztierbeweidung war allgegenwärtig und sie war in keiner Weise „extensiv“. Gerade die dadurch verursachte Ausbeutung naturnaher Ökosysteme war aber der Schlüssel zu jeder kontinuierlichen Pflanzenproduktion in der Landwirtschaft. Dauerhafter Feldbau war nur möglich, wenn Nährstoffe von außerhalb dem System zugeführt wurden und die Nutztiere waren die Vektoren, die dies bewerkstelligten.



Abb. 2: Rinder-Hütehaltung in der Rhön 1927
(aus BEINLICH/MANDERBACH 1995).

Es verwundert nicht, dass Beweidung durch Nutztiere deshalb in Naturschutzkreisen in Verruf geraten ist. Noch heute spiegelt die Mehrzahl der europäischen Wälder die Degradation durch übermäßige Waldweide vor 200 Jahren wieder. Weltweit ist Nutztierbeweidung ein entscheidender Faktor für Bodenerosion und Desertifikation. Nutztiere als „Landschaftspfleger“ scheinen undenkbar. Und dennoch: Auch in Mitteleuropa halten wir gerade Gebiete, die durch übermäßige Nutztierbeweidung entstanden sind, aufgrund ihrer hohen Biodiversität heute für besonders schutzwürdig, z.B. Heiden und parkartige Eichenwälder, die früher als Viehweide entwickelt und genutzt wurden. Folgende generelle Aspekte haben in diesem Zusammenhang Bedeutung:

- Im Grundsatz kann Nutztierbeweidung durchaus als „naturnaher Prozess“ verstanden werden, natürlicher jedenfalls als Mahd, die es in der Natur nicht gibt. Wildlebende Pflanzenfresser (Herbivore) nehmen in vielen Naturlandschaften der Erde zentrale Steuer- und Schalterfunktionen ein und auch in den nacheiszeitlichen Landschaften Europas spielten große Pflanzenfresser eine wichtige Rolle. Unsere heutigen Nutztiere sind ihre Nachfahren und verhalten sich zumindest in den Grundzügen gleichartig (FINK et al. 2004).
- Die Grundstruktur der meisten europäischen Landschaften ist mehrere Jahrhunderte, teilweise mehrere Jahrtausende alt. All diese Landschaften, einschließlich ihres biologischen Inventars, wurden aber durch Nutztierbeweidung wesentlich geprägt, auch wenn die Art der Beweidung modernen Prinzipien der Nachhaltigkeit keineswegs genügt. Wenn also Beweidung in vielen Fällen jene Biodiversität entstehen ließ, die wir heute schützen möchten, so liegt es nahe, genau diesen Faktor weiter zu benutzen, um die entsprechenden Arten und Ökosysteme auch in Zukunft zu erhalten.

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

- Moderne Haltungsformen von Nutztieren (z.B. gekoppelte Umtriebsweiden) erzeugen offensichtlich eine sehr geringe Biodiversität auf der jeweiligen Weidefläche. Dass „historische“ Weiden dennoch zu den artenreichsten Offenland-Ökosystemen Europas zählen, steht hierzu in klarem Gegensatz. Über die Schlüsselfaktoren, die über hohe oder geringe Artenvielfalt entscheiden, ist wenig bekannt. In Frage kommen Haltungsbedingungen, Rassenwahl, Beweidungsintensität, aber auch weitere Faktoren.
- Eine Rückkehr zu historischen, in der Regel arbeitskraftintensiven Haltungsformen (Behirtung, manuelle Weidepflege) ist weder sinnvoll noch unter den heutigen Marktbedingungen tragfähig. Es ist aber durchaus denkbar, bestimmte Elemente historischer Nutztierbeweidung in moderne Produktionsformen sinnvoll einzubauen.
- Mischnutzungsformen waren in historischen Landschaften weit verbreitet. Feld-Gras-Wechselwirtschaft, Wiesen und Äcker mit Nachweidung waren die Regel, während heute einer Fläche gewöhnlich eine einzige Nutzungsform zugeordnet ist.
- Der relative Fleischkonsum steigt weltweit an. Damit bestehen gute Voraussetzungen, dass die „Produkte“ aus einem derartigen Landschaftsmanagement, nämlich die Nutztiere selbst, profitabel vermarktet werden können. Das gilt in Mitteleuropa umso mehr, als nachweislich naturnah und schadstoffarm produzierte Lebensmittel hoher Qualität bei den Verbrauchern inzwischen einen hohen Stellenwert besitzen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat deshalb zusammen mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) vor einigen Jahren einen Förderschwerpunkt „Offenhalten von Landschaften“ eingerichtet, der auch eine Reihe von Forschungs- und Entwicklungsprojekten mit Bezug zum Thema Beweidung einschloss. Unser Projekt, eine Zusammenarbeit zwischen dem Fachgebiet Naturschutz der Universität Marburg (Ökologische Effekte und Naturschutzziele), dem Institut für Umweltökonomie der Universität Greifswald (Ökonomische Bilanzen) und dem Umweltforschungszentrum Halle-Leipzig (Modellierung), fokussierte auf derzeit gebräuchliche Nutzierrassen mit Schwerpunkt auf Rindern unter „normalen“ Betriebsbedingungen (CONRADI/PLACHTER 2001; PLACHTER et al. 2004). Der größte Teil der Untersuchungen fand im Südschwarzwald (Gletscherkessel Präg) und in der Rhön (Hessisches Ulstertal, Thüringer Rhön bei Kaltensundheim) statt. Referenzgebiete befanden sich in Südschweden, Insel Öland (EU-Bedingungen), der Westukraine und Georgien (Modelle für „historische“, subsistente Beweidung; DIDEBULIDZE/PLACHTER 2002). Frühere Ergebnisse zu den Effekten von Schafbeweidung in Süddeutschland ergänzten die Interpretationen (BEINLICH/PLACHTER 1995, BEINLICH et al. 1997). Schwerpunkte der Untersuchungen lagen auf der Bedeutung der Flächengröße und Konnektivität der Weiden für die ökologischen Effekte, verhaltensbiologischen Studien, dem Einfluss von Nutztieren auf Vegetationsstruktur, Ressourcenangebot für Wirbellose und Gehölzentwicklung, sowie der Entwicklung von Leitlinien für einen naturfördernden und gleichzeitig ökonomisch profitablen Einsatz moderner Nutzierrassen.

5. Einige Effekte der Nutztierbeweidung

5.1 Flächengröße und Verhalten

Wilde Herbivore in der Größenordnung heutiger Haustiere nutzen große Gebiete, wobei ihr Einfluss auf einzelne Flächen mehr oder weniger zufällig sehr stark schwankt. Die historischen Formen der

Harald Plachter, Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön?

Nutztierbeweidung waren gewöhnlich behirtet. Auch hier wurden im Umtrieb insgesamt relativ große Flächen genutzt und auch hier war der Einfluss, einschließlich Weidepflege der Hirten, sehr starken raum-zeitlichen Schwankungen unterworfen. Die verbreitetste Form war die „Allmende“, also gemeindeeigenes Land, auf dem gewöhnlich im Verband oder in individuellen Gruppen Nutztiere ortsansässiger Landwirte zur Weide geführt wurden. Oft wurden damit spezielle Hirten beauftragt. Eine andere Form ist die Transhumanz (Wanderschäferi), wie sie für die Schafhaltung seit der Jungsteinzeit gebräuchlich ist. Sie besteht aus Sommerweidegebieten, deren einzelne Weiden durchaus verstreut liegen können und Winterweiden, meistens in wintermilden Tiefländern. Beide Elemente können mehrere hundert Kilometer voneinander entfernt sein.

An den Flanken der Hochrhön sind solche Allmendegebiete und Weidebänder einer historischen Wander-Hütehaltung strukturell noch gut erhalten. Sie sind allerdings überprägt von modernen Nutzungsvarianten, insbesondere von der Parzellierung in relativ kleine Umtriebsweiden (Abb. 3).



Abb. 3: Ehemalige Allmende am Steinkopf bei Wüstensachsen, Hessen (2001), heute unterteilt in Portionsweiden für Rinder, die im Umtrieb genutzt werden.

Durch enge Zusammenarbeit mit einem großen landwirtschaftlichen Betrieb in der Thüringer Rhön (Agrarbetriebe Kaltensundheim GmbH) wurde es möglich, mehrere großflächige Standweiden einzurichten und damit teilweise – wenngleich ohne Hirten – die Effekte arteigenen Verhaltens von Rindern auf Grünland zu analysieren. Dabei wurden vier Standweiden von 20 bis 45 ha Fläche mit 2 Umtriebsweiden in derzeit gebräuchlicher Nutzung verglichen. Insgesamt, und in Einklang mit den Befunden aus den übrigen genannten Untersuchungsgebieten ergibt sich das folgende Bild:

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

- Auch moderne Rinderrassen sind befähigt, auf Weiden ein differenziertes Verhaltensrepertoire zu zeigen, das dem ihrer wilden Vorfahren recht ähnlich sein dürfte (POPP 2006, ROEDENBECK 2006). Bestehen die Voraussetzungen, so werden anzestrale Verhaltensstrukturen wieder aufgenommen. Entscheidende Umweltgröße zur Realisierung solcher Verhaltensmuster ist die Fläche der Weide. Auf Jungviehweiden auf Öland/Schweden von mehr als 5 km² Größe sind Verhaltensweisen wie Grasensuchen, Zug, Ruhen und Koten räumlich eindeutig getrennt. Auf den kleineren Weiden der Rhön entstanden räumlich überlappende Verhaltensmuster. Aber bereits hier entfalten die Rinder ein raum-zeitlich stark differenziertes Verhaltensmuster (Abb. 4).
- Rinder entwickeln auf grossen Standweiden „Traditionen“, die wesentlich zur Strukturierung der Weide beitragen. Die Zugwege sind strikt an linearen Landschaftsstrukturen orientiert (Zäune, Mauern, Hecken), als Nacht-Ruheplätze werden einzelne Gehölze mit offener Sicht auf die Umgebung gewählt. Trinkwasserquellen bestimmen das raum-zeitliche Verhaltensmuster entscheidend.

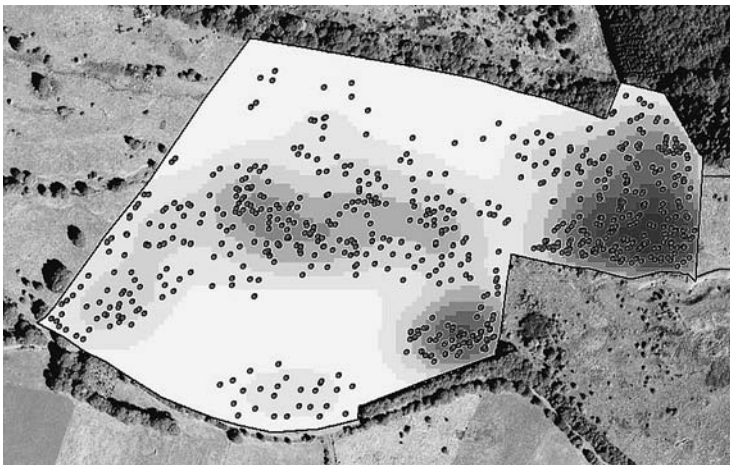


Abb. 4: Heterogene Nutzung einer mittelgroßen Weide am Steinkopf, Ulstertal/Rhön durch Rinder, ermittelt durch standardisierte Beobachtung über mehrere Wochen. Jeder Punkt markiert eine Lokalisierung des Herdenmittelpunktes (nach CONRADI, unveröff.)

- Die tägliche Laufleistung korreliert mit der Flächengröße der Weide. Wägungen konnten dennoch keine signifikanten Minderzuwächse auf großen Standweiden nachweisen.
- Auf großflächigen Weiden entsteht ein raum-zeitlich hoch differenziertes Muster von Nutztiereinflüssen, das über das Jahr stark variiert und insgesamt zu einer deutlichen Erhöhung der örtlichen Strukturdiversität führt. Es entsteht zeitweise ein Muster aus über- und unterbeweideten Bereichen (BONTJER/PLACHTER 2002, ROEDENBECK 2006). Manche Bereiche (Zugwege, Ruheplätze) werden deutlich belastet, bieten dadurch aber für bestimmte Tier- und Pflanzenarten wichtige temporäre Habitate.

5.2 Strukturprägende Effekte

5.2.1 Kontinuierliche Abweidung

Viele heimische Tiere sind auf kontinuierliche Nektar- und Pollenressourcen angewiesen (z.B. Käfer, Hautflügler, Zweiflügler). Ungedüngte Wiesen bieten diesbezüglich bis zum ersten Schnitt zweifellos ein besonders reiches Angebot. Danach allerdings ist das Angebot blühender Pflanzen auf

Harald Plachter, Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön?

Wiesen sehr gering. Naturschutzmahd auf Rainen und Gehölzsäumen beseitigt auch dort die Blütenressourcen. Für Tierarten, die auf solche Ressourcen angewiesen sind, wird die Situation in Mitteleuropa noch dadurch verschärft, dass während des Hochsommers von Natur aus nur sehr wenige Pflanzenarten überhaupt Blüten ausbilden. Juli und August sind phänologisch Engpässe für alle Blütenbesucher.

Auf großflächigen Weiden konsumieren Nutztiere die Vegetation gleichmäßig über die gesamte Vegetationsperiode, mit der Folge, dass immer neue kleinflächige Areale erstmals beweidet werden, während andere regenerieren können. Plötzliche flächendeckende Eingriffe, wie es eine Mahd darstellt, gibt es nicht. Das Blütenangebot mag deutlich geringer sein als auf einer Wiese im Frühjahr, aber es besteht während des gesamten Sommerhalbjahres kontinuierlich (Abb. 5). Im Landschaftsraum können deshalb Nutztierweiden die einzigen Habitate sein, in denen Blütenbesucher während des gesamten Sommers Pollen oder Nektar vorfinden.

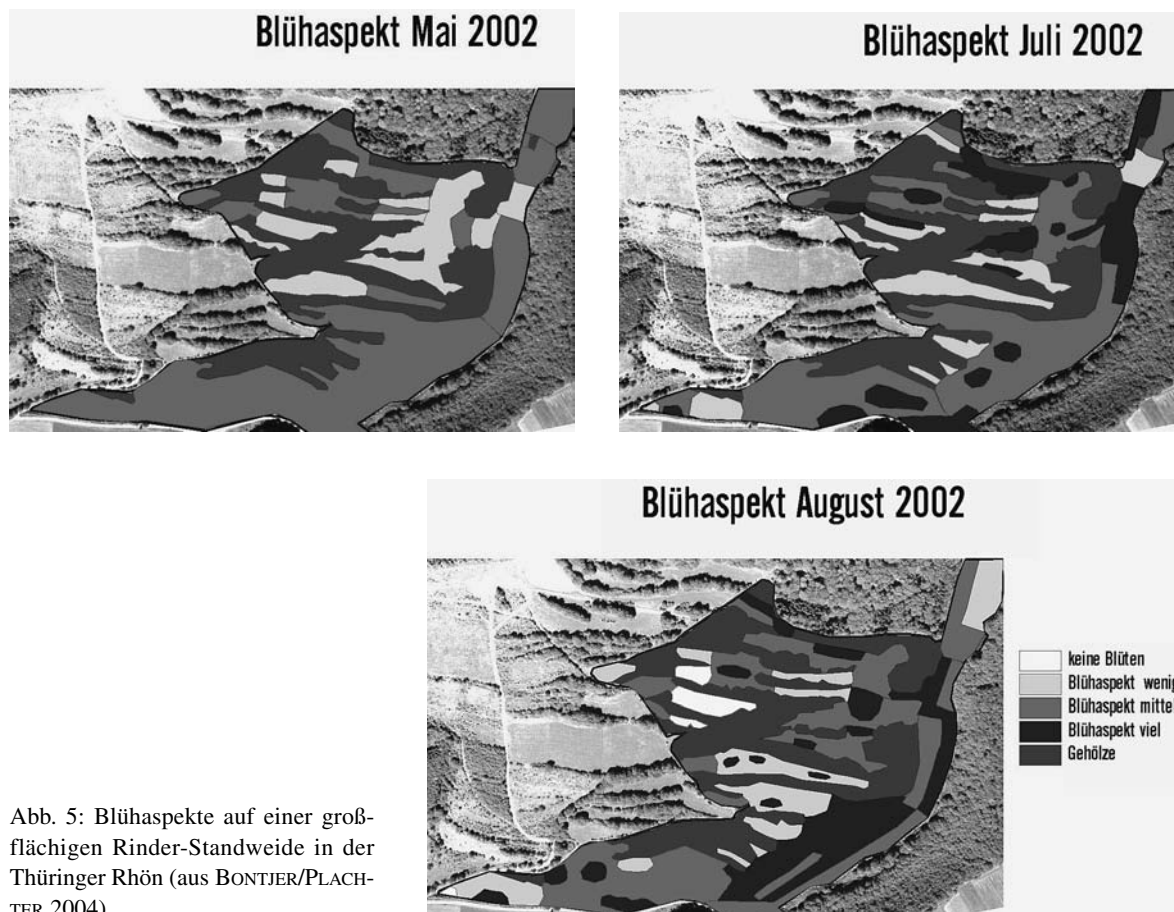


Abb. 5: Blühaspekte auf einer großflächigen Rinder-Standweide in der Thüringer Rhön (aus BONTJER/PLACHTER 2004).

5.2.2 Einflüsse auf Gehölze

Dass Schafe und insbesondere Ziegen durch Verbiss erheblichen Einfluss auf die Gehölzvegetation einer Weide haben können, ist hinlänglich bekannt. Rindern traut man diesbezüglich nur sehr geringe Leistungen zu. Untersuchungen in der Rhön und auf Öland konnten zeigen, dass auch Rinder

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

durchaus gestalten können (POPP/PLACHTER 2004). Zum einen grasen Rinder bevorzugt am Saum von Gehölzstrukturen (Hecken, einzelne Büsche) mit der Folge, dass dort auch Gehölzkeimlinge und Wurzelschösslinge mitgefressen werden. Aber auch Reiben an Gehölzen (Komfortverhalten) und Verbiss von Gehölzen (offenbar aus Langeweile) wurden regelmäßig beobachtet (Abb. 6).



Abb. 6: Fraßkuhle an Schlehe (*Prunus spinosa*) auf einer Jungrinder-
Standweide der
Thüringer Rhön
2004.

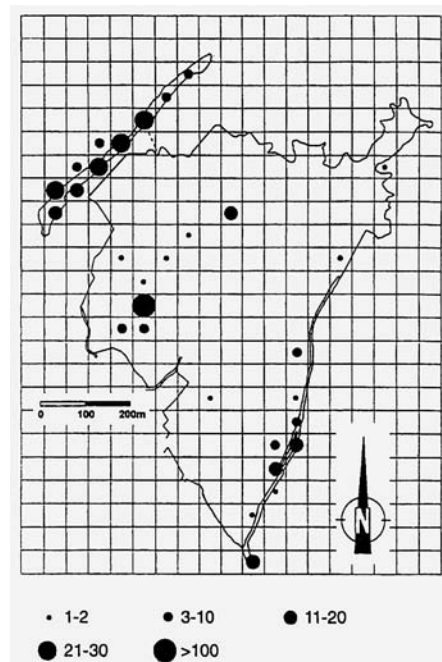
Während des Hochsommers sind Rinder auf schattige Unterstände angewiesen. Wie Beispiele aus der Thüringer Rhön zeigen, sind sie selbst in der Lage, Gehölzgruppen zu komfortablen Unterständen umzugestalten (sog. „Lauben“). Dennoch reicht der Einfluss von Rindern alleine sicherlich nicht aus, das Vordringen von Gehölzen auf eine Weidefläche völlig zu verhindern. Es darf aber bezweifelt werden, ob andere Nutztiere wie Schafe und Ziegen dazu befähigt wären. In den traditionellen Hütesystemen war begleitende Weidepflege durch den Hirten gebräuchlich und auch heute kann darauf nicht verzichtet werden.

5.2.3 Schaffung von Offenboden-Standorten

Auf den täglichen Zügen zu verschiedenen funktionalen Einheiten ihrer Weide orientieren sich Rinder eng an linearen Strukturelementen wie Hecken oder der Außenbegrenzung der Weide. Auch beim Auf- und Abtrieb behirteter Varianten werden immer wieder die gleichen Wege genutzt. Hierdurch kommt es zu mehr oder weniger ausgeprägten Pfaden, die aufgrund der hohen Trittbelastung vegetationsfrei bleiben. In steilem Gelände können solche Pfade Ansatzpunkte für tief greifende, flächige Erosion sein und sind dann negativ zu beurteilen. Örtlich begrenzt sind sie aber durchaus wichtige Habitate für eine ganze Reihe von Tierarten, wie z.B. Ödlandschrecken (Gattungen *Oedipoda* und *Sphingonotus*), Sandlaufkäfer (Cicindelidae) oder den Mauerfuchs (*Lasiommata megera*) (Abb. 7).

Harald Plachter, Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön?

Abb. 7: Verteilung des Mauerfuchses (*Lasiommata megera*) auf einer behirteten Rinderweide in der Westukraine (a). Nachweise konzentrieren sich sehr stark auf lineare Zugpfade der Rinder mit Offenboden (b) (nach ELLIGSEN et al. 1997).



5.3 Umverteilung von Nährstoffen

Auf großflächigen Weiden nutzen Rinder immer wieder die gleichen Ruhe- und Nachtlagerplätze. Unmittelbar nach der Ruhezeit setzen die Tiere gewöhnlich Kot und Urin ab. Während also durch das Grasens einem großen Teil der Weide kontinuierlich Nährstoffe entzogen werden, werden sie an wenigen anderen Stellen akkumuliert. Im Laufe der Zeit führt dies auf Standweiden ohne zusätzliche Düngung zur internen Entstehung von Gradienten der Nährstoffversorgung (Stickstoff und Phosphor) für die Vegetation. Derartige Gradienten waren in historischen Landschaften allgegenwärtig und haben sicherlich wesentlich zu einer hohen Biodiversität auf landschaftlicher Ebene beigetragen. Aus modernen Landschaften sind sie weitgehend verschwunden. Das beschriebene Verhalten von Rindern kann somit wesentlich zur Regeneration von Gradientenmustern beitragen.

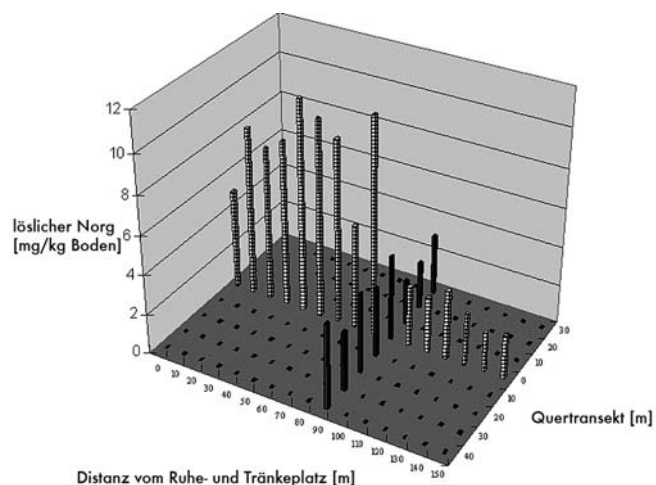


Abb. 8: Gehalte löslichen organischen Stickstoffs auf zwei Transekten an einem Lagerplatz von Rindern auf einer Standweide auf Öland (Schweden). Links oben auf dem Längstransekt liegt der Lagerplatz. Das Quertransekt wurde zur Absicherung der Ergebnisse beprobt (aus SHIBUI et al. 2006).

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

Auch der Kot der Nutztiere selbst ist ein wichtiges Klein-Habitat für eine ganze Reihe spezialisierter Tierarten (z.B. Fliegen, Dungkäfer, Mistkäfer, Kurzflügelkäfer) (Abb. 9). Diese Ressource ist allerdings immer nur für wenige Tage verfügbar. Umtriebs-Haltung stellt für die daran gebundenen Tierarten ein Problem dar: auf einer Fläche ist Dung nur über begrenzte Zeit und mit großen Lücken verfügbar. Zwar sind diese Arten an die Vergänglichkeit ihres Lebensraumes angepasst, indem sie neue Kotablagerungen schnell und über erhebliche Entfernungen finden können. Nach Studien in der Rhön liegt die maximale Besiedlungsdistanz beim Dungkäfer *Aphodius fossor* bei etwa 1000 Metern (CONRADI et al. 1999).



Abb. 9: Rinderkot ist für viele Tierarten eine wichtige Ressource und einzige Möglichkeit zur Fortpflanzung. Diese Arten sind an die örtliche Vergänglichkeit ihres Habitats angepasst, benötigen aber eine kontinuierliche Verfügbarkeit im Landschaftsraum.

5.4 Ferntransport von Ausbreitungseinheiten

Größere Säugetiere können an oder in ihrem Körper lebende Ausbreitungseinheiten von Pflanzen, aber auch von Tieren transportieren. Hierbei ist zu beachten, dass in historischer Zeit von behirteten Herden verschiedener Nutztiere teilweise sehr große Entfernungen zurückgelegt worden sind.

Die bisherigen Befunde legen nahe, dass Rinder aufgrund ihrer Fellstruktur und Verhaltensweise eher eine geringe diesbezügliche Funktion erfüllt haben. Für kürzere Strecken, z.B. innerhalb einer großen Standweide, kann aber auch bei ihnen eine solche Funktion unterstellt werden. Sehr viel höher ist die entsprechende Bedeutung bei Schafen. Zum einen liegt dies in der anderen Fell- und Hufstruktur, zum anderen in den immensen Entfernungen, die im Rahmen der Transhumanz in kurzer Zeit zurückgelegt wurden.

Untersuchungen an Schafherden in Süddeutschland ergaben, dass im Fell, zwischen den Hufen und im Darmtrakt pflanzliche Diasporen vieler Arten über lange Zeit und damit große Entfernungen lebend transportiert werden. Aber auch lebende Tiere, unter anderem viele Heuschrecken- und etliche Schneckenarten, ja sogar Reptilien (Zauneidechse) wurden gefunden und über Entfernungen auf dem Körper der Schafe verfolgt, die teilweise um Größenordnungen über der natürlichen Ausbreitungsfähigkeit des Individuums liegen (BEINLICH/PLACHTER 2006, DÖRGE et al. 1999, FISCHER et al. 1996, WARKUS et al. 1997) (Tab. 1).

Harald Plachter, Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön?

Wissenschaftlicher Artname	Deutscher Artname	Nachweis auf Schafen
<i>Chorthippus biguttulus</i>	Nachtigall-Grashüpfer	x
<i>Chorthippus brunneus</i>	Brauner Grashüpfer	(x)
<i>Chorthippus parallelus</i>	Gemeiner Grashüpfer	x
<i>Decticus verrucivorus</i>	Warzenbeißer	x
<i>Euthystira brachyptera</i>	Kleine Goldschrecke	x
<i>Isophya kraussii</i>	Plumpschrecke	(x)
<i>Gomphocerippus rufus</i>	Rote Keulenschrecke	x
<i>Gryllus campestris</i>	Feldgrille	-
<i>Metrioptera bicolor</i>	Zweifarbige Beißschrecke	x
<i>Metrioptera brachyptera</i>	Kurzflügelige Beißschrecke	x
<i>Metrioptera roeselii</i>	Roesels Beißschrecke	x
<i>Omocestus viridulus</i>	Bunter Graßhüpfer	x
<i>Pholidoptera griseoptera</i>	Strauschschrecke	x
<i>Platycleis albopunctata</i>	Westliche Beißschrecke	x
<i>Psophus stridulus</i>	Rotflügelige Schnarrschrecke	-
<i>Stenobothrus lineatus</i>	Heidegrashüpfer	x
<i>Tettigonia cantans</i>	Zwitscherschrecke	x
<i>Tettigonia viridissima</i>	Grünes Heupferd	x
<i>Tetrix bipunctata</i>	Zweipunkt-Dornschröcke	(x)
<i>Tetrix tenuicornis</i>	Langfühler-Dornschröcke	(x)
<i>Tetrix subulata</i>	Säbeldornschröcke	-

Tab. 1: Artenspektrum von Heuschrecken auf einem Kalkmagerrasen Südwestdeutschlands und jene Arten, die auf Tieren der örtlichen Schafherde nachgewiesen wurden. X = sicher nachgewiesen, (x) = wahrscheinlich, aber Artzuordnung nicht sicher, - = nicht nachgewiesen (nach WARKUS et al. 1997).

6. Zusammenfassende Beurteilung

Die ökologischen Effekte von Nutztieren, die entweder behirtet oder auf großflächigen Standweiden gehalten werden, gehen weit über das Abgrasen krautig-grasiger Vegetation hinaus (Abb. 10). Die Effekte werden umso vielschichtiger, je mehr Raum den Tieren zur Verfügung steht, da dann ein wesentlich breiteres, raum-zeitlich differenziertes Verhaltensmuster realisiert wird. Sie tragen dann entscheidend zu einer diversen inneren Strukturierung der Weide bei. Dies gilt auch für moderne Nutztierassen.

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

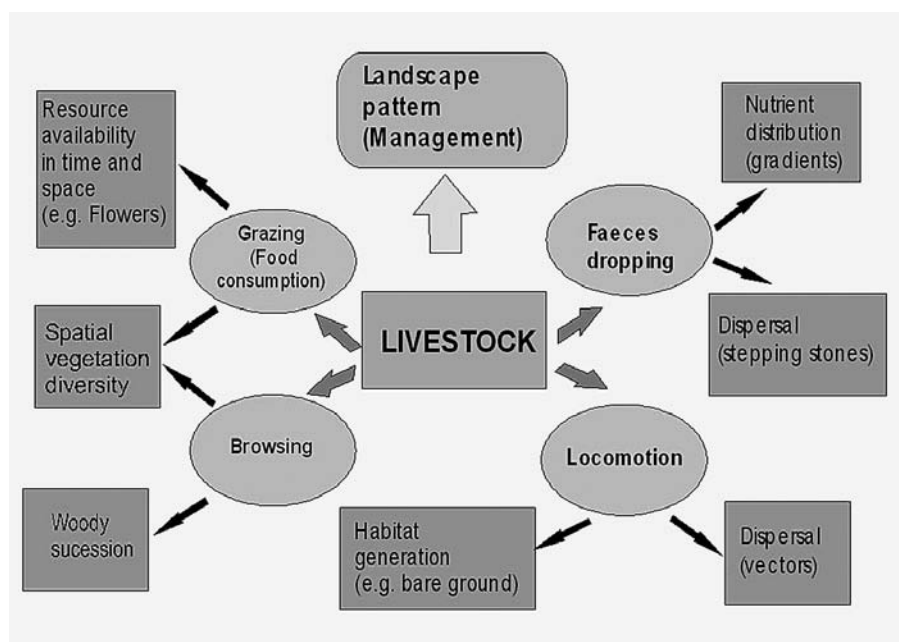


Abb. 10: Lebensäußerungen und Haltungsbedingungen von Nutztieren und ihre ökologischen Effekte.

Die ökonomischen Bilanzen stellen sich allerdings je nach Haltungsform und Ziel sehr unterschiedlich dar. Untersuchungen zur stationären Hütehaltung von Schafen auf der Schwäbischen Alb belegen ein deutlich zu geringes Einkommen der Halter. Deutlich verbessert werden kann es durch Unterstützung von zwei betrieblichen Schlüsselfaktoren: den Kosten für den Winterstall und den Kosten für Winterfutter (TAMPE 1995, TAMPE/HAMPICKE 1995).

Ähnlich ungünstig fallen die ökonomischen Betriebsbilanzen bei den derzeitigen Betriebsstrukturen und Aufzucht- bzw. Produktionsvarianten im Ulstertal der Rhön aus. Kleinbäuerliche Milchkuhhaltung, wie sie heute in der Rhön verbreitet betrieben wird, ist hoch defizitär. Positive Deckungsbeiträge werden dagegen bei Milchkuhbeständen von über 40 Tieren erreicht. Wird dagegen betriebseigene Mutterkuhhaltung mit Jungviehhaltung – auch zum Ersatz des eigenen Milchviehbestandes – kombiniert, so ergeben sich insgesamt positive Zahlen. Beides ist auf großflächigen Weiden, die auch naturschutzfachlich günstig sind, möglich (HAMPICKE/RÜHS 2006, HOLST et al. 2006, RÜHS/LORENZ 2006). Die ökonomischen Zahlen machen deutlich: größere Produktionseinheiten und geschlossene Produktionsketten – im vorliegenden Fall mit eigener Aufzucht der Rinder – rechnen sich (KARKOW et al. 2006). Dies muss keineswegs eine Konzentration auf weniger und größere Betriebe bedeuten. Die Alternative ist eine engere Zusammenarbeit der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe, z.B. durch die Errichtung von Gemeinschaftsställen oder die Zusammenführung des Viehbestandes zu gemeinsamen Herden, wie es heute bereits teilweise geschieht.

Harald Plachter, Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön?

	Mutter- kuh	Ochsen- mast	Jungvieh	Milchvieh (klein)	Milchvieh (groß; > 40)	Aufforstung (1/2 Kiefer, 1/2 Buche)
Variable Kosten	702	638	493	1121	1210	104
Arbeitskosten	201	84	37	605	481	
Fixkosten/ Grün- dungskosten	136	75	108	522	373	173
Prop. Marktlei- stung	427	400	536	2122	2064	28
Sonst. prop. Erlöse	453	333	5	20	20	-
Flächenförderung	243	63	88	44	44	(227)
Deckungsbeitrag (DB)	-23	11	11	416	393	- 76
Gewinn *	84	- 1	- 9	- 82	64	- 253 (- 26) **

Tab. 2: Deckungsbeiträge und Gewinne aus der Rinderhaltung im hessischen Ulstertal bei der Förder- und Marktstruktur 2003.* = DB + Flächenförderung - Fixkosten, ** = bei der Aufforstung von Ackerflächen werden ca. 50% der Kosten der Bestandsetablierung und 20 Jahre Flächenbeihilfen (im Mittel 300 €) gezahlt (nach HAMPICKE, unpubl., siehe auch HAMPICKE/RÜHS 2006).

Nutztierhaltung, sei es auf großflächigen Standweiden oder sogar in behirteter Haltung bietet somit eine ganze Reihe ökologischer und in volkswirtschaftlicher Hinsicht (Höhe von öffentlichen Subventionen zum Erhalt einer bestimmten Landschaftsstruktur) sogar auch ökonomischer Vorteile. Das durchgängige „Mittel der Wahl“ kann sie trotzdem nicht sein. Durchgängig anwendbare Patentlösungen gibt es im Naturschutz nicht. Aber Nutztierbeweidung ist eine wichtige Option für viele Gebiete der Rhön. Damit sie dies sein kann, müssen aber die folgenden Aspekte stärker als bisher beachtet werden:

- Der Abbau von Vorurteilen gegenüber Nutztierbeweidung als Naturschutzmaßnahme gerade auch in Naturschutzkreisen selbst. Die Effekte von Nutztieren in der Rhön und in der Sahelzone sind nicht vergleichbar. Vegetationsfreier Offenboden, der dort ein Zeichen von Übernutzung ist, ist hier ein wichtiges zusätzliches Habitat. Beweidung ist zweifellos ein „Eingriff“, der aber nicht kurzfristig und lokal, sondern in seinen längerfristigen ökologischen Effekten zu beurteilen ist. In jedem Mai melden Touristen den örtlichen Naturschutzbehörden auf Öland als Notfall, dass Rinder blühende Orchideen abweiden. Aber sie tun dies seit Jahrhunderten und schaffen dies auch nur höchst unvollkommen, da nach wie vor zehntausende von ihnen blühen.
- Unsere heutigen Agrarlandschaften sind hoch geordnet, wirken oft wie vom Reißbrett. Weidelandschaften sind unregelmäßiger, sie mögen auf manchen Betrachter zunächst einen ungewohnten Eindruck machen. Aber gerade diese „Unordnung“ und die hohe raum-zeitliche Dynamik der Lebensräume und Ressourcen in solchen Landschaften sind die Grundlage für eine hohe Biodiversität (Abb. 11).

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

- Vermehrte Einsicht der örtlichen Landwirte, dass Pflanzenproduktion in den Mittelgebirgslagen der Rhön in Zukunft noch viel unrentabler werden wird als sie es heute schon ist. Die Hoffnung auf noch höhere staatliche Subventionen ist angesichts leerer Kassen und der Erweiterung der EU eine Illusion. Direkte Einkommen aus staatlich beauftragten Pflegemaßnahmen herkömmlicher Art (z.B. Pflegemahd) werden immer weniger örtlichen Betrieben zugute kommen. Erforderlich ist eine engere Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Betrieben und die Fokussierung auf Produkte, die nicht den Weltmarktbedingungen unterliegen (Premiumware, Rhönschaf etc.) oder doch zumindest mit Zertifizierungen versehen sind, deren Qualitätsstandards auch für den Verbraucher erkennbar sind (GEIER 2004).



Abb. 11: (a) links) Hoch geordnete moderne Agrarlandschaft in der Entwicklungszone des Biosphärenreservates Rhön (b) rechts) Weidelandschaft auf Öland/Schweden (Foto: C. Feucht).

- Eine Rückkehr zur „traditionellen, historischen“ Landnutzung ist nicht möglich. Und dennoch können wir aus den Nutzungspraktiken unserer Vorfahren viel lernen. Für die moderne Land- und Forstwirtschaft ist die raum-zeitliche Funktionstrennung fast schon ein „Glaubenssatz“. Ein Acker hat Acker zu sein, weil das nach standörtlichen Analysen die „beste“ Nutzungsform zu sein scheint. Eine Weide ist Dauergrünland, weil sie nicht Wald ist und gleichzeitig für die Pflanzenproduktion zu schlechte standörtliche Bedingungen bietet. Historische Landnutzung verfolgte andere Strategien. Sie war weitaus „ökologischer“ als die heutige. Eine Wiese bietet optimalen Pflanzenaufwuchs für die Heuproduktion. Aber es spricht nichts dagegen, sie zusätzlich im Herbst zu beweiden. Großflächige Weiden sind auf den ersten Blick aus haltungstechnischen Gründen ungünstig (z.B. Tierversorgung). Wenn hieraus aber Produkte entstehen, die zu deutlich höheren Preisen abgesetzt werden können, so relativiert sich die kurzfristige Perspektive. Mischnutzungsformen sind in der modernen Landwirtschaft verpönt. Gerade sie könnten aber in vielen Fällen der Kompromiss zwischen Naturschutz und den ökonomischen Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Betriebe sein.
- Als Biosphärenreservat ist die Rhön aufgefordert, zukunftsweisende Wege für eine naturfördernde Landnutzung zu finden. Dies kann sich nicht darin erschöpfen, mit herkömmlichen Produktions- und Pflegeverfahren an bestehenden Antrags-, Förder- und Vermarktungsbedingungen maximal zu profitieren. Nötig ist vielmehr die Entwicklung neuer Ideen und Techniken. Dass diese in vielen Fällen experimentellen, ungewohnten Charakter haben, ist zwangsläufig. Trotz aller wissenschaftlicher Daten sind unsere Kenntnisse über die Effekte von Nutztierbeweidung im einzelnen noch lückenhaft. Neben den hier dargestellten Varianten sind ebenso

Harald Plachter, Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön?

Mischbeweidung, Ganzjahreshaltung moderner Rassen und halbwilde Haltung robuster Rassen bzw. Wild-Rückzuchtungen im Gespräch.

Weitere Erkenntnisse kann beim derzeitigen Wissensstand nur die praktische Erprobung bringen. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) fördert deshalb in der Rhön ein mehrjähriges Erprobungsvorhaben zur Nutztierbeweidung mit dem Titel „Grünlandschutz und Landschaftsentwicklung durch großflächige Beweidung im Biosphärenreservat Rhön“, das im Jahr 2005 anlief.

Literatur

BEINLICH, B., 1997: Ein Naturschutzleitbild für die zukünftige Entwicklung der Kalkmagerrasen (*Mesobromium*) und der mageren Wirtschaftswiesen der Schwäbischen Alb, Schr.R. Dtsch. Rat Landespf. 67, S. 112-119

BEINLICH, B. / U. HAMPICKE / H. PLACHTER / K. TAMPE, 1997: Erhaltung großflächiger Kalkmagerrasen und magerer Wirtschaftswiesen auf der Schwäbischen Alb, Bonn-Bad Godesberg, Schr.R. Landschaftspf. Naturschutz 54, S. 53-76

BEINLICH, B. / D. HERING / H. PLACHTER, 1995: Ist die natürliche Sukzession eine Entwicklungsalternative für die Kalkmagerrasen der Schwäbischen Alb? In: BEINLICH, B. / H. PLACHTER (Hg.): Ein Naturschutzkonzept für die Kalkmagerrasen der Mittleren Schwäbischen Alb (Baden-Württemberg): Schutz, Nutzung und Entwicklung, Karlsruhe, Beih. Veröff. Naturschutz Landschaftspf. Bad.-Württ. 83, S. 311-336

BEINLICH, B. / D. MANDERBACH, 1995: Die historische Landschafts- und Nutzungsentwicklung in Württemberg unter besonderer Berücksichtigung der Schwäbischen Alb, Karlsruhe, Beih. Veröff. Naturschutz Landespf. Bad.-Württ. 83, S. 65-86

BEINLICH, B. / H. PLACHTER (Hg.), 1995: Ein Naturschutzkonzept für die Kalkmagerrasen der Mittleren Schwäbischen Alb (Baden-Württemberg): Schutz, Nutzung und Entwicklung, Karlsruhe, Beih. Veröff. Naturschutz Landschaftspf. Bad.-Württ. 83

BEINLICH, B. / H. PLACHTER, 2006: Flocks of Sheep: Living Vectors for Dispersal and Population. – In: PLACHTER, H. / U. HAMPICKE (Eds.): Large-scale livestock grazing: An alternative for landscape management in Europe, Springer (in press)

BONTJER, A. / H. PLACHTER, 2002: Effects of large-scale cattle grazing on Orthoptera (Saltatoria et Mantodea) on pastures in Georgia (Caucasus). In: REDECKER, B. / B. FINK / W. HÄRDTLE / U. RIECKEN / E. SCHRÖDER (Eds.): Pasture landscapes and nature conservation, Berlin, pp. 355-366

BONTJER, A. / H. PLACHTER, 2004: Vegetationsstruktur unterschiedlich genutzter Rinderweiden in der Thüringischen Rhön. In: FINK, P. / W. HÄRDTLE / B. REDECKER / U. (Hg.): Weidelandschaften und Wildnisgebiete, Bonn, SchrR Landschaftspf. u. Naturschutz 78, S. 253-260

CONRADI, M. / S. BRUNZEL / H. PLACHTER, 1999: Dispersal and establishment of dung beetles in the genus *Aphodius* (Scarabaeidae, Coleoptera), Verh. Ges. f. Ökologie 29, S. 349-356

CONRADI, M. / H. PLACHTER, 2001: Analyse ökologischer Prozesse in Weidelandschaften und ihre naturschutzfachliche Beurteilung mit Hilfe skalendifferenzierter Strukturanalysen. In: GERKEN, B. /

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

M. GÖRNER (Hg.): Neue Modelle zu Maßnahmen der Landschaftsentwicklung mit großen Pflanzenfressern, Höxter/Jena, Natur- und Kulturlandschaft 4, S. 132-148

DEUTSCHES MAB-NATIONALKOMITEE (Hg.), 2004: Voller Leben. UNESCO-Biosphärenreservate – Modellregionen für eine Nachhaltige Entwicklung, Berlin/Heidelberg

DIDEBULIDZE, A. / H. PLACHTER, 2002: Nature conservation aspects of pastoral farming in Georgia. In: REDECKER, B. / B. FINK / W. HÄRDTLE / U. RIECKEN / E. SCHRÖDER (Eds.): Pasture landscapes and nature conservation, Berlin, pp. 87-105

DÖRGE, N. / C. WALTHER / B. BEINLICH / H. PLACHTER, 1999: The significance of passive dispersal for distribution and persistence in terrestrial snails (Gastropoda, Pulmonata), Z. Ökol. u. Naturschutz 8, S. 1-10

ELLIGSEN, H. / B. BEINLICH / H. PLACHTER, 1997: Effects of large-scale cattle grazing on populations of *Coenonympha glycerion* and *Lasiommata megera* (Lepidoptera: Satyridae). – J. Insect Conserv. 1, pp. 13-23

FINK, P. / W. HÄRDTLE / B. REDECKER / U. RIECKEN (Hg.), 2004: Weidelandschaften und Wildnisgebiete – Vom Experiment zur Praxis, Bonn, SchrR Landschaftspf. u. Naturschutz 78

FISCHER, S. / P. POSCHLOD / B. BEINLICH, 1996: Experimental studies on the dispersal of plants and animals on sheep in calcareous grasslands. – J. Appl. Ecol. 63, pp. 1206-1221

GEIER, M., 2003: Vom Rhönschaf bis zum Rhöner Apfel: Regionalvermarktung (BR Rhön). In: Deutsches MAB-Nationalkomitee (Hg.), 2004: Voller Leben. UNESCO-Biosphärenreservate – Modellregionen für eine Nachhaltige Entwicklung, Berlin/ Heidelberg, S. 146-151

HAMPICKE, U. / M. RÜHS, 2006: Economic analysis of large scale livestock pasturing in mountainous regions in Germany. In: PLACHTER, H. / U. HAMPICKE (Eds.): Large-scale livestock grazing: An alternative for landscape management in Europe, Springer (in press)

HOLST, H. / K. KARKOW / M. RÜHS, 2006: Prospects of Farmers in the county of Ehrenberg – Hessian Rhoen. In: PLACHTER, H. / U. HAMPICKE (Eds.): Large-scale livestock grazing: An alternative for landscape management in Europe, Springer (in press)

KARKOW, K. / G. RAHMLow / M. RÜHS, 2006: Scenario planning of future livestock pasturing. In: PLACHTER, H. / U. HAMPICKE (Hg.): Large-scale livestock grazing: An alternative for landscape management in Europe, Springer (in press)

KOSTRZEWA, S., 2004: Skalendifferenzierte Auswirkungen großflächiger Beweidung auf die Artenvielfalt des Südschwarzwaldes, Dissertation Universität Marburg

PLACHTER, H., 1996: A central European approach for the protection of biodiversity. In: OGRIN, D. (Ed.): Nature conservation outside protected areas, Conf. Proc., Ministry of Environment and Physical Planning, Ljubljana, pp. 91-18

PLACHTER, H., 1999: A central European contribution to a pan-European conservation strategy, La Canada 10, pp. 11-13

PLACHTER, H., 2004: Naturschutz und Landwirtschaft – Widerspruch oder Allianz? – in: DÖRING, R. / M. RÜHS (Hg.): Ökonomische Rationalität und praktische Vernunft, Würzburg, S. 421-439

Harald Plachter, Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön?

PLACHTER, H. / A. BONTJER / M. CONRADI / U. HAMPICKE / M. HAUCK / St. KOSTRZEWA / A. POPP / I. ROEDENBECK / M. RUEHS, 2004: Großflächige Nutztierbeweidung: eine naturfördernde Entwicklungsalternative für „Periphere Räume“ zentraleuropäischer Mittelgebirge. In: FINK, P. / W. HÄRDTLE / B. REDECKER / U. RIECKEN (Hg.): Weidelandschaften und Wildnisgebiete, Bonn, SchrR Landschaftspfl. u. Naturschutz 78, S. 219-244

PLACHTER, H. / L. KRUSE-GRAUMANN / W. SCHULZ, 2004: Biosphärenreservate: Modellregionen für die Zukunft. In: Deutsches MAB-Nationalkomitee Deutsches MAB-Nationalkomitee (Hg.), 2004: Voller Leben. UNESCO-Biosphärenreservate – Modellregionen für eine Nachhaltige Entwicklung, Berlin/ Heidelberg, S. 16-25

PLACHTER, H. / G. PUHLMANN, 2005: Cultural landscapes and biodiversity. In: German MAB National Committee (Ed.): Full of Life. UNESCO Biosphere Reserves – Model regions for sustainable development, Berlin etc, pp. 51-54

PLACHTER, H. / U. STACHOW / A. WERNER, 2005: Methoden zur naturschutzfachlichen Konkretisierung der „Guten fachlichen Praxis“ in der Landwirtschaft, Bonn, Naturschutz und Biologische Vielfalt 7

POPP, A., 2006: Naturschutzfachliche Effekte des Rinderverhaltens auf großflächigen Mittelgebirgsweiden, Dissertation Universität Marburg

POPP, A. / H. PLACHTER, 2004: Effekte des Gehölzverbisses von Rindern auf großflächigen Weiden der Thüringer Rhön. In: FINK, P. / W. HÄRDTLE / B. REDECKER / U. RIECKEN (Hg.): Weidelandschaften und Wildnisgebiete, Bonn, SchrR Landschaftspfl. u. Naturschutz 78, S. 245-252

REDECKER, B. / P. FINK / W. HÄRDTLE / U. RIECKEN / E. SCHRÖDER (Eds.), 2002: Pasture landscapes and nature conservation, Berlin/Heidelberg/New York

ROEDENBECK, I., 2006: Raumnutzungsmuster von Rindern auf großflächigen Weiden des Stora Alvaret Ölands (Südschweden). In: PLACHTER, H. / U. HAMPICKE (Hg.): Large-scale livestock grazing: An alternative for landscape management in Europe, Springer (in press)

RÜHS, M. / J. LORENZ, 2006: Variants of target schemes for livestock keeping for a farm in the Eastern Thuringian Rhoen. In: PLACHTER, H. / U. HAMPICKE (Hg.): Large-scale livestock grazing: An alternative for landscape management in Europe, Springer (in press)

SHIBUI, N. / H.-R. WEGENER / H. PLACHTER, 2006: The significance of cattle for the nutrient patterns on large scale pastures. In: PLACHTER, H. / U. HAMPICKE (Eds.): Large-scale livestock grazing: An alternative for landscape management in Europe, Springer (in press)

TAMPE, K., 1995: Ökonomische Aspekte von Naturschutzmaßnahmen auf Kalkmagerrasen und magerem Wirtschaftsgrünland. In: BEINLICH, B. / H. PLACHTER / (Hg.): Ein Naturschutzkonzept für die Kalkmagerrasen der Mittleren Schwäbischen Alb (Baden-Württemberg): Schutz, Nutzung und Entwicklung, Beih. Veröff. Naturschutz Landschaftspfl. Bad.-Württ. 83, S. 361-390

TAMPE, K. / U. HAMPICKE, 1995: Ökonomik der Erhaltung bzw. Restitution der Kalkmagerrasen und des mageren Wirtschaftsgrünlandes durch naturschutzkonforme Nutzung. In: BEINLICH, B. / H.

PLACHTER, H., (Hg.): Ein Naturschutzkonzept für die Kalkmagerrasen der Mittleren Schwäbischen Alb (Baden-Württemberg): Schutz, Nutzung und Entwicklung, Beih. Veröff. Naturschutz Landschaftspfl. Bad.-Württ. 83, S. 349-360

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

UNESCO (Hg.), 1996: Biosphärenreservate. Die Sevilla-Strategie und die internationalen Leitlinien für das Weltnetz. Hg. der dt. Ausgabe: Bundesamt für Naturschutz, Bonn

WARKUS, E. / B. BEINLICH / H. PLACHTER, 1997: Dispersal of Grasshoppers (Orthoptera: Saltatoria) by wandering flocks of sheep on calcareous grassland in Southwest Germany, Verh. Ges. f. Ökologie 27, S. 71-78

Wolfgang H. O. Dorow / Günter Flechtner / Jens-Peter Kopelke, Naturwaldreservateforschung in der Rhön – unerwarteter Artenreichtum

Naturwaldreservateforschung in der Rhön – unerwarteter Artenreichtum

Wolfgang H. O. Dorow / Günter Flechtner / Jens-Peter Kopelke

Die seit 1990 von Hessen-Forst und dem Forschungsinstitut Senckenberg gemeinsam durchgeführten Langzeitstudien in hessischen Naturwaldreservaten (NWR) haben zum Ziel, einen Einblick in den Bestand und damit die Biodiversität der Pflanzen- und Tierwelt aller in Hessen vertretenen Waldgesellschaften zu bekommen und die Entwicklungen dieser Lebensgemeinschaften in bewirtschafteten sowie unbewirtschafteten Wäldern zu begleiten. Bei hessischen Naturwaldreservaten handelt es sich also vorrangig um Forschungsflächen, wenn auch um solche mit teilweise hohem Naturschutzpotenzial. Insgesamt gibt es in Hessen 31 solcher Flächen, zu einigen existieren bereits umfangreiche Ergebnisse (ALTHOFF et al. 1993, DOROW et al. 1992, 2001, 2004a,b, 2005, FLECHTNER et al. 1999, 2000, WILLIG 2002). Im Biosphärenreservat Rhön (Forstamt Hofbieber) liegen die beiden Naturwaldreservate „Langenstüttig“ und „Stirnberg“. Beide sind montane Waldgersten-Buchenhäuser auf Basalt.

Seit dem Jahre 2003 führte das Forschungsinstitut Senckenberg intensive Untersuchungen zur Fauna des NWR „Stirnberg“ durch. Hierbei wurde ab 2004 ein breites Set verschiedener Fallentypen (DOROW et al. 1992) (Abb. 1, 2) kontinuierlich eingesetzt und durch gezielte Aufsammlungen ergänzt.



Abb. 1: Eklektoren an liegenden Baumstämmen sind Kombinationsfallen, die getrennt die Tiere fangen, die aus einem einen Meter langen Stammabschnitt schlüpfen bzw. die, die auf Stämmen entlang laufen oder an ihnen entlang fliegen (Foto: Jens-Peter Kopelke).

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen



Abb. 2: Eklektoren an Dürrständern fangen am Stamm emporlaufende oder -fliegende Tiere (Foto: Jens-Peter Kopelke).

Im Frühjahr 2006 wurden die Fallen abgebaut und man kann gespannt sein, welche Artengemeinschaften gefunden wurden. In den bisher untersuchten Wäldern im Vogelsberg konnten dank der ausgeklügelten Erfassungsmethodik weit mehr Arten entdeckt werden, als man bisher in einem mitteleuropäischen Buchenwald vermutete: 5000-6000 Spezies anstatt der erwarteten 1500-1800 leben danach auf nur rund 45 ha Buchenwald. Das macht in den einzelnen Tiergruppen 10-15 Prozent der gesamten einheimischen Fauna aus. Und obwohl diese Flächen noch bis 1990 Wirtschaftswälder waren, war der Anteil der Rote-Liste-Arten und der ansonsten faunistisch bemerkenswerten Arten ausgesprochen hoch. Dieser Befund lässt in mehrfacher Hinsicht hoffen: Zum einen zeigt er, dass auch im viel gescholtenen Wirtschaftswald noch zahlreiche seltene und bedrohte Arten überleben konnten. Zum andern können wir annehmen, dass in nunmehr völlig sich selbst überlassenen Naturwaldreservaten und Nationalparks solche Arten wieder größere, stabile Populationen aufbauen können, da Bäume hier ihren normalen Alterstod sterben können und damit große alte Bäume und Totholz verschiedenster Qualität deutlich häufiger vorkommen werden als bisher. Ob sich ein reiches

Wolfgang H. O. Dorow / Günter Flechtner / Jens-Peter Kopelke, Naturwaldreservateforschung in der Rhön – unerwarteter Artenreichtum

Mosaik an offenen und geschlossenen Flächen und an verschiedensten Pflanzenarten einstellen wird, oder aber ein relativ gleichförmiger Buchenwald, gehört zu den spannenden Fragen, auf deren Klärung wir noch eine Weile geduldig warten müssen.

Aber bereits die ersten Zwischenergebnisse lassen aufhorchen.

Sklavenräuber am Stirnberg (Abb. 3, 4)

Erst zum zweiten Mal in Hessen überhaupt, konnte der Sklavenräuber *Harpagoxenus sublaevis* (NYLANDER, 1852) im Stammverhau eines großen Fichten-Windwurfs am Stirnberg in knapp 900 m Höhe gefunden werden (DOROW 2005). Es handelt sich dabei um kleine, bernsteinfarbene Ameisen mit gewaltigen, kneifzangenartigen Mundwerkzeugen. Diese sog. „Braune Raub-Knotenameise“ führt Raubzüge durch, um Sklaven bei verschiedenen Arten von Schmalbrustameisen – *Leptothorax acervorum* (FABRICIUS, 1793), *L. muscorum* (NYLANDER, 1846) oder *L. gredleri* MAYR, 1855 – zu erbeuten. Hat einer ihrer Scouts ein Wirtsnest ausfindig gemacht (was bereits meist im Umkreis weniger Meter vom Parasitennest entfernt gelingt), führt er je eine Nestgenossin im sogenannten Tandemlauf (immer zwei Ameisen laufen zusammen, wobei das hintere Tier mit Fühlertrillern auf den Hinterleib des Führtiers Kontakt zu diesem hält) zum anzugreifenden Nest. Meistens laufen dann beide zurück und rekrutieren weitere Nestgenossinnen. Erst nach ein paar Stunden sind genügend Ameisen versammelt, um etwa eine Stunde vor Sonnenuntergang anzugreifen. Es entstehen heftige Kämpfe und die Angegriffenen versuchen mit ihrer Brut zu fliehen.

Abb. 3: Die bernsteinfarbene Braune Raub-Knotenameise (*Harpagoxenus sublaevis*) ähnelt auf den ersten Blick den häufigen und weit verbreiteten kleinen Arten der Schmalbrustameisen (Gattung *Leptothorax*) (Foto: Alfred Buschinger).

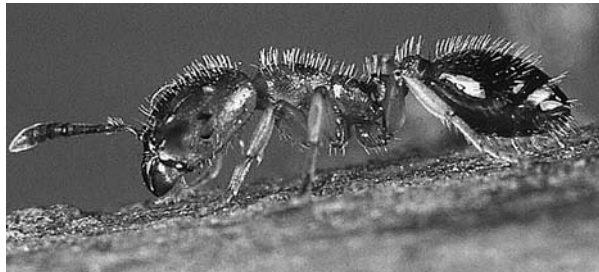


Abb. 4: Der Kopf von *Harpagoxenus sublaevis* trägt große kneifzangenartige Mandibeln zur Unterwerfung der Sklavenkolonien (Foto: Alfred Buschinger).



Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

Mit ihren großen kneifzangenartigen Mandibeln schneiden die Raub-Knotenameisen den Opfern die Beine und Antennen ab. *Harpagoxenus* gibt dabei ein sogenanntes Propagandapheromon ab, das dazu führt, dass sich die *Leptothorax*-Arbeiterinnen auch untereinander angreifen. Sind die Schmalbrustameisen verstümmelt oder vertrieben, rauben die *Harpagoxenus*-Arbeiterinnen deren große Larven und Puppen, mitunter auch junge Arbeiterinnen. Ebenfalls rekrutierte Sklaven transportieren jüngere Larven und Eier ins Parasitennest. Wirtsarbeiterinnen, die später dort schlüpfen, werden versklavt und müssen ihre Wirte und deren Brut pflegen und füttern. Schlüpfen geflügelte Wirtsköniginnen, so werden ihnen die Flügel abgebissen und sie müssen ebenfalls als Sklavinnen arbeiten. In einem Parasitennest können alle drei genannten Wirtsarten gemeinsam als Sklaven vorkommen.

Auch die Gründung eines neuen Nestes gelingt nur nach einem Massenmord. Begattete Parasitenweibchen suchen alleine nach einem Wirtsnest. Nach dem Eindringen werden den Wirtsameisen in blitzschnellen Beiß-Attacken die Beine und Fühler abgetrennt. Dies gelingt dem Weibchen bei kleinen Wirtsnestern problemlos, während bereits bei mittelgroßen (ca. 30 Arbeiterinnen) nur etwa die Hälfte der Angreiferinnen erfolgreich ist. Hat das Parasiten-Weibchen das Wirtsnest übernommen, so nutzt es die verbliebenen Wirtslarven und -puppen als Nahrung und die schlüpfenden Tiere zur Brutpflege und Nahrungsbeschaffung. Die Parasiten-Kolonie kann auf bis zu 100 *Harpagoxenus*-Arbeiterinnen mit bis zu 300 Sklavinnen anwachsen. Eine *Harpagoxenus*-Königin kann mindestens 14 Jahre alt werden, ihre Arbeiterinnen 2-3 Jahre.

Harpagoxenus sublaevis befällt seine recht weit verbreiteten und euryöken Wirte in allen von ihnen besiedelten Lebensräumen von Mooren bis zu Felstrockenfluren. Optimalhabitat sind sonnige Kiefernwälder mit nur geringer Krautschicht. In Deutschland kommt die Art zwar von der Ebene bis ins Gebirge vor, wird aber nur lokal gefunden. So wurde sie in die Rote Liste der gefährdeten Tiere Deutschlands mit Stufe 3 („gefährdet“) aufgenommen (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 1998). In Hessen ist der Fund am Stirnberg überhaupt erst der zweite Nachweis (der erste erfolgte im Roten Moor, also ebenfalls in der Rhön). Hier wurde sie sogar in Kategorie 1 („vom Aussterben bedroht“) eingestuft (BAUSCHMANN et al. 1996).

Ausgestorben geglaubter Grünblauer Bläuling in Hessen wieder aufgetaucht

Ein Männchen des in Hessen als ausgestorben oder verschollen geglaubten (KRISTAL/BROCKMANN 1997) Grünblauen Bläulings (*Polyommatus damon*, *Agrodiaetus d. auct.*) konnte im Juli 2003 auf knapp 900 m Höhe am Rande eines Fahrwegs durch das Naturwaldreservat Stirnberg (Abb. 5) nachgewiesen werden (NÄSSIG et al. 2004). Aus der Rhön kamen vor Jahrzehnten die letzten hessischen Meldungen. In den angrenzenden thüringischen Teilen der Rhön wurden in der jüngsten Vergangenheit nur noch sehr kleine, in der bayerischen Rhön hingegen noch die größten Populationen Deutschlands gefunden. Die Art ist insgesamt aber in den letzten Jahrzehnten in Deutschland sehr stark zurückgegangen (KUDRNA 1988, 1993, 1998).

Wolfgang H. O. Dorow / Günter Flechtner / Jens-Peter Kopelke, Naturwaldreservateforschung in der Rhön – unerwarteter Artenreichtum

Abb. 5: Die krautschichtreichen Säume des Fahrwegs durch das NWR Stirnberg bagen auf ca. 870 m Höhe eine überraschend reiche Arthropodenfauna (Foto: Jens-Peter Kopelke).



P. damon ist in Mitteleuropa eine Art kalkhaltiger, wenig beweideter oder gemähter, warmer Trockenrasen (Mesobromion), speziell in der kollinen bis submontanen Höhenstufe der Mittelgebirge (BERGMANN 1952, EBERT/RENNWALD 1991). Die Art bewohnt dort Standorte mit vorwiegend südwestlicher bis westlicher Exposition. Die wichtigste Nahrungsquelle der Raupe ist die Futteresparsette (*Onobrychis viciifolia*, Fabaceae), so dass der Rückgang der Art damit zusammenhängen könnte, dass die Futteresparsette immer weniger angebaut wird. Die ursprüngliche Raupenfutterpflanze der Art in Mitteleuropa war wohl hauptsächlich die Sandesparsette (*O. arenaria*), vielleicht auch die Bergesparsette (*O. montana*) (EBERT/RENNWALD 1991, WEIDEMANN 1996). Diese beiden Arten sind allerdings in Deutschland nur sehr wenig verbreitet: *O. arenaria* steht in Hessen auf der Roten Liste (RL 3), letztere kommt in unserem Bundesland gar nicht vor. Im NWR Stirnberg wurden keine Vertreter der Gattung *Onobrychis* gefunden. Es ist heute nicht mehr rekonstruierbar, ob die Art in Mitteleuropa überhaupt autochthon war oder erst mit dem Esparsettenanbau seit dem 16. Jahrhundert in die Agrarlandschaft einwanderte.

Dieser Art kann die Schafbeweidung, die andernorts ein wichtiges Instrument im Naturschutz ist, zum Verhängnis werden. Die Eier werden nämlich von den Faltern zwischen Ende Juli und Ende September hauptsächlich an die Blüten- bzw. Fruchstände von *Onobrychis* abgelegt (BERGMANN 1952, DOLEK 1994). Genau diese Fruchstände werden aber von den Schafen im Spätsommer gezielt abgeweidet. Zum Schutz der Art empfiehlt sich eine mosaikartige Beweidung mit jährweise brachliegenden Teilflächen sowie eine späte Schafbeweidung Ende September/Anfang Oktober, wenn die Raupen schon unten in der Vegetation sitzen.

Im Bereich des NWR und der direkten Umgebung (auch auf bayerischer Seite) sind keine aktuellen Standorte der Futterpflanze *Onobrychis viciifolia* bekannt (NECKERMANN, mündl. Mitt.), sodass sich zur Zeit auch keine Falter-Population dort halten könnte. Wahrscheinlich ist das nachgewiesene Tier von den vergleichsweise individuenreichen Populationen aus der bayerischen Rhön zugeflogen. Die starke Entwicklung von Nektarblüten (insbesondere Disteln, Rotklee) entlang des Fahrwegs wurde während der starken Trockenheit für nektarsaugende tagaktive Lepidopteren ein sehr attraktiver Ort. Wir haben dort in kurzer Zeit mindestens 25 begleitende Tagfalterarten beobachten können, einige

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

davon in für die heutige Zeit in Deutschland außerhalb der Alpen kaum noch vorstellbaren Stückzahlen.

Bei den offenbar vorhandenen starken Ausbreitungstendenzen der Art (die sich aus der schnellen und weiten Verbreitung der Art zwischen dem 16. und dem späten 19. oder frühen 20. Jahrhundert in Mitteleuropa in Folge der eingeführten Futterresparsette ergibt) wäre es wahrscheinlich mit relativ geringem Aufwand möglich, sie durch den lokalen Anbau von *Onobrychis viciifolia* auf nur alle paar Jahre abwechselnd gemähten oder passend beweideten kalkhaltigen Standorten in Südwestexposition auch in der hessischen Rhön wieder anzusiedeln. Die gelegentlich beobachtete Verwendung von *Onobrychis*-Samen in manchen Samenmischungen zur Erzeugung von „Straßenbegleitgrün“ (etwa entlang der A 66 im Kinzigtal) in Folge von Straßenbaumaßnahmen kann hierbei evtl. auch hilfreich sein. Vielleicht trägt auch die generelle klimatische Erwärmung zukünftig dazu bei, dass die Art Reliktstandorte von *Onobrychis* wiederbesiedeln kann. Sollte es gelingen, *Polyommatus damon* in Hessen dauerhaft wieder vom Rote-Liste-Status 0 („ausgestorben oder verschollen“) auf einen besseren Wert zurückzustufen, so hätte dies unter Naturschutzaspekten in Anbetracht der generell hohen Gefährdungssituation der Art im gesamten Mitteleuropa eine auf europäischem Level sehr hohe Bedeutung, auch wenn *P. damon* nicht den besonderen Schutz der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) der EU genießt.

Vielfalt der Käfer

Allein durch Aufsammlungen wurden am Stirnberg fast 500 Käferarten festgestellt. Sie dokumentieren schon jetzt die herausragende Stellung dieses Naturwaldreservates für die Bewahrung der Artenvielfalt. Einige Beispiele (FLECHTNER 2005) sollen dies verdeutlichen:

Ein Ende mit der Rhön: der Rüsselkäfer *Hypera pandellei folwacznyi*

Die Unterart des Rüsselkäfers *Hypera pandellei folwacznyi* DIECKMANN, 1975 wurde bisher nur in der Rhön gefunden, in Hessen nur am Stirnberg (BATHON/BRENNER 1996). Sie lebt bei uns monophag an der Wiesen-Platterbse (*Lathyrus pratensis*). Nach dem derzeitigen Kenntnisstand handelt es sich somit um einen Endemiten der Rhön.

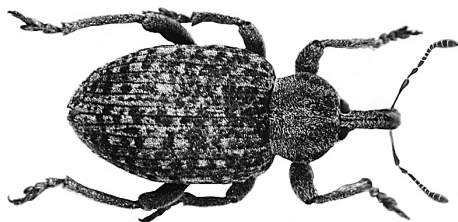


Abb. 6: Der braune Rüsselkäfer *Hypera pandellei folwacznyi* (5,2-6,5 mm) kommt weltweit nur in der Rhön vor. Auf seinen Flügeldecke trägt er ein Muster von helleren und dunkleren Gitterflecken (Foto: Jens-Peter Kopelke).

Die Nominatform der Art ist in den Pyrenäen beheimatet, drei weitere Unterarten leben in den Transsylvanischen Alpen bzw. in der Zentralslowakei (Mala Fatra) sowie in Mittel- und Ostsibirien. Die großen geographischen Verbreitungslücken zwischen den Vorkommen der verschiedenen Formen deuten auf deren relikttären Charakter hin. Die Erhaltung von *Hypera pandellei folwacznyi*, die in der Roten Liste Deutschlands (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 1998) mit der höchsten Gefährdungsstufe (RL1 „vom Aussterben bedroht“) geführt wird, sollte somit zu den vordringlichen Aufgaben des Biosphärenreservats Rhön zählen.

Wolfgang H. O. Dorow / Günter Flechtner / Jens-Peter Kopelke, Naturwaldreservateforschung in der Rhön – unerwarteter Artenreichtum

Hessische Populationen nur in der Rhön



Abb. 7: Der Bergblattkäfer *Oreina alpestris polymorpha* (7-13 mm) glänzt in prachtvollen metallischen Farben von Grün über Blau bis Purpur (Foto: Jens-Peter Kopelke).

Viele Arten der Bergblattkäfer aus der Gattung *Oreina* besiedeln die Alpen und fallen durch ihre metallisch glänzenden Farben und ihr zahlreiches Auftreten, vor allem auf Blüten von Hochstauden, auf. Nur wenige Arten sind bei uns auch in den höheren Mittelgebirgen vertreten. Die einzige derzeit in Hessen nachgewiesene Art ist *Oreina alpestris polymorpha* (KRAATZ, 1880), die nur in der Rhön zu finden ist. Im Naturwaldreservat konnten Larven und Erwachsene am Glanzkerbel (*Anthriscus nitida*) beobachtet werden, einer seltenen Charakterpflanze montaner Waldinnensäume. Neben dem Vorkommen in der Rhön ist die Unterart *polymorpha* des Bergblattkäfers *Oreina alpestris* in ihrer Verbreitung auf den Thüringer Wald und den Harz beschränkt (KIPPENBERG 1994). Auch an diesem Beispiel zeigt sich die überregionale Bedeutung des Biosphärenreservats für die Erhaltung der biologischen Vielfalt.

Neunachweise von Käferarten und ein Wiederfund für Hessen

Ein Weibchen des bis zu 8 mm großen Kurzflüglers *Mycetoporus corpulentus* LUZE, 1901 wurde am 03.06.2003 im Waldgersten-Buchenwald auf etwa 750 m Höhe von Gräsern geklopft. Nach dem Verzeichnis von KÖHLER/KLAUSNITZER (1998) wurde *Mycetoporus corpulentus* in Deutschland bisher nur in Sachsen und Thüringen nachgewiesen. Somit handelt es sich bei dem Fund vom Stirnberg um eine neue Art für Hessen. In der Roten Liste der gefährdeten Tiere Deutschlands (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 1998) wird der Käfer als stark gefährdet (RL 2) eingestuft.

Am 12.05.2005 wurde in knapp 880 m Seehöhe ein Weibchen des Federflüglers *Acrotrichis volans* (MOTSCHULSKY, 1845) aus alten Grasresten am Rande eines zusammengebrochenen Fichtenbestandes gesiebt. Auch diese Art ist in Hessen neu. SUNDT (1971) vermutete, dass es sich um eine boreo-alpine Art handelt. Dies ist nicht der Fall, da der Ptiliide inzwischen im norddeutschen Tiefland nachgewiesen wurde. Im Verzeichnis der Käfer Deutschlands (KÖHLER/KLAUSNITZER 1998) und dem dazu erschienenen Nachtrag (KÖHLER 2000) ist die Art noch nicht aufgeführt.

Ein Männchen des Scheinbockkäfers *Oedemera tristis* SCHMIDT, 1848 wurde am 03.06.2003 am Rande einer Schlagflur und Vorwaldfläche, die sich aus einer zusammengebrochenen Fichtenfläche entwickelt hat, auf 800 m Höhe auf einer weißen Doldenblüte erbeutet. Die Art wurde in Hessen in

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

der Umgebung von Kassel (RIEHL 1863, WEBER 1903) und im Hohen Vogelsberg (SCRIBA 1869) gefunden, wo sie auch BÜCKING im Jahre 1903 fing. Ein Beleg befindet sich in der Sammlung VON HEYDEN im Deutschen Entomologischen Institut in Berlin (HORION 1956). Neuere Fundortangaben für Hessen existieren in der Literatur nicht. In der Roten Liste der gefährdeten Tiere Deutschlands (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 1998) wird der Käfer als „gefährdet“ (RL 3) eingestuft.

Glazialrelikt – Zeuge vergangener Kaltzeiten

Die weitgehend baumfreie Blockhalde am Stirnberg auf 870 m Meereshöhe wird von dem kälteliebenden, flugunfähigen und fast blinden Kurzflügler *Leptusa simoni* EPPELSHEIM, 1878 besiedelt.

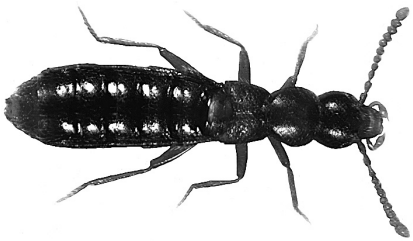


Abb 8: Der winzige Kurzflügler *Leptusa simoni* (2-2,2 mm) lebt tief im Inneren der Spaltensysteme von Blockhalden und ist unscheinbar braun bis schwarz gefärbt (Foto: Jens-Peter Kopelke).

Dieser Lebensraum dürfte auf Grund seiner Höhenlage und tiefen Klüfte auch im Sommer einen Eiskern besitzen und damit die tiefen Temperaturen schaffen, die diese Reliktart vergangener Kältezeiten für ihr Vorkommen benötigt.



Abb 9: Das weitgehend baumfreie Blockfeld am Stirnberg ist Lebensraum für Eiszeitrelikte (Foto: Jens-Peter Kopelke).

Wolfgang H. O. Dorow / Günter Flechtner / Jens-Peter Kopelke, Naturwaldreservateforschung in der Rhön – unerwarteter Artenreichtum

Als in Deutschland ein Tundrenklima herrschte, war der Staphylinide wohl weit verbreitet. Heute sind nur wenige zerstreute Felsblockhalden in der Rhön, im Vogelsberg und am Hohen Meißner in Hessen vorhanden, die dieser ausbreitungsschwachen Art auf kleinstem Raum eine Existenzmöglichkeit bieten. In der Roten Liste Deutschlands (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 1998) wird *L. simoni* als stark gefährdet (RL 2) geführt. Eine Klimaerwärmung dürfte für diese hochspezialisierte Art eine ernsthafte Bedrohung darstellen.

Klimawandel und Veränderungen in der Biozönose

Überraschend war im NWR Stirnberg auch das Auftreten einiger Arten, die erst in den letzten Dekaden ihr Verbreitungsgebiet weit nach Norden und in höhere Lagen ausgeweitet haben: So die Streifenwanze *Graphosoma lineatum* (LINNAEUS, 1758) (Abb. 10) und *Carpocoris fuscispinus* (BOHEMAN, 1849) (Abb. 11), dem STICHEL (1955-1962) den deutschen Namen „Gelber Enak“ zudachte, der sich aber nicht eingebürgert hat (vermutlich zu Ehren des Riesen Enak, dem Stammvater einer vorisraelitischen Bevölkerung Kanaans, ihm wird wohl kaum der indonesische Begriff „enak“ = „schmackhaft, lecker, köstlich“ vorgeschwebt haben).



Abb 10: Die schwarz-rote Streifenwanze *Graphosoma lineatum* ist ein auffälliger Besiedler von Doldenblütlern (Foto: Jens-Peter Kopelke).



Abb 11: Die gelbbraun bis schwärzlich gefärbte zu den Baumwanzen (Pentatomidae) zählende *Carpocoris fuscispinus* lebt in Hochstaudenfluren (Foto: Ekkehard Wachmann).

Beide Arten waren häufig auf den Stauden entlang des bereits oben erwähnten Fahrwegs zu finden. Noch 1992 waren die etwa zeitgleichen Funde von *Carpocoris fuscispinus* in den NWR „Niddahänge östlich Rudingshain“ (DOROW 1999) und Schönbuche (DOROW 2001) die Erstnachweise für den ansonsten in Bezug auf die Wanzenfauna gut untersuchten Vogelsberg (BURGHARDT 1977). Auch wenn *Graphosoma lineatum* in Nordeuropa bis Mittelschweden (Gästrikland) und das Baltikum bekannt ist (COULIANOS/OSSIANNILSSON 1976), so zeigt doch WERNER (1996, 1999) überzeugend, dass die Art in zwei Schüben während jeweils mehrerer trocken-warmer Sommer ihr Verbreitungsareal stark ausgeweitet hat und Nordwestdeutschland weitestgehend erst nach 1985 besiedelte. Die Funde in den NWR Niddahänge (DOROW 1999), Weiherkopf (DOROW 2002), Hohestein (DOROW im Druck) und insbesondere vom Stirnberg zeigen, dass die wärmeliebende und vorwiegend mediterran verbreitete Art auch ihr Areal bis in die höchsten Lagen (Rhön: 900 m) der Mittelgebirge erweitert hat.

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

Literatur

ALTHOFF, B., / R. HOCKE / J. WILLIG, 1993: Naturwaldreservate in Hessen, 2. Waldkundliche Untersuchungen – Grundlagen und Konzept, Mitteilungen der Hessischen Landesforstverwaltung, Jg. 25, S. 1-170

BAUSCHMANN, G. / D. BRETZ / A. BUSCHINGER / W. H. O. DOROW, 1996: Rote Liste der Ameisen Hessens, hg. v. Hessischen Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, S. 1-31

BATHON, H. / U. BRENNER, 1996: Käferfunde des Jahres 1993 aus Hessen, Hessische Faunistische Briefe, Jg. 15(1), S. 1-10

BERGMANN, A., 1952: Die Großschmetterlinge Mitteldeutschlands, Band 2, Tagfalter. Verbreitung, Formen und Lebensgemeinschaften, Urania XII, Jena

BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ, 1998: Rote Liste gefährdeter Tiere Deutschlands, Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Jg. 55, S. 1-450

BURGHARDT, G., 1977: Faunistisch-ökologische Studien über Heteropteren im Vogelsberg, Beiträge zur Naturkunde in Osthessen, Jg. 12 Supplement, S. 1-166

COULIANOS, C.-C. / F. OSSIANNILSSON, 1976: Catalogus Insectorum Sueciae – VII. Hemiptera-Heteroptera, 2nd Ed. Entomologisk Tidskrift, Jg. 97(3-4), S.135-173

DOLEK, M., 1994: Der Einfluss der Schafbeweidung von Kalkmagerrasen in der Südlichen Frankenalb auf die Insektenfauna (Tagfalter, Heuschrecken), Agrarökologie, Jg. 10

DOROW, W. H. O., 1999: Heteroptera (Wanzen). In: Flechtner, G., / W. H. O. Dorow / J.-P. Kopelke: Naturwaldreservate in Hessen, Band 5/2.1. Niddahänge östlich Rudingshain. Zoologische Untersuchungen 1990-1992, hg. v. Hessischen Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden/ Forschungsinstitut Senckenberg, Frankfurt Main, S. 241-398

DOROW, W. H. O., 2001: Heteroptera (Wanzen). In: Dorow, W. H. O. / G. Flechtner / J.-P. Kopelke: Naturwaldreservate in Hessen 6/2.1. Schönbuche. Zoologische Untersuchungen 1990-1992, hg. v. Hessen-Forst - Forsteinrichtung, Information, Versuchswesen, Gießen / Forschungsinstitut Senckenberg (Forschungsberichte Hessen-Forst FIV 28/1), Frankfurt Main, S. 157-254

DOROW, W. H. O., 2002: Zoologische Untersuchungen auf der Sturmwurflläche – Tierordnungen, Heteroptera (Wanzen), Hymenoptera (Hautflügler). In: WILLIG, J., (Wiss. Koord.): Naturwaldreservate in Hessen 8. Natürliche Entwicklung von Wäldern nach Sturmwurf. – 10 Jahre Forschung im Naturwaldreservat Weiherkopf, hg. v.: Hessischen Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten / Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Hessen (Mitteilungen der Hessischen Landesforstverwaltung, Jg. 38), Wiesbaden, S. 79-115

DOROW, W. H. O., 2005: *Harpagoxenus sublaevis* – Die Braune Raub-Knotennameise im Biosphärenreservat Rhön, Natur und Museum, Jg. 135 (11/12), S. 270-271

DOROW, W. H. O. / G. FLECHTNER / J.-P. KOPELKE, 1992: Naturwaldreservate in Hessen, 3. Zoologische Untersuchungen. Konzept (Mitteilungen der Hessischen Landesforstverwaltung, Jg. 26), S. 1-159

DOROW, W. H. O. / G. FLECHTNER / J.-P. KOPELKE, 2001: Naturwaldreservate in Hessen 6/2.1. Schönbuche. Zoologische Untersuchungen 1990-1992, hg. v. Hessischen Ministerium für Umwelt,

Wolfgang H. O. Dorow / Günter Flechtner / Jens-Peter Kopelke, Naturwaldreservateforschung in der Rhön – unerwarteter Artenreichtum

Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden / Forschungsinstitut Senckenberg, Frankfurt Main. Hessen-Forst - Forschungseinrichtung, Information, Versuchswesen - Ergebnis- und Forschungsbericht 34

DOROW, W. H. O. / G. FLECHTNER / J.-P KOPELKE, 2004: Naturwaldreservate in Hessen 6/2.2. Schön-
buche. Zoologische Untersuchungen 1990-1992, hg. v. Hessen-Forst - FIV, Gießen / Forschungs-
institut Senckenberg, Forschungsberichte Hessen-Forst FIV 28/2, Frankfurt Main

DOROW, W. H. O. / G. FLECHTNER / J.-P KOPELKE, 2004: Naturwaldreservate in Hessen 6/2. Schön-
buche. Zoologische Untersuchungen 1990-1992, Kurzfassung, Mitteilungen der Hessischen Landes-
forstverwaltung 39

DOROW, W. H. O. / G. FLECHTNER / J.-P KOPELKE / J.-P. WILLIG / G. ZIMMERMANN, 2005: Naturwald-
reservate in Hessen, hg. v. Landesbetrieb Hessen-Forst, Kassel-Wilhelmshöhe

EBERT, G. / E. RENNWALD (Hg.), 1991: Tagfalter II. In: Ebert, G. (Hg.): Die Schmetterlinge Baden-
Württembergs, Band 2, Stuttgart

FLECHTNER, G., 2005: Diversität auf „höchstem“ Niveau – Käfer im Naturwaldreservat Stirnberg,
Natur und Museum, Jg. 135(7/8), S. 192-194

FLECHTNER, G. / W. H. O. DOROW / J.-P. KOPELKE, 1999: Naturwaldreservate in Hessen, Band 5/2.1.
Niddahänge östlich Rudingshain. Zoologische Untersuchungen I 1990-1992, hg. v. Hessischen Mi-
nisterium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden / Forschungsinstitut Senckenberg,
Frankfurt Main

FLECHTNER, G. / W. H. O. DOROW / J.-P. KOPELKE, 2000: Naturwaldreservate in Hessen. Band
5/2.2. Niddahänge östlich Rudingshain. Zoologische Untersuchungen 1990-1992, hg. v. Hessi-
schen Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden / Forschungsinstitut
Senckenberg, (Mitteilungen der Hessischen Landesforstverwaltung 32), [enthält die Kapitel Cole-
optera, Aves, Mammalia sowie zusammenfassende Betrachtungen und eine Gesamtartenliste],
Frankfurt Main

HORION, A., 1956: Faunistik der mitteleuropäischen Käfer, Band 5: Heteromera. Entomologische
Arbeiten aus dem Museum G. Frey (Sonderband), München

KÖHLER, F., 2000: Erster Nachtrag zum „Verzeichnis der Käfer Deutschlands“, Entomologische
Nachrichten und Berichte, Jg. 44(1)), S. 60-84

KÖHLER, F. / B. KLAUSNITZER, 1998: Verzeichnis der Käfer Deutschlands. Entomologische Nachrich-
ten und Berichte, Beiheft 4, S. 1-185

KIPPENBERG, H., 1994: Familie Chrysomelidae. In: Lohse, G.A., / W.H. Lucht: Die Käfer Mitteleu-
ropas 3, Supplementband, Krefeld, S. 17-92

KRISTAL, P.M. / E. BROCKMANN, 1997 [„1996“]: Rote Liste der Tagfalter (Lepidoptera: Rhopalocera-
ra) Hessens (Zweite Fassung, Stand 31. 10. 1995), zusammengestellt im Auftrag des Hessischen
Ministeriums des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz im Namen der Arbeitsge-
meinschaft Hessischer Lepidopterologen (Arge HeLep). – Natur in Hessen, hg. v. Hessischen Mini-
sterium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Wiesbaden

KUDRNA, O., 1988: Die Tagschmetterlinge der nördlichen Hohen Rhön, Oberelsbach, Selbstverlag
O. Kudrna. [3] + 105 S.

Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen

KUDRNA, O., 1993: Verbreitungsatlas der Tagfalter (Rhopalocera) der Rhön, Oedippus. (Bad Neustadt Salz) 6, S. 1-138

KUDRNA, O., 1998: Die Tagfalterfauna der Rhön, Oedippus, Schweinfurt 5, Jg. 15, S. 1-158

NÄSSIG, W. A., / W. H. O. DOROW / G. FLECHTNER, 2004: *Polyommatus (Agrodiaetus) damon* ([DENIS / SCHIFFERMÜLLER], 1775) in der hessischen Rhön wieder nachgewiesen (Lepidoptera: Lycaenidae), Nachrichten des Entomologischen Vereins Apollo, Jg. 25(1/2), S. 15-20

RIEHL, F., 1863: Verzeichnis der bei Cassel in einem Umkreise von ungefähr drei Meilen aufgefundenen Coleopteren, Berichte des Vereins für Naturkunde zu Cassel, Jg. 13, S. 63-102

SCRIBA, W., 1869: Die Käfer im Großherzogtum Hessen und seiner nächsten Umgebung. Berichte der Oberhessischen Gesellschaft für Natur- und Heilkunde, Jg. 13, S. 89-99

STICHEL, W., 1955-1962: Illustrierte Bestimmungstabellen der Wanzen. II. Europa (Hemiptera-Heteroptera Europae) Vol. 1 (= Heft 1-6): Hydrocoriomorpha et Amphibicoriomorpha, S. 1-168, Vol. 2 (Heft 6-28): Cimicomorpha (Miridae), S. 169-907, Vol. 3 (Heft 1-14): Cimicomorpha (Cimicoidea excl. Miridae; Reduvidioidea; Saldoidea; Tingioidea), S. 1-428, Vol. 4 (Heft 1-27): Pentatomorpha, S. 1-838, General-Index, S. 1-110, Berlin-Hermsdorf, Selbstverlag. 907 + 428 + 838 + 110 S.

SUNDT, E., 1971: G. *Acrotrichis*, S.: 335-342. In: Freude, H., / K. W. Harde / G. A. Lohse: Die Käfer Mitteleuropas Band 3, Krefeld

WEBER, L., 1903: Verzeichnis der bei Cassel in einem Umkreis von ungefähr 25 Kilometern aufgefundenen Coleopteren, Abhandlungen des Vereins für Naturkunde Cassel 1902-03, S. 97-212

WEIDEMANN, H. J., 1995: Tagfalter beobachten, bestimmen, 2. Auflage [in diesem Band], Augsburg

WERNER, D. J., 1996: Die Ausbreitung von *Graphosoma lineatum* (Heteroptera – Pentatomidae), Heteropteron, Jg. 2, S. 15-18

WERNER, D. J., 1999: Die Streifenwanze *Graphosoma lineatum* L. (Heteroptera-Pentatomidae) in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, nebst Neumeldungen aus anderen Bundesländern, Heteropteron, Jg. 7, S. 13-22

WILLIG, J., (Wiss. Koord.), 2002: Naturwaldreservate in Hessen 8. Natürliche Entwicklung von Wäldern nach Sturmwurf. – 10 Jahre Forschung im Naturwaldreservat Weiherskopf, hg. v. Hessischen Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten / Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Hessen (Mitteilungen der Hessischen Landesforstverwaltung 38), Wiesbaden

WEBER, L., 1903: Verzeichnis der bei Cassel in einem Umkreis von ungefähr 25 Kilometern aufgefundenen Coleopteren. – Abhandlungen des Vereins für Naturkunde Cassel 1902-03, S. 97-212

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

Aktivitäten v. a. osteuropäischer Biosphärenreservate und UNESCO-Schulen zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“

Yuliya Shcherba / Katarina Schädel-Kmentova

Ergebnis

Seit Beginn der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist ein Jahr vergangen. Wie weit sind die west- und osteuropäische Länder mit deren Umsetzung? An der Forschungsstelle „Region und Nachhaltigkeit“ wurde dazu im Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaft der Hochschule Fulda eine erste Voruntersuchung¹ angestellt, die die Fortschritte von ausgewählten west- und osteuropäischen Ländern betrachtet. Der Vergleich bezieht sich auf zwei kleinere osteuropäische Länder – Tschechien und die Slowakei – sowie drei große osteuropäische Länder – Russland, Weißrussland, Ukraine – und dementsprechend zwei kleine westeuropäische Länder – Österreich und Dänemark sowie drei große – Spanien, Italien und Frankreich. Erkennbar ist, dass die untersuchten westeuropäischen Länder – vor allem Frankreich und Österreich – mit der Umsetzung bereits begonnen haben. In den untersuchten osteuropäischen Ländern ist man sich der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zwar bewusst, es scheinen aber noch konkrete Schritte der Umsetzung zu fehlen. Vermutlich setzten Schulen die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ deshalb noch nicht ausreichend um, weil bisher kaum Impulse seitens der Bildungsministerien kamen. Statt Nachhaltigkeit dominiert das Thema Umweltbildung. Bemerkenswert ist, dass manche Schulen und auch Biosphärenreservate „Umweltbildung“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ schwer voneinander abgrenzen können.

Grundlage

Die programmatischen Grundlagen der Nachhaltigkeit, an der sich auch der Bildungssektor zu orientieren hat, wurde auf dem Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 beschlossen. Die neue Ausrichtung der Bildung am Prinzip der Nachhaltigkeit verlangt eine neue gesellschaftliche Vision. Um diese Vision zu erreichen, forderte die Agenda 21 in Kapitel 36 eine „Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewusstseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung“ alle Interessensgruppen, Regierungen, NGOs, internationale Agenturen, den Privatsektor und Zivilgesellschaftsgruppen auf, sicherzustellen, dass eine grundlegende Ausbildung für alle erreicht werden kann; Umweltbildung und Bildung mit dem Ziel einer nachhaltigen Landes- und Regionalentwicklung – einschließlich kultureller Bildung und sozialer Kompetenzentwicklung – für Menschen jeden Alters verfügbar zu machen; die Umwelt- und Nachhaltigkeitsvorstellungen in alle Bildungsprogramme zu integrieren.

¹ Durchgeführt von August bis Oktober 2005 im Rahmen eines Praktikums an der Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit im Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda.

Yuliya Shcherba / Katarina Schädel-Kmentova, Aktivitäten v. a. osteuropäischer Biosphärenreservate und UNESCO-Schulen zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“

Die Rolle und die Wichtigkeit der Bildung für nachhaltige Entwicklung haben seit Rio zugenommen. Dies belegt der Beschluss auf dem Weltgipfel 2002 in Johannesburg, die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ von 2005 bis 2014 auszurufen. Die Prinzipien der nachhaltigen Bildung nach der Agenda 21 sollen weltweit verbreitet und in den nationalen Bildungssystemen verankert werden. „Aufgabe der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist es, den Menschen die nötigen Kompetenzen und Einstellungen zu vermitteln, dass künftige Generationen eine lebenswerte Welt vorfinden“².

Die UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung hat die UNESCO beauftragt, die Ziele des Kapitels 36 zu verfolgen und die Dekade zu leiten, sowie einen Entwurf des Internationalen Umsetzungsschemas für die Dekade zu entwickeln. Die UNESCO soll die Bildungsreformen beschleunigen und die Tätigkeiten aller Interessengruppen koordinieren. Das heißt, dass die UNESCO mit der fachlichen und technischen Unterstützung der Regierungen von Mitgliedstaaten beauftragt wurde. Ihre Funktion besteht darin, bei der Entwicklung und Umsetzung innovativer Programme der Bildung für nachhaltige Entwicklung in den UN-Mitgliedsstaaten zu helfen.

Mit der auf der UNESCO-Generalkonferenz 1995 beschlossenen Sevilla-Strategie (28C/Resolution 2.4) erhielten die Biosphärenreservate und das Weltnetz der Biosphärenreservate einen neuen konzeptionellen Rahmen³. Jedes Biosphärenreservat muss drei Funktionen erfüllen: eine Schutzfunktion, eine Entwicklungsfunktion und eine logistische Funktion. Ziele des UNESCO-Programms „Der Mensch und die Biosphäre“ (MAB) sind seitdem: in Modellregionen ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen den bisweilen widersprüchlichen Zielen der Erhaltung der biologischen Vielfalt, der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wahrung kulturlandschaftlicher Räume und kultureller Orte zu schaffen.⁴

Nach der Sevilla-Strategie sind die Biosphärenreservate nicht mehr nur Schutzgebiete, sondern auch als Modellregionen für nachhaltige Entwicklung zu betrachten, die eine neue Vision der Beziehungen zwischen Umweltschutz und regionaler Entwicklung, ein positives Verhältnis zwischen Mensch und Natur darstellen. Da die Sevilla-Strategie und die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Grunde genommen ähnliche Ziele verfolgen, wurden die Bildungsaktivitäten beider UN-Vorhaben – allerdings aus der Perspektive der UN-Dekade – im Rahmen einer explorativen Voruntersuchung der Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit betrachtet.

Vorgehensweise und Fragestellung

Die Recherche hat sich auf die Aktivitäten der osteuropäischen Staaten konzentriert, und parallel dazu einen Vergleich zur Umsetzung in West- und Ost-Europa anzustellen versucht. Sie bezieht sich auf:

- *Auswahl der UNESCO-Schulen*

Da der Schwerpunkt in Osteuropa gelegen hat, wurden die UNESCO-Schulen in fünf osteuropäischen Ländern befragt:

² Vgl. <http://www.unesco.de/c-arbeitsgebiete/umweltbildung.htm> (07.12.05).

³ Das Konzept der Biosphärenreservate wurde auf der Sitzung einer UNESCO-Sonderarbeitsgruppe im Rahmen des Programms „Der Mensch und die Biosphäre“ (MAB) 1974 ins Leben gerufen.

⁴ Vgl. DEUTSCHES MAB-NATIONALKOMITEE 1996.

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

Tschechische Republik – 46 UNESCO-Schulen

Slowakei – 22 UNESCO-Schulen

Ukraine – 24 UNESCO-Schulen

Russland – 70 UNESCO-Schulen

Weißrussland – 11 UNESCO-Schulen.

Hintergrund war die Überlegung, dass die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sich voraussichtlich zuerst in den UNESCO-Schulen erkennen lassen würde. Es wurde gefragt, ob die UNESCO ASP-Schulen⁵ die Idee der Nachhaltigkeit in ihr Schulkonzept integriert haben und ob ihre Pläne die UN-Dekade betreffen.

- *Biosphärenreservate*

Biosphärenreservate wurden einbezogen, weil das MAB-Programm das Prinzip der Nachhaltigkeit weitgehend aufgenommen hat und Bildung zu ihren Pflichtaufgaben gehört. Ausgewählt wurden: Tschechische Republik – 6 Biosphärenreservate, Slowakei – 4 Biosphärenreservate, Ukraine – 4 Biosphärenreservate, Russland – 31 Biosphärenreservate, Weißrussland – 3 Biosphärenreservate, Italien – 7 Biosphärenreservate, Frankreich – 9 Biosphärenreservate, Spanien – 26 Biosphärenreservate, Österreich – 6 Biosphärenreservate und Dänemark – 1 Biosphärenreservat. Die Biosphärenreservate sollen u.a. auch Kontakte zu Schulen und anderen Bildungseinrichtungen aufbauen. Auf dieser Grundlage wurde davon ausgegangen, dass sie auch die Intention der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und dementsprechende Maßnahmen an die Schulen herantragen. In der Befragung ging es darum, etwas über den Charakter ihrer eigenen Bildungsprogramme, die der UN-Dekade gewidmet sind, zu erfahren und inwieweit Biosphärenreservate gemeinsame Aktivitäten mit Bildungseinrichtungen durchführen oder für die nähere Zukunft planen.

- *MAB-Komitees*⁶

MAB-Komitees koordinieren die Tätigkeit von Biosphärenreservaten auf der nationalen Ebene und geben Impulse zur Umsetzung von neuen Projekten und zur Erfüllung der bestehenden Aufgaben der Biosphärenreservate. Sie wurden nach Förderungsprogrammen für die Umsetzung der Ziele der Weltdekade in Biosphärenreservaten und nach konkreten Beispielen der Umsetzung gefragt.

- *UNESCO-Komitees*⁷

UNESCO-Nationalkomitees transformieren Ideen und neue Projekte von der internationalen auf die nationale Ebene. Sie sollen mit Bildungsministerien kooperieren, um UN-Programme umzusetzen. Sie wurden um Informationen und Programme zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ gebeten. Wichtig war die gezielte Frage danach, ob die Biosphärenreservate mit ihren besonderen Aufgaben und Erfahrungen berücksichtigt werden, da sie in der Zielsetzung der UN für die Dekade besonders erwähnt werden.

- *Nationale ASP-Koordinatoren*⁸

ASP-Koordinatoren sollen einen Überblick über die Aktivitäten von UNESCO-Schulen geben und bezüglich der UNESCO-Aufgaben und -Programme zwischen UNESCO-Komitees und

⁵ Associated School Project.

⁶ Diese Institutionen wurden in allen untersuchten Ländern befragt.

⁷ Diese Institutionen wurden in allen untersuchten Ländern befragt.

⁸ Diese Institutionen wurden in allen untersuchten Ländern befragt.

Yuliya Shcherba / Katarina Schädel-Kmentova, Aktivitäten v. a. osteuropäischer Biosphärenreservate und UNESCO-Schulen zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (200-2014)“

UNESCO-Schulen vermitteln. Gefragt wurde nach der Umsetzung der Dekade und nach konkreten Schritten.

- *Bildungsministerien*⁹

Die Bildungsministerien sollen im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ Strategien entwickeln, wie die ökologische, soziale und ökonomische Dimension der nachhaltigen Entwicklung in das nationale Bildungssystem implementiert werden können. Sie wurden gefragt, ob sie mit der Umsetzung bereits begonnen haben, und welche Schritte sie für die Zukunft planen.

Kategorisierung von UNESCO-Schulen und Biosphärenreservaten

Die Antworten der Schulen und der Biosphärenreservate wurden *in vier Kategorien* eingeteilt:

Kategorie 1: Die Schulen und die Biosphärenreservate setzten die Dekade um. Es gibt Beispiele dafür.

Kategorie 2: Die Schulen und die Biosphärenreservate antworteten auf unsere Befragung positiv, dass sie schon damit begonnen haben, etwas in diesem Bereich unternehmen, aber ihre Beispiele und gesendeten Materialien zeigten, dass es sich um ökologische bzw. Umweltbildung handelt.

Kategorie 3: Die Schulen und die Biosphärenreservate planen, solche Programme einzuführen.

Kategorie 4: Die Schulen und die Biosphärenreservate unternehmen nichts, oder sie haben keine Informationen über die Weltdekade.

Tabelle 1: Kategorisierung der Antworten von UNESCO-Schulen zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“¹⁰

Kategorien Land	1 mit Beispielen der Umsetzung	2 Umweltbildung	3 geplant	4 keine Aktivitäten
Russland	1	2	-	3
Weißrussland	-	-	-	-
Ukraine	1	3	-	2
Tschechische Republik	3	6	2	1
Slowakei	1	3	-	1

UNESCO-Schulen

Kategorie 1. 6 der 27 Schulen, von denen eine Antwort vorliegt, haben sich mit der Nachhaltigkeitsproblematik im umfassenden Sinn beschäftigt. Sie haben damit begonnen, die UN-Dekade im Rah-

⁹ Diese Institutionen wurden in allen untersuchten Ländern befragt.

¹⁰ Von 173 UNESCO-Schulen haben 27 geantwortet.

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

men der Regionalen UNESCO-Projekte „The Great Volga River Route“, „The Baltic Sea Project“ und „Blue Danube River Projekt“ umzusetzen¹¹. In diese Projekte Schulen aus verschiedenen Ländern eingebunden, die sich in der betroffenen Region befinden. Interessant erscheint, dass gerade UNESCO-Projekte, die vor allem dem Naturschutz und der regionalen Entwicklung dienen, die UN-Dekadeziele aufgreifen. Dies lässt vermuten, dass eine bestimmte Projektgröße bzw. eine entsprechende finanzielle Ausstattung dafür erforderlich ist. Das Projekt „The Great Volga River Route“ etwa verbindet Schulen aus 17 beteiligten Ländern. In dessen Rahmen werden seit 2005 die Ideen der UN-Dekade unterstützt und die ersten Schritte für ihre Umsetzung gemacht. In der Tschechischen Republik beschäftigen sich nur Mittelschulen mit der Umsetzung. Obwohl manche Schulen mit der Umsetzung noch nicht angefangen haben, zeigten sie Interesse für diese Thematik und wollen mehr darüber wissen und baten um zusätzliche Informationen.

Unter *Kategorie 2* fallen 14 UNESCO-Schulen. Insbesondere sechs Antworten aus der Tschechischen Republik zeigen, dass die Schulen unter dem Begriff „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vor allem eine ökologische Problematik verstehen. Ihre Schulprogramme widmen sich primär der Thematik „UNESCO und das kulturelle Erbe“.

Nur zwei Beispiele aus der Tschechischen Republik fallen unter *Kategorie 3*. Es wird geplant, die Ideen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in die Schulkonzepte für das nächste Schuljahr aufzunehmen.

Die *Kategorie 4* zeigt die Schulen, die bis jetzt in dieser Richtung nichts unternommen haben. Sie verfügen über keine konkreten Pläne oder die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist ihnen nicht bekannt. Hierunter fallen 7 der 27 Schulen, die auf die Befragung geantwortet haben.

Biosphärenreservate

Es ist schwer konkrete Schlussfolgerungen aus der Befragung der Biosphärenreservate zu ziehen, weil nur wenige Antworten eingegangen sind. Nur eine Antwort fällt unter *Kategorie 1*. Deshalb ist es auch das einzige Beispiel der Umsetzung der UN-Dekade auf der Ebene von Biosphärenreservaten: Biosphärenreservat „Dunaisky“ aus der Ukraine. Seit 2004 kooperiert das Biosphärenreservat Dunaisky mit dem Schul-Lyzeum der Stadt Wilkowo (die nicht zu den UNESCO-Schulen gehört) im Rahmen eines regionalen Experiments, das sich auf die Dekade bezieht.

Die meisten Antworten der Biosphärenreservate sind der o.g. *Kategorie 2* zuzuordnen: Russland – 3 Biosphärenreservate, Tschechien – 3 Biosphärenreservate, Slowakei – 3 Biosphärenreservate, Österreich – 1 Biosphärenreservat. Das heißt, sie haben mit der Umsetzung noch nicht begonnen und betreiben in der Regel Umweltbildung.

Für *Kategorie 3* sind keine Antworten eingegangen.

Die zweitgrößte Gruppe von Antworten fällt unter *Kategorie 4*: Russland 3 Biosphärenreservate, Ukraine 1 Biosphärenreservat, Österreich 1 Biosphärenreservat. Diese Biosphärenreservate unternehmen keine konkrete Umsetzungsschritte oder sie haben keine Informationen über die Weltdekade.

¹¹ Vgl. http://portal.unesco.org/education/en/ev.php-URL_ID=7366&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html/2006

Yuliya Shcherba / Katarina Schädel-Kmentova, Aktivitäten v. a. osteuropäischer Biosphärenreservate und UNESCO-Schulen zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“

MAB-Komitees

Von 10 nationalen MAB-Komitees haben 3 geantwortet (Russland, Slowakei und Frankreich). Eine Antwort des russischen MAB-Komitees zeigt, dass das Komitee keine Informationen über die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bekommen hat. Der Vizevorsitzende des russischen MAB Komitees Dr. Valery M. Neronov schreibt: „... I should say frankly that in spite that UN World Decade 'Education for Sustainable Development (2005-2014)' was launched in March of 2005 I didn't know any examples of its implementation in Russian Biosphere Reserves (up today there are 36 of them). Under impact of your inquiry our Committee will contact the Ministry of Natural Resources (the main owner of BRs in this country) and request the Ministry to give relevant instructions to Administrations of BRs to start some activities and plan of them for future years.“

Das französische MAB-Komitee hat mit der Umsetzung der Dekade angefangen: eine Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, die für die Kooperation zwischen 10 Biosphärenreservaten, Schulen, NGOs, Bildungsspezialisten und Kommunen zuständig ist. Das Ziel der Arbeitsgruppe liegt in der Durchsetzung von Bildungsprogrammen, die Nachhaltigkeit und lokale Ressourcen in Zusammenhang bringen.

Bildungsministerien

Die meisten befragten Bildungsministerien haben auf unsere Anfrage nicht geantwortet. Die einzige Antwort – vom tschechischen Bildungsministerium – zeigt, dass dort die Dekade-Thematik weitgehend mit ökologischer Bildung verbunden wird.

UNESCO-Komitees

Insgesamt haben 2 UNESCO-Komitees geantwortet (Tschechien und Österreich). Das Tschechische UNESCO-Komitee hat mit der Umsetzung gerade begonnen: „The topic of Sustainable Development is not really a new one, most of our schools are to some degree familiar with it because of the concept of Environmental Education, that is used at schools quite regularly“. Es plant ein Programm für ASP-Schulen einzuführen unter dem Namen „UNESCO School's Week 2006“, das im April 2006 anfangen soll und der UN-Dekade gewidmet ist.

Das österreichische UNESCO-Komitee berichtet, dass beschlossen wurde, eine Sammlung von Ideen, wie die Dekade in den ASP-Schulen am besten umgesetzt werden kann, zu erstellen. Darüber hinaus wird in jeder ASP-Schule eine spezielle UNESCO-Klasse eingeführt. Des Weiteren wird geplant, eine Webseite über nachhaltige Entwicklung im Rahmen der nationalen ASP-Homepage (www.unesco-schulen.at) zu gestalten.

Fazit und Ausblick

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es erst ansatzweise gelungen ist, einen Einblick in die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu bekommen. Eine Umsetzungsbereitschaft scheint in den ausgewählten Ländern vorhanden, die Umsetzung selbst hat aber offensichtlich noch nicht mit voller Kraft begonnen. Die meisten UNESCO-Schulen und Biosphärenreservate in Osteuropa beteiligen sich besonders an den ökologischen und Umweltbildungsprogrammen. Die zurückhaltende Antwortbereitschaft verweist vermutlich auf Defizite, die insbesondere auf der Ebene der Bildungsministerien vorhanden sein dürften.

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

Die Strategie für nachhaltige Entwicklung wurde vom EU-Rat von Göteborg 2001 angenommen. Die Überarbeitung der Strategie wird im März 2006 auf einer Fachkonferenz „Education for Sustainable Development towards responsible global citizenship“ im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft in Wien diskutiert. Da Österreich zur Spitze der Länder, die am weitesten mit der Umsetzung der UN-Dekade fortgeschritten sind, zählen dürfte, kann erwartet werden, dass in der Zeit der österreichischen EU-Präsidentschaft Österreich die Initiative ergreift, um das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ voranzubringen.

Literatur

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (Hg.), 1994: Agenda 21, Bonn

GLASER, Barney G. / Anselm L. Strauss, 2005: Grounded Theory – Strategien qualitativer Forschung, Bern

DEUTSCHES NATIONALKOMITEE FÜR DAS UNESCO-PROGRAMM „DER MENSCH UND DIE BIOSPHÄRE“ (MAB) (Hg.), 1996: Biosphärenreservate – Die Sevilla-Strategie und internationalen Leitlinien für das Weltnetz, Bonn (zit. als DEUTSCHES MAB-NATIONALKOMITEE 1996)

MAYRING, Philipp, 2000: Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken, Weinheim

DEUTSCHES MAB-NATIONALKOMITEE (Hg.), 2004: Voller Leben – UNESCO Biosphärenreservate: Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung, Bonn

UNITED NATIONS ECONOMIC AND SOCIAL COMMISSION FOR EUROPE, 2005: Strategy for education for sustainable development, CEP/AC.13/2005/3/Rev.1

UNITED NATIONS EDUCATIONAL, SCIENTIFIC AND CULTURAL ORGANISATION, 2005: UN-Decade Education for Sustainable Development 2005-2014: International Implementation Scheme: draft, January 2005

Internetquellen

Agenda 21:

<http://www.un.org/esa/earthsummit/>, Stand: 07.12.05

www.agenda-transfer.de, Stand: 15.12.05

www.blk21.de, Stand: 15.12.05

www.dekade.org, Stand: 015.12.05

www.globolog.net, Stand: 07.12.05

www.jugendserver.de, Stand: 15.12.05

www.learnline.de, Stand: 15.12.05

www.nachhaltigkeitsrat.de, Stand: 15.12.05

www.umwelterziehung.de, Stand: 07.12.05

www.unicef.de, Stand: 15.12.05

www.ceu.cz/7edumal21/body_mal21.htm, Stand: 07.12.05

Yuliya Shcherba / Katarina Schädel-Kmentova, Aktivitäten v. a. osteuropäischer Biosphärenreservate und UNESCO-Schulen zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)

Associated Schools Project Network:

http://portal.unesco.org/education/en/ev.php-URL_ID=7366&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html, Stand: 07.12.05

Assoziierte UNESCO Schulen:

- Weißrussland: <http://www.unesco.ru/comnat/belarus/en/obas.php>, Stand: 07.12.05
- Russland: http://www.unesco.ru/eng/pages/nac/ru_schools.php, Stand: 07.12.05.
- Slowakei: <http://www.un.org/esa/agenda21/natinfo/countr/slovakia/index.htm>, Stand: 10.09.05
oder <http://www.unesco.sk/asp.htm>, Stand: 07.12.05
- Tschechische Republik: <http://www.un.org/esa/agenda21/natinfo/countr/czech/>, Stand: 10.09.2005 oder
<http://www.mzv.cz/wwwo/mzv/default.asp?id=11492&ido=7577&idj=1&amb=1>, Stand: 07.12.05
www.skoly-unesco.cz, www.gvn.cz/unesco.php?lang=cz
- Ukraine: <http://unesco.org.ua/ua/activity/education/schools/>, Stand: 07.12.05

Nationale UNESCO ASP- Koordinatoren:

http://portal.unesco.org/education/en/ev.php-URL_ID=14706&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html, Stand: 07.12.2005

Bildungsministerien:

- Weißrussland: <http://www.minedu.unibel.by>, Stand: 07.12.05
- Russland: <http://www.ed.gov.ru/>, Stand: 07.12.05
- Slowakei: <http://www.minedu.sk/>, Stand: 07.12.05
- Tschechische Republik: <http://www.msmt.cz/>, Stand: 07.12.05
- Ukraine: <http://education.gov.ua>, Stand: 07.12.05
- Dänemark: <http://eng.uvm.dk>, Stand: 07.12.05
- Frankreich: <http://www.education.gouv.fr/>, Stand: 07.12.05
- Italien: <http://www.istruzione.it/>, Stand: 07.12.05
- Österreich: <http://www.bmbwk.gv.at/ministerium>, Stand: 07.12.05
- Spanien: <http://www.mec.es/>, Stand: 07.12.05

Biosphärenreservate:

<http://www.unesco.org/mab/brlistEur.htm>, Stand: 07.12.2005

The Seville Strategy for Biosphere Reserves: <http://www.unesco.org/mab/doc/stry-2.htm> von 21.06.04

Nationale MAB-Komitees:

<http://www2.unesco.org/mab/mab-cont/index.asp>, Stand: 07.12.2005
www.sustainability.at/easy/?k=training&s=slovakia

Nationale UNESCO-Kommissionen:

- Weißrussland: <http://unesco.ru/comnat/belarus>, Stand: 07.12.05
- Russland: <http://unesco.ru> von 7.12.05
- Slowakei: <http://www.unesco.sk>, Stand: 07.12.05
- Tschechische Republik: <http://www.mzv.cz/wwwo/mzv/default.asp?id=21629&ido=217&idj=1>, Stand: 07.12.05 oder <http://www.mzv.cz/wwwo/?zu=unesco.paris>, Stand: 07.12.05
- www.UNESCO.dnes.cz

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

- Ukraine: <http://unesco.org.ua>, Stand: 07.12.05
- Dänemark: <http://www.unesco.dk>, Stand: 07.12.05
- Frankreich: <http://www.unesco.org/comnat/france/>, Stand: 07.12.05
- Italien: <http://www.unesco.it>, Stand: 07.12.05
- Österreich: <http://www.unesco.at>, Stand: 07.12.05
- Spanien: <http://www.aeci.es/unesco/>, Stand: 07.12.05

UNESCO Baltic Sea Project:

<http://www.bspnews.kiss.pl/>, Stand: 07.12.05

UNESCO Great Volga River Route Project:

http://gvrr.unesco.ru/list_coord_eng.php, Stand: 07.12.2005

UNESCO World Heritage in Young Hands Project:

<http://whc.unesco.org/education/sindex.htm>, Stand: 07.12.2005

Jochen Hanisch, Qualitätsmanagement und Evaluierung von Biosphärenreservaten als wissenschaftliche und politische Herausforderung

Qualitätsmanagement und Evaluierung von Biosphärenreservaten als wissenschaftliche und politische Herausforderung

Jochen Hanisch

1. Einleitung

Es gibt mittlerweile ein Netz von 440 Biosphärenreservaten weltweit. In Deutschland wurden 14 Biosphärenreservate mit einer Gesamtfläche von 1.579.828 ha anerkannt (http://www.bfn.de/0308_bios.html). Langfristig wird angestrebt, auf dem Gebiet der Bundesrepublik 20-25 Reservate einzurichten (ERDMANN/FROMMBERGER 1999, S. 21).

Das Vorhaben, ein weltumspannendes Netz von Biosphärenreservaten einzuführen, geht zurück auf die Einsicht eines tiefgreifend gestörten Mensch-Natur-Verhältnisses, das vor ungefähr einem halben Jahrhundert vor allem die westlichen Industriestaaten erfasste. In Deutschland markierte die „Grüne Charta von der Mainau“ und die paradigmatische Schrift von Hermann Mattern, „Gras darf nicht mehr wachsen“ (GREBE et al. 1976; MATTERN 1964), das wachsende Problembewusstsein. Berühmt ist die Publikation von Rachel Carson über den „Stummen Frühling“ (CARSON 1970). In den 1960er Jahren erkannte die akademische Landschaftsplanung die Zeichen der Zeit und entwickelte die Zielsetzung einer „ökologischen Gesamtplanung“ (BUCHWALD/ENGELHARDT 1969). Somit schien zumindest ein Teil des wissenschaftlichen Establishments verstanden zu haben, dass ein Wandel im Verhältnis von Mensch und Natur notwendig sein würde. Die Landschaftsplanung und der wissenschaftliche (ökosystemar ausgerichtete) Naturschutz entwickelten im Verlauf der 70er Jahre ein breites Set an Erfassungs- und Bewertungsmethoden, mit denen die jeweiligen Mensch-/Gesellschafts- und Naturverhältnisse abgebildet und für planerische Zwecke aufbereitet werden konnten. Das große Forschungsprogramm der UNESCO unter dem Titel „Man and the Biosphere“ (MAB) begann also nicht zufällig Anfang der 70er Jahre. Im MAB-Programm wurden und werden explizit die Relationen menschlicher Gesellschaften zu ihrer natürlichen Umwelt thematisiert (BIEHLER et al. 1987).

1995 verabschiedete die Generalkonferenz der UNESCO die Sevilla-Strategie für Biosphärenreservate. Damit vollzog die UNESCO den programmatischen Wandel von einem weitgehend auf den Schutz international bedeutsamer natürlicher oder naturnaher Landschaften ausgerichteten Ansatz zu einem nachhaltigen Entwicklungskonzept für Biosphärenreservate. Das war zweifellos ein Strategiewechsel. Er wurde mit der neuen Rolle begründet, „die den Biosphärenreservaten bei der Umsetzung wichtiger Schwerpunkte der anlässlich der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro ausgearbeiteten AGENDA 21 zuwachsen kann.“ (UNESCO 1996, S. 3)

Diese Rio-Konferenz machte mit ihrem Aktionsplan Agenda 21 die Zielbestimmung Sustainability (nachhaltige Entwicklung) für die Bewältigung der gemeinsamen Zukunft der Menschheit verbindlich. Die Sevilla-Entwicklungsstrategie gab neue Kriterien und Maßnahmen vor, um das Ziel zu erreichen, Biosphärenreservate als Sustainability-Vorbildregionen für das 21. Jahrhundert zu entwickeln.

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

Der deutsche Ausdruck „Reservat“ und die Ressortierung dieser Modellregionen als besondere Schutzkategorie im Bundesnaturschutzgesetz haben Fehlschluss gefördert, dass Biosphärenreservate im wesentlichen Natur- und Landschaftsschutzgebiete seien. Darauf wird unten weiter einzugehen sein.

Mit dem nachfolgenden Beitrag wird nach einigen planungsgeschichtlichen und planungstheoretischen Betrachtungen danach gefragt, ob und wie evaluiert werden kann, ob die Biosphärenreservatsstrategie im Sinne der MAB-Zielsetzung erfolgreich war und ist.

Dabei seien einige Arbeitshypothesen vorangestellt:

1. Das Biosphärenreservatskonzept ist für die Entwicklung eines veränderten Gesellschaftsbildes über die „Natur“ ein zukunftsweisender Ansatz.
2. Je nach regionaler Ausgangslage können Biosphärenreservate regionale Restrukturierungs- und Wachstumsprozesse auslösen, siehe das weiter unten vorgestellte Biosphärenreservat Sierra del Rosario (Kuba).
3. Das Beispiel Sierra del Rosario zeigt, dass für die erfolgreiche Implementierung des Biosphärenreservat-Konzepts als „nachhaltige Modellregion“ ein staatlich abgesicherter Planungs-, Entwicklungs- und Investitionszeitraum von rund 20 Jahren die Voraussetzung war.
4. Biosphärenreservate sind also deutlich mehr als Bestandteile einer naturschutzrechtlichen Schutz(konzeption)
5. Es gibt noch kein (valides) modernes Evaluierungskonzept, das es erlauben würde, den Erfolg einzelner Biosphärenreservate und Biosphärenreservatsprogramme auf nationaler und internationaler Ebene zu „messen“.

Sollten sich diese Arbeitshypothesen empirisch verifizieren lassen, würde sich die Ausarbeitung eines angemessenen Evaluierungs- und Qualitätsmanagement-Konzeptes als notwendig erweisen.

2. Ein gestörtes Mensch-Natur-Verhältnis als Hintergrund für die Biosphärenreservatsstrategie

2.1 Krise als Auslöser für Planung

Die Geschichte des Kapitalismus im 20. Jahrhundert war trotz – oder wegen – seiner Weltwirtschaftskrisen, seiner Weltkriege, seines Verlustes von Kolonien sowie ständiger privater und öffentlicher Wertvernichtungen, per Saldo eine Geschichte exponentiellen¹ Wachstums (HAMPICKE 1975, S. 808 ff.; MCNEILL 2003).

In diesem Zeitraum wuchsen die Weltwirtschaft um das 20fache, der Verbrauch fossiler Brennstoffe um das 30fache und die industrielle Produktion um das 50fache (HEINRICH/HERGT 1994, S. 249; EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR 2005; SPETH 2005, S. 31-57).

¹ Die Exponentialfunktion ist der mathematische Ausdruck der Maßlosigkeit von Wachstumsprozessen. Es handelt sich um eine Funktion, bei der jeder Zuwachs pro Zeiteinheit proportional dem Funktionswert, dem schon erreichten Bestand, ist. Alle Größen, die um einen konstanten Prozentsatz pro Zeit wachsen, wachsen exponentiell; der Zuwachs wird immer größer, je größer der Funktionswert ist.

Jochen Hanisch, Qualitätsmanagement und Evaluierung von Biosphärenreservaten als wissenschaftliche und politische Herausforderung

Weil das industrie-kapitalistische System in die Natur eingebunden ist, verlief auch das Wachstum aller für planetarische Umweltgefahren relevanten physischen Größen exponentiell. Als bedeutsamste Erscheinungsformen dieser Gefahren gelten heute: Klimawandel, stratosphärischer Ozonabbau, Gefährdung der Weltmeere, Verlust biologischer Vielfalt, Entwaldung, Bodendegradation, Erschöpfung der Energie-, Rohstoff- und Süßwasservorräte sowie die Intoxikation der Biosphäre (WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG 1993, S. 3).

Für Planer/innen ist die Einsicht wichtig, dass sich von deskriptiven Aussagen über solche Gefahren weder auf ihre vielschichtigen gesellschaftlichen Ursachen noch auf ihre planerischen Anforderungen schließen lässt. Es gehört zum planungstheoretischen Basiswissen, dass die Feststellung von Sachverhalten nicht gleichgesetzt werden darf mit dem Schluss, dass mit der Feststellung auch gleich Lösungswege und Planungsmittel bekannt seien.²

Berücksichtigt werden muss weiterhin, dass diese Vorhersagen als prognostische Aussagen hinsichtlich Eintrittsgewissheit und Vorhersagegenauigkeit über betroffene Regionen (Standorte) Unsicherheiten enthalten.

Ökosystemforschung bzw. Ökologie als Wissenschaft sind zu einem großen Teil Erfahrungswissenschaften, die ihre Aussagen auf lange Beobachtungszeiträume und auf in Experimenten beobachteten Verhaltensweisen von Naturbestandteilen begründen. Die Ökologie gilt deshalb als eine empirische Wissenschaft, in der versucht wird, Tatsachenfeststellungen und Verhaltensprognosen so gut wie möglich abzusichern.

Jede Tatsachenfeststellung, auch das zählt zum planungstheoretischen Basiswissen, ist noch keine normative (bewertende) Aussage. Gleichwohl bleibt Ökosystemforschung mit ihrer Forschung über Wirkungszusammenhänge und Grundstrukturen des Naturhaushalts unverzichtbar. Wie anders könnten Begriffe wie „Belastungsgrenze natürlicher Systeme“ oder „Funktionalität bestimmter ökologischer Ausgleichsmechanismen“ mit Inhalt gefüllt werden, die wiederum als Grundlage für politisch-normative Festlegungen über den gesellschaftlichen Umgang mit der Natur benötigt werden (RAT VON SACHVERSTÄNDIGEN FÜR UMWELTFRAGEN 1994, S. 70 ff.).

Als umweltverträgliche – nachhaltige – Alternative zur privatwirtschaftlich betriebenen Globalisierung ist die Bewertung der Ergebnisse der wissenschaftlich betriebenen Ökologie unverzichtbar.

Der knappe wissenschaftstheoretische Exkurs über die Ökosystemforschung als überwiegende Erfahrungswissenschaft enthält die Begründung für alle Evaluations- und Monitoringansätze. Die regelmäßige Nachkontrolle, ob die zu einem Planungszeitpunkt aufgestellten Prognosen sich in der weiteren Zukunft auch bewahrheitet haben, zählt aber ebenso zum Grundbestand des planungstheoretischen Wissens. Die Forderung nach mittel- bis langfristigen Evaluationskonzepten ist so alt wie das Grundkonzept der rationalen Entscheidung – herrührend aus der Einsicht, dass auf Erfahrungswissenschaften begründete Prognosen über komplexe soziale und ökologische Systeme mit Vorhersageunsicherheiten behaftet sind.

Aus der Sicht der Stadt-, Regional- und Umweltplanung resultieren aus dieser Problemsicht Konfliktkonstellationen, mit denen wir uns in den kommenden Jahren auseinander zu setzen haben:

² Vgl. dazu die Ausführungen des RATES VON SACHVERSTÄNDIGEN FÜR UMWELTFRAGEN 1994, S. 70, zum „naturalistischer Fehlschluss“, wenn über die „Ökologie als Leitwissenschaft“ diskutiert wird.

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

- Schrumpfende Städte und Regionen (sinkende Geburtenzahlen, Abwanderung als Folge von Deindustrialisierung und Verlagerung von Produktionsstätten in andere Länder) werden nicht mehr nur ein Problem der ostdeutschen Länder sein. Ganz besonders wird dies auch im Westen die so genannten peripheren Regionen treffen. Einen Eindruck über die Dimensionen dieses Problems bekommt man, wenn man den ESPON-Bericht studiert. Die Städte London, Paris, Mailand, München und Hamburg markieren danach „the core area of the EU [...] This zone offers strong global economic functions and services, which provide a high level of income and well-developed infrastructure (EUROPEAN SPATIAL PLANNING NETWORK 2004, S. 12).
- Zu erwarten sind weiterhin eine zunehmende Zersiedelung der Landschaft, eine Suburbanisierung bei hohem Flächenverbrauch für bauliche Nutzungen, eine Dominanz des Individualverkehrs, die Gefahr einer breiten Entwertung suburbaner Immobilien (das Häuschen im Grünen taugt nicht mehr als Alterssicherung) mit extrem steigenden Erschließungs- und Versorgungskosten. Damit kündigen sich ökonomische und soziale Katastrophen an, wenn eine überalterte (nicht mehr erwerbstätige) und verarmte Bevölkerung dispers in den „grünen“ Siedlungsflächen des „urban sprawl“ wohnt und ihren Anspruch auf Grundversorgung mit Energie, Wasser und Abfallwirtschaft gegenüber den gleichfalls verarmten Gebietskörperschaften geltend macht.
- Die Fragmentierung städtischer Zusammenhänge in kleinteilige Milieustrukturen wird weiter voranschreiten – und zwar parallel zu einer Verschärfung der Einkommensunterschiede und den damit verbundenen sozialen Konflikten (die sich nicht zufällig auch an ethnischen und religiös-kulturellen Differenzen entzünden).
- Das Ende des fossilen (Öl- und Erdgas-)Zeitalters ist abzusehen. Damit wird die energetische Basis des gesellschaftlichen Lebens gründlich verändert. Für die Strom- und Wärmeversorgung bis zu Verkehrs- und Logistiksystemen und den davon abhängigen räumlichen Nutzungsstrukturen, einschließlich der Landwirtschaft, müssen neue Technologien und neue Ressourcen entwickelt werden. Das wird sich wiederum auf die Siedlungs-, Erwerbs- und Verkehrsstrukturen auswirken.
- Schließlich zeichnet sich ab, wie die oben genannten planetarischen Umweltgefahren den Weltfrieden gefährden.

Die hier skizzierten ökologischen, sozialen und ökonomischen Probleme und Krisen unterscheiden sich grundsätzlich von „klassischen“ Krisen wie Arbeitslosigkeit, Firmenzusammenbrüchen oder Inflation. Worin der entscheidende Unterschied liegt, hat die EU-Kommission bereits 1994 in einem ihrer erstaunlichsten Weißbücher über die Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert benannt.

2.2 Warnungen vor dem Missbrauch von Mensch und Natur im Weißbuch der EU-Kommission 1994

In dem genannten Weißbuch präsentierte die EU-Kommission richtungsweisende Einsichten. „Viele politische Entscheidungen [der EU] in den Bereichen Besteuerung, Subventionsvergabe, Wettbewerb, Infrastruktur, Arbeitsorganisation, Bodennutzung, Stadtplanung und so weiter“ seien jeweils „in bestimmten konkreten Zusammenhängen oder aber aufgrund von langfristigen Erwägungen zustande gekommen, die mit dem Ziel einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung nicht mehr vereinbar sind.“ (EU-KOMMISSION 1994, S. 181)

Jochen Hanisch, Qualitätsmanagement und Evaluierung von Biosphärenreservaten als wissenschaftliche und politische Herausforderung

In noch stärkerem Maße gelte dies für die „sektorale Politik in den Bereichen Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft, bei denen bestimmte Entscheidungen, die in den 1950er oder 1960er Jahren getroffen wurden, gründlich überprüft werden müssten.“ (EU-KOMMISSION, S. 181 f.)

Diese Überprüfung sollte nach Auffassung der Kommission den „Übergang zu einem tauglicheren [sic!] Wirtschaftsmodell“ begründen.

Das bestehende Modell jedenfalls, schlussfolgerte die damalige EU-Kommssion, sei aus sozialen und ökologischen Gründen obsolet geworden. Würden nämlich die gegebenen industriellen Produktions- und Verbrauchsmuster in Europa „auf die ganze Welt ausgedehnt, so benötigte die Erde ein Zehnfaches der derzeit verfügbaren Ressourcen.“ Die „Extrapolation veranschaulicht das Ausmaß der weltweiten Verteilungskämpfe, die drohen, falls es nicht gelingt, die gegenwärtigen Trends umzukehren.“ Und die damit zusammenhängenden „Formen der Umweltschädigung bedrohen nicht nur örtliche Ökosysteme, sondern auch das natürliche Gleichgewicht der ganzen Erde: Klima, Ozonschicht, Artenvielfalt“ (EU-KOMMISSION 1994, S. 176), was, so wäre zu ergänzen, die Entwicklungsmöglichkeiten der Weltgesellschaft schwer beeinträchtigen dürfte.

Warum damit auch neue Planungsanforderungen entstünden, begründete die Expert Group on the Urban Environment in ihrem Abschlussbericht an die EU-Kommission 1996 so: „Sustainable development will only happen, if it explicitly planned for. Market forces or other unconscious and undirected phenomena cannot solve the serious problems of sustainability“ (EUROPEAN COMMISSION 1996, S. 239).

Diese Nachhaltigkeits-Euphorie hielt jedoch nicht lange an. Deshalb entwickelten die europäischen Instanzen – Kommission, Rat und Parlament – oder die EU-Mitgliedsstaaten bislang nicht die theoretischen und praktischen Planungsgrundlagen, die sie befähigten, ein *taugliches europäisches Sustainability-Modell* mit seinen ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen zu verwirklichen.

Deshalb sind wir Europäer auf die Herausforderungen der Zukunft nicht vorbereitet. Es ist an der Zeit, dass wir mit den Vorbereitungen beginnen – und zwar nach dem Prinzip, Vorbeugen ist besser als heilen, oder in unserer Sprache: Die Kosten, die durch Nicht-Planung entstehen werden, dürften um ein Vielfaches größer sein, als der Aufwand, der entsteht, wenn man sich nur auf die Bewältigung der absehbaren Katastrophen zu beschränken versucht (vgl. dazu BÖHRET 1990).

Die Biosphärenreservatsstrategie der UNESCO erscheint als ein richtungsweisendes Konzept insofern, dass durch die Einrichtung und Entwicklung so genannter nachhaltiger Modellregionen – ländlicher und städtischer – ein notwendig neues Verhältnis von Mensch und Natur erlernt und eingeübt werden kann.

3. Moderne Wissenschaften und Veränderungen des Naturverhältnisses

3.1 Der Fortschrittsbegriff in den Natur- und Technikwissenschaften

Als sich mit Newton, Bacon, Kant, Descartes und anderen Denkern im 17. und 18. Jahrhundert das heute vorherrschende Verständnis von Naturwissenschaften herausbildete (ausführlich GLOY 1995), entstanden durch die Verbindung von Handwerk und Naturwissenschaften (BÖHME/GREBE 1985) die modernen Technikwissenschaften. Ihnen wurde in Verbindung mit den Handlungsempfehlungen der

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

klassischen englischen Ökonomie (Adam Smith, David Ricardo und John Stuart Mill) die Aufgabe zugewiesen, systematisch wissenschaftliche Innovationen für den Produktivitätsfortschritt hervorzu- bringen. Das entstehende Fabrikssystem konnte die vorherrschende feudale Produktionsweise über- winden, weil seine sozialen Träger, die in aller Regel dem Bürgertum angehörten, planmäßig die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution des ausgehenden 18. Jahrhunderts umsetz- ten. Dieses Prinzip der technologischen Innovation zur Produktivitätssteigerung gilt bis heute und findet seinen Ausdruck in der jeweils spezifischen Förderpolitik im Wissenschaftssektor.

Für die Natur- und Technikwissenschaften gilt bis heute weitgehend das Paradigma der Neuzeit, wonach alle Ressourcenprobleme im Prinzip durch technologische Innovationen gelöst und die „Grenzen des Wachstums“ (CLUB OF ROME 2002; 1980) sich durch technologische Innovationen erweitern ließen. Die entsprechenden Erwartungen an diesen Typ Wissenschaft sind ungebro- chen.

Die Sozialökologen BÖHME und GREBE haben gezeigt, wie erfolgreich dieser Wissenschafts- und Techniktyp war – der energetische Umsatz in New York (Manhattan) übertrifft mittlerweile das über die Sonne eingebrachte Input-Niveau (BÖHME/GREBE 1985).

Tatsächlich existiert aber seit den Warnungen des Club of Rome und des COUNCIL ON ENVIRONMEN- TAL QUALITY ein strukturelles Problem, auf das auch ALTVATER (2005) aufmerksam gemacht hat: Das absehbare Ende des fossilen Zeitalters (die Prognosen unterscheiden sich je nach Autorenschaft allerdings noch um mehrere Jahrzehnte) zwingt zu radikaleren Überlegungen hinsichtlich der ener- getischen Basis der gesellschaftlichen Entwicklung.

3.2 Der Fortschrittsbegriff in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften

Dem Fortschrittsbegriff unterliegen auch die Sozial- und Gesellschaftswissenschaften: Wie lässt sich das Problem der Zukunftssicherung lösen? Mindestens – so könnte man formulieren – über Bil- dungs- und Forschungspolitik, als Voraussetzung für natur- und technikwissenschaftliche Innovati- onen. Der heute gängige Begriff der „Wissensgesellschaft“ drückt diese Erwartungshaltung aus. Wei- terhin bilden „bildungsferne“ Schichten nicht „genutzte“ Potenziale für die weitere Entwicklung. Wachsende partizipatorische Ansprüche müssen bewältigt werden. Mit der eher schwachen ökono- mischen Krise der 1960er Jahre nahmen die Bedeutung der Sozial- und Gesellschaftswissenschaf- ten für die Regulation von Umwelt- und Ökonomieproblemen zu (SCHELSKY 1969; JOCHIMSEN 1969). Joseph Kaiser belegt dies beispielhaft mit der sehr umfangreichen Dokumentation der sozial- wissenschaftlichen Planungsdebatte, die in loser Folge über fast 10 Jahre publiziert wurde (KAISER et al. 1966, Bd. I bis VI).

Bildungs- und Forschungspolitik, partizipatorische Integration aller Bevölkerungsgruppen zur opti- malen Potenzialnutzung sind die Stichworte für diesen Bereich. Tatsächlich sind alle diese Aspekte immer auch an Raum und Ressourcen gebunden. Das heißt, die materielle Ausprägung der jeweili- gen Politik findet ihren Ausdruck in Stadt und Landschaft in Form von Siedlungs- und Gewerbeent- wicklungen, Universitätsgründungen, Infrastrukturentwicklungen usw.

Es ist deshalb kein Zufall, dass in der Biosphärenreservatsstrategie die Forschungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit eine so große Rolle spielt.

Jochen Hanisch, Qualitätsmanagement und Evaluierung von Biosphärenreservaten als wissenschaftliche und politische Herausforderung

3.3 Planung und Steuerung als Herausforderung

Die Frage, wer die oben beschriebenen Entwicklungen wie steuern und folglich auch planen soll, stellt die Politik vor große Herausforderungen. Denn jede Form von Flächen- und Ressourcennutzung bedeutet gleichzeitig den Abbau von Potenzialen für spätere Nutzungen. Die Schädigung des einen entspricht oft dem Gewinn des Verursachers (z.B. Abwassereinleitung in fließende Gewässer).

Planung und Steuerung sind also Vorgänge, die sich auf Raum- und Ressourcennutzungsstrukturen beziehen und die unter Einschluss technologischer Innovationen gegen konfligierende Interessen durchgesetzt werden müssen. Ein solcher Ansatz würde mit den verschiedenen Elementen aus Wissenschaft und Technik operieren und im Sinne der gesellschaftlichen Zielsetzungen rationale Entscheidungsvorlagen erarbeiten. Hier sei auf Arnim Bechmanns Grundmodell der „Rationalen Entscheidung“ verwiesen (vgl. die Darstellung bei HANISCH 2003).

Es blieb allerdings wissenschaftstheoretisch durchaus strittig, ob sich das Mensch-Natur-Verhältnis in seinen räumlichen und sozialökonomischen Strukturen rational planen ließe (FALUDI 1969; SELLE 1996). Aus mehreren Gründen, nicht zuletzt wegen fehlender rationaler Alternativen, setzte sich der Typ „Rationale Entscheidung“ in der Raum- und Umweltplanung durch.

3.3.1 Standardisierte Bewertungs- und Managementverfahren

Bemerkenswert erscheinen Arbeitsansätze, die bis heute immer wieder die wissenschaftliche Fachwelt beschäftigen: Expertensysteme und die Computerisierung von Planungs- und Entscheidungsvorgängen. Wesentliche Grundlagenarbeiten leistete die DORNIER-System GmbH im Auftrag des Umweltbundesamtes (BOESE et al. 1981; AXENFELD et al. 1985; AXENFELD et al. 1985; BAUMANN et al. 1985). Nach Dornier unternahm noch die TU Hamburg-Harburg in Kooperation mit IBM einen groß angelegten Versuch (PIETSCH 1990; PIETSCH et al. 1992). Mit dieser Computerisierung verbindet sich eine (naive) Technikgläubigkeit (zur Geschichte des wissenschaftlichen Denkens in diesen Kategorien vgl. GLOY 1995, Bd., I und II).

Arnim Bechmann bereicherte die Diskussion um seine theoretisch-methodischen Grundlagen von Bewertungsverfahren (BECHMANN 1981). Damit hat er ganz wesentlich zur Entwicklung der Umweltverträglichkeitsprüfung, der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung sowie der methodisch einwandfreien Bewältigung staatlicher Planungs- und Ermessensleistungen (Planfeststellungsverfahren) und Genehmigungsverfahren beigetragen. Zudem hat er in den 1990er Jahren seine Grundlagenarbeiten zusammengefasst in ein computergestütztes Assistenzsystem (C.A.S.), das in eine Verfahrensanleitung für Qualitätskontrollen überführt werden konnte (BECHMANN 1999). Thomas WACHTER (2002) und Joachim Hartlik haben dies für ihre jeweilige Praxis auch umgesetzt (HARTLIK 1999; 2004). Einige Projekte des Autors aus dem Bereich Vollständigkeits- und Qualitätskontrolle von Umweltverträglichkeitsstudien wurden auf der Grundlage des CAS-Systems durchgeführt (HARTLIK/HANISCH 2001; BONTRUP/HANISCH 2003).

3.3.2 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen für den Evaluationsansatz

Die Grundstruktur der Bewertungsverfahren und die Verfahrensroutinen des C.A.S. würde sich für ein Evaluationskonzept von Biosphärenreservaten weiter entwickeln und entsprechend anwenden lassen.

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

Zusammengefasst bedeutet dies: Die biosphärischen und sozialökonomischen Problemstellungen eines gestörten Mensch-Natur-Verhältnisses sind zwar durchaus seit Jahrzehnten bekannt, wurden aber innerhalb der EU-Mitgliedstaaten bislang nicht in fachpolitische Bewältigungsprogramme übersetzt. Gleichzeitig können wir feststellen, dass das wissenschaftlich-methodische Instrumentarium für eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie verfügbar ist und einem entsprechenden Paradigmenwechsel im Prinzip nichts entgegenstehen dürfte.

Mit dem Programm „Man and the Biosphere (MAB)“ der UNESCO verfügt die Weltgesellschaft über ein Konzept, in dessen Rahmen seit der Sevilla-Strategie, also seit über einem Jahrzehnt, an beispielhaften Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung im oben genannten Sinne gearbeitet wird.

4. Das UNESCO-Programm „Man and the Biosphere (MAB)“

Das Forschungsprogramm der UNESCO unter dem Titel „Man and the Biosphere“ existiert zwar seit 1970, aber es wurde 1995 durch die Sevilla-Strategie als Planungsaufgabe für eine nachhaltige Entwicklung erheblich erweitert.

Seither repräsentieren UNESCO-Biosphärenreservate international bedeutsame Modellregionen, die zeigen sollen, dass es möglich ist, nachhaltige – dauerhaft tragfähige – Beziehungen zwischen Mensch und Natur zu verwirklichen. Damit sollen im Wesentlichen vier Zielsetzungen verfolgt werden:

- Planung einer nachhaltigen Regionalentwicklung als Teilbereich einer insgesamt nachhaltig zu entwickelnden Gesellschaft
- Schutz des Naturhaushalts und der genetischen Ressourcen
- Umweltforschung und Umweltmonitoring sowie
- Förderung der Bürgerbeteiligung, der Umweltbildung als „Education for Sustainability“.

Biosphärenreservate sind also keine „Naturschutzprojekte“, sondern vielmehr Modellregionen für eine zukunftsfähige/nachhaltige Koexistenz von Mensch und Natur.

5. Beispiele für Biosphärenreservate

5.1 Rhön

Das Biosphärenreservat Rhön wurde mit der Wiedervereinigung 1991 als Modellregion der Bundesländer Bayern, Hessen und Thüringen eingerichtet (Größe: 184 939 ha). Die Region gilt als strukturschwach; von der Umsetzung des Reservat-Konzepts versprachen sich die beteiligten Landesregierungen, aber auch regionale Wirtschaftsverbände, einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung.

Der Schwerpunkt der Biosphärenreservats-Strategie liegt auf der Förderung der Bio-Landwirtschaft und des Tourismus. Die Abhängigkeit des Biosphärenreservates vom „devisenträchtigen“ Verkauf regionaler Produkte und Dienstleistungen, vor allem im Bereich Freizeit und Touristik, unterstreicht die langfristige Notwendigkeit, noch andere Produktions- und Dienstleistungsfunktionen in das Biosphärenreservat zu integrieren. Die Marktabhängigkeit des Konzepts erzwingt ein bestimmtes Ver-

Jochen Hanisch, Qualitätsmanagement und Evaluierung von Biosphärenreservaten als wissenschaftliche und politische Herausforderung

halten im Biosphärenreservat – es wird, wie es scheint, in der Rhön erfolgreich praktiziert. Betrachtet man in einer topografischen Karte das Biosphärenreservat Rhön, fallen einige merkwürdige Grenzziehungen in der Zonierung des Reservats auf, die man erst dann versteht, wenn man erfährt, dass sich die Reservatsplaner mit dem Problem auseinandersetzen mussten, dass sich im geographischen Zentrum, das potenziell als Teil der Kernzone eines Biosphärenreservates betrachtet werden müsste, ein großer Truppenübungsplatz (Wildflecken) befindet, der offensichtlich im Zuge der Biosphärenreservatsplanung nicht geschlossen werden konnte.

Das deutsche MAB-Nationalkomitee hat in seinem periodischen Bericht (2004) zum Biosphärenreservat Rhön mitgeteilt, dass Teile des Truppenübungsplatzes wegen ihrer Habitatqualitäten der Kernzone des Reservats zugeordnet werden. Aus der Sicht des Nationalkomitees ist damit ein Mangel in der bisherigen Struktur beseitigt. Weiterhin werden in dem Jahresbericht lobend die sozialökonomischen Effekte des Biosphärenreservats hervorgehoben. Es wäre anhand eines standardisierten Bewertungsverfahrens zu überprüfen, ob für die Bewertung des Reservats als „nachhaltige Modellregion“ die räumliche und ökosystemar-materielle Verflechtung des Biosphärenreservats Rhön mit diesem großen Truppenübungsplatz keinen Schaden hinterlassen hat.

Inwieweit den regionalökonomisch positiven Wirkungen des Biosphärenreservats Rhön die Prinzipien der ökonomischen Nachhaltigkeit für die Industriegesellschaft der Bundesrepublik Deutschland den Titel der „Modellregion für nachhaltige Regionalentwicklung“ rechtfertigen, müsste ebenfalls überprüft werden.

Zusammengefasst: Das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön liegt innerhalb eines reichen Landes, das über ein nahezu unbegrenztes technologisches und wissenschaftliches Potenzial verfügt, es umfasst jedoch keine für diese Industriegesellschaft charakteristischen städtisch-gewerblich verdichteten Zonen. Das Biosphärenreservats-Konzept umfasst ausdrücklich auch städtische Zonen.

5.2. Sierra del Rosario, Kuba

Knapp zwei Autostunden westlich von Havanna im Gebirgszug Guaniguanico, zwischen Pinar del Rio und Havanna, befindet sich das Biosphärenreservat Sierra del Rosario mit 26.686 ha Flächengröße. Das Gebiet zeigt eine vielfältige geologische Struktur mit einer interessanten, teilweise sogar endemischen Flora und Fauna. Die Geschichte des Reservats begann vor ungefähr 30 Jahren mit einem langfristig angelegten Projekt zur Wiederaufforstung völlig abgeholzter Bergrücken. Die Ursache der Waldvernichtung war, was für viele Regionen Kubas in gleicher Weise zutrifft, der in der Kolonialzeit erfolgte Holzeinschlag für den Bau von Kriegsschiffen und für die Einrichtung von Plantagen (hier: Kaffee). Die Folgen waren und sind Erosion, Wassermangel, Verlust landwirtschaftlicher Produktionsflächen, Klimaprobleme und Landflucht. Die kubanische Regierung bekämpft die Landflucht durch Zuzugsbeschränkungen nach Havanna (repressive Methode) und durch die Förderung regionaler und landwirtschaftlicher Subzentren, damit ein Anreiz entsteht, in den Herkunftsregionen zu bleiben.

Die Aufforstungsflächen wurden in einer ersten Phase terrassiert, um Niederschläge am schnellen Abfluss zu hindern, die Erosion zu stoppen und um gleichzeitig Standorte für die neuen Bäume zu schaffen. Deshalb wird die Region auch als „Las Terrazas“ bezeichnet.

Für diese Arbeiten wurden die versprengten Land- und Forstarbeiter und verarmten Kleinbauern, denen angesichts der Desertifikation ihres Lebensraums praktisch nur die Landflucht blieb, in einem

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

Ort zusammengefasst. Parallel wurden in großen Baumschulen Millionen von Setzlingen gezogen, die auf dem terrassierten Gelände angepflanzt wurden. Im Verlauf von nunmehr 20 Jahren bildete sich ein neuer Wald, der Wasserhaushalt konnte stabilisiert werden, das Klima verbesserte sich und die neue Ortschaft konnte als Freizeit- und Erholungsort ausgebaut werden. Die dort lebende Bevölkerung kann sich durch den Tourismus ein bescheidenes Einkommen sichern. Heute führt der kleine Fluss ganzjährig Wasser, die Region verfügt über touristische Einnahmen und zahlreiche Tier- und Pflanzenarten haben sich wieder eingefunden, was zur Deklaration als Biosphärenreservat geführt hat.

Zusammengefasst: Dieses Biosphärenreservat in Kuba verfolgt auf den ersten Blick eine Strategie, die dem Beispiel aus der Rhön vergleichbar erscheint. Rekonstruktion der Naturausstattung, Förderung der lokalen Ökonomie durch Vermarktung regionaler Agrar- und Handwerksprodukte mit erheblichem touristischem Schwerpunkt. Nicht vergleichbar hingegen sind die Ausgangsbedingungen. Im Falle Kubas handelt es sich um ein Land der Dritten Welt, das in direkter Nachbarschaft zum ärmsten Land der westlichen Hemisphäre (Haiti) gelegen, für sich beansprucht, den Weg einer sozialistischen Entwicklung zu beschreiten und dabei einen allgemeinen Grad an Ernährungs-, Bildungs- und Gesundheitsversorgung erreicht hat, der atypisch ist für ein Dritte-Welt-Land. Kuba ist, gemessen an den Durchschnittswerten der OECD und erst Recht gemessen an denen der Bundesrepublik Deutschland, trotzdem ein armes Land mit sehr begrenzten Ressourcen und knappen technologischen Potenzialen. Die langfristig angelegte Rekonstruktion stabiler Mensch-Naturbeziehungen nach jahrhundertlangem Raubbau ist im Vergleich zum vorigen Beispiel aus der Bundesrepublik Deutschland anders zu bewerten.

5.3 Woran wird Erfolg gemessen?

Die willkürlich herausgesuchten Beispiele zeigen, wie schwierig die Evaluierung von einzelnen Biosphärenreservatsstrategien werden kann: hier ein Reservat in einem demokratischen, marktwirtschaftsbasierten Land, das in einer UNESCO-Modellregion ein zukunftsfähiges Entwicklungsmodell verwirklichen soll, und dort ein sozialistisches Land der Dritten Welt, das dieselbe Planungsaufgabe bewältigen soll.

Die beachtliche Frage lautet: Sind beide – oder alle weltweit existierenden – Biosphärenreservatstypen vergleichbar, und wenn ja, wie soll das evaluiert werden?

Für den Vergleich von x Biosphärenreservaten bedarf es eines gemeinsamen Prüfrahmens. Für eine valide Evaluation müssen im ersten Schritt Tatsachenfeststellungen erfolgen, an denen ermessens werden kann, ob ein Biosphärenreservat in seiner räumlichen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Ausprägung dem entsprechenden UNESCO-Anforderungsrahmen entspricht.

Für die Bewertung eines Biosphärenreservats hinsichtlich seiner Eignung – oder inwieweit es die mit dem Nutzen verbundenen Erwartungen erfüllt – bedarf es einer nutzwertanalytischen Transformation der ermittelten Tatsachenfeststellungen, bzw. der gefundenen Sachverhalte (Kriterienbereiche) in qualitative Aussagen. Bewertungstheoretisch: Die Sachdimension (der Tatsachenfeststellung) wird mit einem Prädikat versehen. Aus der Tatsache wird eine wertende (= normative) Aussage. Diese Transformation von der Sach- in die Wertdimension erfolgt nach Transformationsregeln, die in einem Evaluationskonzept für alle Vergleichsobjekte in gleicher Weise angewendet werden müssen, um die Bewertungsergebnisse auch wirklich vergleichen zu können. Diese Transformation von der Sach- in die nutz-

Jochen Hanisch, Qualitätsmanagement und Evaluierung von Biosphärenreservaten als wissenschaftliche und politische Herausforderung

wertanalytischen Wertdimensionen bildet das Kernstück eines jeden planerischen Bewertungsverfahrens, wird hier aber nicht weiter dargestellt (BECHMANN 1978; HANISCH 1999).

Ein einheitlicher Kriterien- und Bewertungsrahmen müsste aus drei verbindlichen Quellen erschlossen werden:

- Der Sevilla-Strategie der UNESCO
- Den Internationalen Leitlinien für das Weltnetz der UNESCO-Biosphärenreservate
- Den jeweiligen nationalen Kriterien für Anerkennung und Überprüfung von Biosphärenreservaten der UNESCO.

5.3.1 Das Biosphere Reserve Integrated Monitoring BRIM

Auf die Bedeutung integrierter, auf lange Beobachtungszeiträume angelegter Monitoringprozesse machte Peter Bridgewater (*Secretary MAB-Programme*) aufmerksam. Das Weltnetz der Biosphärenreservate bietet danach eine Grundlage für solche Langzeitbeobachtungen nach standardisierten Verfahren unter Einbezug der in der Sustainability-Debatte bedeutenden Faktoren. Dieses als „Integrierte Umweltbeobachtung der Biosphärenreservate (Biosphere Reserve Integrated Monitoring BRIM)“ bezeichnete Projekt hat das Anliegen, den Ansprüchen der Biosphärenreservate in einem nationalen und globalen Zusammenhang zu dienen durch:

- Eine Bewertung und Beobachtung der jedem Biosphärenreservat spezifischen Belastungen der ökologischen Funktionen
- Eine Bewertung, ob die biologische Vielfalt in jedem Biosphärenreservat zu- oder abnimmt
- Eine Darstellung, wie gut die Kombination von Kernzone, Puffer (=Pflegezone) und Übergangzone (=Entwicklungszone) die Belastungen verringert und die ökologischen Leistungen aufrechterhält, und
- Die Feststellung, inwiefern Biosphärenreservate zum Wohle der örtlichen Bevölkerung beitragen“ (www.biosphaerenreservat-rhoen.de/forschung/symposium/bridgw_d.html)

Das BRIM-Konzept erscheint als interessanter Ansatz, den in diesem Beitrag hergestellten Zusammenhang zwischen den biosphärischen Gefahren und der Notwendigkeit eines erweiterten Programms der Umweltbeobachtung und -bewertung herzustellen. Die internationale Bedeutung des Netzes der Biosphärenreservate könnte vor diesem Hintergrund auf ein angemessenes Niveau angehoben werden.

Im Anschluss an die hier vorgetragenen Überlegungen soll anhand eines Prüfprofils, das aus der CAS-Logik abgeleitet ist, der methodische Einstieg in eine allgemein verbindliche Evaluierungskonzeption für Biosphärenreservate gezeigt werden.

5.4 Prüfprofil zur Evaluierung von Biosphärenreservaten

Auf der folgenden Seite wird ein solches Prüfprofil in einem nur groben Raster gezeigt. Die Kriterienbereiche (1-13) folgen der Publikation von ERDMANN/FROMMBERGER (1999, S. 21-26).

Solche Prüfprofile können entsprechend vorgegebener oder eigener Rahmensetzungen immer weiter ausdifferenziert werden. Bei jeder weiteren Untergliederung heißt das, dass die Kriterien einen

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

positiven (gewünschten) Sachverhalt ausdrücken müssen. Bei der weiteren Bearbeitung können dann Bewertungspunkte vergeben werden, ob ein Kriterienbereich sehr gut (++) gut (+) /befriedigend (o) /ausreichend (-) oder schlecht (—) erfüllt ist. Mit einigen Anmerkungen kann der/die Bearbeiter/-in die Beurteilung verdeutlichen. Bei größeren Mängeln/Defiziten würde ein Protokollanhang angefertigt.

Für die weitere Entwicklung des Bewertungsrahmens reicht der Raum nicht aus. Man sieht bis jetzt, dass die Ausarbeitung eines gemeinsamen Kriterienrahmens, der für alle Biosphärenreservate in gleicher Weise angelegt werden könnte, der wichtigste Schritt im Verfahren ist. Als nächstes müsste man sich auf die Gewichtung der einzelnen Kriterien verständigen. Dies wäre der zweite nutzwertanalytische Schritt für eine Gesamtbewertung.

Evaluierung Biosphärenreservate Prüfprofil – Skizze – HP Umweltplanung/Hamburg					
		Anlass: Evaluierung Biosphärenreservat ...			
Fundstelle	Prüfkriterien	Quelle	Bedenken	Begründung / Kommentar	Bearbeiter/in
1	Repräsentativität Das BR muss Ökosystemkomplexe aufweisen, die von den Biosphärenreservaten in Deutschland nicht ausreichend repräsentiert werden				
2	Flächengröße Das BR soll in der Regel mindestens 30.000 ha umfassen und nicht größer sein als 150.000 ha. Länderübergreifende BR dürfen diese Gesamtfläche bei entsprechender Betreuung überschreiten				
3	Zonierung - Das BR muss in Kern-, Pflege- und Entwicklungszone gegliedert sein - Die Kernzone muss mindestens 3% der Gesamtfläche einnehmen - Die Pflegezone soll mindestens 10% der GF einnehmen - Die Kern- und Pflegezone sollen zusammen mindestens 20% der GF ausmachen - Die Kernzone soll von der Pflegezone umgeben sein - Die Entwicklungszone soll mindestens 50% der GF einnehmen; in marinen Gebieten gilt dies für die Landflächen				
4	Rechtliche Sicherung weitere Ausdifferenzierung nach internationaler und nationaler Rechtslage				

Jochen Hanisch, Qualitätsmanagement und Evaluierung von Biosphärenreservaten als wissenschaftliche und politische Herausforderung

5	Verwaltung und Organisation weitere Ausdifferenzierung nach idealtypisch vorgegebenen Vorgaben				
6	Planung weitere Ausdifferenzierung nach Mindestforderungen an den Planungs- und Entscheidungsprozess („Governance-Regeln“)				
7	Nachhaltige Nutzung und Entwicklung - Nachhaltige Wirtschaftsstruktur - primärer/sekundärer/tertiärer Sektor				
8	Naturhaushalt und Landschaftspflege				
9	Biodiversität				
10	Forschung und Wissenschaft				
11	Monitoring (ökologisch)				
12	Umweltbildung				
13	Öffentlichkeit und Kommunikation				

6. Schluss

Biosphärenreservate wurden als Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung definiert. In diesen Regionen soll ein verändertes Mensch-Natur-Verhältnis erprobt, gelernt und weiterentwickelt werden. Ausgelöst wurde die Biosphärenreservats-Strategie durch die Erkenntnis eines gestörten Mensch-Natur-Verhältnisses in den 70er Jahren. Die Biosphärenreservats-Konzeption fügt sich ein in den modernen Fortschrittsglauben der Wissenschaften.

Nach nun fast 35 Jahren Forschungsarbeiten im MAB-Programm und nach knapp 25 Jahren Biosphärenreservatsstrategie muss ein international vereinbartes Evaluierungskonzept erarbeitet und zur vergleichenden Bewertung von Biosphärenreservaten angewandt werden. Der Ansatz des „Biosphere Reserve Integrated Monitoring BRIM“ könnte die Basis für ein solches Evaluierungskonzept werden.

Die Unterschiedlichkeit in den Ausgangsbedingungen einzelner Biosphärenreservate wurde an den Beispielen Biosphärenreservat Rhön und Biosphärenreservat Sierra del Rosario (Kuba) skizziert.

Es wird angeregt, ausgehend von der BRIM-Konzeption, ein internationales Evaluierungsprojekt über den bisherigen Ansatz hinaus auszuarbeiten und durchzuführen.

7. Literatur

ALTVATER, Elmar, 2005: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen: eine radikale Kapitalismuskritik, Münster

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

AXENFELD, Friedrich et al., 1985: Ökologische Darstellung des Unterelberaumes – Zusammengefasste Ergebnisse und Empfehlungen, Hamburg/Friedrichshafen

BAUMANN, Christine et al., 1985: Stadtökologische Modelluntersuchung Hamburg – Pilotanwendung Finkenwerder, Projektbericht der Dornier System GmbH, unveröffentlicht, Hamburg

BECHMANN, Arnim, 1978: Nutzwertanalyse, Bewertungstheorie und Planung, Bern / Stuttgart

BECHMANN, Arnim., 1999: UVP Expert Basis 2.0, Barsinghausen

BIEHLER, HERMANN et al., 1987: Ökosystemforschung Berchtesgaden. Wissenschafts- und Sozialwissenschaften in der Ökosystemforschung, Hrsg. Deutsches Nationalkomitee für das UNESCO-Programm „Der Mensch und die Biosphäre“, veröffentlicht als Fachbereichsbericht „FB 20 Sozioökonomie“ des IMU-Instituts, München

BOESE, Peter et al., 1981: Handbuch zur ökologischen Planung, Teil I: Einführung, Berlin

BÖHME, Gernot & GREBE, Joachim, 1985: Soziale Naturwissenschaft. Über die wissenschaftliche Bearbeitung der Stoffwechselbeziehung Mensch-Natur. In: Böhme, Gernot (Hg.), Soziale Naturwissenschaft. Wege zu einer Erweiterung der Ökologie, Frankfurt/M., S. 19-41

BÖHRET, Carl, 1990: Folgen – Entwurf für eine aktive Politik gegen schleichende Katastrophen, Opladen

BONTRUP, Brunhilde / HANISCH, Jochen, 2003: Umweltverträglichkeitsuntersuchung für die geplante Wohnbebauung auf dem Gelände des Klinikums Ochsenzoll-Bebauungsplan Langenhorn 22, Gutachten im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bauen und Verkehr (BBV), Amt für Stadtentwicklung, unveröffentlicht

BRIDGETWATER, Peter, nach: www.biosphaerenreservat-rhoen.de/forschung/symposium/bridgw_d.html

BUCHWALD, Konrad / Wolfgang Engelhardt, 1969: Landespflege als integrierender Bestandteil umfassender Raumordnung. In: Buchwald, Konrad / Wolfgang Engelhardt (Hg.), Bd. 4: Planung und Ausführung, München, S. 118-129

CARSON, Rachel L., 1970: Der stumme Frühling, München

CLUB OF ROME, 2002: Keine Grenzen des Wissens, aber Grenzen der Armut. Auf dem Wege zu einer nachhaltigen Wissensgesellschaft. Zum 30-jährigen Jubiläum des ersten Reports an den Club of Rome: Die Grenzen des Wachstums, Frankfurt/M.

COUNCIL ON ENVIRONMENTAL QUALITY, 1980: Global 2000 – Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt/M.

ERDMANN, Karl-Heinz & FROMMBERGER, Johanna, 1999: Neue Naturschutzkonzepte für Mensch und Umwelt. Biosphärenreservate in Deutschland, Berlin/Heidelberg/New York

EU-KOMMISSION, 1994: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung – Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert, Weißbuch, Luxemburg

EU-COMMISSION, 1996: European Sustainable Cities. Report by the Expert Group on the Urban Environment, Brüssel

EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR (EUA), 2004: Signale, Aktuelle Informationen der Europäischen Umweltagentur zu ausgewählten Themen, Kopenhagen

Jochen Hanisch, Qualitätsmanagement und Evaluierung von Biosphärenreservaten als wissenschaftliche und politische Herausforderung

EUROPEAN COMMISSION, 1996: Report by the Expert Group on the Urban Environment: European Sustainable Cities, Brüssel

EUROPEAN SPATIAL PLANNING NETWORK, 2005: ESPON – In search of territorial potentials Midterm results by spring 2004, Luxemburg

FALUDI, Andreas, 1969: Planungstheorie. In: Stadtbauwelt, 1969 (38/39), S. 1-7

GLOY, Karen, 1995: Das Verständnis der Natur (I) – Die Geschichte des wissenschaftlichen Denkens, München

GREBE, Reinhard et al., 1976: 15 Jahre grüne Charta von der Mainau 1961–1976, Konstanz

HAMPICKE, Ulrich, 1975: Kapitalistische Expansion und Umweltzerstörung“, in: Das Argument, Jg. 17, H. 9/10 (November)

HANISCH, Jochen, erstellt 2003: Das Modell der rationalen Entscheidung – Einführung (nach Arnim Bechmann, 1981), unveröffentlicht

HANISCH, Jochen, 1999: Planungstheorie, Planungs- und Entscheidungsmethodik, Berlin

HARTLIK, Joachim / Jochen HANISCH, 2001: Praxisbeispiel zur UVP in der Bauleitplanung: UVU für eine Gewerbeansiedlung im Südosten Hamburgs. In: UVP-Report, 15. Jg. (4), Hamm, S. 199-203

HARTLIK, Joachim, 1999: Qualitätsmanagement von UVP-Verfahren in der Praxis. In: UVP-Report, 13. Jg. (5), Hamm, S. 245-250

HARTLIK, Joachim, 2004: Qualitätsmanagement in der Umweltverträglichkeitsprüfung. In: BUNGE, Thomas / Peter-Christoph STORM (Hg.): Handbuch der Umweltverträglichkeitsprüfung (HdUVP), Berlin, S. 1-93

HEINRICH, Dieter / Manfred HERGT, 1994: dtv-Atlas zur Ökologie. Tafeln und Texte, 3. Aufl., München

JOCHIMSEN, Reimut, 1969: Strategie der wirtschaftspolitischen Entscheidung. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 99, S. 52-77

KAISER, Joseph H. et al., 1966: Planung I – Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden

MATTERN, Hermann, 1964: Gras darf nicht mehr wachsen, Berlin/Frankfurt a.M./Wien

MCNEILL, John R., 2003: Blue Planet. Die Geschichte der Umwelt im 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York

PIETSCH, Jürgen et al., 1992: Umweltbewertung mit EXCEPT – Darstellung aus ökologischer Sicht. Konzeption einer Methodik der Umweltbewertung. In: Umweltverträglichkeitsprüfungen, Bewertungsmethoden in den Umweltbereichen, Hamburg

PIETSCH, Jürgen, 1990: Erster EXCEPT-Workshop, „Computerunterstützte Umweltverträglichkeitsprüfung – Möglichkeiten und Grenzen. In: IWBS-Report, Stuttgart, S.125

RAT VON SACHVERSTÄNDIGEN FÜR UMWELTFRAGEN (SRU), 1994: Umweltgutachten 1994: Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung, Stuttgart

SCHELSKY, H., 1969: Über die Abstraktheiten des Planungs Begriffes in den Sozialwissenschaften, in:

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster (Hrsg.): Zur Theorie der allgemeinen und regionalen Planung, Bielefeld, S. 10-24

SELLE, Klaus, 1996: Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln. Ein Werkbuch, Dortmund

SPETH, James Gustave, 2005: Wir ernten, was wir säen. Die USA und die globale Umweltkrise, München 2005

UNESCO (Hg.), 1996: Biosphärenreservate: Die Sevilla-Strategie, Bonn

WACHTER, Thomas, 2002: Wissensmanagement in der Umweltplanung, Konzeption am Beispiel der Eingriffsregelung, Aachen

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG (WBGU), 1993: Globale Umweltveränderung, Grundstruktur globaler Mensch-Umwelt-Beziehungen, Jahresgutachten 1993, Bonn

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG (WBGU), 1999: Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biosphäre. Jahresgutachten 1999, Berlin/Heidelberg

Josef Bühler, Wie weiter nach LEADER+? – Ansätze und Anforderungen im Biosphärenreservat Rhön

Wie weiter nach LEADER+? – Ansätze und Anforderungen im Biosphärenreservat Rhön¹

Josef Bühler

Erfolgreiche Regionalentwicklung: Erfolgskomponenten und Kontinuität

Die Rhön wird von außen als Trendsetter einer nachhaltigen Regionalentwicklung in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten gesehen. Hier finden sich funktionierende landkreis- und länderübergreifende Ansätze und es wurden sehr früh innovative Produkte gefördert bzw. natürliche Ressourcen erhalten oder in Wert gesetzt. Ergebnisse sind u.a. eine markante Imageveränderung der Rhön und die überdurchschnittliche Erschließung von Fördermitteln in zweistelliger Millionenhöhe. Vermutlich lassen sich auch andere Effekte wie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, eine Optimierung der Ressourcen-Verwendung bzw. eine Konzentration auf die Umsetzung von Schlüsselprojekten nachweisen. Förderprogramme mit einem integrierten ländlichen Entwicklungsansatz wurden neben großschutzraumbezogene Strategien dafür genutzt.

Was in den 1980er und Anfang der 1990er Jahre noch als strukturelle Komponenten innovativ war, hat sich heute nahezu selbstverständlich zu Erfolgskomponenten für ländliche Entwicklung herausgebildet:

- die Einrichtung einer „Regionalen Entwicklungspartnerschaft“, mit den wichtigsten Interessens-, Entscheider- und Umsetzerguppen,
- das Vorhandensein eines „Regionalen Entwicklungskonzeptes“ (REK), das das Kursbuch für den gemeinsamen Entwicklungsweg mit Ziel und Maßnahmen darstellt,
- ein „Regionalmanagement“, das zentrale Entwicklungslinien koordiniert sowie die kreative Projektentwicklung und die Abwicklung des Förderprogramms optimiert und
- regional „zugeordnete“ Förderbudgets, deren Einsatz in der Region, im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes, der zu beachtenden EU-Verordnungen und spezifischen Ländervorgaben, eigenständig definiert werden können.

Diese Komponenten sind heute Bestandteil aller integrierten, auf Nachhaltigkeit angelegten Förderprogramme auf EU-, Bundes- und Landesebene. Die Nutzung dieser Programme wie LEADER² oder REGIONEN AKTIV³ prägt den strukturellen Kern der Regionalentwicklungsorganisationen.

¹ Der nachfolgende Artikel baut auf ein Referat auf, das unter dem Titel „LEADER+ ... und dann? Regionalentwicklung mit Zukunft!“ auf der Fachkonferenz und Projektmesse der LAG LEADER+ der Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld im vergangenen Jahr gehalten wurde.

² LEADER steht für "Liaison entre actions de développement de l'économie rurale" (Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft). Mit LEADER+ können in der aktuellen Förderperiode - 2000 bis 2006 - innovative Projekte im ländlichen Raum finanziert werden (www.leaderplus.de).

³ Ziel des Modell- und Demonstrationsprojektes ist es, neue Wege in der ländlichen Entwicklung aufzuzeigen. Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz wählte dafür im Rahmen eines Wettbewerbs 18 Modellregionen aus (www.modellregionen.de).

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

Die Impulsfunktion dieser öffentlichen Anreizsysteme weist allerdings auch eine Schattenseite auf. Die mit dem Nutzen verbundenen Erwartungen der privaten und öffentlichen regionalen Akteure haben sich mit dem Förderprogramm und dessen Finanzausstattung verknüpft. Der Wegfall oder die Änderung der Förderrahmenbedingungen stellt automatisch auch die Perspektiven für die regionalen Entwicklungsgruppen in Frage: Abbruch der Initiative oder Kontinuität durch die Erschließung neuer regionaler und überregionaler Mittel. Zu befürchten ist, dass nur die Hoffnung auf neue öffentliche Programme bleibt, weil die regionale Bedeutung der Infrastrukturelemente „Regionalentwicklungsagentur“ oder „Regionalmanagement“ nicht angemessen wertgeschätzt wird.

Förderprogramme: LEADER+ und dann ...?

Ein zentrales Ziel der EU ist die Vereinfachung der Förderung der ländlichen Entwicklung aus Sicht der Verwaltung. Künftig ist statt zweier nur noch ein Fonds für alle ländlichen Gebiete in der EU zuständig. Er firmiert unter „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume“ (ELER) und hat vier Schwerpunkte, wovon der vierte das LEADER+ Nachfolgeprogramm darstellt.



Abb. 1

In der ELER-Verordnung (VO 1698/2005 vom 19. September 2005) werden drei allgemeine Ziele für die ländliche Entwicklung formuliert, die jeweils einer der drei Schwerpunktachsen entsprechen. Als querschnittsorientierte methodische Achse wird es die LEADER-Achse geben (Achse IV). Leader ist damit keine eigene Initiative mehr, sondern Teil des jeweiligen Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum. Diese vierte Achse hat keinen direkten Bezug zu einem einzelnen Ziel, sie soll vielmehr übergreifend über alle drei Ziele wirken. Die ELER-VO beinhaltet somit die zentralen Aussagen in Bezug auf LEADER (Artikel 61-66).

Das LEADER-Konzept beinhaltet demnach folgende Elemente (Artikel 61): gebietsbezogene, multi-sektorale lokale Entwicklungsstrategien für genau umrissene ländliche Gebiete (subregionale Ebene),

Josef Bühler, Wie weiter nach LEADER+? – Ansätze und Anforderungen im Biosphärenreservat Rhön

- öffentlich-private Partnerschaften (lokale Aktionsgruppen/LAGs genannt),
- Bottom-Up-Konzept mit Entscheidungsbefugnissen für LAGs bei der Ausarbeitung und Umsetzung lokaler Entwicklungsstrategien,
- die Umsetzung innovativer Konzepte und
- die Durchführung von Kooperationsprojekten sowie die Vernetzung der LAGs.

Das LEADER-Konzept wird von den lokalen Aktionsgruppen umgesetzt. Diese haben die in Artikel 62 formulierten Voraussetzungen zu erfüllen:

- Sie müssen Träger der Entwicklungsstrategie sein und über die Fähigkeit zu deren Umsetzung – bis hin zur Projektauswahl – verfügen.
- Initiativgruppen aus LEADER II, LEADER+ bzw. entsprechender Modelle oder neue Gruppen. Alle haben weiterhin die 50 Prozent-Regel zu erfüllen, dass mindestens 50 Prozent der Mitglieder der lokalen Aktionsgruppen auf Entscheidungsebene Wirtschafts- und Sozialpartner sein müssen.
- Die Verwaltung und das Finanzmanagement muss durch die LAG erfolgen, soweit sie sich rechtlich konstituiert hat, oder durch Übertragung auf einen Partner, der befähigt ist, öffentliche Fördermittel zu verwalten.
- Ihnen muss ein zusammenhängendes Gebiet mit ausreichender kritischer Masse für eine nachhaltige Entwicklung zur Verfügung stehen, das Humanressourcen, Mittelausstattung und wirtschaftliches Potenzial besitzt.

Der Artikel 63 definiert jene Maßnahmen, für die es Beihilfen geben kann. Dazu gehört

- die Umsetzung der lokalen Entwicklungsstrategie, mit Schwerpunkt auf der Achse 3 des ELER-Programmes. Dieses beinhaltet die Diversifikation der ländlichen Wirtschaft, die touristischen Vorhaben und die Sicherung bzw. Entwicklung der Lebensqualität im ländlichen Raum.
- Dazu gehört weiterhin die Umsetzung von Projekten der interregionalen Zusammenarbeit. Diese Kooperationen sind innerhalb eines Mitgliedsstaates oder im transnationalen Rahmen möglich.
- Die Arbeit der lokalen Aktionsgruppe sowie Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung im jeweiligen Gebiet gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang, einschließlich z.B. Studien, Maßnahmen zur Bereitstellung von Informationen, Schulung der Personen in der LAG bzw. von leitenden Akteuren.

Die Obergrenze für die maximale Förderung bei LEADER liegt bei 80 Prozent der zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben in den Regionen nach dem Konvergenzziel⁴ und bei 55 Prozent in den übrigen Regionen. Das bedeutet, dass Leader-Regionen einen Aufschlag von 5 Prozent für Maßnahmen aus der Achse 1 oder 3 erhalten. Bei der Achse 2 gibt es keinen Aufschlag, da hier auch außerhalb der Leader-Gebiete mit bis zu 80 bzw. 55 Prozent gefördert werden kann. Diese Zahlen stellen Ober-

⁴ Die Hauptziel der Strukturfonds ist, die Entwicklungsunterschiede der europäischen Regionen zu verringern (= Konvergenzziel).

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

grenzen dar, die durch die länderspezifische Programmgestaltung auch deutlich geringer ausfallen können.

Die derzeit zur Abstimmung vorliegende Durchführungsverordnung skizziert folgende Umsetzungsform:

- Das Auswahlverfahren für die Regionen ist offen, viele Länder neigen dazu, dieses wieder in einem Wettbewerbsverfahren umzusetzen. Bundesweit geht man von einer steigenden Zahl von LAGs aus (180 anstatt 147).
- Die Gebietsgröße soll sich an Einwohnerobergrenzen mit 100.000 und einer Untergrenzen von 30.000 EW orientieren. Ausnahmen sind im Einzelfall möglich, müssen aber begründet werden.
- Prioritäre Querschnittsthemen sind Frauen und Jugendliche
- Managementkosten für die LAG`s sind auf 15 Prozent der regional abrufbaren Mittel begrenzt.

Zentrale Veränderungen im Vergleich mit LEADER+ LEADER ist künftig kein eigenes Programm mehr und wird als 4. Schwerpunkt der ländlichen Entwicklungsprogramme genehmigt. Trotzdem zeichnet sich bei den konzeptionellen Elementen, dem Verfahren und dem Bestand der Gruppen eine hohe Kontinuität ab.

- Für LEADER gilt eine Mindestausstattung von 5 Prozent des gesamten ELER-Budgets. Das bedeutet, dass trotz der großen Kürzungen der zweiten Säule von ca. 35 Prozent in Deutschland in etwa dieselben Summe wie in dieser Förderperiode (263 Mio. Euro) zur Verfügung stehen.
- Das Maßnahmenspektrum wird auf die drei ELER-Schwerpunkte eingeschränkt. In LEADER+ mögliche Maßnahmen des ESF⁵ und EFRE⁶ sind nicht mehr förderfähig. Der Fokus liegt auf Schwerpunkt 3 „Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und der Lebensqualität im ländlichen Raum“.
- In den künftigen LEADER-Gebieten gibt es einen 5 Prozent-Anreiz im Vergleich zur Regelförderung.

Offen sind noch Fragen, ob über ELER hinausgehende Maßnahmen in das regionale Entwicklungskonzept aufgenommen werden können, oder ob nur ein Programmkonzept für die LEADER-Umsetzung gewollt ist. Offen sind auch noch Veränderungen, die sich durch die noch nicht verabschiedete Durchführungsverordnung im Bereich Gebietsabgrenzung, Ober- und Untergrenzen der Einwohnerzahl sowie der Auswahlverfahren (z. B. 2stufiges Verfahren, Beauftragung eines externen Gutachters) für die Regionen etc. ergeben können.

Die Beschreibungen im vorausgegangen Abschnitt mögen für die Verantwortlichen der regionalen Entwicklungsgruppen zunächst beruhigend wirken und die Hoffnung stärken, dass nahezu alles wie

⁵ Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ganz Europa und zur Umsetzung der Ziele der Europäischen Beschäftigungsstrategie.

⁶ Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) fördert hauptsächlich in den Bereichen Produktive Investitionen zur Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen, Infrastrukturen, lokale Entwicklungsinitiativen und Unterstützung der Tätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen.

Josef Bühler, Wie weiter nach LEADER+? – Ansätze und Anforderungen im Biosphärenreservat Rhön

gehabt weitergehen kann. Wer allerdings einen sektorenübergreifenden kontinuierlichen Entwicklungsprozess als Regionalinitiative anstrebt, dem drängen sich aufgrund der Vorgaben aus ELER und den Praxiserfahrungen aus den zurückliegenden Arbeiten der Regionalmanagements, die folgenden strategischen Fragestellungen auf:

- Wie gehen wir mit der inhaltlichen Eingrenzung von LEADER ab 2007 um? Wird ein Bewerber- und Gebietsentwicklungskonzept für LEADER erstellt oder ein darüber hinausgehendes regionales Entwicklungskonzept?
- Ist unser aktuelles Organisationsmodell für die neue Phase aufgabengerecht? Erscheint eine Eingrenzung auf ein Förderprogramm sinnvoll oder müssen diese Ziele breiter formuliert werden? Sind die richtigen Akteure in den vorhandenen Beteiligungsmodellen schon erfasst oder bedarf es hier Veränderungen?
- Sind die Kompetenzen in der Entwicklungspartnerschaft und im Regionalmanagement für die neue Aufgabenstellung ausreichend? Welche veränderten Anforderungs- bzw. Qualifizierungsprofile zeichnen sich ab?

LEADER-Gebietskonzept oder Regionales Entwicklungskonzept?

Mit ELER verabschiedet sich die EU teilweise vom Anspruch, integriert wirkende Förderstrategien zu implementieren, zu Gunsten wieder stärker sektoral ausgerichteter Programme. Die Verwaltungsvereinfachung ist dafür der zentrale Grund. Die Folge daraus ist, dass LEADER- Gebietskonzepte keine inhaltlich breit angelegten regionalen Entwicklungskonzepte mehr sind, sondern sich voraussichtlich auf einen verengten Förderkorridor ausrichten werden. Für die leitenden Akteure vor Ort stellt sich die Frage, welchen Weg man für die Festlegung der Entwicklungsziele und -strategien für die Region wählt. Zwei Modelle bieten sich an:

- Ein LEADER-Gebietskonzept, das sich im Korridor landwirtschaftlich-gewerblicher Diversifikation, Tourismusentwicklung und Nahversorgung bewegt. Dieses Konzept ist einzig auf ein ausgelobtes Wettbewerbsverfahren ausgerichtet.
- Ein regionales Entwicklungskonzept, das sektoral breiter gefasst ist, die in der Region wichtigen Bereiche bearbeitet und ein Ansatz für eine Gesamtsteuerung bietet. Regionalmanagements, die als feste regionale Infrastruktur bereits in der auslaufenden Förderphase etabliert sind, haben diesen Weg gewählt. Sie schneiden aus den Ergebnissen jene Aspekte heraus, die sie dann für die jeweilige Programmbewerbung benötigen. Der „Nachteil“ ist ein höherer Aufwand in der Start- bzw. Fortschreibungsphase vorhandener Konzepte, der „Vorteil“ ist eine förderprogrammübergreifende Abstimmung und Steuerung der regionalen Maßnahmen.

Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen

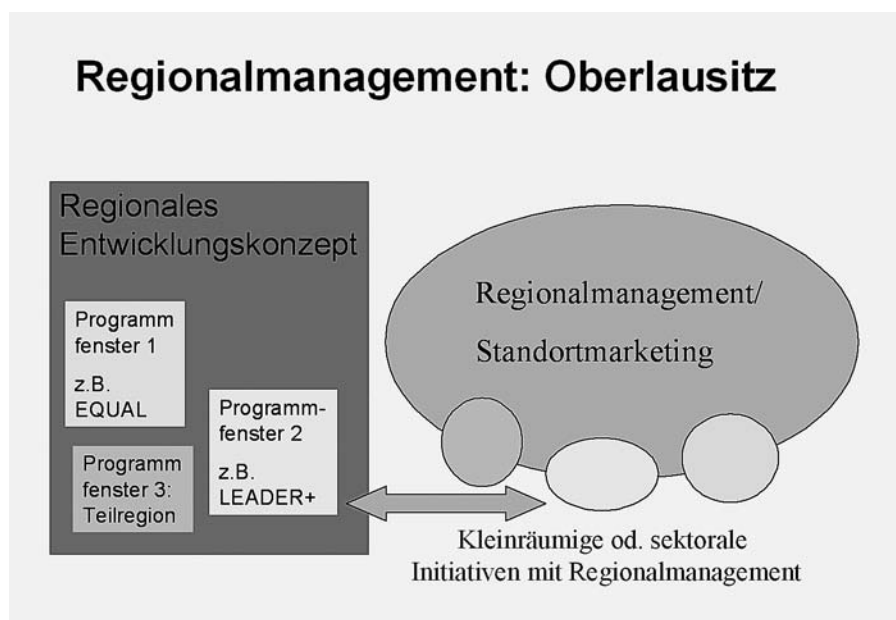


Abb 2

Regionalmanagement oder Förderprogramm-Umsetzungsstruktur?

Förderprogramme haben in der Regel den Automatismus, dass sie jeweils auf ihre Logik hin entwickeltes System fordern. Die meisten Regionalmanagementstrukturen in Deutschland haben sich über ein Förderprogramm aufgebaut und sich diesem angepasst. Streng genommen sind dies keine Regionalmanagements, sondern Managementstrukturen zur Abwicklung eines Förderprogramms. Mit Auslaufen des Förderprogramms ist auch diese Struktur in Frage gestellt.

Erfolgreiche Regionalentwicklung ist aber kein Sprint- sondern ein Mittel- bis Langstreckenlauf. Regionen müssen sich entscheiden, inwieweit sie aufgrund der gemachten Erfahrungen ein förderprogrammübergreifendes und -überdauerndes Organisationsmodell aufbauen. Nur wer sich hier kontinuierlich Kompetenzen sichert, wird in der Region verstärkt einen Mehrwert erzielen können.

Der Träger dieses Regionalmanagements wird sich aus den vorhandenen Fördermanagements entwickeln, oder es werden bereits andere vorhandene Strukturen genutzt. Damit können bereits vorhandene Kompetenzen zusammengeführt und unnötigen Konkurrenzsituationen vermieden werden. Allerdings fehlt häufig in der Region jene Person oder Struktur, die diese Zusammenführung der einzelnen Entwicklungsorganisationen moderiert. Es wird immer noch zu wenig über Kooperationen oder Fusionen von regionalen Managements der Entwicklungsinitiativen nachgedacht. Im Vogelsbergkreis (Hessen) sind beispielsweise die Regionalentwicklung (inkl. LEADER+) und die Wirtschaftsförderung erfolgreich zusammengeführt worden. In der Dübener Heide und im Thüringer Wald haben die Naturparkverwaltungen auch das Feld des Regionalmanagements zugesprochen bekommen und sind Träger verschiedener ländlicher Entwicklungsinitiativen.

Koordination oder Beratung und Bildung als zentrale Kompetenz?

Noch stärker als in der Vergangenheit fordern und fördern die Leitlinien für ländliche Entwicklung die Unterstützung von Maßnahmen zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung bzw. zur Stimulie-

Josef Bühler, Wie weiter nach LEADER+? – Ansätze und Anforderungen im Biosphärenreservat Rhön

rung eines „kreativen Milieus“ zur Weckung des Unternehmensgeistes. Der Bundeswettbewerb REGIONEN AKTIV ist hier aktuell Trendsetter. Er fordert nicht mehr allein regionale Entwicklungskonzepte als Grundlage der Förderung, sondern spezifische Entwicklungskonzepte für die zentralen regionalen Wertschöpfungsketten, die Einbindung von Unternehmen und ein unternehmerisch geprägtes Netzwerk-Management.

Unabhängig davon, ob die Mitarbeiter/innen der Regionalentwicklungsorganisationen diese Managementfunktion übernehmen oder nur ein Projektmanagementstelle dafür initiieren, sie werden stärker als bisher in der neuen Förderphase Kompetenzen in der Projektberatung und im Projektmanagement, der Betriebswirtschaft, der Bewertung von Businessplänen und im Marketing sich aneignen müssen, ergänzend zu den bereits ausgebildeten Fähigkeiten in den Feldern Kommunikation, Prozessanlagen sowie Fördermittelberatung und -abwicklung.

Fazit: Die Koordinierungs- und Abwicklungsaufgaben werden bleiben, der Bildungs- und Beratungsanteil als Kompetenznachweis werden stärker gefragt sein. Die Erfahrungen aus REGIONEN AKTIV zeigen, dass sich Investitionen in die Personalentwicklung des Managements lohnen. Ein Vorzeigebeispiel sind die Landkreise Sächsische Schweiz und Dippoldiswalde. Hier haben vier Mitarbeiter/innen einen Abschluss als Master of Advanced Studies (Regionalmanagement); eine weitere Mitarbeiterin hat einen Fachkurs „Regionalmanagement“ absolviert. Ergänzend wurden Fortbildungen von der LEADER+ - Vernetzungsstelle und von Landeseinrichtungen wahrgenommen. Ein Personalentwicklungskonzept für personenbezogen definierte Fortbildungen besteht für die Jahre 2006 und 2007.

Kompetenz und Kontinuität in den regionalen Entwicklungspartnerschaften und im Regionalmanagement sind ein zentraler Erfolgsschlüssel. Dies bedingt eine Grundsatzentscheidung in der Region, nicht nur förderprogrammspezifisch sondern mit einem Infrastrukturansatz zu agieren. Das Vorhandensein einer professionellen, hochgradig in der Region abgesicherten Regionalentwicklungsorganisation ist die Basis dafür. Die Frage nach der geeigneten Trägerform ist in der Region zu lösen. Die Zusammenführungen der Managements verschiedener klein- und großräumiger Initiativen führt in der Regel zu Effizienzeffekten.

Literatur

BÜHLER, J. / G. WEBER, 2003: Expertise zum Berufsfeld „Regionalentwicklung“, hg. vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz, Bonn

BÜHLER, J., 2004: Organisation und Ressourcen des Regionalmanagements: Organisation und Rechtsformen; Qualifizierung und Kernkompetenzen, Finanzierungsbedarf und -instrumente. In: Stiftung Naturschutzfonds beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (Hg.): Management naturschutzorientierter Regionalentwicklung, Stuttgart

Internetquellen

ELER-Verordnung (...), endgültige Fassung (Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), veröffentlicht im Amtsblatt L 277 am 21. Oktober 2005) siehe auch: www.leaderplus.de

Autorenverzeichnis

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER NATURSCHUTZVERBÄNDE (AGN) im Landkreis Fulda

Dr. Tobias BEHNEN, Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie, Universität Hannover

Prof. Dr.-Ing. Hans Reiner BÖHM, Fachgebiet Umwelt- und Raumplanung, Institut WAR, Technische Universität Darmstadt

Josef BÜHLER, neuland – Tourismus-, Standort-, Regionalentwicklung GmbH & Co. KG, Aulendorf

Brigitte ERB, Bürgermeisterin der Gemeinde Ebersburg, Vorsitzende des Forums „Wohnen und Arbeit“ des Vereins „Natur- und Lebensraum Rhön“ (VNLR) e.V.

Dr. Wolfgang H.O. DOROW, Abt. Terrestrische Zoologie (Entomologie III), Forschungsinstitut und Naturmuseum Senckenberg, Frankfurt am Main

Regina FILLER, Regionalmanagement Thüringer Rhön, Dermbach

Dipl.-Biol. Günter FLECHTER, Abt. Terrestrische Zoologie (Entomologie III), Forschungsinstitut und Naturmuseum Senckenberg, Frankfurt am Main

Dipl.-Geogr. Birte FROMMER, Fachgebiet Umwelt- und Raumplanung, Institut WAR, Technische Universität Darmstadt

Dr. Rüdiger GRAB, Fachgebiet Grünlandwissenschaft und Nachwachsende Rohstoffe, Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaft, Universität Kassel

Günter GROB, Mitinitiator der Regionalinitiative „Rhön-Netzwerk 2030 – Die Regionalinitiative für die Senioren von Morgen“, Petersberg-Steinhaus

Dr. Jochen HANISCH, HP Umweltplanung – Büro für Wissenschaftsdienstleistungen, Honorarprofessor Institut für Stadt- und Regionalplanung, TU Berlin

Manfred HEIDRICH, Ortsbürgermeister Unterbreizbach

Dr. Jens-Peter KOPELKE, Abt. Terrestrische Zoologie (Entomologie III), Forschungsinstitut und Naturmuseum Senckenberg, Frankfurt am Main

Tobias KÜHNE, Hannover

Susanne ORF, Fränkisches Freilandmuseum Fladungen

Prof. Dr. Erich OTT, Professor für Soziologie und Projektleiter „Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“ und „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften, Hochschule Fulda

Prof. Dr. Harald PLACHTER, Fachgebiet Naturschutz, Fachbereich Biologie, Universität Marburg

Jochen RAMMING, FranKonzept, Würzburg

Katarina SCHÄDEL-KMENTOVA, Studentin im Masterstudiengang Intercultural Communication and European Studies, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften, Hochschule Fulda

Anne Sabine SCHÄFER M.A., „Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften, Hochschule Fulda

Dr. Konrad SCHLIEPHAKE, Fachgebiet Humangeographie, Institut für Geographie, Universität Würzburg

Dr. Christian SCHÜLER, Fachgebiet Ökologischer Land- und Pflanzenbau, Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaft, Universität Kassel

Yuliya SHCHERBA, Studentin im Masterstudiengang Intercultural Communication and European Studies, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften, Hochschule Fulda

Sandra WEBER, Diplom-Geogr., Bad Brückenau

Prof. Dr. Susanne Maria WEBER, Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Fulda

Dr. Dieter WITTMANN, Stellvertretender Projektleiter „Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“ und „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften, Hochschule Fulda

Projektskizze „Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“ und „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“¹

Das Projekt „Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“ und „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“ wird in enger Kooperation mit der Hochschul- und Landesbibliothek (HLB) Fulda seit dem Frühjahr 2004 am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda aufgebaut. Für die Hochschule und die Region wird eine Einrichtung geschaffen, die umfassend Literatur, Dokumente und Materialien zum UNESCO-Biosphärenreservat Rhön sammelt, erschließt und in Verbindung mit der angegliederten Forschungsstelle auswertet. Leiter des Projekts ist der Soziologe Prof. Dr. Erich Ott. Das Projekt wird vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst bis 2007 gefördert.

Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön

Die Spezialsammlung für nachhaltige Regionalentwicklung im Biosphärenreservat Rhön umfasst Fachliteratur zu nachhaltiger Entwicklung und zum MAB-Programm der UNESCO sowie archiva-
lisches Material. Der Bestand basiert u.a. auf den Literatursammlungen der Verwaltungsstellen des Biosphärenreservats Rhön sowie der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda. Die Sammlung wird größtenteils in systematischer Freihandaufstellung in der HLB Fulda am Standort Heinrich-von-Bibra-Platz präsentiert. Ein kleinerer Teil des Bestands befindet sich als Präsenzbibliothek im Gebäude LS der Hochschule Fulda. Zur Systematisierung und Bestandsaufstellung wird an beiden Standorten die Regensburger Verbundklassifikation (RVK) verwendet.

Alle Titel – auch Aufsätze aus Sammelbänden und Zeitschriften – werden umfassend formal und sachlich über Schlagwörter erschlossen. Der Bestand kann vor Ort ausgeliehen bzw. eingesehen oder über den Leihverkehr bestellt werden.

Über den Online-Katalog der Hochschul- und Landesbibliothek sind die Titel recherchierbar. Der Katalog ist unter www.fh-fulda.de/hlb/ zu erreichen. Beratungstermine können vereinbart werden. Kontakt: Sabine Schäfer, Tel. 0661/9640-563, eMail sabine.schaefer@sk.fh-fulda.de

Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit

Die der Sammlung angegliederte „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“ arbeitet aus der Sammlung bedeutende Themen heraus, bemüht sich um fachliche Diskurse und initiiert Forschungsvorhaben. Auf sozialwissenschaftlichem Gebiet stellt sie eigene Untersuchungen an. Die Arbeit ist primär anwendungsorientiert, widmet sich aber auch grundsätzlichen wissenschaftlichen Problemstellungen und methodischen Fragen. Die Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit wirkt darauf hin, eine Übertragbarkeit von Erkenntnissen aus dem Zusammenwirken von Wissenschaftlicher Sammlung, Forschungsstelle sowie der regionalen Kooperation auf andere Biosphärenreservate oder andere ländliche Räume zu erreichen.

Die Forschungsstelle publiziert das jährlich erscheinende Periodikum „Beiträge Region und Nachhaltigkeit“. Die „Beiträge RN“ verstehen sich als Informations- und Diskussionsforum, das Raum für eine wissenschaftliche Debatte über das MAB-Programm der UNESCO und seine Umsetzung

¹ Näheres unter: www.rhoenprojekt.de

im Biosphärenreservat Rhön bietet. Ferner wird über Forschungsprojekte und relevante Ergebnisse, Prozesse und Probleme im länderübergreifenden Biosphärenreservat Rhön berichtet. Fester Bestandteil ist die Präsentation der Arbeitsergebnisse aus der Wissenschaftlichen Sammlung sowie der Forschungsstelle. Zum Inhalt der ersten beiden Hefte siehe die Folgeseite.

Das nächste Heft befasst sich umfassender mit der UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“. Interessierte Autoren werden gebeten, sich rechtzeitig mit der Redaktion in Verbindung zu setzen.

Kontakt: Dr. Dieter Wittmann, Tel. 0661 9640-525, eMail dieter.wittmann@sk.fh-fulda.de

Inhaltsverzeichnis Beiträge RN 1/2004

Vorwort	4
„Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“ und „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“ an der Fachhochschule Fulda	5
Agenda und Perspektiven der neuen Einrichtungen (Erich OTT / Dieter WITTMANN)	6
Eine Erweiterung und Bereicherung der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda (Marianne RIETHMÜLLER / Berthold WEIB)	13
Forschung für nachhaltige Entwicklung – Konzeptionelle Orientierung für sozial- wissenschaftliche Projekte (Erich OTT / Dieter WITTMANN)	16
Zu Bilanz und Perspektive nach 12 Jahren Biosphärenreservat Rhön	31
Das Rahmenkonzept. Grundlage der Entwicklung und Bewertung – Interview mit Reinhard GREBE	32
Das Geographische Informationssystem – Entwicklung und Stand (Reinhard BRAUN / Eugen SAUER)	40
Schwermetallpfad Luft – Boden – Pflanze am Beispiel der Cadmiumbelastung durch den Truppenübungsplatz Wildflecken im Biosphärenreservat Rhön (Martin DÖLZ / Karina JESTÄDT / Romy SCHUBERT / Alexander SEITH / Knut KRUSEWITZ / Ulrich KURFÜRST)	45
Naturschutzfachliche Anmerkungen (Franz MÜLLER)	50
Rhön im Fluss – ein Projekt zur Revitalisierung von Fließgewässern (Eckhard JEDICKE)	62
Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Landkreis Fulda (AGN) zur Evaluation des Biosphärenreservats Rhön im 13. Jahr seines Bestehens (Margarete KERN / Joachim SCHLEICHER)	71
Umweltbildung im Biosphärenreservat Rhön aus Sicht der Volkshochschule Fulda (Udo LANGE)	75
Regionalmuseen in der Rhön – Kulturgut im Wandel (Klaus Dieter KOCH)	80
Regionale Akzeptanz und Einstellungen – Befunde und Konzept einer Repräsentativbefragung (Jochen HANSEN)	83
Autorenverzeichnis	89

Inhaltsverzeichnis Beiträge RN 2/2005

Vorwort: Stand, Entwicklung und Perspektiven eines Projekts zum UNESCO-Biosphärenreservat Rhön	4
I. Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön	7
Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön – Modellhafte Konzeption und Projektverlauf (Anne Sabine SCHÄFER)	8
II. Überregionale Forschungsberichte mit MAB-Bezug	22
Zwischenbericht eines DFG-Projekts: Regional Governance im Biosphärenreservat Rhön? – Beobachtungen in der Rhön und zwei weiteren Biosphärenreservaten (Marion LAHNER / Kim POLLERMANN)	23
„Biosphärenbildung“: Ein neuer Begriff – Anstoß für eine breitere Diskussion? (Michael REHLI / Peter HEITKÄMPER, Vorbemerkung: Dieter WITTMANN)	37
Was kann die Geographie zur nachhaltigen Regionalentwicklung in Biosphärenreservaten beitragen? Ein Überblick vor dem Hintergrund des <i>30th Congress of the International Geographical Union</i> (Tobias BEHNEN)	45
Status-Quo der Regionalvermarktung in den deutschen Biosphärenreservaten – Ergebnisse einer FuE-Untersuchung des Bundesamtes für Naturschutz (Armin KULLMANN)	48
III. Berichte, Reflexionen, Informationen zu Entwicklungen in der Rhön	62
Forschung in der Rhön – für die Rhön. Beiträge der Forschung für eine Nachhaltige Entwicklung und die Ergebnisse des Forschungsworkshops 2004 (Doris POKORNY)	63
Geographische Beiträge zur abiotischen Ausstattung des Biosphärenreservats Rhön (Christian OPP)	71
Zum Gutachten „Biosphärenreservat Rhön: Bekanntheit und Anziehungskraft im Vergleich zu anderen Biosphärenreservaten in Deutschland“ – Zusammenfassung und Kommentierung (Dieter WITTMANN / Siegbert ENGEL)	84
Perspektiven der Regional- und Strukturentwicklung im Biosphärenreservat Rhön nach 2006 (Stephan BÜTTNER)	92
Siedlungsgeschichtliche Anknüpfungspunkte für eine nachhaltige Dorfentwicklung in der hessischen Rhön (Bruno GÜNKEL)	98
Regionalentwicklung und Erhalt der Kulturlandschaft: Die Tanner Bürgerinitiative gegen die Trasse Fulda – Meiningen (Johann RÜPPEL)	111
Von der „Gentechnikfreien Zone“ zur „Gentechnikfreien Anbauregion“ – Erfahrungsbericht aus dem Biosphärenreservat Rhön (Helmut SCHÖNBERGER)	122
Autorenverzeichnis	126
Projektskizze und Inhaltsverzeichnis Beiträge RN 1/2004	127
Beiträge RN 3/2006	221

